

HERMANN CLAUSEN



*Der Aufbau der Demokratie  
in der Stadt Schleswig  
nach zwei Weltkriegen*

HERMANN CLAUSEN

*Der Aufbau der Demokratie  
in der Stadt Schleswig  
nach den zwei Weltkriegen*

ERINNERUNGEN

HERAUSGEGEBEN VON LORENZ RERUP

1966

---

SKANDIA VERLAG  
N. A. SØRENSEN KG., FLENSBURG





*Hermann Klunzsch*



## VORWORT

Hermann Clausen gehört den Generationen an, die in bunter Reihe das deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik, das Dritte Reich, die Zeit der Militärregierungen und die Bundesrepublik erlebt haben. Geboren als Bauernsohn im Jahre 1885 im kargen, südlichsten Teil des Landkreises Flensburg, standen seine Kindheit und Jugend im Zeichen einer noch lebendigen bäuerlich-heimatlichen Ursprünglichkeit, auf die der Glanz des jungen Kaiserreiches kaum je einen trügerischen Schimmer warf. Was ihn von diesem Kaiserreich erreichte, sprach ihn nicht an, weder der lärmende Patriotismus der vaterländischen Feste, noch die geistlose Militärzeit, noch die genauso stupide Unduldsamkeit, die preußische Beamten gegenüber der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs zutage treten ließen. Hermann Clausen hatte ein feines Gefühl für Recht und Unrecht. Was er in Nordschleswig sah, als er dort vor dem ersten Weltkrieg in Mühlenbetrieben und später als Eisenbahner arbeitete, machte ihn zu einem bewußten Gegner der preußischen Art und gab ihm Sympathie für den dänischen Kulturkreis, die durch verwandtschaftliche Beziehungen verstärkt wurde. Er war jedoch damals nicht dänisch eingestellt, war übrigens auch noch nicht Sozialdemokrat, aber schon scharf ausgeprägter Demokrat.

1912 trat Hermann Clausen in den Eisenbahndienst ein, im folgenden Jahr wurde er nach Schleswig versetzt, wo er bis an sein Lebensende - er starb im Jahre 1962 - ansässig war. Den ersten Weltkrieg erlebte er *in* einem Eisenbahn-Regiment in Frankreich und in Serbien. Diese Kriegsjahre verstärkten seine Abneigung gegen das militante Kaiserreich und das undemokratische Preußen, besonders das Dreiklassenwahlrecht und das Junkertum waren ihm zuwider. Die junge deutsche Republik be-

grüßte er, sie schien verheißungsvolle demokratische Möglichkeiten zu bieten. In den Wirren der Nachkriegszeit tat er sich bei der Niederwerfung des Kapp-Putsches in der Stadt Schleswig hervor, er trat jetzt der Sozialdemokratischen Partei bei, war von 1920-29 Stadtverordneter, von 1929-33 Mitglied des Magistrats der Stadt Schleswig, im letztgenannten Zeitraum auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Stadt. Ein großer Teil der nachstehenden Erinnerungen beschäftigt sich mit der in diesen Jahren von den Schleswiger Sozialdemokraten geleisteten kommunalen Arbeit, die von der Hoffnung getragen wurde, daß die SPD sich der Reaktion gegenüber durchsetzen und eine wahre demokratische Gemeinschaft schaffen könne.

Das Jahr 1933 brachte mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten das Ende dieser überaus positiven Aufbauarbeit. Die Leitung der Stadt wurde gleichgeschaltet, Hermann Clausen und seine politischen Freunde mußten sich — wie auch die bürgerlichen Demokraten — auf private Gefilde zurückziehen. Er tat seine Pflicht als Eisenbahner und war in der Freizeit eifriger Sportsegler, gaben die Segelfahrten doch die Möglichkeit, der dumpfen Atmosphäre der braunen Diktatur zeitweise zu entinnen und die freie, demokratische Luft Dänemarks einatmen zu können. Ein Aufenthalt im Konzentrationslager blieb ihm nicht erspart; im Zuge einer allgemeinen Aktion als Folge des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde auch der weißhaarige Clausen verhaftet und den Scheußlichkeiten des Neuengammer Lagerlebens kurze Zeit unterworfen.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches wurde Hermann Clausen wieder ins öffentliche Leben gerufen. Im Juni 1945 wurde er zum Mitglied des Beirats der Stadt Schleswig ernannt, am 7. November 1945 machte die Britische Militärregierung ihn zum Bürgermeister der Stadt. Am 7. März 1946 wählte ihn die ernannte Stadtverordnetenversammlung einstimmig zum sogenannten politischen Bürgermeister, und nach der ersten freien Kommunalwahl — am 16. September 1946 — wurde er von der Stadtverordnetenversammlung mit 25 gegen 1 Stimme zum gleichen Amt gewählt, das er dann bis zum 19. November 1948 innehatte.

Die Schilderung der schwierigen Aufbauarbeit in der Stadt Schleswig nach dem zweiten Weltkrieg ist wieder ein Schwerpunkt in den nachfolgenden Erinnerungen. Diese Arbeit bekam eine besondere Farbe durch die nationalen Spannungen, die im deutsch-dänischen Grenzland nach

dem Zusammenbruch des Dritten Reiches aufbrachen. Hermann Clausen, dessen Großeltern väterlicherseits noch dänisch sprachen, dessen Sympathien vor der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark im Jahre 1920 der schikanierten nordschleswigschen Bevölkerung gehörten. und der in Dänemark in sozialer und demokratischer Hinsicht verwirklicht sah, was der braune Terror in Deutschland entzweischlug, ging den gleichen Weg wie zehntausende seiner schleswigschen Landsleute. Am 31. Juli 1945 wurde er Mitglied der Organisation der dänischen Minderheit, die er von 1946-49 im schleswig-holsteinischen Landtag und von 1949-53 im ersten Bundestag repräsentierte. Er war von 1949-56 Vorsitzender der politischen Organisation der Minderheit, des Südschleswigschen Wählerverbandes, danach Ehrenvorsitzender. über seine Entwicklung zum Dänenturn hat er im nachstehenden gewissenhaft Rechenschaft abgelegt.

Die politische Arbeit Hermann Clausens nach 1945 unterschied sich nicht wesentlich von seiner Arbeit in den zwanziger Jahren. Nie war er lauter Nationalist, sein Ziel war, in dem Lebenskreis, auf den er Einfluß hatte, auf eine soziale und demokratische Gemeinschaft hinarbeiten. Als er früh zu der Einsicht kam, daß dieses Ziel nicht durch den Anschluß Südschleswigs an Dänemark verwirklicht werden würde, trug er den Realitäten Rechnung und arbeitete für die Freiheit und Gleichberechtigung des dänischen - und auch des friesischen - Volkstums im Grenzgebiet. Er war der Meinung, daß die hier seit Jahrhunderten vertretenen drei Kulturen - deutsch, friesisch und dänisch - nur auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung und der Wahrhaftigkeit zusammenleben können. Diese Erkenntnis ist jetzt schon fast Allgemeingut, damals war sie es nicht. Hermann Clausens Beitrag zur Normalisierung der Verhältnisse des Grenzlandes darf nicht vergessen werden.

Hermann Clausen schrieb seine Erinnerungen in den Jahren 1957-59, nachdem er früher über seine politische Tätigkeit als Vorsitzender des SSW wld als Bundestagsabgeordneter geschrieben hatte (veröffentlicht in dänischer Sprache in dem von G. K. Brøndsted redigierten Handbuch Sydslesvig i Dag, Heft IV, 1955-56). Die Grundlagen des nachstehenden Textes sind teils Clausens auf 7 handschriftliche Hefte verteilte Urschrift (442 Seiten), teils ein Schreibmaschinenmanuskript von 354 Seiten, beide in Familienbesitz. Weder die Urschrift noch die Abschrift können als druckfertige Manuskripte angesehen werden. Der Verfasser hat ohne

Zweifel diese Vorlagen jedenfalls noch einer sprachlichen Korrektur unterwerfen wollen, die jedoch unterblieben ist. Ohne an irgendeiner Stelle den Sinn der Urschrift zu entstellen oder zu verändern, habe ich das Manuskript einer eingehenden orthographischen, grammatikalischen und stilistischen Revision unterzogen, bei der Fräulein Inge Fedders, Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, mir in dankenswerter Weise geholfen hat. Das Prinzip dieser Revision ist gewesen, Hermann Clausen in einer Form zu Worte kommen zu lassen, die seiner weiteren Bearbeitung des Manuskriptes entsprochen hätte.

Für stete Hilfsbereitschaft bin ich dem Sohn des Verfassers, Oberlehrer Karl Heinz Clausen, Schleswig, zu Dank verpflichtet. Dank gebührt auch dem dänischen Grenzverein (Grænseforeningen) und Lauritz og Augusta Dahls Mindelegat, die die für die Drucklegung erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt haben.

Odder, im Juli 1966

Larenz Rerup

## INHALT

|   |     |
|---|-----|
| Der Weltkrieg Nr. 1 ist vorbei  | 11  |
| Der Kampf um Schloß Gottorp im März 1920 (Kapp-Putsch)  | 14  |
| Die dänische Bewegung und die Grenzfrage  | 29  |
| Das Grenzabkommen zwischen der deutschen und der dänischen<br>Sozialdemokratie und die Folgen                   | 47  |
| Mein Elternhaus und meine Jugend  | 64  |
| Die Demokratisierung der Stadtvertretung und Verwaltung   | 82  |
| Die Aufbauarbeit in den Jahren bis 1933   | 97  |
| Die Entwicklung des Nationalsozialismus in der Stadt und der<br>Zusammenbruch der Demokratie 1933               | 115 |
| Die Nazihölle in Neuengamme und die Tragödie in der<br>Neustädter Bucht   | 141 |
| Der Zusammenbruch der Diktatur 1945   | 168 |
| Südschleswig - Heim ins Reich?  | 175 |
| Die ersten Maßnahmen  | 180 |
| Die erste ernannte Stadtverordnetenversammlung  | 198 |
| Die dänische Minderheit wird eine Mehrheit und gründet die<br>kommunale Selbstverwaltung in der Stadt Schleswig | 227 |
| Ausklang  | 279 |
| Anmerkungen   | 289 |
| Personenregister  | 295 |



### *Der Weltkrieg Nr. 1 ist vorbei*

An einem trüben Novembertag mit Schneeschlamm und Regen verließ ich Berlin mit einem selbstgefertigten Militärfahrschein, der von Berlin über Kiel nach Schleswig lautete. Der Krieg war vorbei. Als Kompagniefeldwebel der Eisenbahn-Betriebs-Kompagnie 19 hatte ich meine Kameraden ordnungsmäßig in die Heimat entlassen. Jeder hatte seine Löhnung und sonstige Gebühren, dazu noch einen neuen Anzug mit Mantel (Uniform) bekommen, und alle waren froh, die Heimreise nach allen Gegenden der vom Volksbeauftragten Scheidemann soeben ausgerufenen Deutschen Republik anzutreten. Somit war alles in Ordnung. Berlin war scheinbar ruhig, aber das war die Ruhe vor dem Sturm. Man fühlte, daß in den trüben, dumpfen Straßen genug Explosionsstoff vorhanden war und daß der politische Kampf jederzeit ausbrechen konnte. Jeder von uns fühlte das; man hatte den Krieg satt und wollte so schnell wie möglich nach Hause.

Ein kalter, sogenannter D-Zug brachte mich in einer langen Nacht nach Kiel. Hier wollte ich meine Frau und unseren vierjährigen Sohn mitnehmen, die in den Kriegsjahren bei den Eltern meiner Frau gut untergebracht waren. Aber die Reise von Kiel nach Schleswig war ein Problem. Der Eisenbahnverkehr war fast zusammengebrochen, und die Eisenbahn war das einzige Verkehrsunternehmen. Buslinien von Kiel nach Schleswig gab es noch nicht. Zwischen Kiel und Schleswig bestand eine einzige Bahnverbindung mit Umsteigen in Rendsburg. Die Reise dauerte einen ganzen Tag, und Züge und Warteräume waren kalt. Nach einer langweiligen Tagesreise stand ich nun mit meiner Familie in der kalten Mietwohnung in meiner Heimatstadt Schleswig.

Mein erster Gang war nach dem Rathaus, um die Heizungsfrage zu klären. Unsere kleine Wohnung war jahrelang nicht bewohnt gewesen,

und im Keller war kein Brennmaterial. Mit Lebensmitteln waren wir einigermaßen versorgt. Ich kam als Soldat vom Balkan, wo verhältnismäßig reichlich Lebensmittel vorhanden waren. Ich hatte meiner Familie in der schlechten Zeit helfen können, weil diese Lebensmittel aus dem Kriegsgebiet beschlagnahmefrei waren. Als Eisenbahner hatten wir einen guten Kontakt mit der serbischen Bevölkerung gehabt, und der Handel blühte. Wir brachten Zucker und Salz von Deutschland mit und tauschten Fleisch und Fett ein. Aber Brennmaterial, besonders Briketts für den Ofen, waren nötig. So stand ich als Heimkehrer im Rathaus vor dem Stadtinspektor, der die Abteihmg Brennmaterial leitete. Er versuchte mir klar zu machen, daß meine Frau in Kiel Bezugscheine über Brennmaterial bekommen haben müsse, wenn meine Familie von daher käme und bisher dort gewohnt habe. Ich erwiderte, daß ihre Briketts dann wohl im Keller der Kieler Wohnung seien. Der Stadtinspektor entgegnete, ich hätte das Brennmaterial mit nach Schleswig nehmen sollen oder müßte es noch von Kiel holen. Nun wurde mir die Sache doch etwas zu bunt. Ich erklärte dem Stadtgewaltigen, daß ich jedenfalls keine Bezugscheine über Brennmaterial vom König Peter in Serbien erhalten habe und verlangte energisch meine Zuteilung von meiner Heimatstadt Schleswig. Diese erste Diskussion im Schleswiger Rathaus endete für mich sehr erfolgreich. Der Stadtinspektor übergab mir einen Bezugschein über einen Zentner Briketts, den ich sofort einem in meiner Nähe wohnenden Kohlenhändler zur Lieferung gab. Dieser gute Schleswiger Kaufmann war über den Auftrag sichtlich nicht sehr erfreut. Er erklärte, ich müßte den Sack selbst holen, er habe kein Fuhrwerk. Wir hatten nun in unserem Mietshaus kein Auto und auch keinen Blockwagen, aber unser Hauswirt borgte mir eine etwas wackelige Schiebkarre, und so war schon am ersten Vonnittag die Brennmaterialfrage gelöst. Wir hatten in kurzer Zeit eine warme Stube. Ein behagliches Zusammensein in der Familie war doch zuerst das Ziel; das hatte man lange Jahre entbehren müssen. Bald traten unruhige Tagesfragen an jeden heran, der aus dem Kriege zurück in die Heimat kam. Schleswig war von Berlin weit entfernt, aber Schleswig war Landeshauptstadt und Sitz der Regierung der preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Außerdem mußten wir mit einer Grenzänderung zwischen Dänemark und der neuen Deutschen Republik rechnen. Nachdem ich die Wohnungsfrage für meine Familie geregelt hatte und mich selbst in den neuen Verhältnissen zurechtgefunden hatte, suchte

ich meine Arbeitsstätte auf. Die Königlich Preußische Eisenbahnverwaltung hatte mich während des Krieges zum Beamten gemacht. Ich hatte die Dienstbezeichnung Eisenbahngelhilfe erhalten. Meine Dienststelle war die Güterexpedition Schleswig-Altstadt. Nach einigen Tagen meldete ich mich vom Kriege zurück und zur Dienstleistung. Der Ton und der Geist in der preußischen Eisenbahnverwaltung waren nicht gut, die Behandlung von seiten der Vorgesetzten war wenig kollegial, sondern in fast allen Dienststellen echt preußisch. Das hatten wir Jungen oft fühlen müssen. Die Revolution mußte eine Änderung auch auf diesem Gebiete bringen, und besonders wir jungen Kriegsteilnehmer mußten aktiv werden. Eine Personalvertretung oder gar einen Personalrat gab es in Kaiser Wilhelms Preußen nicht. Diese heute selbstverständlichen Rechte mußten erkämpft werden. Die Mitarbeit auf diesem Gebiet war für mich eine Selbstverständlichkeit. Aber darüber hinaus interessierte die politische Entwicklung in Staat und Kommunen mich stark. Am Schluß des ersten Weltkrieges stürzten die drei Dynastien in Deutschland, Österreich und in Rußland durch eigenes Verschulden, weil ihre Könige und Kaiser mit ihren Ratgebern nicht der demokratischen Entwicklung rechtzeitig Raum gaben und besonders, weil die sie hauptsächlich stützenden Volksschichten, Feudalismus und Großindustrie, so lange an ihren Privilegien festhielten, bis die entrechteten Volksschichten sie ihnen aus der Hand schlugen. In Preußen hatte man bis Schluß des ersten Weltkrieges an dem Drei-Klassen-Wahlrecht zum Preußischen Landtag festgehalten, einem Wahlrecht, durch das Junker und Besitzbürgertum ihre politische Macht erhielten. Den Arbeitern und kleinen Leuten war der Zugang zu der Volksvertretung fast völlig gesperrt. Ein ähnliches Wahlgesetz bestand auf kommunaler Ebene in Gemeinden, Städten und Kreisen. Es war klar vorauszusehen, daß die Revolution mit diesem reaktionären Plunder in Preußen und Deutschland aufräumen würde. Der Träger der politischen Umformung konnte nach Lage der politischen Machtverhältnisse nur die große Arbeiterpartei, die Sozialdemokratische Partei in Deutschland, sein. In Berlin war eine provisorische Regierung der Volksbeauftragten gebildet worden, die aus sieben Sozialdemokraten bestand und deren Ziel war, zu einer vernünftigen, demokratischen, parlamentarischen Staatsform zu kommen. Bald stellte sich aber heraus, daß diese Arbeit nicht nur gestört wurde von den alten reaktionären Kräften, sondern auch von links, von dem stark aufkommenden Kommunismus.

Es dauerte nicht lange, dann standen Arbeiter gegen Arbeiter im Straßenkampf rillt Waffen in der Hand. Diese unheilvolle Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung ermöglichte später die Machtergreifung Adolf Hitlers. Dieser Usurpator hätte nie das Deutsche Volk vergewaltigen können, wenn die deutschen Arbeiter in ihren politischen Zielen einig gewesen wären.

### *Der Kampf um Schloß Gottorp im März 1920 (Kapp-Putsch)*

Am 19. Januar 1919 wählte das deutsche Volk die Nationalversammlung. Da keine Partei eine Mehrheit bekam, bildete man schon Anfang Februar eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum. Die ersten Sitzungen der Nationalversammlung fanden in Weimar statt, weil die Unruhen in Berlin nicht beendet und ruhige Verhandlungen nicht gewährleistet waren. In diesen ersten Sitzungen wurde die erste parlamentarische Regierung gebildet, Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten der jungen Republik gewählt und die neue Verfassung angenommen. Diese ersten Ansätze für eine demokratische Entwicklung in Deutschland ließ aber die Exponenten des alten Systems nicht ruhen. In feudalen Kreisen glaubte man nun das Rad der Geschichte gewaltsam zurückdrehen zu können. Ein General Freiherr v. Lüwitz und ein Freikorpsführer Kapitän Ehrhardt waren dazu ausersehen, die neue demokratische Regierung zu beseitigen und konservative Leute ans Ruder zu bringen. Gestützt wurde die Bewegung von einem Generallandschaftsdirektor Kapp, der als neuer Ministerpräsident ausersehen war. Der Einmarsch der Meuterer von Döberitz nach Berlin war für die Nacht vom 12. zum 13. März 1920 vorgesehen. Der frühere Ehrenpräsident des ersten Deutschen Bundestages und langjährige Reichstagspräsident der Weimarer Republik Paul Löbe, hat in seinem Buch "Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten" die Maßnahmen der Regierung wie folgt dargestellt: "Zu gleicher Stunde versammelten sich die meisten Mitglieder der Regierung und die Präsidenten der Nationalversammlung, zu denen ich gehörte, in der Reichskanzlei. Ebert und der Wehrminister Noske forderten die herbeigerufenen Generale auf, den Meuterern mit der Reichswehr entgegenzutreten. Nur General Reinhard und Noskes Stabchef, Major von Gilsa, erklärten sich dazu bereit. Sie

waren keine direkte Truppenführer. Die anderen aber, die Generale von Oven und Oldershausen, erklärten: Reichswehr wird nicht auf Reichswehr schießen! Darauf einigte sich das Kabinett, seinen Amtssitz nach Dresden zu verlegen und nur den Vizekanzler Schiffer mit einigen Ministern in Berlin zurückzulassen.

Ein vom Kabinettschef Rauscher in der Eile verfaßter Aufruf zum Generalstreik, der die Unterschriften der sozialistischen Minister trug, war fertiggestellt, ehe man die Autos bestieg. Ich kehrte in den Reichstag zurück, und wir telefonierten in der zweiten Hälfte der Nacht mit allen erreichbaren Oberpräsidenten, Landräten, Bürgermeistern der großen Städte und wichtigen Zeitungen, um sie über die Vorkommnisse ins Bild zu setzen und die Generalstreikparole zu verbreiten."

Paul Löbe, der in Berlin blieb, sah den Anmarsch der Meuterer, deren Stahlhelme und Panzerwagen mit Hakenkreuzen und Totenköpfen geschmückt waren. In kurzer Zeit standen die Räder in der Deutschen Republik still. Arbeiter, Angestellte und Beamte folgten der Streikparole, und der Aufstand brach in kurzer Zeit zusammen und wurde kaum über Berlin wirksam. Der Generallandschaftsdirektor, durch den der Kapp-Putsch in der Geschichte seinen Namen erhielt, floh nach Schweden.

Ich würde diese Dinge in einer Stadtgeschichte nicht erwähnen, wenn nicht die Stadt Schleswig und der Schleswiger Arbeiter in dem Ablauf des Putsches eine besondere Rolle spielten. Heinrich Philippsen hat in seiner Entwicklungsgeschichte der Stadt vom Jahre 1870 ab den Ablauf des Putsches in der Stadt Schleswig beschrieben, aber weil ich dabei war, kann ich noch mit einigen nicht bekannten Einzelheiten dienen.

Am Morgen des 13. März 1920 wurden wir durch eine Knallerei in Schleswigs Straßen geweckt. Durch die Straßen der sonst so ruhigen Schleistadt fuhr ein Lastauto mit bis an die Zähne bewaffneten Reichswehrsoldaten unter Führung eines Leutnants, um den Belagerungszustand zu verkünden. Auf den Anschlagssäulen las die aufgeschreckte Bevölkerung folgende Bekanntmachung:

"Auf Befehl des Wehrkreiskommandos 2 übernehme ich die vollziehende Gewalt in der Stadt Schleswig. Ich werde die Ruhe und Ordnung in der Stadt mit allen Mitteln aufrecht erhalten. Versammlungen und Umzüge sind verboten. Zeitungen und Flugblätter dürfen ohne meine vorherige Genehmigung nicht erscheinen. Weder der in Schleswig gebildete

Volksrat, noch der Beigeordnete Adler sind berechtigt, Verordnungen zu erlassen. Aufrufe unterliegen meiner Genehmigung. Die vom Beigeordneten Adler am 13. März erlassene Verfügung betr. Arbeiterräte erkläre ich für nichtig, da sie gegen die Verordnung des Reichswehrministers Noske verstößt.

Von der altbewährten Besonnenheit und Friedensliebe der Schleswiger Bürger und Arbeiter erwarte ich zuversichtlich, daß sie sich jeder Ruhestörung enthalten werde.

Schleswig, den 13. März 1920,"

v. Lattorff

Diese Bekanntmachung dieses kleinen Majors, der zufällig als Garnisonältester zwei ganze Schwadronen des Husaren-Rgt. Nr. 14 befehligte, ist so kostbar, daß sie in gebührender Weise der Nachwelt erhalten werden muß. Ich empfehle, sie zweimal zu lesen.

Wer störte vor dem 13. März 1920 die Ruhe und Ordnung in der Stadt Schleswig, doch nicht die altbewährten, besonnenen, friedensliebenden Schleswiger Bürger und Arbeiter? Das war doch der Major v. Lattorff mit seinem beginnenden Klamauk. Wenn man diese Bekanntmachung liest, dann kommt einem unweigerlich der Gedanke, daß dieses geistige Produkt nicht beim Garnisonältesten und seinem Stab entstanden ist; es kommt der Verdacht auf, daß Gesinnungsfreunde aus dem Nachbarhause, aus dem Regierungsgebäude, Pate gestanden haben, und deshalb war es für die junge Republik nur gut, daß der Sozialdemokrat Eduard Adler dem Regierungspräsidenten Pauli beigeordnet worden war. Und gegen ihn richteten sich ja auch die nächsten Maßnahmen zur "Sicherung der Ruhe und Ordnung". Adler will'de gleich verhaftet. Weiter richtete sich der reaktionäre Angriff gegen den Arbeiterat, der gebildet worden war, und der aus sieben guten, angesehenen Bürgern bestand: Lederarbeiter Gustav Altendorf, Lagerhalter Boock, Krankenkassenbeamter Koebe, Waschmeister Michaelis, Gymnasiallehrer Herflll'th und Drogist Grell. Kaufmann Olias war ihnen als Beirat für das Lebensmittelwesen beigeordnet. Diese Herren mußten ebenfalls *mit* ihrer Verhaftung rechnen.

Die demokratisch gesinnte Bevölkerung hielt nicht stille, sie bestellte einen Aktionsausschuß, der in einem Keller verschwand, während das Militär u. a. im Regierwlgsggebäude, in der Post und im Hause der "Schleswiger Nachrichten" Wachen aufstellte. Im übrigen fuhren Last-

wagen mit bewaffneten Soldaten säbelrassele durch Schleswigs Straßen. Im Rathaus hatte der kleine Gegenrevolutionär v. Lattorff kein Glück. Bürgermeister Dr. Behrens lehnte eine militärische Bewachung des Rathauses ab. Er traute dem Zauber nicht. Er erklärte, er sei Polizeichef und das genüge ihm, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, er brauche kein Militär. Dr. Behrens übernahm eine vermittelnde Tätigkeit, die bedauerlicherweise den Kampf um das Schloß nicht verhindern konnte. Seine Bemühungen scheiterten an der engstirnigen politischen Unwissenheit der Offiziere der Garnison.

Der republikanische Aktionsausschuß, der bereit war, unter Einsatz des Lebens für die demokratische Staatsform zu kämpfen, bestand aus dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Kar! Kolar, von der SPD Emil Brodkorb und Gustav Altendorf und von den sogenannten unabhängigen Sozialdemokraten Emil Petersen und Johannes Weiss. Dieser Ausschuß hatte Verbindungsleute zu den einzelnen Gewerkschaften und den demokratischen politischen Parteien. In dieser Widerstandsbewegung hatten neben den Mitgliedern des Aktionsausschusses folgende demokratisch gesinnte Bürger die Leitung zur Beschaffung von Waffen zur Überwindung der von Major v. Lattorff aufgestellten Wachen: Kar! Meitmann, Eduard Petersen, Hans Mumm, Oskar Philippsen, Heinrich Koch, Johannes Jürgensen, Johannes Vollertsen, Johann Büll, Christian Hinrichsen. Diese waren sofort bereit, an die Spitze zu treten, um den Putsch in der Stadt Schleswig niederzuschlagen. Vom Kaufmann Johannes Hage bekamen sie einen Lastwagen, der allerdings nur eiserne Räder hatte, um Waffen zu organisieren.

Ganz wohl scheint es dem Garnisonältesten nicht gewesen zu sein, als die Berliner Meuterer den Befehl gaben, Rädelführer und Streikposten zu erschießen. Da hielt er es für ratsam, mit Gesinnungsfreunden aus der Schleswiger Bürgerschaft zu sprechen. Es fanden Zusammenkünfte statt - ich will keine Namen nennen - aber der frühere, sehr bekannte und geachtete Stadtverordnete, Hofspediteur Heine Dehn, hat mir etwas verraten. Er sagte später: "Nee, Clausen, ju dodscheten, nee, dat kun widoch nich; dorför hev ick sorgt, datdat nich tom dodscheten kem". Aber um das Affenspiel voll zu machen, beschlossen Bürger einen Generalstreik und forderten auf, die Läden zu schließen. Damit glaubten reaktionäre, schwarz-weiß-rote Schleswiger Bürger eine mutige Tat vollbracht zu haben, um das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können.

Die meisten Geschäftsleute folgten nicht dieser Parole. Einige Bürgersöhne traten den gebildeten Zeitfreiwilligen-Formationen bei; als die Kugeln um das Schloß pfliffen, waren sie nicht dabei.

Nun saß die Generalstreikleitung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und demokratisch gesinnten Bürger in ihrem Schlupfwinkel, während Major v. Lattorff die Haftbefehle für sie in der Tasche trug und die Rädelsführer suchte. Von der Selbstverständlichkeit durchdrungen, daß Terror nur mit Waffengewalt niedergeschlagen werden kann, ging man auf die Suche nach Schießgewehren. Es muß hier gesagt werden, daß in diesem Augenblick und auch in den folgenden Tagen die Sache der Demokraten sehr schlecht stand. Es war eine sehr ernste Lage. Man mußte damit rechnen, daß die Reaktionären zu allen Mitteln greifen und auch vor Erschießungen nicht zurückschrecken würden. Die Republik brauchte die kühnsten und kräftigsten Leute. Diejenigen, die sich zum Kampf stellten, waren größtenteils entlassene Soldaten, die mit Waffen umgehen konnten. Aber wo gab es Waffen? Dagegen lagen im Schloß nicht nur zwei Schwadronen Kavalleristen, sondern weitere Hunderte Soldaten verschiedener Waffengattungen. Aber auf den Straßen der Stadt waren Hunderte, ja vielleicht Tausende kräftiger Republikaner: "Gebt uns Waffen, dann räuchern wir die Bande aus mitsamt dem putschenden Major!" Kam es zum Kampf, dann würde es Opfer kosten. Der Aktionsausschuß mußte sofort handeln, bevor es zu spät war. Der Beigeordnete Adler und der Leiter der Demokratischen Partei Klemmer waren verhaftet; bald konnten die führenden Sozialdemokraten und die Vorsitzenden der Gewerkschaften folgen, wenn Waffen zur Verteidigung nicht beschafft werden konnten. Hier zeigten die Schleswiger Arbeiter eine seltene Entschlußkraft und Energie. Die Holmer Fischer, sonst immer friedlich gesinnt, hatten ein besonderes Bedürfnis für "Ruhe und Ordnung". Es war bekannt geworden, daß in diesem historischen Stadtteil unter sachkundiger militärischer Führung und im Einvernehmen mit den Putschisten auf Schloß Gottorp rund hundert Gewehre mit Munition lagerten. Für die Republikaner war es nur ein Griff. Unbewaffnete Arbeiter erbeuteten diese Waffen ohne Kampf und Blutvergießen. Unsere Holmer waren sehr erstaunt. Es gelang, in kurzer Zeit aus den Dörfern und durch Überwältigung der von den Meuterern aufgestellten Wachen weitere Waffen und Munition zu bekommen, und Schloß Gottorp wurde umstellt, so daß keiner rauskollieren konnte.

Als ich am 13. März in meine Reichsbahn-Dienststelle kam, kam auch unser Chef, nahm seinen Hut ab und sagte in gewichtigem Ton: "So, meine Herren, jetzt haben wir endlich eine andere Regierung am Ruder, Kapp und Lüttwitz haben die Regierung in Berlin übernommen, und die anderen Herren sind geflüchtet". Herr Vorsteher Vollstedt war sehr beglückt. Er war kaisertreu bis in die Knochen und konnte die neue Zeit nicht verstehen. Seine Untergebenen, besonders unsere Jungen, mußten gehorchen. Als ich nach Kriegsschluß meinen Dienst antrat und ihn bei der Begrüßung mit "Herr Vollstedt" anredete, sagte er nachdrücklich: "Herr Vorsteher heißt es, Herr Clausen". Ich sagte ihm, es sei jetzt eine andere Zeit, die Belegschaft hätte beschlossen, ihn mit dem Namen, nicht mit seinem Titel und nicht in der dritten Person anzureden. Da fiel ihm ein Stein aus der Krone. Aber an diesem Morgen glaubte ich, ihn rührte der Schlag, als ich ihm mitteilte, wir Eisenbahner folgten der Streikparole der Gewerkschaften in Hamburg und nicht den Anordnungen der Verwaltung, falls diese Anordnungen gegen die Streikleitung gerichtet seien. Der Leiter der Streikleitung in Schleswig sei ich, und meine Arbeitskollegen würden meinen Anordnungen folgen. Der Dienst ginge weiter. Balltelefon und -telegraf hätte ich besetzt, und nun wollten wir sehen, wie das Theater weiterginge. Diese Mitteilung machte ich ihm in so energischem Tone, daß er in sein Dienstzimmer verschwand. Er mischte sich nicht in meine Angelegenheiten.

Auf diesem Gebiet gelang es den Schleswiger Eisenbahnern, ihre Treue zu der rechtmäßigen Regierung unter Beweis zu stellen. In Schleswig hatten wir dafür gesorgt, daß Kapp- oder Lattorff-Züge weder ein- noch ausfahren konnten. Aber noch eine weitere wichtige Hilfe konnten wir dem bedrängten Aktionsausschuß leisten. Die Militärs hatten alle Fernsprechleitungen besetzt, aber das Bahntelefon und den Bahntelegraphen vergessen. Radio gab es noch nicht. So kabelten wir Eisenbahner lustig los nach Hamburg, Kiel und Flensburg, und die Eisenbahnbüros wurden die Nachrichtenzentralen der Republikaner, und ich wurde der Leiter dieser Nachrichtenabteilung in Schleswig. Durch diesen Draht erfuhren wir im Verlauf des Kampfes, daß die Berliner Meuterer keine Aussicht auf Erfolg hätten. Der Putsch würde in nächster Zeit niedergeschlagen werden. Diese Meldung brachte ich dem Aktionsausschuß brühwarm. Man kann sich denken, daß sie den Kampfesmut stählte.

Auch auf einem anderen Gebiet konnte die Eisenbahn helfen. Wir sand-

ten durch die Schleswiger Kreisbahn eine Lokomotive mit Wagen nach Friedrichstadt und Husum, um Waffen und Munition zu holen; und als die Lattorffer immer noch nicht auf Schloß Gottorp kapitulieren wollten, holten wir Artillerie von Rendsburg. Drei Kanonen, darunter ein 15 cm-Mörser, hatten im Stadtteil Friedrichsberg Stellung genommen und ihre Rohre auf das Schloß gerichtet.

Es ist sehr schwer, die Geschehnisse dieser Tage der Zeitfolge nach wiederzugeben. Wie sah es nun in diesen Tagen innerhalb des Schlosses aus? In meinen Akten habe ich eine Darstellung von den republiktreuen Unteroffizieren, - denn solche gab es auch auf Schloß Gottorp. Diese Soldaten waren nicht alle reaktionär eingestellt. Da waren Unteroffiziere, die trotz der rücksichtslosen Befehlsgewalt der Offiziere durchaus die Lage durchschauten und auch den Mund aufmachten. Der Major v. Lattorff hatte nicht alle Unteroffiziere hinter sich. Hier waren es der Offiziersstellvertreter Rathje und der Wachtmeister Lausen, die protestierten und den Diktator langsam in den Knien weich machten. Bei dieser Auseinandersetzung ging es natürlich um die sogenannte "Soldatenehre", aber auch um den Eid auf die neue republikanische Regierung Ebert, den die Soldaten abgelegt hatten. Dadurch wird der Putsch-Major langsam bedenklich und läßt zu, daß die Unteroffiziere mit der Bevölkerung und mit dem Aktionsausschuß Kontakt suchen. Sie verlassen das Schloß und fahren zum Restaurant "Hohenzollern", wo eine Besprechung stattfindet. Bei dieser Besprechung war ich zugegen.

Ich gebe nun die Darstellung dieser Unteroffiziere über den Verlauf der Ereignisse wieder, die ich für sehr objektiv halte. Dieser schriftliche Bericht ist der einzige, der existiert. über die Verhandlungen ist keine Niederschrift gefertigt worden.

Die republiktreuen Unteroffiziere schreiben:

"Während des 14. 3. entstand im Unteroffizierskorps eine sidüliche Erregung, und die Ansichten über die Berliner Vorgänge spalteten sich.

Die Unteroffiziere planten am Nachmittag eine Zusammenkunft zur Besprechung der Vorgänge in Berlin. Diese wurde vom Major v. Lattorff auf Grund des Ausnahmezustandes verboten. (Vizewachtmeister Holm erklärte, daß die Versammlung durch den Major verboten sei).

Um 2 Uhr nachmittags mußte Rittmeister Müller im Auftrage des Majors von Lattorff eine dienstliche Besprechung über die Lage abhalten. Hierbei wurden die eingegangenen Telegramme der neuen Machthaber be-

kanntgegeben. Darunter befand sich auch ein Telegramm des Generals Lettow Vorbeck, Führer der Reichswehr-Brigade in Schwerin, in dem dieser mitteilte, daß er sich, ebenso wie alle anderen Führer es getan hätten, zur Verfügung der neuen Regierung stelle.

Offiziersstellvertreter Rathje trat vor und erklärte, er glaube im Sinne der Unteroffiziere zu sprechen, daß es mit dem Gewissen und dem Eide nicht zu vereinbaren sei, jeden Putsch mitzumachen. Er wäre der Ansicht, daß man der verfassungsmäßigen Regierung, der man den Eid geleistet hätte, bis zum letzten Hauch von Mann und Roß dienen müsse. Die Ansichten darüber waren im Unteroffizierskorps noch geteilt.

Offiziersstellvertreter Rathje willde vom Rittmeister Müller zu Major v. Lattorff mitgenommen. Dann folgten Besprechungen der Eskadron-Führer mit ihren Unteroffizieren.

Major v. Lattorff befahl dem Offiziersstellvertreter Rathje, die Erklärung, die er dem Rittmeister Müller gegeben hatte, zu wiederholen. Nach Wiederholung der Erklärung versuchte Major v. Lattorff, dem bezeichneten Unteroffizier die Nachteile der alten Regierung klarzumachen. Der Unteroffizier wiederholte, daß er nlll' seinem Eide gemäß der verfassungsmäßigen diene. Einigung darüber wurde erzielt, daß es sich heute vor allem um Aufrechterhaltung der Ruhe tmd Ordmmg in Schleswig handele. Wir werden Putsch von links oder rechts tnterdrücken, war die Parole. Rathje empfahl dem Major die Freilassung Adlers, wodurch sich die Ruhe in der Stadt Schleswig von selbst wiederherstellen würde. Der Major antwortete, die Festnahme Adlers sei auf höheren Befehl erfolgt". Diese Empfehlung Rathjes zeigte klar, daß die Unteroffiziere Gegner des Putsches waren, die politische Situation durchaus erkannten und im Gegensatz zu den Offizieren nicht bereit waren, den Eid auf die demokratisch rechtmäßige Regierung zu brechen. Rathje war Offiziersstellvertreter, ein Dienstgrad, der zwar zu den Unteroffizieren zählte, aber dessen Einstellungen zu dem Putsch doch in Offizierskreisen beachtet werden mußte. Die Haftentlassung Adlers konnte man nicht anordnen, denn allein dadurch wäre der Putsch schon zusammengebrochen.

In dem schriftlichen Bericht heißt es weiter:

"Am Nachmittag suchten Offiziersstellvertreter Segner, Vizewachtmeister Lausen, Vizewachtmeister Petersen und Sergeant Vollrath den Major v. Lattorff auf und sagten, sie ständen gleich Rathje auf dem Boden der Regierung Ebert-Bauer, würden aber für Ruhe und Ordnung eintreten,

von welcher Seite auch eine Störung erfolge. Der Major erwiderte u. a., daß er als ältester Offizier seinerzeit wohl die Offiziere des Regiments vereidigt hätte, er jedoch selbst auf keine Regierung vereidigt sei, was wohl vergessen worden ist.

Am 14. 3. wurden sämtliche öffentlichen Gebäude der Stadt Schleswig militärisch besetzt. Gleichzeitig wurden die Anordnungen der neuen Regierung veröffentlicht und ihre Durchführung militärisch überwacht. Entgegenstehende Meldungen wurden beschlagnahmt. U. a. ist auch ein Telegramm des Reichsbundes der Berufssoldaten, in welchem die Ortsgruppe Schleswig aufgefordert wurde, treu zur verfassungsmäßigen Regierung zu stehen, nicht ausgehändigt.

Noch wurde dem Vertrauensmann der 4. Eskadron, Vizewachtmeister Lausen, jede Aussprache mit den Unteroffizieren und Mannschaften verboten und sogar mit Schutzhaft bedroht.

15.3.: Die unterzeichneten Unteroffiziere ersahen aus einer Hamburger Zeitung, daß die Aussichten für die neue Regierung Kapp doch sehr zweifelhaft waren. Dieser Zweifel fand auch bei der Truppe Eingang, umso mehr, als Flugblätter des Schleswiger Tageblattes erkennen ließen, daß die alte Regierung von Stuttgart aus Amtshandlungen vornähme. Diese Flugblätter wurden beschlagnahmt. Der Redakteur bald darauf festgenommen. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde auch der Führer der demokratischen Partei, Ingenieur Klemmer, verhaftet.

Am 15.3. früh hatte der Generalstreik eingesetzt.

Vom 15. bis 17. 3. erhielten wir nur Nachrichten der Regierung Kapp.

Am 17. 3. nachmittags durchfuhr ein Lastkraftwagen, mit Maschinengewehren bestückt, unter Führung des Oberleutnant Wickel die Stadt, um die Menge auseinanderzutreiben. Es wurde geschossen, was zur erheblichen Beunruhigung der Bevölkerung beitrug.

Am 18. 3. wurde ein Telegramm von General von Seeckt aus Berlin bekanntgegeben, daß er auf dem Boden der alten Regierung Ebert-Bauer stände. Ferner erfuhren wir, daß General v. Lettow Vorbeck sich neuerdings auch wieder zur alten Regierung Ebert-Bauer bekenne. Die Offiziere der Kavallerie Abteilung Schleswigs hatten auf diese Nachricht hin sämtlich ihre Patente zur Verfügung gestellt, wie uns Vizewachtmeister Lassen mitteilte.

Das Unteroffizierskorps der Reichswehr versammelte sich im Unteroffizierskasino, um zum angeführten Telegramm Stellung zu nehmen. Auch

wünschten die Unteroffiziere nicht von dem Garnison Kommando-Schreiber, sondern von dem Führer, Major v. Lattorff, Aufklärung über den Grund seiner bisherigen Handlungsweise. Der Major sagte u. a., daß er als Soldat lediglich auf Befehl seiner Vorgesetzten gehandelt hätte und legte den Posten als Garnisonsältester nieder.

Oberstleutnant Ritter von der Abwicklungsstelle l. R. 84 übernahm daraufhin das Garnison-Kommando.

Auf Wunsch der Unteroffiziere wurde eine Kommission gewählt, die jetzt sofort mit den Mehrheitsparteien Fühlung nehmen sollte, um das drohende Blutbad zu verhindern und ihnen zu erklären, daß wir bereit seien, mit ihnen die verfassungsmäßige Regierung zu stützen.

Von Seiten der Offiziere bestand die Absicht, die Alarm Eskadron in die Stadt zu senden, um die sich dort angesammelte Menschenmenge evtl. mit Waffengewalt zu sprengen. Darauf sagte der Offiziersstellvertreter Rathje zmn Rithneister Behncke, man solle doch endlich das Säbelrasseln unterlassen, es genüge auch, wenn man in Ruhe die Leute aufkläre und empfahl ihm, einen verständigen Unteroffizier in die Menge zu senden.

Jetzt erhielt der Sergeant Vollrath den Auftrag, sich in die Stadt zu begeben und die aufgeregte Menge zu beruhigen, Schießereien auf Einwohner sollten unter allen Umständen vermieden werden. Auf unerklärliche Weise explodierte zu dieser Zeit in der Redaktion der Schleswiger Nachrichten eine Handgranate, was erheblich zur weiteren Beunruhigung beitrug. Es gelang Vollrath mit Hilfe einiger besonnener Einwohner, die ca. 500 zählende Menge zu beruhigen lmd die Erbitterung gegen das Militär abzuschwächen. Die Menge verlangte zunächst Zurückziehung der militärischen Posten unter Zurücklassung der Waffen, sowie Freilassung Adlers. Vollrath erklärte, er sei für diese Maßnahmen nicht zuständig. Der Posten in der Redaktion in den Schleswiger Nachrichten war inzwischen überrumpelt und entwaffnet worden. Vollrath erklärte sodann, daß die ordnungsmäßige Zurückziehung der Wachen und Posten Sache von Verhandlungen wäre, die [ein]geleitet seien. Neue Beunruhigung zeigte sich ebenfalls bei der militärisch besetzten Post. Um den dortigen Posten zu schützen, sagte der ebenfalls in die Stadt gegangene Offiziersstellvertreter Rathje zu diesem, er möge sich zu eigenem Schutze den Blicken der Menge entziehen. Auch bei der Regierung hatte sich inzwischen eine erregte Menge angesammelt. Hier

war es dem Vizewachtmeister Lausen gelungen, die Leute zu beruhigen. Mittlerweile erschien der freigelassene Beigeordnete Adler, dem es gelang, beruhigend auf die Menge einzuwirken. Offiziersstellvertreter Rathje setzte sich telefonisch mit Oberstleutnant Ritter in Verbindung und riet, den Abzug der Postwache ohne Waffen und die Belassung dieser [in] dem Postgebäude [zu gestatten]. Der Oberstleutnant gab nach einigem Zögern seine Einwilligung, da dies als der einzigste Weg zur Erhaltung der Ruhe angesehen werden mußte.

Während der Verhandlungen fing die bewaffnete Einwohnerschaft an, das Schloß zu umstellen, ein Maschinengewehr wurde bei diesen vom Schlosse aus erkannt. Die anderen militärischen Wachen waren jetzt von der Menge überrumpelt und entwaffnet worden.

Sollte ein Angriff auf die Kaserne während der Verhandlungen stattfinden, war die gesamte Truppe fest entschlossen, diese bis zum äußersten zu verteidigen. Die Offiziere versahen ihren Dienst weiter.

Daraufhin begab sich die Kommission, bestehend aus Offiziersstellvertreter Rathje, Sergeant Vollrath, Vizewachtmeister Gieschen und Schuhmacher und Gefreiter Jappin, in das Restaurant "Hohenzollern" und verhandelt[e] mit den Regierungsparteien. Die Kommission verlangte zunächst die volle Respektierung der Kaserne und keine Entwaffnung der Truppe. Dies wurde zugesichert. Vom Schloß her wurde Schießen gehört. Daraufhin eilten der Arbeiterführer, Sekretär Meitmann, wie auch Offiziersstellvertreter Rathje und Sergeant Vollrath im Kraftwagen dorthin, um unter allen Umständen ein Blutvergießen zu verhindern. Inzwischen hatte starkes M.G.- und Gewehrfeuer von beiden Seiten eingesetzt. Auf Seiten der Schloßbesatzung waren ein Offizier (Leutnant von Schiller), ein Unteroffizier (Sergeant Scheel) und 4 Mann als Tote, ferner 5-6 Verwundete zu verzeichnen. Einige Verluste kommen dabei auf Rechnung eines Ausfalles, den der erste Zug der 3. Eskadron (Hus. 16) auf Befehl und Leitung des Oberleutnant Wickel und unter Führung des Leutnant Teichmann tmter Beteiligung des Rittmeisters des Osa machte. Die Kommission erreichte mit dem Kraftwagen die Schleihalle etwa 200 mtr. nordwestlich vom Schlosse entfernt. Telefonisch wurde auf beiden Seiten Feuereinstellung versprochen und die Verhandlungen wurden eingeleitet. Bei dieser war Waffenruhe bis 19. 3. mittags 12 Uhr und Zuri.ickziehung der bewaffneten Einwohner innerhalb der Sichtweite der Truppe vereinbart worden. Für die Arbeiterformationen wurde

eine Demarkationslinie bestimmt. Im Laufe des Nachmittags und der folgenden Nacht (18. 3. bis 19. 3.) hatten die Einwohner erhebliche Verstärkungen aus Rendsburg erhalten. Es waren bei diesen Verstärkungen drei Geschütze, darunter auch eine 15 Centimeter Haubitze, ferner angeblich 250 Mann Militär (Inf. und Staffelfstab) mit 6 Maschinengewehren und etwa 250 Arbeiter mit 4 Maschinengewehren, ferner angeblich aus Husum und Flensburg mehrere hundert Arbeiter."

Die Ereignisse des 18. März zeigen deutlich, daß die Befehlsgewalt aus den Händen der eidbrüchigen Offiziere gleitet, und daß die Unteroffiziere mit dem republikanischen Aktionsausschuß die Führung bekommen.

Die Verhandlungen im Restaurant Hohenzollern wurden durch die Schießereien jäh abgebrochen. Man versuchte in den Kampf, den man noch verhindern zu können glaubte, einzugreifen. Interessant ist die Frage: Woher hatte man den Kraftwagen, um zum Schloß fahren zu können? Wagen waren selten und alle Beteiligten waren zu Fuß oder auf einem Fahrrad gekommen.

Als man die Schüsse hört, hält plötzlich ein Kraftwagen vor "Hohenzollern". Aus dem Wagen steigen ein Gutsverwalter und ein Chauffeur des Prinzen Heinrich vom Gut Hemmelmark auf Schwansen. Der prinzliche Gutsverwalter, der sofort von Mitgliedern des Aktionsausschusses und den Unteroffizieren umringt wird, erklärt, er sei von der Königlichen Hoheit beauftragt, bewaffnete Soldaten zum persönlichen Schutz des Prinzen Heinrich zu holen. Darauf sagt der Vorsitzende des Aktionsausschusses: "Die bekommen Sie nur im Schloß Gottorp." Also hinein in den Wagen! Durch Zufall bekam das republikanische Oberkommando einen Wagen, sogar einen königlichen, der erst abgegeben wurde, nachdem die Stadt Schleswig von den Putsch-Offizieren befreit worden war.

Der 18. März bringt die Katastrophe. Wie soll und wird es weitergehen? Wird die erbitterte Bevölkerung das Schloß stürmen? Ein Ausfall ist mit Verlusten abgeschlagen. Stürmt die bewaffnete Bevölkerung, werden die Soldaten ihr Leben verteidigen. Drei Kanonen haben ihre Rohre auf das Schloß gerichtet; weitere Verstärkungen sind im Anmarsch, um den Putsch niederzukämpfen. Die Kanonen dürfen nicht losgehen, dazu ist das historische Schloß zu schade, das muß verhindert werden. Es muß sofort gehandelt werden. Der Aktionsausschuß hat in dieser Stunde eine

große Verantwortung. Wird er mit den Unteroffizieren die Lage meistern? In dieser schwierigen Situation übernimmt Karl Meitmann mit Umsicht und Tatkraft die Führung.

Wir folgen weiter dem Bericht:

"Am 18. 3. abends traf Staatskommissar Dr. Köster in Schleswig ein. Er begab sich in Begleitung der Vertrauensleute und des Sekretärs Meitmann zum Garnison-Geschäftszimmer zu einer Besprechung mit den Offizieren. Hierbei verurteilte er in scharfen Worten das Verhalten der Offiziere während der letzten Tage."

Dr. Köster fuhr dann wieder nach Flensburg, während der Aktionsausschuß mit den Unteroffizieren verhandelte. Die Offiziere waren ausgeschaltet. Zugegen waren Karl Kolar, Gustav Altendorf, Emil Brodkorb und Karl Meitmann von der SPD-Parteileitung in Kiel.

Im Bericht der Unteroffiziere heißt es weiter:

"Während der nächtlichen Verhandlungen vom 18. 3. 20 formulierte die andere Seite folgende Punkte:

1. Inschutzhaftnahme sämtlicher Offiziere.
2. Unterstellung der Truppe unter die Befehlsgewalt des Aktionsausschusses.
3. Ablieferung der Waffen auf Kammer unter Kontrolle des Aktionsausschusses.

Die verhandelnden Unteroffiziere und Vertrauensleute haben hiergegen Stellung genommen, besonders gegen die Waffenabgabe.

Eine weitere Forderung der Einwohnerschaft, den Einzug in die Kaserne zu gestatten, wurde abgelehnt. Die Verteidigung der Kaserne in diesem Falle angekündigt. Dieser Punkt ist dann später von [den] Einwohnern nicht mehr erwähnt worden.

19. 3. 1 Uhr 15 Min. nachmittags traf Staatskommissar Dr. Köster im Kraftwagen aus Flensburg ein. Die Unteroffizierskommission traf ihn bei der Stadt Hamburg (Hotel) und begab sich mit dem Aktionsausschuß und dem Sekretär Meitmann zur Kaserne. Sämtliche Vertrauensleute der Truppe wurden zu den Verhandlungen hinzugezogen. Diese dauerten von 1 Uhr 30 Min. bis 3 Uhr 15 Min. nachmittags und ergaben die Annahme der oben angeführten drei Punkte. Die Inschutzhaftnahme der Offiziere und die Waffenabgabe sollten in loyaler Weise durchgeführt werden. Die überführung der Offiziere in Schutzhaft sollte erst nach Einbruch der Dunkelheit erfolgen. Die von den Einwohnern nun-

mehr verlangte sofortige Abführung der Offiziere in Schutzhaft nach Kösters Hotel wurde von den Unteroffizieren abgelehnt, jedoch durch die Vermittlung des Sekretär Meitmann durchgeführt. Der Genannte brachte diese unter seinem persönlichen Schutz fort."

In diesem Augenblick ist die Auseinandersetzung zwischen der Bevölkerung und der Schloßbesatzung in ein kritisches Stadium getreten. Das Schloß ist nachmittags, am 19. März, von vielen Tausenden Einwohnern belagert. Die Wut der Menge richtet sich gegen die Offiziere, gegen den Putsch-Major, denn durch ihre Schuld liegen im Schloß sechs tote Soldaten. Das Volk will die Schuldigen sehen, sie sollen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden. Der Eingang zum Schloß ist durch bewaffnete Arbeiter besetzt, die den Eintritt nicht gestatten. Karl Meitmann hat die militärische Führung der Republikaner übernommen. Er kann den Eintritt der erregten Bevölkerung in das Schloß nicht zulassen. Wenn er das tut, kann niemand verantworten, was dann geschieht. Es muß ein Ausweg aus der verfahrenen Situation gefunden werden. Die Forderung der Menge wird stärker und stärker, der Ruf nach Vergeltung für die Wahnsinnstat immer intensiver. Es besteht die Gefahr, daß die Menge das Schloß stürmt. Meitmann muß handeln, und er tut es. Es ist beschlossen worden, daß die Offiziere abends — man glaubt, daß sich dann die Menge beruhigt hat — in das gegenüber befindliche Hotel Flenkers überführt werden sollen, wo bewaffnete Arbeiter sie bewachen werden. Solange will das Volk nicht warten, es will die Übeltäter von Angesicht zu Angesicht sehen. Meitmann muß nachgeben. Er spricht: "Gut, wenn ihr die Offiziere sehen wollt, so sollt ihr das auch. Ich führe sie vorn Schloß zum Hotel. Ihr dürft sie nicht anrühren und gegen sie tötlich werden, denn Ihr seid nicht ihre Richter. Wenn einer von Euch die Offiziere tötlich angreift, dann schieße ich ihn über den Haufen, denn ich habe mich für ihr Leben verbürgt." So führte Kar! Meitmann am Spätnachmittag sämtliche entwaffneten Offiziere vorn Schloß durch die Menschenmenge in die Gefangenschaft.

Der Bericht lautet weiter:

"In der Nacht wurde bekannt, daß die Brigade Löwenfeld (Detachement Claasen), die in Kiel gekämpft hatte, in nördlicher Richtung abrückte." Die Brigade Löwenfeld war ein Freikorps, das gegen die Republik war und sich für die Putschisten Kapp und Lüttwitz eingesetzt hatte. Diese gut disziplinierte Truppe bedeutete eine Gefahr für Schleswig. Die be-

waffneten Republikaner und die Soldaten im Schloß unter Führung der Unteroffiziere hatten sich formiert und waren entschlossen, dieser reaktionären Truppe mit Waffengewalt zu begegnen, falls sie versuchen sollte, in die Stadt einzudringen.

"Die Gefahr erkennend", schreiben die Unteroffiziere weiter, "eilten Offiziersstellvertreter Rathje und Sergeant Vollrath am nächsten Morgen zum General, Herrn von Hammerstein, und baten ihn, er möchte unter allen Umständen eine Verständigung herbeiführen, um so ein Blutvergießen zu verhindern. Herr General möchte als Unparteiischer mit Hauptmann im Generalstab Gädecke diese Verständigung durchsetzen, weil wir Unteroffiziere von der Brigade kaum anerkannt würden. Eine Verständigung gelang am 20. 3. abends unter Mitwirkung des Sekr. Meitmann wie auch des Vizewachtmeister Lausen.

Am 20. 3. wurden im Verein mit den bewaffneten Einwohnern Kavalleriepatrouillen entsandt, die die Brigade auf ihren Weg beobachteten."

Soweit der Bericht der Unteroffiziere. Eine Abschrift bekam ich damals zugesandt.

So endete der Kapp-Putsch in Schleswig. Für das reaktionäre Bürgertum der Stadt war er eine Blamage. Die schleswigschen Arbeiter, zusammen mit demokratischen Bürgern und Beamten unter Beteiligung ihres Bürgermeisters, führten den Kampf gegen die alten Mächte des vergangenen Obrigkeitsstaates erfolgreich durch, so daß der Kapp-Putsch doch ein Ruhmesblatt für die Stadt wurde und in einer Stadtgeschichte erwähnt werden muß. Auch die regierungstreuen Unteroffiziere der Garnison dürfen nicht vergessen werden, die durch ihren Einsatz innerhalb und außerhalb des Schlosses getreu ihrem Eide auf die Republik mitgeholfen haben und im Gegensatz zu ihren Offizieren politischen Weitblick zeigten.

Auch die Schleswiger Arbeiter hatten einen Verlust. Der Arbeiter Fabian wurde in der Flensburger Straße von einer verirrten Kugel tödlich getroffen.

Durch den Bericht der Unteroffiziere wissen wir, wer die Anführer des Ausfalles, der sieben Tote brachte, waren. Es ist nicht bekannt, daß die Anführer des Putsches zur Rechenschaft gezogen worden sind. Sie waren Rebellen gegen die rechthäßige Regierung und hatten den Tod von sechs Soldaten auf dem Gewissen, sie gehörten vor Gericht. Aber die demokratische Reichsregierung war tolerant, oder war es Schwäche?

Die Nazis errichteten für die Gefallenen einen Gedenkstein, der am 26. Juli 1936 eingeweiht wurde. Der Stein trägt die Inschrift:  
"Am 18. März 1920 starben in soldatischer Pflichterfüllung für Deutschland ..."

Es folgen dann die Namen der Gefallenen.

Die Behandlung dieses Falles ist ein Beispiel für die Verwirrung der Begriffe. Heute ist es klar geworden, daß die demokratischen Arbeiter und Bürger Schleswigs die treuesten Söhne Deutschlands waren.

### *Die dänische Bewegung und die Grenzfrage*

Bevor ich über das Rathaus, über Bürgermeister, Magistrat und die Stadtverordneten schreibe, will ich noch über eine Begebenheit berichten, die damals die Gemüter stark bewegte. Das war die Abstimmung in Nordschleswig. Wir in dem alten Herzogtum Schleswig kennen den preußischen Nationalismus und den lärmenden deutschen Patriotismus, und deshalb wundern wir uns nicht, wenn eine solche Grenzänderung große Wellen schlägt.

Ich blicke in die Geschichtsschreibung der zwanziger Jahre. Heinrich Philippsen hat in seiner Entwicklungsgeschichte der Stadt über das Vordringen der dänischen Gesinnung und der dänischen Bewegung folgendes geschrieben:

"Der alte Erbfeind des Landes, Dänemark, trat wieder auf den Plan, um aus dem längst antiquierten § 5 des Prager Friedens seine vermeintlichen Ansprüche auf Nordschleswig geltend zu machen ... Aber bei dem Zustand, in dem das deutsche Reich sich unnützlich nach dem Kriege befand und den Dänemark noch dazu unter dem Schutz fremdländischen, deutschfeindlichen Militäraufgebotes benutzte, um nicht allein seine Ansprüche zu erheben, sondern diese fortgesetzt zu steigern, so daß schließlich die Erfüllung des einstigen eiderdänischen Programms gefordert wurde, war das Vorgehen Dänemarks nach gutdeutschem Wortgebrauch Leichenflederei, und keine Geschichtsklitterung vermag dem dänischen Volke dieses Brandmal von der Stirn zu waschen ..."

Diese Darstellung ist nicht nur in einem sehr gehässigen Ton geschrieben, sondern sie enthält auch eine geschichtliche Unwahrheit. Das offizielle Dänemark hat damals und heute zu keinem Zeitpunkt die Eider-

grenze verlangt. Es mag sein, daß private Kreise in Dänemark damals eine solche Forderung stellten. Eine dänische Regierung hat eine solche Forderung nicht gestellt.

Heinrich Philippsen fährt fort:

"Daß es möglich gewesen war, namentlich auch die dritte Zone in das Abstimmungsgebiet mit hineinzuziehen, war zum Teil einer hier ansässigen kleinen Gruppe dunkler Ehrenmänner ohne vaterländische Gesinnung gelungen, die im deutschfeindlichen Lager den Eindruck zu erwecken verstanden, daß hier "ein starkes deutschsprechendes Heimdämenturn vorhanden sei, das sich lediglich unter dem preußischen Beamtentdruck nicht hervorwage". Die schlechten Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse, die mit dem übrigen Deutschland auch die Nordmark schwer drückten, kamen hinzu, um den Boden für eine fruchtbringende dänische Propaganda empfänglich zu machen. Mit ihren sprichwörtlich gewordenen "Speckpaketen" und ihrer Wohltätigkeits-Aktion für Schleswiger Ferienkinder hatten die dänischen Agitatoren, denen dafür reiche Geldmittel zuflossen, leichten und ergiebigen Gimpelfang. So kam es, daß in der Tat die Zahl der "Dänlinge" südlich der Abstimmungsgrenze allmählich wuchs, und in der kerndeutschen Stadt Schleswig mit dänischem Gelde ein dänisches Agitationszentrum eingerichtet werden konnte, von dem aus die Drahtzieher der Propaganda ihre Marionetten tanzen ließen . . . "

Ich konnte nicht unterlassen, diese Zeilen zu zitieren, weil Heinrich Philippsen doch eigentlidl Schleswigs Historiker ist. Sie zeigen uns die gehässige Art des Kampfes von 1920. Gewiß mußten wir dänischgesinnten Südschleswiger gegen diese intolerante Weise ankämpfen, und meine letzten Jahre der politischen Arbeit von 1945-1955 drehten sich nur um die nationale Gesinnungsfreiheit im Grenzland Südschleswig. Philippsens Darstellung zeigt, daß man 1920 in gewissen politischen Kreisen kein Verständnis für Minderheitsfragen hatte und keine Ahnung hatte vom Selbstbestimmungsrecht eines Grenzvolkes. Zu sehr war der intolerante preußische Geist im deutschgesilillten Teil der Bevölkerung in Südschleswig festgewurzelt.

Das alte Herzogtum Schleswig, das tausend Jahre zu Dänemark gehörte, ist durch einen Gewaltakt des sogenannten "eisernen Kanzlers" annektiert worden. Diese historische Tatsache kann keine Geschichtsklitterung und keine noch so gehässige Darstellung der Verhältnisse in unserem

Grenzlande wegdiskutieren. Bismarck schreibt in seinen Erinnerungen: "Die Abstufungen, welche in der dänischen Frage erreichbar erschienen und deren jede für die Herzogtümer einen Fortschritt zum Bessern im Vergleich mit dem vorhandenen Zustande bedeutete, gipfelten meines Erachtens in der Erwerbblng der Herzogtümer für Preußen, wie ich sofort nach dem Tode Friedrichs VII. (15. Nov. 1863) in einem Konseil ausgesprochen habe. Ich erinnerte den König daran, daß jeder seiner nächsten Vorfahren - selbst seinen Bruder nicht ausgenommen - für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe, Friedrich Wilhelm IV. Hohenzollern und das Jahdegebiet, Friedrich Wilhelm III. die Rheinprovinz, Friedrich Wilhehn II. Polen, Friedrich II. Schlesien, Friedrich Wilhelm I. Altvorpommern, der Große Kurfürst Hinterpommern und Magdeburg, Minden und so weiter, und ermunterte ihn, ein gleiches zu tun . . .

Der Kronprinz hatte, während ich sprach, die Hände zum Himmel erhoben, als wenn er an meinen gesunden Sinnen zweifelte; meine Kollegen verhielten sich schweigend.

Wäre das höchste Ziel nicht zu erreichen gewesen, so konnten wir trotz aller Augustenburgischen Verzichtleistungen auf die Einsetzung dieser Dynastie und die Herstellung eines neuen Mittelstaates eingehn, wenn die preußischen und deutschnationalen Interessen sichergestellt wurden, die durch das Wesentliche der nachmaligen Februarbedingungen, Militärkonvention, Kiel als Bundeshafen und den Nord-Ostsee-Kanal, gedeckt waren."

Soweit Bismarck. Der "eiserne Kanzler" wußte schon, warum er den Krieg 1864 vom Zaune brach. Schleswig lmd Holstein wurden nicht ein Mittelstaat mit einem Augustenburger auf dem Thron, das Land bis zur Königsau wurde genommen, damit sein König, Wilhelm I., auch seinen Beitrag zu Preußens Größe leistete. Das Volk von der Eider bis zur Königsau wurde nicht gefragt. Die Bestimmungen des § 5 des Friedensverh'ages, die eine Volksabstimmung wenigstens in Nordschleswig vorsahen, wurden von Bismarck ad acta gelegt. Erst 56 Jahre später, nach dem ersten Weltkrieg, als Bismarcks Deutschland zusammenbrach, konnte dieses für das nordschleswigsche Volk so wichtige Recht verwirklicht werden.

Im übrigen war dieser Krieg und die Annexion der erste Zug zur Schaffung des Bismarckschen Deutschland, das nach dem Kriege mit Frankreich 1870-71 in Versailles ausgerufen wurde. Der Hauptbeweggrund

für die Schaffung dieses Deutschland war Preußens Machthunger, getragen von Krone und Junkertum. Die Arbeiter und kleinen Leute hatten in diesem Staat mit dem Drei-Klassen-Wahlrecht kein Mitbestimmungsrecht. So brach dieses Reich nach ca. 50 Jahren völlig zusammen. Und was dann aus dieser in Preußen-Deutschland so sehr gepriesenen Großtat Bismarcks 1945 wurde, darüber müssen alle Bismarck-Verehrer, besonders aber die **preußischen** Junker und ihre Nachkommen, nachdenken, die 1945 ihre Heimat verloren und bei uns als Flüchtlinge ankamen.

Preußen ist nicht mehr, und wenn der Gewaltakt 1864 nicht geschehen wäre, dann hätte das Herzogtum Schleswig und damit die Stadt Schleswig eine andere historische Entwicklung gehabt und - eine glücklichere Zeit erlebt. *Wir* wären vielleicht von zwei Weltkriegen verschont geblieben, und das sagt alles.

*Wie* sah nun beim Zusammenbruch nach dem ersten Weltkrieg die dänische Bewegung in Schleswig und Umgebung aus? Im kaiserlichen Deutschland und besonders in Preußen war kein Raum für politische Freiheit im Grenzland. Während des Krieges wurde *die* Bevölkerung Nordschleswigs, besonders die Soldaten, überwacht und Schikanen unterworfen. Eine freie dänische Gesinnung konnte sich gar nicht offen zeigen und wir wissen, welche Unterdrückungsmaßnahmen und welche Schwierigkeiten der dänischgesinnte Bevölkerungsteil vor dem Kriege tragen mußte. Die freie Gesinnung war im Grenzlande jahrzehntelang geknebelt worden. Im kaiserlichen Preußen hatten preußische Landräte - oft mit Monokel bewaffnet - durch Zwangsmaßnahmen in Schulen und Kasernen versucht, Schleswiger zu Preußen umzuformen. Beweise dafür sind genügend vorhanden, so daß *ich* meine Worte nicht weiter zu belegen brauche. Es war daher erklärlich, daß von Norden kommend eine dänische Welle nach Süden rollte und Schleswig, das Danewerk und auch die alte Grenze an der Eider erreichte. Für eine solche demokratische Entwicklung hatte aber die überwiegend deutschgesinnte Bevölkerung kein Verständnis. Besonders die bürgerliche Presse, unter Leitung der neugegründeten politischen Rechtsparteien, entfaltete den bekannten lärmenden Patriotismus, und so kam es zu Haßgesängen gegen die dänische Bewegung. Wenn die junge dänische Bewegung eine Massenbewegung gewesen wäre, und wenn für die alte südjütische Hauptstadt Schleswig eine "Gefahr" bestanden hätte, *in* das Königreich Dänemark

einverleibt zu werden, dann hätte man allenfalls die geräuschvollen patriotischen Regungen verstehen können.

Im Kreise Schleswig, besonders in Angeln, war es der Bauer Peter Lassen in Struxdorf, der als erster das Schleswigertum dänischer Gesinnung verkörperte und den Kampf aufnahm. Die Abstimmung war gewesen, und die dritte Zone mit der Stadt Schleswig hatte nicht abgestimmt. Die Grenze war festgelegt, und nun sollte man glauben, daß sich langsam die Wellen glätten würden. Peter Lassen hatte mit einigen Schleswiger Freunden, darunter dem bekannten Zimmerer Ilper, einen "Schleswigschen Verein" gegründet. Das Vereinsgebiet war der Kreis Schleswig. Da dieser Verein damit rechnen mußte, über die Wohnungen der Vereinsmitglieder hinaus kein größeres Lokal zu bekommen, kaufte man das schon damals alte Haus Langestraße 33 als Versammlungshaus. Anfang des Jahres 1922 wurde in Flensburg der Verlag "Schleswigsche Presse A. G." gegründet. Dieser Verlag gab die "Neue Flensburger Zeitung" und die "Neue Schleswiger Zeitung" in deutscher Sprache heraus. Die "Neue Schleswiger Zeitung" hatte ihre Redaktion in der Langestraße 33. Redakteure waren J. Oldsen, Bogensee und später J. Kronika. Für den lokalen Teil zeichnete in Schleswig M. Lorenzen. Daß nun die "Neue Zeitung", das Organ der jungen dänischen Bewegung, von den Organen der öffentlichen Meinung in der Stadt Schleswig freudig begrüßt werden würde, konnte man, nachdem was man erlebt hatte, nicht erwarten.

Idl werde nun Zeitungsäußerungen, Teile von Reden, Berichte über Versammlungen und Feiern zitieren, die ein anschauliches Bild von der Stimmung — teilweise Kampf Stimmung — geben, die in der Schleswiger Bevölkerung in dieser wirren Nachkriegszeit herrschte. Es hatten sich mehrere politische Parteien gebildet. Von rechts angefangen: die Deutschnationale Partei, die deutsche Volkspartei, die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei, die in Schleswig je eine Ortsgruppe mit einem Vorstand hatten. Das Presseorgan der beiden Rechtsparteien war die "Schleswiger Nachrichten", die von ihren politischen Gegnern "Schleswiger Tante" genannt wurde. Die demokratische Partei versuchte eine Zeitung zu gründen, das "Schleswiger Tageblatt", das aber wegen Mangel an Lesern wieder einging. Sdlleswigs Arbeiterschaft, Angestellte und untere Beamte, hatten einen klaren demokratischen Standpunkt und stützten den republikanischen Gedanken und die neue demokratisdle parlamentarische Regierung im Reich und in Preußen.

Das Bürgertum lebte in alten politischen Bahnen und hatte kein Vertrauen zu parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen. Diese Haltung entsprang einer gewissen Angst vor der aufkommenden Arbeiterschaft, die durch die neuen Wahlgesetze gleichberechtigt geworden war und ihre Rechte gegenüber den Mächten der Vergangenheit scharf zu wahren wußte. In der Gedankenwelt des Bürgertums war kein Raum für die neuen demokratischen Grundsätze, so daß eine bürgerliche demokratische Presse keine Existenzmöglichkeiten hatte. Schleswigs Bürger lasen die "Schleswiger Nachrichten". Die Arbeiter hielten die "Kieler Volkszeitung", erhielten aber später ein Kopfblatt, die "Schleswiger Volkszeitung". Die Zeitung erschien erstmals am 1. Dezember 1922, Lokalredakteur war Hans Flatterich.

Wir wollen nun zunächst hören, was der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. überfoluen, der in Schleswig-Holstein gewählt worden war, über die dänische Bewegung und Dänemark schreibt. Die "Neue Schleswiger Zeitung" vom 9. März 1922 zitiert einen Teil eines Artikels, den 01. überföhren in der Zeitung „Tag“ geschrieben hatte:

„Man braucht angesichts dessen, was jetzt in Südschleswig vorgeht und weiter vorgehen soll, gewiß noch nicht der Befürchtung Ausdruck zu geben, daß das Deutschtum in diesem Gebiet ernsthaft gefährdet sei, wenn es den Dänen auch gelingen wird, eine Reihe charakterloser Seelen einzufangen. Aber die Tatsache, daß eine derartige Wühlarbeit auf deutschem Boden überhaupt betrieben werden kann, ja schon allein das Erscheinen eines Blattes wie die "Neue Flensburger Zeitung" ist unerhört genug, um die Aufmerksamkeit der breiteren deutschen Öffentlichkeit darauf zu lenken. Man sollte meinen, daß selbst eine deutsche Regierung wie die jetzige ein Empfinden dafür haben müßte, daß es Deutschlands unwürdig ist, sich derartige Herausforderungen seitens eines kleinen Nachbarstaates gefallen zu lassen.“

Zur selben Zeit sprach ein Mitarbeiter der "Altonaer Nachrichten" folgende Drohung aus: "Dänemark grenzt an Deutschland, nicht an Frankreich. An der Königsau entscheidet sich einst Dänemarks Schicksal, nicht an der Seine. Das soll man sich in Kopenhagen merken: Die Welt ist rund und muß sich drehn, was oben steht, kann untergehn,"

Das war natürlich starker Tobak. Diese deutschnationalen Kreise mit ihren Parteien waren im Reich und in Preußen nicht in der Regierung vertreten. Wären sie in der Regierung gewesen und hätten die Macht

gehabt wie früher, dann wäre die dänische Bewegung mitsamt der "Neuen Flensburger" und der "Neuen Schleswiger Zeitung" ausgelöscht worden.

Die "Neue Schleswiger Zeitung" vom 9. März 1922 schrieb dazu folgendes:

"Es wird höchste Zeit, daß man bei uns und in Dänemark endlich diesen skandalösen Verdrehungen ganz bekannter Tatsachen verschärfte Aufmerksamkeit schenkt, da sie doch dazu dienen sollen, die Reichsregierung und Preußen gegen Dänemark und die schleswigsche Bewegung scharf zu machen."

Der neu gegründete Schleswig-Holsteiner Bund sorgte zusammen mit den beiden Rechtsparteien und den vaterländischen Vereinen für die sogenannten nationalen Belange, indem man Feste arrangierte. Man organisierte Heimatfeste, Erhebungsfeiern, Abstimmungsfeiern, Bismarckfeiern, Idstedtfeiern, Mansteinfeiern, Husarenfeiern und Tannenbergsfeiern. Die Tendenz dieser Feste und die Reden richteten sich stets gegen die dänische Bewegung, teilweise auch gegen Dänemark. Der allgemeine Ton war derselbe wie früher in der Kaiserzeit. Um nun aber eine Massenbeteiligung der Schleswiger Bevölkerung zu erreichen, mußte man die Arbeiterschaft mithaben. Die Arbeiter und die kleinen Angestellten und Beamten hatten jedoch absolut keinen Sinn für diesen lärmenden Patriotismus, der an vergangene Zeiten erinnerte. Man versuchte zunächst, die Vorstände der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei mitzubekommen, ob die Massen dann folgten, war eine andere Sache. Eine solche Werbung zeigte uns eine Aussprache in der städtischen Kollegiensitzung am 30. März 1922. Die "Neue Schleswiger Zeitung" schrieb am 31. März darüber:

"Eine außerordentliche Arbeit außer der Tagesordnung galt es für die Stadtväter zu erledigen, machte man doch den Versuch, die Linke des Hauses für die Einheitsfront zum Heimatfest zu gewinnen. Da man von bürgerlicher Seite einsah, daß man ohne die Arbeiterschaft kein Heimatfest feiern kann, ließ man nichts unversucht, um eine holde Eintracht herzustellen. Im Schweiß seines Angesichts bemühte man sich vergeblich, die Linke zum Nachgeben zu bewegen, nicht einmal die geringsten Zugeständnisse erzielte man. Immer wieder betonten die Sozialdemokraten (SPD und USPD), daß sie von früheren ‚unpolitischen‘ Festlichkeiten die Nase voll hätten."

Hier zeigte sich ein scharfes Abrücken von der grenzpolitischen Propaganda der nationalen Rechtskreise. Gewiß zeigte sich auch eine gewisse Teilnahme der Sozialdemokraten bei solchen Feiern, aber die Masse bekam man nie mit. Einzelne sozialdemokratische Redner traten auf bis zu dem Zeitpunkt, wo sich die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft so tief auftat, daß ein jahrelanger scharfer politischer Kampf tobte, der zunächst am 30. Januar 1933 endete, als die Braunen die unumschränkte Herrschaft an sich rissen. Aber davon will ich später erzählen. Die "Schleswiger Nachrichten" hatten die Aufgabe, umfassende Berichte von diesen Festen zu geben, die stets eine Spitze nach Norden enthielten. Die "Neue Schleswiger Zeitung" schrieb, daß die "Schleswiger Nachrichten" stets ihre Polemik mit den Worten einleitete: Unser eiderdänisches Herzblatt, die "Neue Schleswiger Zeitung". Diese Zeitung wiederum antwortete in scharfen Wendungen und sprach von der "alten Tante am Stadtweg". Der Ton macht bekanntlich die Musik, und der Ton war nicht schön. Ich werde weitere Proben bringen, die die Stimmung kennzeichnen.

In der Rubrik "Aus dem Lande" in den "Schleswiger Nachrichten" schrieb man:

"Schuby, 5. Septbr.

Die Einwohner haben so oft ihre patriotische Gesinnung zur Schau getragen und betätigt. Um so mehr Wunder nimmt es, daß an einigen Stellen die dänische Zeitung, die 'Neue Schleswiger' oder die 'Neue Flensburger Zeitung' Eingang gefunden hat. Wir nehmen an, daß es nur dieses Hinweises bedarf, daß jeder sich verpflichtet fühlt, dafür zu sorgen, daß das Dänenblatt wieder aus dem Ort verschwindet."

Dieser Ton erinnert an die Kaiserzeit. Der geflohene Wilhelm II. war durch seine schneidigen Reden weltbekannt geworden, und Kriegervereinsvorsitzende und Zeitungsschreiber waren gelehrige Schüler gewesen. Die "Neue Schleswiger Zeitung" vom 7. Dezember 1922 antwortete dann prompt mit folgenden Worten:

"Verstanden, Kerls, Recht so, wenn alles nicht mehr zieht, dann muß der alte, gute preußische Kasernenhofton wieder angewendet werden! Kreuzhimmeldonnerwetter nochmal, denn pariert muß werden!"

Ich folge nun weiter der lokalen Berichterstattung der "Neuen Schleswiger Zeitung". Die mehr gemäßigte Rechtspartei, die Partei Stresemanns, die Deutsche Volkspartei, die später die große Koalition im Rei-

che mit den Sozialdemokraten bildete, hatte eine Ortsgruppe, deren Vorsitzender der Telegrafeneroberinspektor Franz Neugebauer war. Diese Partei hielt am 18. Januar 1923 eine Reichsgründungsfeier im Stadttheater ab. Neugebauer hielt hier folgende Rede:

IIAuch wir hier oben haben den Feind im Lande, nicht offen mit Tanks und Kanonen, aber heimtückisch, schleichend von Haus zu Haus, in speckigem Gewand, mit Kronen behangen. Die dänische, deutschgeschriebene Renegaten-Presse will uns weismachen, wir stünden auf dänischem Mutterboden. Ich rufe diesen schmutzigen Maulwürfen zu: Hand weg vom deutschen Land!II

Franz Neugebauer, der sich manchmal IIFranz vom SchleistrandII nannte, war ein bekannter Kommunalpolitiker jener Zeit. Er war zeitweilig Kreistagsabgeordneter und verlangte damals den Abbruch der Schleswiger Kreisbahn, die nach seiner Meinung durch das Auto überflüssig und unzeitgemäß geworden war. Ich trat ihm als Eisenbahner öffentlich entgegen und trat für die Erhaltung der Kreisbahn ein. Diese Schienenbahn hat heute nach 40 Jahren immer noch ihre Bedeutung und kann nicht durch das Auto voll ersetzt werden. Sie ist in den letzten Jahren stark modernisiert worden und bedient heute noch die — allerdings wenigen — Industrieunternehmungen des Kreises.

Das Amtsgericht in Schleswig gab am 13. September 1922 in den IISchleswiger NachrichtenII — nicht in der IINeuen Schleswiger Zeitung,, — bekannt, daß in das Handelsregister folgende Firma eingetragen worden sei: IIVersammlungshaus Danevirke G. m. b. H.II

Die Gesellschafter waren Mitglieder des Schleswigschen Vereins Amt Gottorp. 1. Vorsitzender war Ilper, H. Vorsitzender Peter Lassen, Struxdorf, 1. Kassierer Haar, II. Kassierer Frau Reckweg. Schriftführer waren Petersen und M. Lorenzen, als Beisitzer fungierten Haar und Löschenkohl.

Die neue Handelsgesellschaft kaufte Anfang des Jahres 1923 das IISchleswiger NachrichtenII Holsteinische Haus" im Lollfuß, das als Versammlungshaus mit dem Namen IISlesvighusII eingerichtet wurde. Dieser Ankauf war wohl nötig geworden, weil das Haus Langstraße 33 zu klein geworden war. Der Erwerb wurde von deutscher Seite stark kritisiert. Die IISchleswiger NachrichtenII schrieben: IIImmer hofften wir, daß diese vor Monaten schon drohende dänische Invasion in den Mittelpunkt der Stadt aufgehalten werden könnte.„

In einer Aufforderung, gegen die "dänische Wühlarbeit" eine Einheitsfront zu bilden, sagte man folgendes:

"Es kann und darf nicht mehr heißen: Hie Bürger, Bauer, Kaufmann, Beamte, Arbeiter, sondern nur: Hie gut deutsch allerwege. Jedes private und persönliche Interesse muß jetzt zurücktreten."

Die "Neue Schleswiger Zeitung" entgegnete: "Wir sind loyale deutsche Staatsbürger und Steuerzahler, aber keine Landesverräter oder Menschen zweiter Klasse. Wir lassen uns nicht unter altdeutsche politische Kuratel stellen, sondern fordern für uns Versammlungsrecht und vollständige politische Freiheit gemäß der deutschen republikanischen Verfassung." Man wies weiter darauf hin, daß die Deutschen in Dänemark ihre Versammlungshäuser hätten, wo sie unbehelligt zusammenfinden könnten.

Die deutsche nationale Einheitsfront gegen die Dänen war ein zweifelhaftes Gebilde. Immer und immer meckerte die Linke. Außer den sogenannten Mehrheitssozialisten gab es noch die Unabhängigen Sozialdemokraten. Die Vereinigung erfolgte zwar bald, aber solange die Unabhängigen eine selbständige Partei waren, machten sie Schwierigkeiten und machten dem Einheitsgedanken große Sorge. Bei den nationalen Festen sah man nicht die Masse der Arbeiter, nur wenige nahmen teil. Aber trotzdem taten die Rechtsparteien alles, um die Sozialdemokraten in guter Laune zu halten. Allein die Ankündigungen und Plakate, auf denen die Arbeiterorganisation genannt war, hatten eine gewisse Bedeutung. In welcher Weise die Einheitsfront ein recht loses Gebilde war, das jederzeit platzen konnte, zeigt folgender Fall, über den die "Neue Schleswiger Zeitung" am 28. Juni 1923 schrieb:

"Anlässlich des Arbeiterturnfestes am letzten Sonntag hatten zwei Schleswiger Bürger das Banner ihrer Gesinnung, schwarz-weiß-rot, gehißt, wie unzählige Male zuvor, ohne jemals zu ahnen, daß auch einer daran Anstoß nehmen konnte. Am Sonntag kam es aber anders, denn auswärtige Turner waren dabei, die die alldeutsche Propaganda und sozialdemokratische Ideen nicht miteinander zu vereinen vermochten, weil sie offenbar nicht Abonnenten der hiesigen Volkszeitung und also mit diesem politischen Akrobatenkunststück nicht genügend vertraut waren. Also, besagte Turner haben an zwei Stellen die Einziehung der sogenannten ‚Monarchenfahne‘ gefordert und erzwungen. Die Erbitterung in der Schleswiger Bürgerschaft über diese Sabotageakte soll groß sein, versicherte die ‚Schleswiger Nachrichten‘." Dieser Vorfall hatte dann

eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den "Schleswiger Nachrichten" und der "Schleswiger Volkszeitung" zur Folge.

Ich erwähne diesen Vorfall, um zu zeigen, daß das Verhältnis zwischen dem Schleswiger Verein und den Sozialdemokraten ebenfalls schlecht war. Der Ausgleich kam erst später.

Der Zeitungskampf tobte nun zwei Jahre. Das waren die Jahre der Inflation. Am 16. August 1922 kostete eine dänische Krone 200 Mark. Am 6. April 1923 kostete ein Pfund Haferflocken 825 Mark und ein Ei 250 Mark. Besonders in Arbeiterkreisen, die keine Verbindung zum Lande hatten, war die Not groß. Die Mitglieder des "Schleswigischen Vereins" hatten Verbindungen mit Dänemark, und sofern sie Verwandte dort hatten, wurden sie unterstützt. Diese Vorteile hatten auch die deutschgesinnten Südschleswiger, sofern sie Verwandte in Dänemark hatten. Darüber hinaus war in Dänemark ein großzügiges Hilfswerk für deutsche Kinder durch das dänische Rote Kreuz organisiert. Viele Tausende deutscher Kinder, besonders aus den Industriegebieten, erhielten einen Aufenthalt in Dänemark. Besonders die dänische Sozialdemokratische Partei war führend in diesem Hilfswerk unter Leitung des Folketingsabgeordneten J. P. Nielsen, der den ehrenvollen Namen "Kindervater" erhielt. Im Zuge dieser Hilfsmaßnahmen war es klar, daß auch Kreise in Dänemark Maßnahmen durchführten, um den dänisch gesinnten Südschleswigern, die den dänischen Vereinen angehörten, zu helfen. Diese Hilfsmaßnahmen, die sich besonders auf Lebensmittel erstreckten, gaben den Anstoß, den Mitgliedern des Schleswigischen Vereins SdLaden zuzufügen. Diese Zwangsmaßnahmen wurden auch von Arbeiterkreisen gestützt, die wohl ihren Arbeitskollegen, die dem Schleswigischen Verein angehörten, diese Vorteile nicht gönnten. So sah man am 9. März 1923 in einigen Ladenfenstern des Stadtteils Friedrichsberg folgendes Plakat:

"Die große städtische Suppenküchenkommission hat in ihrer Sitzung am 2. März 1923 einstimmig beschlossen, daß jeder Empfänger, der dem sogenannten 'Schleswiger Verein', einem Verein, der öffentlich gegen deutsche Interessen für Dänemark auftritt, angehört, oder seine Kinder in die dänische Schule in Schleswig schickt, in den Listen der Suppenküche der Stadt Schleswig zu streichen ist."

Die Schleswiger Suppenküche war keine rein städtische Einrichtung. Sie war das Hilfswerk der Stadt und der Bevölkerung. In der großen Kommission saßen neben Vertretern des Magistrats und der Stadtverord-

netenversammlung die Vertreter der Wohltätigkeitsvereine, Kirche, Gewerkschaften und sonstiger Vereine und Firmen. Es wurden ständig Beiträge eingesammelt, die auch von den Mitgliedern des Schleswigschen Vereins entrichtet wurden. Weiter bekam die Küche auch Lebensmittel vom Lande. Berechtigt zum Essenempfang waren Kleinrentner, die infolge des Krieges und der Inflation ihr Sparvermögen verloren hatten. Weiter waren berechtigt erwerbsunfähige Kriegerwitwen und alle Erwerbslosen.

Das Organ der Sozialdemokraten, die "Schleswiger Volkszeitung", rückte am 18. März 1923 von dieser Maßnahme ab und bezeichnete den Beschluß der Suppenkommission als bedenklich.

Auf ein Protestschreiben des Schleswigschen Vereins an den Magistrat der Stadt antwortete der Bürgermeister, daß die Suppenkommission keine städtische Kommission sei. Wohlfahrtsamt und Stadtvertreter waren zwar beteiligt, aber die Kommission sei doch eine private Einrichtung und die Stadt nicht in der Lage, den Beschluß rückgängig zu machen.

Der Suppenküchenbeschluß war nun nicht der einzige Erfolg, den die Propaganda der nationalen deutschen Kreise verzeichnen konnte. Es gelang ihnen auch, in einer anderen wichtigen Zwangsmaßnahme die Arbeiter mitzukriegen. Ende Juli 1923 ging durch die Presse folgende Meldung:

"Der Betriebsrat des Bau- und Betriebsbüros Schleswig der überlandzentrale hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Es wird von dem Betriebsrat der Schleswig-Holsteinischen Elektrizitäts-Versorgung, Bau- und Betriebsbüro Schleswig, Beschluß gefaßt, daß unter allen Umständen keine Angestellten noch Arbeiter beschäftigt bzw. eingestellt werden, die für die Dänen agitieren oder dem dänischen Verein angehören bzw. auf die "Neue Schleswiger Zeitung" abonniert haben."

Das war eine klare Boykottmaßnahme. Es war klar, daß ein solcher Beschluß einer verhältnismäßig großen Firma Schule machen mußte, und daß bald andere Firmen folgen würden. Und tatsächlich fanden in Satrup Massenentlassungen von Arbeitern statt, die an einer Wahlversammlung des Schleswigschen Vereins teilgenommen hatten.

In der Zeit des scharfen Zeitungskampfes fanden erklärlicherweise auch andere AU5schreitungen gegen die dänische Bewegung statt. Die "Neue Schleswiger Zeitung" meldete am 6. März 1922, daß bei Herrn Petersen (Restaurant Hoffnung) mit Steinen Fensterscheiben zertrümmert worden

waren. Petersen galt wohl als dänenfreundlich. Am 22. Juni 1922 wurden das Haus Langestraße 33 und Slesvighus mit Teer beschmiert und die Worte "Speckdäne, Landesverräter" angeschrieben. Fensterscheiben wurden so oft bei diesen Häusern zertrümmert, daß böse Zungen sagten, keine Glasversicherung wäre bereit, eine Versicherung mit den Dänen abzuschließen. Diese Taten wurden von der deutschen Presse als belanglose Dummejungenstreiche bezeichnet.

Die Tätigkeit an der dänischen Zeitung war nicht ganz gefahrlos. Dies zeigt ein Fall, wo der Berichterstatter der "Neuen Schleswiger Zeitung" bei einem Wohltätigkeitsfest im Stadttheater von zwei Schleswiger Bürgern gleich beim Eintritt in den Saal beleidigt und angerempelt wurde. Obwohl der Wirt ihn in Schutz nahm, nahmen die Ausschreitungen und Beleidigungen solche Formen an, daß der Vertreter der Zeitung das Lokal verlassen mußte, um Gewalttätigkeiten zu vermeiden.

Diese Vorfälle veranlaßten den Schleswigschen Verein in Flensburg, Stellung zu den Vorgängen in Schleswig zu nehmen. Am 28. Juli 1923 veröffentlichte der Verein folgende Resolution:

"Die Vertrauensleute des Schleswigschen Vereins, die am 27. Juli in Flensburg versammelt waren, erheben scharfen Einspruch gegen den unerhörten Feldzug des Boykotts, der in der Stadt Schleswig gegen dänischgesinnte Landsleute und ihre Presse begonnen hat.

Die ebenso unwürdige wie brutale Kampfweise verdient die schärfste Verurteilung und löst in uns das Gefühl der tiefsten Verachtung aus. Sie zwingt uns dazu, auf die wirksamste Weise für die Rechte unserer Gesinnungsgenossen als freie Staatsbürger einzutreten.

Wir stellen fest, daß die Verantwortung für die Verschärfung der Gegensätze, die diese Kampfweise mit sich führen wird, ausschließlich den Urhebern derselben zufällt."

Inzwischen waren diese Verhältnisse auch im Ausland bekannt geworden. Ausländische Zeitungen, besonders in Dänemark, übten starke Kritik. Nach Veröffentlichung der Resolution scheint man doch von deutscher Seite zu der Auffassung gekommen zu sein, daß man zu weit gegangen war. Wir lasen Zeitungsmeldungen in deutschen Blättern, die der Meinung Ausdruck gaben, daß Boykottmaßnahmen als Waffe im politischen Kampf gegen die Eiderdänen abgelehnt werden müßten. Aber dadurch wurden die Maßnahmen gegen die Mitglieder des Schleswigschen Vereins in Schleswig weder rückgängig noch unwirksam gemacht.

Die schweren Folgen mußte eine kleine Gruppe südschleswigscher Arbeiter tragen. Von deutscher Seite rührte sich keine starke Hand, um diese Maßnahmen aufzuheben, obwohl man jederzeit die Möglichkeit dazu hatte.

Ende des Jahres 1923 trieben die politischen Verhältnisse in der Deutschen Republik zur Katastrophe. Die Inflation hatte ihren Höhepunkt erreicht. Ende August notierte man die Butter mit 1 350 000 Mark pro Pfund am Wochenmarkt in Schleswig. Am 14. August wurde die Reichsregierung auf eine breitere Basis gestellt. Die deutsche Volkspartei geht in die Regierung und ihr Repräsentant, Dr. Stresemann, wird Reichskanzler. Am nächsten Tage erhält die neue Regierung, die sogenannte Große Koalition, von dem Reichstag ein Vertrauensvotum. Es war höchste Zeit, denn neben den großen außenpolitischen Schwierigkeiten häuften sich die Schwierigkeiten im Innern infolge des Währungszerfalls. Die Zeitungen meldeten von Währungsreform, von Goldanleihe, von Rentenbank, Errichtung einer Goldnotenbank und anderen schönen Dingen. Krawalle und Unmhen traten im ganzen Reich infolge der Preissteigerungen ein. Anfang Oktober trat die Regierung zurück, eine neue Regierung mit Dr. Stresemann wurde gebildet. Nur ein neuer Finanzminister, Dr. Luther, erschien. Die neue Regierung legte dem Reichstag ein Ermächtigungsgesetz vor. Also, Reichstag - annehmen oder sterben. Man nimmt an mit der von der Verfassung vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit. Die Zeitungen berichteten über Konflikte der Reichsregierung mit der sächsischen Landesregierung und auch mit Bayern. Im Rheinland gärte es seit langer Zeit, man erwartete jederzeit die Ausrufung der Rheinischen Republik. Die Ausrufung erfolgte tatsächlich in mehreren rheinischen Städten am 22. Oktober 1923. Es bestand eine große Gefahr für die Reichseinheit. Die Regierung Stresemann ließ es auf eine Kraftprobe ankommen und sandte ein Ultimatum an Sachsen und eine Note an Bayern. Bayern wehrte sich, machte Truppenverschiebungen und forderte die nationale Diktatur. Man hörte von der Absicht, die sächsische Landesregierung zu verhaften. Die Zeitungen meldeten Tumulte und Plünderungen in Berlin, und um das Maß vollzumachen, putschte Hitler zusammen mit dem General Ludendorff am 9. November in München. Die Sozialdemokraten waren indessen aus der Regierung ausgetreten. Aber schon am 8. November übertrug der Reichspräsident Ebert zusammen mit dem Reichskanzler Stresemann und dem

Reichswehrminister Gessler die vollziehende Gewalt an General von Seeckt als Chef der Heeresleitung.

Es ist bisher noch nicht aufgeklärt worden und wird wohl auch nie klar werden, was denn eigentlich dieser ganze Klamauk mit der dänischen Minderheit in Südschleswig zu tun hatte. Was hatten die dänisch gesinnten Südschleswiger mit der Rheinischen Republik, mit dem Krach zwischen den Bundesstaaten, mit den Lebensmittelkrawallen in Berlin oder gar mit dem Hitlerputsch in München zu tun? Die Militärs, die jetzt die uneingeschränkte Gewalt hatten, waren anderer Meinung. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, und auch wohl zur Sicherung der Deutschen Republik verbot das zuständige Generalkommando 2 in Stettin, General v. Tschischwitz, am 21. September 1923 die Zeitungen des Verlages Schleswigsche Presse A. G. Damit waren die drei Zeitungen "Der Schleswiger", "Neue Flensburger Zeitung" und die "Neue Schleswiger Zeitung" tot, und in Schleswig blieben die "Schleswiger Nachrichten" mit ihrem unsicheren Blmdesgenossen, der "Schleswiger Volkszeitung", allein auf weiter Flur.

In diesem Abschnitt meiner Erinnerungen habe ich mir vorgenommen zu schildern, wie die Organisierung der dänischen Minderheit in Schleswig von deutscher Seite aufgenommen wurde.

Ich will versuchen, so objektiv wie möglich zu sein. Ich bin mir klar darüber, daß diese Zeit von deutscher Seite, besonders von einem Deutschen, der noch heute Verehrer und Anhänger des KaiserhInns und Bismarcks ist, anders dargestellt werden wird. Ich gehöre nun aber zu den Tausenden von Schleswigern, die im Laufe des Geschehens von einem deutscherzogenen Schleswiger, - der aber seit seinen jungen Jahren Demokrat war - zu einem dänischgesinnten Schleswiger wurde. Das ist eine Entwicklung, die viele Menschen im früheren Herzogtum Schleswig durchgemacht haben, nachdem die Gesinnungsfreiheit nach Beendigung der preußischen Zeit, also nach dem ersten Weltkrieg, anerkannt wurde. Wenn meine Darstellung der Verhältnisse der deutschen Seite nicht behagt, so kann ich es nicht ändern. Ich kann Kritik vertragen.

Die Zeit, über die ich schreibe, war die Zeit der Geburtswehen der neuen Deutschen Republik, auch Weimarer Republik genannt, weil die gute demokratische Verfassung in einer Sitzung der Nationalversammlung in Weimar angenommen wurde. Man steht noch heute vor einem Rätsel, wie konnten die paar Dänen in Schleswig die nationalen deutschen Kreise

so außer Rand und Band bringen? Bei der ersten Wahl brachten es die Dänen in Schleswig auf nur 354 Stimmen. Eine solche Bewegung konnte wahrlich nicht die bürgerliche Macht erschüttern. Deshalb brauchte man doch nicht den Teufel an die Wand zu malen. Die Abstimmung war gewesen, und die Grenze war festgelegt. Die dänische Minderheit in Südschleswig versuchte, ihre kulturelle Arbeit in Gang zu bringen, und einige Südschleswiger in der Stadt Schleswig und im Kreis Schleswig wollten dabei sein. Auch verlangte man die politische Freiheit. Man wollte in Gemeinden und Kreisen vertreten sein, und wenn es ging, im Landtag und gar im Reichstag. Aber jede Diskussion mit den deutschen Parteien und Vereinen war vollständig unmöglich. Jeder Hinweis auf Vergangenheit, Preußengeist, auf die Zeit der junkerlichen Landräte unter Kaiser Wilhelm II., jeder Hinweis auf Abstammung, geschichtliche Vergangenheit, Familienbindungen, wurde mit Beleidigungen und Hohngelächter beantwortet.

Ich habe nie, weder damals, noch 1945, noch heute, abgestritten, daß es Mitglieder in der dänischen Bewegung gab, die aus materiellen Gründen kamen, aber das waren lange nicht alle. Die dänischen Organisationen konnten doch nicht die neuen Mitglieder nach dieser Richtung hin einer Prüfung unterziehen. Wie sah es nun aus mit den materiellen Vorteilen? Wer Verwandte in Dänemark hatte, bekam meistens Lebensmittelpakete von den Verwandten, und diese Pakete bekamen auch die deutschgesinnten. Die organisierte Hilfe umfaßte nur einen geringen Teil der Mitglieder, und die Mitglieder auf dem Lande bekamen überhaupt nichts. Auf dem Lande war die Lebensmittelnot nicht so groß wie in den Städten. Es mag sein, daß die häßlichen Beschimpfungen der Dänen vielleicht einem gewissen Neid entsprangen. Aber damit ist das Rätsel nicht gelöst, Beide Richtungen gaben einander die Schuld. Die „Schleswiger Nachrichten“ sagten, die Dänen seien die Angreifer und umgekehrt sagten die Dänen, die alldeutschen Kreise mit den "Schleswiger Nachrichten" seien die Angreifer; und wenn man ganz unparteiisch all die vaterländischen Feiern betrachtete, so sah das nicht nach Defensive aus, das war guter deutscher, lärmender, patriotischer Angriffsgeist. Die paar Dänen in Schleswig hatten einen harten Stand, obwohl ich in den Bänden der "Neuen Schleswiger Zeitung" feststellen konnte, daß diese Verteidigung eine gute Klinge schlug, ob Bogensee, Johs. Oldsen, Kronika, M. Lorenzen oder Stegelmann für die Verantwortung zeichneten.

Es gibt nur eine Erklärung für die nationalen Haßgesänge in der deutschen Presse dieser Zeit: Die Kriegspsychose und die jahrzehntelange Erziehung des deutschen Volkes zu Untertanen. Dieses deutsche Volk, das nun mit freiheitlichen demokratischen Grundsätzen eine neue Gesellschaftsform, eine Republik schaffen sollte, kam aus einer Zeit, wo über 20 Fürstenthümer regierten und Bismarck mit Blut und Eisen 1871 in Versailles ein Kaiserreich geschaffen hatte. Die Menschen, die in der Glanzzeit dieses Reiches geboren waren und erzogen waren in einer Geschichtsbetrachtung, die Schlachtendaten und Verherrlichung aller Preußenkönige, die in der Siegesallee in Berlin aufgestellt waren, zum Hauptinhalt der Erziehung machte, standen vor völlig neuen Gedankengängen. Das Bismarckreich mit den glänzenden Fürstenthronen war zusammengebrochen. Die sozialistischen Arbeitermassen, Bismarcks unversöhnliche Widersacher, die er mit Ausnahmegesetzen niederhalten zu können glaubte, traten auf den Plan und forderten gleiche Rechte. Das deutsche Bürgertum, dessen politisches Gedankengut immer noch in der glänzenden Vergangenheit wurzelte, wo Fürsten, Junkertum und das aufkommende Großkapital bestimmten, stand der neuen Zeit skeptisch, ja mit einer gewissen Furcht vor der aufkommenden Arbeiterschaft gegenüber. Dazu kam der lange Krieg mit seiner Brutalität, mit dem blinden Gehorsam und mit den Schlagwörtern: Gott strafe England! Immerfeste-druff! Je mehr Feind, je mehr Ehr usw. Das hatte seine Wirkung gehabt auf die Seele der Menschen. Diese Menschen gingen in den politischen Kampf für eine bessere Zeit, in der Toleranz, Verständnis für den politischen Gegner und in einem Grenzland Selbstbestimmungsrecht, politische und kulturelle Freiheit die Grundlage des Zusammenseins sein sollte. Diese Umstellung war wohl zuviel verlangt. Die Presse, die früher geknebelt wurde, wenn sie etwas schrieb, was der Obrigkeit nicht behagte, war jetzt frei. Und so kam es zu einer Pressekampagne im Reich zwischen links und rechts und in unserem Grenzland zwischen dänisch und deutsch. Sprachrohr und Träger der öffentlichen Meinung des politischen rechtsgerichteten Bürgertums in Schleswig war die "Schleswiger Nachrichten". Man kann nicht sagen, daß diese Zeitung demokratisch, republikanisch und tolerant Andersdenkenden gegenüber war. Sie hat die dänische Minderheit bekämpft, so daß Zeitungsverbot, Boykott, Arbeitsentlassungen und wirtschaftliche Schädigung der Dänen die Folgen waren. Sie hat sich im Kampf gegen das Dänentum in den

ersten Jahren nach dem Weltkrieg die Sporen verdient, um später die Attacken gegen die demokratische Arbeiterschaft und ihre Zeitung, die "Schleswiger Volkszeitung", besser reiten zu können. Mit diesem Kampf gegen die Dänen und später gegen Demokraten und Sozialdemokraten, bereiteten die "Schleswiger Nachrichten" den Nährboden für den kommenden braunen Terror vor. Diese nationale, später nationalistische Presse, haßte nicht nur die Dänen, sie haßte die Arbeitermasse, deren demokratische Führer Ministerposten forderten, sie haßte die Mehrheitsbeschlüsse im neuen parlamentarischen Leben. Ich kann erinnern, daß die "Schleswiger Nachrichten" unter Dr. Michel als Chefredakteur in den Ruf ausbrach: "Mehrheit ist Unsinn, Verstand ist stets nur bei wenigen gewesen!" Pressefreiheit verpflichtet, erfordert Verantwortungsbewußtsein. Ein solches Bewußtsein fehlte. Hier ist in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen gesündigt worden. Man hat die Freiheit mißbraucht, um die Freiheit zu töten. **I**n welcher Weise die "Schleswiger Nachrichten" langsam der Naziideologie unterlag, soll im nächsten Abschnitt meiner Schrift dargestellt werden. Die Presse ist nicht tabu. Wer in der Öffentlichkeit steht und handelt, muß seine Taten gegenüber der Geschichte verantworten.

Das war nur der Anfang in Deutschland. Zehn Jahre später ging der Terror und Boykott über ganz Deutschland hin. Die Presse der Rechtsparteien ist beteiligt gewesen, die Ideologie des Hitlersystems zu verbreiten und einzuhämmern und hat damit dazu beigetragen, daß die braunen Kolonnen mit Terror ihr "tausendjähriges Reich" errichten konnten. Notwendig ist es, diese Tatsache späteren Generationen vor Augen zu führen, damit es nicht wieder geschieht. Es fehlte in der bürgerlichen Presse die Toleranz gegen Andersdenkende, die die Grundlage jeder Demokratie sein muß. Das demokratische Gedankengut war dieser Presse "böhmische Wälder". Diese Presse war geboren und erzogen in Preußen-Deutschland, wo viele Fürsten und Junker das Volk regierten, um ihre Vorrechte dem Volk gegenüber zu sichern. Die Presse kam aus einer Zeit, wo Bismarcks Blut-und-Eisen-Politik für diese Fürsten und Junker Früchte getragen hatte, wo ein größtenwahnsinniger Monarch Machtworte sprach, an denen das urteilslose Bürgertum sich berauschte, wo das Volk auf den Kasernenhöfen, wo es keine Kritik gab, auch den blödesten Befehlen gehorchen mußte. Diese Presse mit ihren Redakteuren und Berichterstatlern konnte nicht von heute auf morgen demokra-

tisch werden. In der Weimarer Republik von 1918-1933 waren es hauptsächlich die Arbeiterzeitungen, die in diesen Jahren mit Arbeitergroschen gegründet worden waren, die dem braunen Terror nicht unterlagen und bis 1933 den Kampf für demokratische Freiheit, Toleranz und Recht führten, solange, bis sie von Hitler im Verein mit Junkertum, Großindustrie und Stahlhelm mit brutaler Gewalt beseitigt wurden. Die meisten ihrer Redakteure und Mitarbeiter verschwanden in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des dritten Reiches. Kein bürgerliches Blatt hatte den Mut, dagegen aufzutreten. Teilweise standen sie hohnlachend dabei, wenn die verhaßten politischen Gegner unschädlich gemacht wurden; und in ihren Zeitungsparolen beweihräucherten sie die großmäuligen Taten der braunen Führer - Ein Reich - ein Volk - ein Führer! — —

*Das Grenzabkommen zwischen der deutschen und der dänischen  
Sozialdemokratie und die Folgen*

Ende 1923 hatte Schleswig keine dänische Zeitung. Die Leiter der von dem Verbot betroffenen Zeitungen taten alles Mögliche, um wieder in Gang zu kommen. Aber erst Ende Januar 1924 erschien die "Neue Schleswiger Zeitung".

Zwei Begebenheiten während der Verbotszeit hatten eine gewisse Bedeutung für den Schleswigschen Verein. Das war die Konferenz der deutschen und der dänischen Sozialdemokratischen Parteien in Flensburg, wo das bekannte Übereinkommen über die neue Grenze abgeschlossen wurde. Diese Zusammenkunft fand am 25. November 1923 im Gewerkschaftshaus statt. Weiter war von Bedeutung eine öffentliche Versammlung im Stadttheater am 7. Januar 1924, wo der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, der spätere langjährige Staatsminister Stauning, sprach. Außerdem sprach der Betreuer deutscher Kinder, der Kindervater, Folketingsabgeordneter J. P. Nielsen.

Inwieweit das Grenzabkommen von der dänischen Minderheit beachtet und beurteilt wurde, ist schwer festzustellen, weil die drei deutschgeschriebenen Zeitungen nicht erschienen. Bei der Zusammenkunft in Flensburg waren von den deutschen Sozialdemokraten zugegen der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Otto Wels, Berlin, der Bezirkssekretär

für Schleswig-Holstein, Willi Verdieck, Kiel, und neben den Vertretern der Flensburger Sozialdemokraten als Vertreter von Schleswig, Redakteur Hans Flatterich und ich. Ich gehörte seit 1922 dem Vorstand des Sozialdemokratischen Ortsvereins in Schleswig an.

Hans Flatterich und ich hatten an den Vorarbeiten für das Abkommen nicht teilgenommen. Die Vorbereitungen waren von der Bezirksleitung der Partei in Kiel zusammen mit dem Hauptverband in Berlin durchgeführt worden. Von wo aus die Initiative zur Befriedung der Verhältnisse im Grenzraum zwischen Dänemark und der Deutschen Republik entfaltet worden war, ob es Berlin oder Kiel war, ist mir nicht bekannt. Es muß angenommen werden, daß die Leitung der SPD in Kiel zusammen mit der größeren Ortsgruppe in Flensburg die Unhaltbarkeit der politischen Hetze anerkannten und in Berlin vorstellig geworden waren. Diese Spannungen mußten auch der preußischen sozialdemokratischen Staatsregierung unangenehm sein. Weiter versuchte die deutsche Sozialdemokratie, so wie sie es auch 25 Jahre später — nach 1945 — tat, wieder in Kontakt mit den Arbeiterparteien der anderen europäischen Länder zu kommen. Diese internationalen Verbindungen hatten vor dem ersten Weltkrieg bestanden und waren durch die Kriegshandlungen unterbrochen worden. Man setzte sich wieder zusammen an einen Tisch und wurde einig. Von diesem Zeitpunkt an war die alte Verbindung wieder hergestellt. Hans Flatterich und ich bekamen als Vertreter Schlesiens eine Einladung nach Flensburg, und alles andere erfuhren wir erst dort. Von der dänischen Sozialdemokratie waren Th. Stauning und J. P. Nielsen zugegen. Nach kurzen Verhandlungen wurde das Abkommen unterzeichnet und von Wels und Stauning unterschrieben. Die wichtigsten Sätze sind folgende :

"Die Konferenz bestätigt in völliger übereinstimmung der sozialdemokratischen Parteien in Dänemark und Deutschland, daß die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmungen vereinbarte Grenze zwischen Dänemark und Deutschland als gesetzlich geltende Grenze anerkannt wird. Die deutsche wie die dänische Sozialdemokratie lehnt jede irredentistische Bewegung ab.

Ferner pflichtet die Konferenz der Erklärung vom 26. November 1921 über die Behandlung der beiderseitigen nationalen Minderheiten bei. Der einzige wirksame Schutz ist der durch staatliche Gesetze gewährleistete, und man betont die Notwendigkeit der Erfüllung einer morali-

schen pflicht, die gegenwärtig noch vermißten gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen, die den berechtigten Ansprüchen der nationalen Minderheiten entsprechen und die beide Minderheiten hinsichtlich kultureller Rechte auf gleichen Fuß stellen."

Durch diese Verlautbarung war von deutscher Seite zum ersten Mal die neue Grenze anerkannt worden. Die deutschen Organisationen und Parteien, die in Schleswig zu einer Einheitsfront lose zusammengeschlossen waren, hatten unzählige Kundgebungen veranstaltet, wo scharf und lärmend zum Ausdruck gebracht wurde, daß die neue Grenze eine Gewaltgrenze sei, die einzige berechnigte Grenze sei die Königsaugrenze. Ganz Schleswig sei kerndeutsches Land. Diese Erklärung der deutschen Sozialdemokratie mußte einen Sturm der Entrüstung in den nationalen und nationalistischen Kreisen im Grenzland zur Folge haben. Die Wut richtete sich gegen den untreu gewordenen Bundesgenossen, gegen die Sozialdemokratie und ihre Presse. Die "Flensburger Volkszeitung", das Organ der Flensburger Sozialdemokraten, schrieb am 18. Dezember 1923 in einem Artikel mit der Überschrift: "Nochmals das Grenzabkommen" folgendes:

"Alles, was bisher gegen das Abkommen geschrieben worden ist, hat uns nicht *davon* überzeugen können, daß wir uns auf dem Holzwege befinden. Wer recht oder unrecht hat, wer vaterlandsfeindlich oder vaterlandsfreundlich gehandelt hat, wird die Zukunft lehren . . ."

Die Sozialdemokraten mußten nicht nur in Flensburg den Sturm abwettern. So ging es unaufhörlich in ganz Südschleswig. In Wahlversammlungen in den Städten und auf dem Lande wurden die sozialdemokratischen Redner angegriffen und des Landesverrats bezichtigt. Ja, die Sozis haUen es nicht leicht.

Auch die dänische Presse äußerte sich sehr skeptisch, aber diese Äußerungen waren sachlicher. Gewiß waren es bürgerliche dänische Zeitungen im Grenzgebiet, und es mag sein, daß der allgemeine politische Gegensatz zwischen diesen Zeitungen und den Sozialdemokraten die Meinungen beeinflusste, so daß das Reale im Abkommen nicht besser gewürdigt wurde.

Flensburg *Avis* schrieb am 30. November einen abweisenden Artikel und sagte: Nun ist also ein neues Abkommen abgeschlossen. Warum ein neues Abkommen in der gleichen Sache? Das Entscheidende ist, wie weit die neuen dänisch-deutschen sozialdemokratischen Verhandlungen

und das Abkommen ein Schritt in der richtigen Richtung sein werden, oder ein nationaler Skandal.

Die nordschleswigsche Zeitung "Hejmdal" traf den Kern der Sache, als sie am gleichen Tage darauf hinwies, es sei schon immer ihre Meinung gewesen, daß der einzig wirksame Schutz für nationale Minderheiten nur durch Gesetze der Staaten geschaffen werden könne und nicht durch einen Vertrag über die Rechte der Minderheiten. Aber in Deutschland fehlten solche Gesetze. Wenn das Abkommen, das von Deutschlands stärkster Partei abgeschlossen sei, die Schaffung solcher Gesetzesbestimmungen fördern könne, so würde das mehr als alles andere die Stellung der dänischen Minderheit südlich der Grenze verbessern, indem es ihr eine feste Rechtsbasis für ihre nationale Arbeit geben würde.

In diesen Sätzen liegt das Positive und der Wert des sozialdemokratischen Abkommens vom 25. November 1923.

Zum ersten Mal hatte eine deutsche Partei, und zwar die größte Partei, die in der Reichsregierung vertreten war und in der preußischen Staatsregierung den Ministerpräsidenten und den Innenminister stellte, die neue Grenze anerkannt und die Forderung gestellt, der dänischen Minderheit gesetzliche Rechte zu gewähren. Man muß das Abkommen als Zeitdokument werten. In den Augen der politischen Rechtsparteien war das etwas Ungeheuerliches, und die Schläge prasselten auf die Sozialdemokraten, so daß auf einmal die vaterländische Einheitsfront in Südschleswig endgültig in die Brüche ging. Das war auch für die dänische Minderheit ein nicht zu verachtender Vorteil. Jetzt verschoben sich die politischen Kampffronten auf der einen Seite die Parteien, deren politische Anschauungen in der schwarz-weiß-roten Vergangenheit wurzelten, und auf der anderen Seite die Republikaner, die Demokraten, deren Kern die Sozialdemokraten waren.

Das Abkommen hatte auch Debatten im preußischen Staatsrat und im preußischen Landtag zur Folge. In einer Anfrage an den preußischen Staatsrat, die auch von Oberbürgermeister Dr. Todsen, Flensburg, unterschrieben war, wurde gesagt, daß das Abkommen große Unruhe in Schleswig-Holstein hervorgerufen hätte, weil Ministerpräsident und Innenminister zu den Parteien gehörten, die dieses Abkommen abgeschlossen hatten. Die Minister wurden aufgefordert, im Plenum des Staatsrats die Anfrage zu beantworten. Anfang Februar 1924 fand die große Auseinandersetzung im preußischen Landtag statt. Wer nun geglaubt

hatte, daß die sozialdemokratischen Minister mit allen Kräften das Abkonunen verteidigen würden, wurde enttäuscht. Ihre Entgegnung auf die Angriffe von rechts waren matt und unklar. Man hatte den Eindruck, daß sie es für richtig hielten, der Rechten des Hauses, der sogenannten nationalen Opposition, Konzessionen zu machen. Bedauerlich war, daß der preußische Ministerpräsident Otto Braun von dem Abkonunen abbrückte und nicht klar und deutlich den Standpunkt seiner Parteistellen einnahm. Diese Haltung war ein sichtbares Zeichen der Schwäche der SPD in einer Zeit, in der es darauf ankam, die demokratischen Grundlagen für die neue Staatsform zu schaffen.

Auch die Redner der Koalitionsparteien, die Demokraten und die Vertreter der katholischen Zentrumsparthei, nahmen Abstand von den neuen Gedanken im Abkommen. Von der Schaffung gesetzlicher Bestimmungen zur Sicherung der Rechte der dänischen Minderheit wurde überhaupt nicht geredet, so daß diese ausgedehnte Debatte in der Presse in ganz Dänemark eine scharfe Kritik bekam. Es zeigte sich, daß es zu dieser Zeit im Preußen-Deutschland nur wenige gute Demokraten gab. Diese deutschen Politiker und Parlamentarier nahmen von Bismarcks Gewalttat 1864 keinen Abstand, und nannten die nach erfolgter Volksabstimmung festgesetzte neue Grenze eine ungerechtfertigte Grenze, ja, z. T. sagte man eine Gewaltgrenze und bezeichnete die Grenzänderung als Raub deutschen Gebietes. Zusammen mit den kleinen Grenzpolitikern in Südschleswig sahen diese deutschen Politiker, ob sie nun Oberfohren, v. Rantzau oder Milberg hießen, nicht - oder wollten nicht sehen - den Unterschied zwischen den politischen Handlungen eines Bismarck, der Land nahm, ohne das Volk zu fragen, der Paragraphen eines Friedensvertrages ignorierte oder eigenmächtig aufhob, und den politischen Handlungen demokratischer Politiker in Dänemark, Frankreich und England. In ihrer Überheblichkeit beschuldigten sie Regierungen und Politiker der Länder, die bestrebt waren, diesen Gewaltakt Bismarcks durch Volksentscheidungen zu mildern und dem schleswigschen Volk das Grundrecht eines Volkes, das Selbstbestimmungsrecht, zu geben, des Landraubs, Ausnutzung der Notlage Deutschlands und der Vergeewaltung des Selbstbestimmungsrechts. Ja, was soll man dazu sagen? Das war doch eine Verwirrung der Begriffe, die nicht mehr überboten werden konnten. Und was hatte man den Deutschen bei der Abstimmung zugestanden? Viele Züge rollten in Deutschland von Süden nach

Norden mit Menschen, die keine andere Bindung an das Land Schleswig hatten, als daß sie als Töchter oder Söhne der Beamten und Militärpersonen irgendwo geboren waren in der Zeit, als ihre Eltern dort in Diensten standen.

Ich sprach in dieser Zeit in sozialdemokratischen Wahlversammlungen auf dem Lande. Ich sprach von der Demokratie, von der Freiheit, ich verteidigte das sozialdemokratische Abkommen, ich trat für die gesetzliche Sicherung der Minderheitenrechte ein. Die Redner der Rechtsparteien waren zur Stelle und nahmen das Wort mit ihren Beschuldigungen, wir hätten Deutschland preisgegeben, wir seien Landesverräter. Als ich dann die Behauptung aussprach, daß Nordschleswig ja nicht deutsches Land sein könne, denn die Mehrheit des Volkes denke dänisch, spreche dänisch, sei dänisch, ich kenne die Dörfer, ich habe dort jahrelang gelebt, hallten die Zwischenrufe durch den Saal: Schleswig ist deutsch, deutsch, deutsch! Wenn man jetzt nach über 30 Jahren darüber nachdenkt, taucht immer wieder die Frage auf: Wie konnte das sein? Die Antwort kann nur sein: Das war die Folge einer jahrzehntelangen Erziehung in einem Kaiserreich, in dem die uniformierten Größen mit Schlagwörtern die Sinne eines Volkes vernebelten. Schlagwörter wie: Die Politik mache ich - Pariert muß werden - Die Sozialdemokratie übernehme ich - Am deutschen Wesen soll die Welt genesen - Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts in der Welt - wurden gerne gehört und weitergetragen. Keiner hat dies besser geschildert als Heinrich Mann in seinem Roman "Der Untertan".

Ich erinnere mich an eine Wahlversammlung in Goltoft in Angeln, ich sprach wieder über Republik, Demokratie und Freiheit. Gegner waren nicht zugegen, und nach der Versammlung saßen wir mit einigen Einwohnern bei einem Punsch oder einer Tasse Kaffee zusammen. Die Diskussion unter Gleichgesinnten ging weiter. Da sagte der Schmied des Dorfes, er hieß Philipp: "Du kannst sagen, wat du willst, Clausen, Dütschland wart ken Demokratie, dat dütsche Volk mutt noch dörch en ganz fürchterliche Reaktion dörch." Sah dieser einfache Mann in die Zukunft? Sah er das furchtbare Inferno, das anderthalb Jahrzehnte später abrollte, das von deutschen Menschen entfacht wurde, das Deutschland zertrümmerte und der übrigen Welt so unermeßlichen Schaden zufügte? Ich habe später oft an den Schmied Philipp in Goltoft gedacht, auch damals als ich auf dem harten Lager in der Baracke 18 im KZ Neuengamme lag.

Die so hart bedrängte Sozialdemokratie mußte sich wehren. Ihre nationale Zuverlässigkeit wurde *von* rechts bestritten. Das war besonders unangenehm, weil sie Regierungspartei war. Die Leitung der Partei glaubte, die Grenzprobleme in großen, öffentlichen Versammlungen diskutieren zu müssen und hatte sich einen bedeutenden Mann aus Dänemark, Th. Stauning, über die neue Grenze geholt. Stauning sprach im Januar 1924 in Flensburg, Schleswig und Kiel. Er wurde im selben Jahre nach der Neuwahl des dänischen Reichstages Staatsminister. Es war ohne weiteres klar, daß ein solcher Redner auch für die politischen Gegner zugkräftig war, und da in einer freien Aussprache auch politische Gegner zu Wort kommen sollten, waren die Säle gefüllt. In Schleswig fand die Versammlung am 7. Januar im Stadttheater statt. Der Saal war restlos gefüllt *von* Freund und Feind. Die Gegenseite war stark vertreten. Das Thema des Vortrages lautete: Der Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland und Dänemark. über dies Thema ließ sich *viel* sagen, es war also nicht nötig, nur den ganzen Abend über das Abkommen oder über Grenzfragen zu sprechen. Staunings kraftvolle Persönlichkeit, der große Mann mit dem langen Vollbart, machte großen Eindruck auf die Versammlung. Dazu war es ja auch etwas Neues, daß ein ausländischer Politiker in Deutschland sprach, und zwar über eine so prekäre Frage, wie es die Grenzfrage zu dieser Zeit war. Stauning wurde *von* der Mehrzahl der Besucher mit Beifall empfangen, als er das Wort nahm. Er sprach deutsch. In dem größten Teil seiner Rede behandelte er den allgemeinen Kampf der Sozialdemokraten beider Länder für die Besserstellung und für die Mitbestimmung der Arbeiter in Politik und Wirtschaft. Im zweiten Teil seiner Rede sprach er in scharfen Wendungen gegen die sogenannten chauvinistischen Bestrebungen auf beiden Seiten — der deutschen und der dänischen — die das Ziel hätten, die Grenze zu verschieben und sagte wörtlich folgendes:

"Die beiden sozialdemokratischen Parteien haben neuerdings durch Delegierte einen gemeinsamen Beschluß gefaßt, der von Rechts wegen als Erledigung der Debatte über die getroffene Grenzenscheidung gelten sollte. Die neue Grenze ist eine Tatsache, und als solche mögen beide Beteiligten sie anerkennen. Der einzige richtige Standpunkt ist der **unseres** Beschlusses: Gemeinsame Verteidigung dieser Grenzlage von seiten der beiden sozialistischen Parteien. Wenn man hüben oder drüben dem chauvinistischen Gebrüll nach der Grenzverlegung irgend-

wie beipflichtet, leistet man dadurch nur dem chauvinistischen Länn auf der anderen Seite Vorschub und trägt zur Unterhaltung der Unruhe bei, die in den künftigen Verhältnissen nur Unheil und Schaden stiften kann.

Der Stellung der Minderheiten müssen wir dagegen ein natürliches Interesse entgegenbringen. Die dänische Sozialdemokratie wird sich in keinerlei Übergriffe gegen die deutsche Minderheit finden. Wir haben zur Sicherstellung des kulturellen Rechtes der Minderheit das unsere beigetragen und werden dieser Angelegenheit unsere fortgesetzte Aufmerksamkeit widmen. Wir fühlen uns überzeugt, daß unsere deutschen Genossen, die deutschen Sozialdemokraten, im Verhältnis zu der dänischen Minderheit ebenso verfahren werden. Unsere Parteien haben eine Untersuchung darüber eingeleitet, was zur Sicherstellung der Kultur der Minderheiten getan worden ist, und wir sind miteinander darüber einig, daß den Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze die gleichen kulturellen Rechte gesichert werden müssen: die gleiche Freiheit in der Pflege der Muttersprache, und im übrigen alle Rechte, die den Staatsbürgern des betreffenden Landes zukommen."

Als Stauning geendet hatte, wurde die Aussprache nach einer kleinen Pause eröffnet, und nun konnte die Opposition sich entfalten. Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Schleswig, Telegrafener-Oberinspektor Franz Neugebauer ging zur Versammlungsleitung und meldete gleich sechs Diskussionsredner an, die der Reihe nach das Wort bekamen und mehr oder weniger den Standpunkt der bürgerlichen Partei zu der Grenzfrage darlegten. In Neugebauers Gefolgschaft befanden sich Taubstummenlehrer Schmidt, Rektor Erichsen, der Nordschleswig kannte und dort als Lehrer schon in der Köllerzeit tätig gewesen war, und Hofbesitzer Max Tönnsen-Schaalby. Von der schleswig-holsteinischen Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei sprach der Sekretär Willi Verdieck-Kiel, der nach dem Attentat auf Hitler mit mir und vielen anderen Sozialdemokraten in das Konzentrationslager Neuengamme eingeliefert wurde und im April 1945 bei der Evakuierung der Lagerinsassen umkam.

Verdieck sagte, die Parteien hätten sich verpflichtet, ihre Kraft einzusetzen, um das Recht der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze zu schützen. Das Abkommen würde die erste Stufe einer sich anbahnenden Völkerverständigung sein. Diese Gedanken müßten Allgemeingut

werden. Einer der leitenden Redakteure der deutschgeschriebenen dänischen Zeitungen in Südschleswig, die zu diesem Zeitpunkt verboten waren, J. Kronika, nahm das Wort und stellte die Frage an den Hauptredner des Abends: Herr Stauning, Sie stehen in Dänemark als Vorsitzender einer der größten politischen Parteien des Landes an verantwortlicher Stelle. Wollen Sie dafür streben, daß die dänische Minderheit in Südschleswig die gesetzliche Sicherung ihrer kulturellen und politischen Rechte bekommt? Stauning bejahte die Frage mit Nicken des Kopfes und einem deutlichen Ja.

Die bürgerlichen Zeitungen, die Schleswiger Nachrichten und das Rendsburger Tageblatt, brachten lange Referate über die Versammlung und sagten, der Ausgang der Versammlung sei eine große Enttäuschung. Es sei gar nicht der Sozialdemokratischen Partei darum zu tun gewesen, die Grenzfragen und das Abkommen zu behandeln, die Versammlung sei nur eine Reklameveranstaltung der Partei gewesen. Die Schleswiger Volkszeitung schrieb, daß der Gegenstoß wohl organisiert war, aber doch nicht klug genug gewesen sei. Den bürgerlichen Rednern mangelte fraglos die geistige Überlegenheit.

So endete diese Versammlung, die damals die Gemüter der Schleistadt bewegte. Hinzufügen muß ich noch, daß wir uns nach der recht bewegten Debatte mit Stauning, J. P. Nielsen, mit "Freund und Feind" im Stadttheaterrestaurant zu einem gemütlichen "Toddy" zusammenfanden. War das der Auftakt zu einer friedlicheren Zusammenarbeit in unserem Grenzland?

Nach einem langen Papierkrieg zwischen dem Schleswigschen Verlag, der preußischen Verwaltung und den militärischen Instanzen erschienen die deutschgeschriebenen dänischen Zeitungen wieder am 30. Januar 1924. Wer nun glaubte, daß Zeitungsverbot, Grenzabkommen und stabile Währung die Gemüter beruhigt hätten, der irrte sich. Der Zeitungs- und Versammlungskampf ging weiter. Am 6. Februar 1924 hielt die deutsche Einheitsfront ohne Sozialdemokraten eine Befreiungsfeier im Stadttheater ab. Der Hauptredner war Lehrer Terno. Die kernigsten Sätze seiner Rede waren nach der "Neuen Schleswiger Zeitung" vom 7. Februar 1924: Wir sagen, "nicht alleine Hände weg von deutschem Boden, Hände weg von unserer Heimat Schleswig, sondern wir sagen auch: Gebt uns wieder, was unser war. Gebt uns unser deutsches Nordschleswig zurück. Was deutsch war, muß wieder deutsch werden bis zur Königsau."

Telegrafien-Oberinspektor Neugebauer brachte eine Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde. Die markantesten Sätze müssen der Nachwelt überliefert werden, sie lauten: „Wir bekennen uns erneut heißen Herzens zum deutschen Vaterland und geloben, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis die Unrechtsgrenze der deutschen Nordmark wieder beseitigt sein wird.

Mit Genugtuung haben wir das Verbot der heuchlerischen, durch innere Unwahrhaftigkeit gezeichneten, deutsch geschriebenen Dänlingsblätter begrüßt — mit Entrüstung vernehmen wir von der auf vaterländischdeutsch gestimmtes Volksempfinden keine Rücksicht nehmenden Aufhebung dieses Verbots.“

Ich zweifle nicht, daß Neugebauer und Terno die deutsche Stimmung in der Stadt richtig kennzeichneten. Das war nicht nur eine kleine Schar Unentwegter, das war die Hälfte, vielleicht die Mehrheit der Bevölkerung, die so dachte. Es mag sein, daß das sozialdemokratische Abkommen zu diesem Zeitpunkt zunächst die nationalistischen Gefühle und Stimmungen steigerte. Aber jeder, der die demokratische Freiheit, die Gesinnungsfreiheit eines Volkes höher schätzte als überschäumende Nationalgefühle, die immer in gewaltsame Auseinandersetzungen münden, weiß, daß solche aufgepeitschten nationalpolitischen Gefühle den besten Nährboden für den aufkommenden braunen Terror abgaben, der dann 10 Jahre später nicht zuerst die dänische Minderheit ausradierte, sondern neben den Marxisten auch die Patrioten der bürgerlichen Rechtsparteien und ihrer halb-militärischen Organisation, dem Stahlhelm, den Garaus machten. Das erfuhr Franz Neugebauer dann später, als ihn die Gestapo verhaftete. Er blieb allerdings nicht in Haft, aber 14 Tage dauerte es doch, bevor er wieder frei war. Seitdem mußte er ganz still sein. Ich habe nach 1945 über die politische nationalistische Propaganda der Rechtsparteien und der Rechtspresse in den zwanziger Jahren im Kopenhagener Rathaussaal bei einer Abstimmungsfeier **gesprochen** und gesagt, das seien die Vorläufer der späteren Goebbels-Propaganda gewesen. Wegen dieser Äußerungen war mir Staatsminister Hans Hedtoft damals sehr böse. Diese Zusammenhänge kann man aber nur sehen und fühlen, wenn man selber dabei war und im politischen Kampf der Jahre stand. Wer im Ausland in einer guten demokratischen Gemeinschaft lebte, wird es kaum jemals verstehen können, auch viele unserer Landsleute in Dänemark nicht.

Ich lasse nun einen Vorfall folgen, der grell beleuchtet, wie weit es mit dem Boykott gegen die Dänen in Stadt und Kreis Schleswig gekommen war: Ich bringe diese Angelegenheit nach der Mitteilung der "Neuen Flensburger Zeitung" und nach der "Schleswiger Volkszeitung".

Der Schleswigsche Verein hielt in der dritten Februar-Woche 1924 Versammlungen in Havetoft, Satrup und Kirchenholz ab. Diese Versammlungen wurden in Privathäusern abgehalten. Im Verlauf des Abends erschien in den Wohnungen ein Gendarm und notierte die Namen der Versammlungsteilnehmer. Am selben Abend fand in Rüde ein Feuerwehrfest statt. Dort wurden die Namen dieser Versammlungsteilnehmer bekanntgegeben. Darauf wurden von der Fleischwarenfabrik Redlefsen u. Co. in Satrup neun Arbeiter, die die Zusammenkünfte besucht hatten und die Mitglieder des Schleswigschen Vereins waren, ohne Angabe des Grundes fristlos entlassen. Der Gemeindevorsteher forderte die Firma auf, den Entlassungsgrund anzugeben, weil das Voraussetzung für die Auszahlung einer Arbeitslosenunterstützung war. Auch dem Gemeindevorsteher gegenüber gab die Firma den Grund nicht an. Aber wie kam es, daß die Polizei in die Privathäuser ging und die Namen der Anwesenden feststellte? Man nahm nicht an, daß der Landgendarm aus eigener Initiative diese Amtshandlung vorgenommen hatte. Dieser plumpe und unerhörte Eingriff in das Privatleben der Bevölkerung wurde nun den Sozialdemokraten zu bunt. Die Schleswiger Volkszeitung stellte drei Fragen an den Landrat Werther als dem Polizeichef des Kreises Schleswig: 1. Hat der Landrat dem Landjäger zu dieser Amtshandlung Befehl gegeben, 2. Aufgrund welcher Gesetzesbestimmung ist das geschehen, 3. Hat der Landjäger auf dem Feuerwehrfest der Öffentlichkeit die notierten Namen bekanntgegeben? Ich konnte in den alten Akten nicht feststellen, welche Antwort der Landrat den Fragestellern gab. Es ist anzunehmen, daß er als höchster Beamter des Kreises beteiligt war. Es mag sein, daß zu diesem Zeitpunkt das Ausnahmegesetz der Regierung Stresemann Gültigkeit hatte, also der Ausnahmezustand noch nicht ganz aufgehoben war, so daß der Landrat damit seine Handlung begründen konnte. Aber man kann doch schwerlich glaubhaft machen, daß die Zusammenkunft von kaum einem Dutzend Arbeitern in privaten Räumen die Sicherheit der Deutschen Republik gefährdete. Wir lebten in einer Zeit des politischen Hasses, und dieser Vorfall zeigte, wie weit man gekommen war.

Diesen Teil meiner Arbeit, der ein unliebsames Bild aus einem unruhigen Zeitabschnitt unserer Heimatgeschichte zeigt, will ich abschließen mit den Betrachtungen der "Neuen Flensburger Zeitung" vom 31. Dezember 1924. Die Zeitung schrieb:

"Ende 1923 versuchte man durch das Verbot unserer Zeitung der schleswigschen Bewegung den Todesstoß zu versetzen. Die preußische Presse jubelte über diesen Knebelungsversuch der öffentlichen Meinung in unserem Grenzlande, aber in tausenden von schleswigschen Heimen wuchs die Erbitterung über diese Maßnahmen eines preußischen Machtstandpunktes. Fast drei Monate hindurch hielten tausende von Lesern unseren Zeitungen die Treue. Der vernichtende Schlag, den man gegen unser Unternehmen zu führen gedachte, prallte ab an dem unerschütterlichen Festhalten der heimattreuen Bevölkerung Schleswigs an ihrer Überzeugung. Diese Maßnahme und die ständig mehr aggressiv werdende Agitation der preußischen Presse zeigte, daß ein neuer und schärferer Kurs in der preußischen Grenzpolitik eingeschlagen sei. Das bewies namentlich auch die große Debatte in der Sitzung des preußischen Landtages am 1. Februar über die deutsch-dänische Grenzfrage. Der Anlaß war das zwischen der dänischen und deutschen Sozialdemokratie in Flensburg getroffene Grenzabkommen. Gegenüber dem Ansturm der nationalistischen Opposition im preußischen Parlament sah sich der Ministerpräsident genötigt, zu erklären, daß auch die deutsche Sozialdemokratie die neue Grenze zwischen Dänemark und Deutschland nicht anerkennt. Parallel mit diesen Ereignissen lief eine verschärfte Zwangspolitik gegenüber der dänischen Minderheit in Südschleswig."

Dieses Resümee war gegen die preußische Haltung gerichtet. Wie aber war das Verhältnis der dänischen Bewegung zu den Sozialdemokraten in Südschleswig?

Peter Michelsen, der Vorsitzende der Flensburger Sozialdemokraten, schrieb in der Flensburger Volkszeitung vom 11. Dezember 1924 folgendes:

"Die nationale Minderheit wird uns immer dort finden, wo die Rechte der Schwachen vertreten werden sollen, evtl. an der Seite der Dänen, wenn diese wollen."

Die "Neue Schleswiger Zeitung" vom 13. Dezember 1924 schreibt dazu: "Wie unwahr die Behauptung des Herrn Michelsen ist, daß die Sozialdemokratie immer die Rechte der Schwachen vertritt, weiß auch in der

Stadt Schleswig ein jeder Arbeiter des "Schleswigschen Vereins". Noch niemals ist von den Vertretern der Sozialdemokratie ein Protest laut geworden, wenn das Recht mit Füßen getreten wurde, das sei im Falle der Suppenküche, bei Entziehung der Arbeitslosenunterstützung oder sonst wo, wo Vertreter dieser Partei mitbestimmend gewesen sind und die Gelegenheit gegeben war, die Worte in Taten umzusetzen."

So war die Stimmung ein Jahr, nachdem die Sozialdemokraten ihr Abkommen abgeschlossen hatten. Man kann nicht sagen, daß die Verhältnisse zwischen den Dänen und den Sozialdemokraten sich gebessert hätten. Die scharfen Angriffe wurden allerdings von den "Schleswiger Nachrichten" bei jeder Gelegenheit gestartet, aber die Sozialdemokraten taten nichts, um diese Angriffe abzuschwächen oder gar für die Dänen einzutreten, obwohl sie doch die Partei der Arbeiter und kleinen Leute war, die nun nach der Revolution die gleichen Rechte verlangten wie die Großen. Das Sprachrohr dieser "Großen" waren doch die "Schleswiger Nachrichten", die wenig republikfreundlich und wenig freundlich, ja, man kann sagen sogar feindlich eingestellt waren gegenüber den neuen freien, demokratischen Gedankengängen. Diese Zeitung lebte und schöpfte aus der schwarz-weiß-roten Vergangenheit und trauerte dem untergegangenen Kaiserreich nach. Die dänisch eingestellten Einwohner der Stadt waren kleine Leute, wirtschaftlich schwache Bürger, aber sie waren Demokraten, so wie ihre Landsleute in Dänemark, und sie forderten die demokratische Gesinnungsfreiheit in ihrer Heimat als Grenzland. Sie waren gar nicht so zahlreich. In ihrer besten Zeit zählten sie in Schleswig ungefähr 700-800 Anhänger, und bei der ersten Stadtverordnetenwahl am 4. Mai 1924 erhielten sie nur 354 Stimmen von insgesamt über 8000 abgegebenen Gesamtstimmen in der Stadt. Die Dänen waren also eine äußerst schwache Gruppe, und die Sozialdemokraten hätten alle Veranlassung, wenn sie nicht ihren Grundsätzen untreu werden wollten, diesen Schwachen, wie Peter Michelsen sagte, ihre Hilfe gegen die Angriffe von rechts zu gewähren. Aber ebenso unverständlich ist doch, daß die Rechtsparteien in der Stadt, die die Mehrheit hatten und auch nach demokratischen Grundsätzen die Geschicke der Stadt leiteten, diese kleine schwache Gruppe so gehässig und brutal bekämpften. Warum sie es taten, darüber habe ich schon meine Meinung gesagt. Ich will jetzt aber versuchen zu ergründen, warum die Sozialdemokraten diese Haltung in den ersten Nachkriegsjahren einnahmen.

Für die Sozialdemokraten ging es darum, so viele Stimmen wie möglich bei den Wahlen zu bekommen. Ihre Agitation richtete sich gegen die Rechtsparteien, deren Anhänger in den besser situierten Bürgerkreisen zu finden waren. Die Sozialdemokraten mußten ihre Anhänger in den Arbeiterkreisen, bei den kleinen Handwerkern, Angestellten und kleinen Beamten gewinnen, und das waren auch die Kreise der Bevölkerung, aus denen die Mitglieder des Schleswigschen Vereins kamen. Der allgemeine politische Kampf nach 1918 ging um die Frage: Republik oder Kaiserreich, schwarz-rot-gold oder schwarz-weiß-rot, Demokratie oder keine Demokratie. Diese Frage wurde durch die Stimmen bei den Wahlen entschieden und durch die entstehenden dänischen Organisationen wurden die Wählermassen der Demokratie zersplittert. In den sozialdemokratischen Vertrauensmännerkreisen hielt man die dänische Bewegung für überflüssig, weil sie die demokratische Bewegung spaltete. Die Abstimmung war doch gewesen und die Grenze gezogen, was wollte man nun? Schleswig blieb doch deutsch, und für den Aufbau waren alle Arbeiterstimmen erforderlich, und nun kam diese Bewegung und spaltete. Außerdem gründete dieser Verein eine Zeitung und nahm der "Schleswiger Volkszeitung" die Abonnenten weg. Das waren die Hauptgründe für die scharfe Einstellung der Sozialdemokraten gegen die Dänen in Schleswig. Dazu kam, daß die Führer der Partei keine einheimischen Südschleswiger waren. Der Vorsitzende der Ortsgruppe war ein gebürtiger Berliner und die beiden Mitglieder des Magistrats zugezogene Mitteldeutsche. Gustav Altendorf als Vorsitzender und Emil Brodkorb und August Hirschelmann als Stadträte hatten die Leitung der Partei. Es waren drei tüchtige, ehrenwerte Bürger, die sich damals verdient gemacht haben. Sie waren alte Sozialdemokraten und hatten schon das Bismarcksche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie fühlen müssen. Aber für Probleme unserer Grenzheimat hatten sie kein Verständnis. So kam es denn, daß die Sozialdemokraten zuerst in die nationale Einheitsfront hineingingen, obwohl diese sogenannten nationalen Feste ihnen ein Greuel waren. Im Kaiserreich hatten sie alle nationalen Kundgebungen verneint, aber nach 1918 war die Sozialdemokratie in Preußen und auch im Reich Regierungspartei geworden, und der Hauptträger der republikanischen demokratischen Gedanken. Es galt, ein neues Nationsgefühl zu schaffen, eine neue Nation mit demokratischen Grundsätzen aufzubauen, und dabei konnte die Sozialdemokratie nicht abseits ste-

hen. Wenn man mitmachte, konnte man die ärgsten Auswüchse verhindern. Das war der Standpunkt der Leitung. Sie machten mit, der Name der sozialdemokratischen Organisationen stand unter den Bekanntmachungen, aber die Masse der Arbeiter haben sie niemals mitbekommen.

- Nur so kann man das Verhalten der Sozialdemokraten verstehen.

Der Ausklang 1924 war weniger schön. Von den deutsch geschriebenen Zeitungen erschien nur noch "Der Schleswiger". Ein Ereignis im Jahre 1925 schlug große Wehen in der Auseinandersetzung zwischen deutsch und dänisch. Bei der Kreistagswahl am 29. November bekamen die Dänen im Kreise Schleswig 1172 Stimmen und zwei Kreistagsmandate. Peter Lassen und Ilper zogen *als* Kreistagsabgeordnete mit 20 Vertretern der Gemeinschaftsliste und 5 Sozialdemokraten in das Landratsamt in der Flensburger Straße ein. Das war eine Sensation, und die "Schleswiger Nachrichten" begrüßte die dänischen Vertreter, indem sie schrieb, die Bevölkerung müsse "einsehen lernen, daß nur Lumpen ihre Nationalität und nationale Ehre für ein Butterbrot verkaufen" und weiter: "Vier Jahre lang ist der Kreis Schleswig vor der Welt mit dem Makel behaftet, in nationaler Hinsicht seine Pflicht nicht getan zu haben. Diesen Makel, auch die Nichtwähler haben ihn indirekt verschuldet, gilt es abzuwaschen. Das ist die Aufgabe der Bevölkerung, seiner Führer und Behörden."

Und wie sah der Spitzenkandidat des "Schleswigschen Vereins" die Sache an? Der Angler Bauer Peter Lassen, Struxdorf, schreibt auf der ersten Seite des "Schleswiger" vom 7. Dezember 1925. Er wiederholt seine oft aufgestellte Behauptung, daß Schleswig ein uraltes dänisches Land sei, daß Dörfer und Ortsnamen sowie Familiennamen dies genügend beweisen, und fährt wörtlich fort: "Infolgedessen hat . . . jeder, der entweder selbst oder dessen Vorfahren bis 1864 als heimatberechtigt im damaligen Herzogtum Schleswig wohnten, und jetzt noch innerhalb dessen Grenzen ihren Wohnsitz haben, die Berechtigung, sich der schleswigschen Bewegung, auch mit dänischer Gesinnung, anzuschließen, ohne daß die gegnerische Seite dadurch auch nur die Spur der Berechtigung zu Anrempelungen und Maßnahmen erhält, deren wir schon verschiedene erlebt haben und wovon verschiedene schwerlich einer Kritik standhalten werden können. In aHen FäHen verlangen wir, kurz gesagt . . . dieselben politischen Rechte und Freiheiten, die unsere Gegner, gleichviel ob unserer oder anderer Abstammung, für sich selbst beanspruchen,

indem wir aber auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens eine reibungslose Zusammenarbeit zum Wohle unserer engeren Heimat, in diesem Falle des Kreises Schleswig, erwarten, verlangen können und verlangen."

Ich will nicht untersuchen, welche der beiden Darstellungen einer Kritik standhält, wie Peter Lassen sagt, obwohl ich berechtigt bin, eine solche Untersuchung vorzunehmen, weil ich der Auffassung bin, daß der, der in der Öffentlichkeit schreibt und redet, die Verantwortung vor der Geschichte hat. Ich bitte nur den Leser, beide Standpunkte eingehend zu beachten. Nebenbei macht der Ton die Musik.

Im Landratsamt begrüßte ich zum ersten Mal Peter Lassen. Er war Mitglied des Verkehrsausschusses. Auch ich war als Eisenbahner von den Sozialdemokraten als bürgerliches Mitglied in diesen Ausschuß entsandt. Mitglied des Kreistages war ich nicht. Der Vertreter der Sozialdemokraten im Kreisausschuß war der Redakteur der "Schleswiger Volkszeitung", Hans Flatterich. Nach Abschluß des sozialdemokratischen Abkommens war das Verhältnis zwischen der Volkszeitung und dem Schleswigschen Verein bedeutend besser geworden. Auch im Kreistag war die Verbindung mit den beiden Vertretern des Schleswigschen Vereins, Peter Lassen und Ilper, besser als mit der Gemeinschaftsliste, deren Vertreter meistens Bauern waren. Im Kreisverkehrsausschuß hatten wir damals viel zu tun, um die Angriffe gegen die Schleswiger Kreisbahn abzuwehren. Ober-eilige Verkehrsexperten glaubten, die Schienenwege seien veraltet, jetzt käme die Zeit des Motors auf den Landstraßen. In Abgeordnetenkreisen waren Bestrebungen im Gange, die Schleswiger Kreisbahn abzurechnen und zu verschrotten und auf den Bahnkörper eine Landstraße zu bauen. Gestützt wurden diese Ideen von der Post, die damals versuchte, neben der Paket- und Briefbeförderung auch eine Beförderung von Personen durchzuführen, um ihren Betrieb rentabler zu machen. Diese Bestrebungen der Post mußten, sofern sie in dem Verkehrsbereich der Bahn durchgeführt wurden, eine Konkurrenz für die Schleswiger Kreisbahn werden. Ich habe damals die Vorschläge in der Presse und in dem Ausschuß bekämpft und war der Auffassung, daß die Schleswiger Kreisbahn nicht mit den Scunalspurbahnen der Provinz zu vergleichen sei, deren Zeit wohl gekommen war. Die Kreisbahn sei eine Vollspurbahn und hatte dieselbe Aufgabe wie jede andere Querbahn der Provinz. Wenn es aber erforderlich sei, in ihrem Verkehrsgebiet bessere Verkehrsmöglichkeiten

durch Omnibusse zu schaffen, dann sei nicht die Post dazu berufen, sondern dann sei es die Kreisbahn, die neben der Bahn auch Omnibusse laufen lassen sollte. Es gelang wohl der Post, in das Gebiet der Bahn einzudringen, aber auch die Kreisbahn begann mit einem Omnibusbetrieb. Die Bahn behielt daneben ihre Bedeutung, ganz besonders für das Angler Gebiet. Und so ist es geblieben. Auch heute nach 30 Jahren kann die Schleswiger Kreisbahn im Güterverkehr und auch im Personenverkehr nicht entbehrt werden. In diesen Auseinandersetzungen wurde ich von Peter Lassen unterstützt.

Der Schleswiger Kreistag mußte also den "Makel" vier Jahre lang vor der Welt tragen, daß zwei dänischgesinnte Vertreter zwischen den Kreistagsabgeordneten saßen. Sie haben das Gefüge des Kreises nicht zum Wanken gebracht, und hatten auch nicht die Absicht, das zu tun. Im nächsten Kreistag erhielt der Schleswigsche Verein keine Vertreter erst nach 1945, als das Hitlerreich zerbrach, trat die dänische Bewegung besonders in der Stadt Schleswig hervor, und zwar so stark, daß die Vertreter der dänischgesinnten Bevölkerung drei lange Jahre von 1945 bis 1948 die gesamte Verantwortung für die Geschicke der Stadt übernahmen. über das, was in diesen Jahren geschah und wie es damals in der Stadt aussah, werde ich in einem späteren Abschnitt berichten. Ich bin der Meinung, daß eine spätere Geschichtsschreibung diese Jahre unter die schwersten Jahre in der tausendjährigen Geschichte Schleswigs einreihen wird. Die dänischgesinnten Schleswiger Bürger übernahmen nicht die Verantwortung, um zu herrschen, sondern arbeiteten im Geiste Peter Lassens, der 1925 in den Kreistag ging in Erwartung einer reibungslosen Zusammenarbeit zum Wohle unserer engeren Heimat.

Das sozialdemokratische Abkommen hat doch wohl gewisse Früchte getragen. Nicht allein wurde der Friede zwischen Dänen und Sozialdemokraten geschlossen, sondern wichtig war auch, daß die preußische Regierung unter Regie des sozialdemokratischen Innenministers Severing am 13. Februar 1926 das erste Minderheitenschulgesetz herausbrachte. In diesem Gesetz wurde aber nur die Schulfrage im Kreis Südtondern, im Landkreis Flensburg und in der Stadt Flensburg geregelt. Es dauerte noch drei Jahre, bis die dänischen Schulen in Tönning und Schleswig gesetzlich anerkannt wurden. Diese Verordnung des preußischen Staatministeriums war vom 1. Februar 1929 und erkannte klar das Elternrecht und die Gesinnungsfreiheit an.

Das Bekenntnis zur dänischen Minderheit war frei und durfte nicht nachgeprüft oder bestritten werden. So lautete die Verordnung. Diese preußischen Gesetze wurden von den Nazis nicht aufgehoben, so daß wir nach 1945 auf Grund dieser Gesetzesbestimmungen in Schleswig die dänische Kommunalschule errichten konnten.

### *Mein Elternhaus und meine Jugend*

In diesem Zusammenhang muß ich auch meine persönliche Stellung in der damaligen Zeit einer Betrachtung unterziehen. Ich habe nichts zu verstecken und will auch nichts verstecken. Wir alle sind ja irgendwo hergekommen und haben Wandlungen durchgemacht in einer solchen bewegten Zeit.

Um 1900 herum verließ ich mein Elternhaus in Eggebek und mein Wegekompfaß zeigte nach Norden. Erzogen in einem deutschen Bauernhaus auf der Geest, wo in der Kindheit doch noch manchmal der Klang der dänischen Sprache mein Ohr erreichte, zog ich nach Großenwiehe und Schafflund, wo damals das Plattdänisch noch täglich gesprochen wurde. Meine Großeltern, die auf der Abnahme lebten, sprachen oft Plattdänisch. Es war die wilhelminische Zeit in Deutschland. Das Kriegervereinswesen trieb gewaltige Blüten. Kaisergeburtstage, Fahneneinweihungen, Bismarckfeiern wechselten auch auf den Dörfern ab. An der Spitze der Festzüge sah man Reserveleutnantuniformen, Militärmärsche klangen ans Ohr, und wir Jungens waren am Rande stets dabei. Aber das tägliche Leben war schwer. Auf den Dörfern waren der Pastor, der Lehrer, — wenn dieser sich durchsetzen konnte, — die großen Bauern, dazu der Amtsvorsteher und der Gemeindevorsteher, der erste Gesellschaftskreis. Sie verkehrten gesellschaftlich miteinander. Eine weitere Respektsperson war der Gendarm, der noch hoch zu Roß mit blanker Pickelhaube, blanken langen Stiefeln mit Sporen und mit einem Schnurrbart nach dem Motto "Es ist erreicht" à la Kaiser Wilhelm II. in Erscheinung trat. Wir Jungens in Eggebek hatten eine panikartige Angst vor dieser Erscheinung, wir suchten das Weite oder versteckten uns hinter Wällen und Büschen. Das allgemeine gesellige Zusammensein wurde bestritten von Liedertafeln, Kriegervereinen und Feuerwehr, in Familiengruppen, bei Kindtaufen, Geburtstagen und Hochzeiten.

Der Lebensstandard war auf dem Lande nicht hoch. Der Bauer mußte zusammen mit seiner Familie, mit Jungens und Mädchen, schwer arbeiten. Knechte und Mägde konnten nicht gehalten werden. Soviel brachte der Boden nicht ein, denn der Kunstdünger war zwar erfunden, aber teuer. Für die Anschaffung der neuen Maschinen war kein Geld vorhanden. Man baute Roggen, Buchweizen und Kartoffeln an, um die große Familie satt zu machen und um die Zinsen und Abgaben durch Verkauf der überproduktion zu bestreiten. Wir Jungens wuchsen heran und mußten neben unseren Schularbeiten mit anpacken, Viehställe reinigen, Dünger streuen, Kartoffeln aufnehmen und im Torf helfen. In der Landwirtschaft gab es viel zu arbeiten, so daß die heranwachsende Jugend beschäftigt werden konnte. Wir mußten schon zeitig unser Brot verdienen, und das hat uns auch nicht geschadet. Unseren Unterricht erhielten wir in der Dorfschule. Das Geld langte nicht, um eine Stadtschule zu besuchen, und Doktor zu werden war damals eine kostspielige Sache. So viele Doktoren brauchte man damals noch nicht, besonders wurden damals nicht so viele Juristen gebraucht. Die Gesetze in der wilhelminischen Zeit waren nicht zu kompliziert. Die Zahl der Paragraphen wächst mit der Demokratie.

Das Kirchdorf Eggebek liegt an einem Nebenfluß der Treene, dem Eichenbach. Nach diesem Nebenfluß hat das Dorf den Namen. Das Dorf hatte zwei Sh'aßen, die Osterreihe und Westerreihe. Beide Dorfstraßen waren durch drei Querstraßen verbunden. Jede Verbindung hatte eine Brücke über den Bach. Die Brücken mußten von der Gemeinde unterhalten werden. Es versteht sich von selbst, daß dieser Bach, der durch das Dorf ging und beide Hauptstraßen trennte, in den freien Stunden unser Ziel war. Ich erzähle von der Zeit vor der Jahrhundertwende. Damals hatte der Bach, besonders im Frühjahr, viel Wasser, aber niemals so tief, daß wir verunglücken konnten, deshalb brauchten Eltern und Großeltern nicht besorgt zu sein. Unser Hof lag an der Osterreihe, kaum 100 Meter von dem Bach entfernt. Zwischen den Gebäuden — es waren das Wohngebäude mit den Ställen in einem Gebäude zusammen, das Abnahmehaus und die Scheune — und dem Bach lag eine schöne Wiese, wo die Kälber grasten. Am weitesten weg in der Richtung zum Bach am Rande unseres Hausgartens lag ein altes Backhaus, vernachlässigt und verfallen, das Pfannendach hatte Löcher. Der Backofen wurde trotzdem gebraucht. Alle drei bis vier Wochen backte unsere Mutter, und wir

großen Jungens mußten helfen. Bearbeitet und gebacken wurden bis zu dreißig große Bauernbrote aus gutem, selbstgeerntetem Roggen. Es gelang uns dann und wann ohne Wissen der Eltern, den Backtrog durch die Wiese zu tragen, um ihn als Ruderboot zu gebrauchen.

Auch andere Freuden bereitete uns Jungens dieser Eichenbach. Er enthielt Fische, die von der Treene kamen. Im Frühjahr kamen besonders Hechte gegen den Strom hinauf zum Dorf. So konnte ich als 10jähriger einen Hecht von drei Pfund Gewicht mit einem Stechgerät erlegen. Ich war sehr stolz. - Im Norden des Dorfes war ein Wasserteich, den wir "Damm" nannten. Der Bach lief durch den Teich, der nur eine Tiefe von höchstens einem Meter hatte. Der Damm wurde zum Tränken der Pferde und Kühe verwendet, und wenn wir die Treene nicht bevorzugten, auch zum Baden. Heute, nach 60-70 Jahren, ist der Teich längst versandet, und der Bach enthält nicht mehr viel Wasser. Im Sommer trocknet er meistens ganz aus.

Die Gebäude unseres Hofes lagen an diesem Teich. Das Wohnhaus mit den Ställen war eine typisch dänische Bauart, die wir so gut kennen. Das Haus war strohgedeckt und im Jahre 1797 gebaut. Am östlichen Ende des Hauses waren die Jahreszahlen in Eisen geschmiedet an der Mauer angebracht. Mein Großvater Asmus Clausen, der in Oxbüll in Angeln geboren war, wo unser Geschlecht seit Jahrhunderten gewohnt hatte, kaufte für 3120 Thaler und eine Abnahme im Jahre 1855 den Hof, der damals über 100 Tonnen groß war. Mein Großvater teilte den großen Hof und gründete mit einem Teil in Eggebek-Norderfeld eine neue Hofstelle. Er verkaufte den Stammteil mit den Gebäuden im Dorf für 4200 Thaler und übernahm die neue Stelle. Er hatte einen guten Handel gemacht. Er betrieb dort Landwirtschaft und Grützmüllerei bis zum Jahre 1869. In diesem Jahre verkaufte er seinen Besitz und baute in der Westerei ein Haus und betrieb dort Kälberschlachtereie und eine Mehlhandlung. Das Kalbfleisch wurde nach Tönning versandt. Aber auch hier blieb mein Großvater nicht lange. Im Jahre 1871 machte der Besitzer des Stammhofes bankrott und mein Großvater nahm die Gelegenheit wahr. Er kaufte den Stammhof für 1900 Thaler und eine Abnahme zurück. Im Jahre 1886 übernahm sein ältester Sohn Asmus, also mein Vater, den Hof. Nun hatten wir einen Hof, der 70 Tonnen groß war. Dazu gehörte noch eine Wiese an der Treene im Süden des Dorfes. Das Ackerland lag zusammen in einer Fläche nördlich des Dorfes. Innerhalb der

Fläche war ein Stück Moorland, wo wir unser Brennmaterial gewinnen konnten. Im Vorsommer vor der Ernte wurden so und so viele tausend Torf gestrichen, so daß der Vorrat für den Winter langte.

Auf diesem Bauernhof verlebte ich von 1885 bis 1901 meine Jugend. Meine Großeltern kamen auf die Abnahme und bewohnten das Abnahmehaus mit einem Garten. Von dem Viehbestand mußten meine Eltern eine Kuh für die Abnahme stellen. Das war Großmutter's Kuh, die einen bevorzugten Stand im Kuhstall hatte. Sie wurde mit dem anderen Vieh gefüttert, und die Großeltern verwendeten die Milch in ihrem Haushalt. Daneben bekamen sie jährlich ein Schwein von zwei Zentnern Gewicht und die erforderlichen Brote. Wie hoch die Geldabfindung war, kann ich nicht sagen. Der Betrag wird nicht groß gewesen sein, denn das Geld war knapp. Der Gesamtbestand an Vieh waren zwei bis drei Pferde, darunter eine Fohlenstute, sechs Milchkühe und dazu eine Anzahl Kälber und Jungvieh. Weiter hatten wir Schweine, Schafe, Hühner, Gänse, Hunde und Katzen, alles Viehzeug, was zu einem Bauernhof gehörte. Die Schuldenlast war nicht groß; ich erinnere, daß mein Vater von 8000 Mark Hypothekenschulden sprach, die damals mit 4-5 % verzinst werden mußten. Daneben war die Abnahme eine größere Belastung, aber die Großeltern mußten für ihr Alter versorgt werden, Vermögen oder eine Rente hatten sie nicht. - So war das Leben auf einem Bauernhof auf der trockenen sandigen Geest, arbeitsreich und bescheiden, um nicht zu sagen ärmlich, aber zu essen haben wir immer gehabt, und sauber gekleidet waren wir alle. Wir waren sieben Geschwister, fünf Jungens und zwei Mädchen. Für die Eltern galt es, dem kargen Boden auf dem Mittelrücken Schlesiens den höchstmöglichen Ertrag abzurufen. Es waren große Flächen mit wenig Ertrag, die bestellt werden mußten. In den ersten Jahren hatten wir einen Knecht, und zur Unterstützung unserer Mutter auch ein Dienstmädchen. Aber später, als wir Jungens größer wurden, übernahmen wir die Arbeit; wir halfen, so gut wir konnten. So war es auf allen Höfen. In der Bewirtschaftung eines Bauernhofes ist viel leichte Arbeit, die auch von schwächeren Kräften ausgeführt werden kann. Es bestand damals eine Möglichkeit, daß größere Jungens für die Sommermonate von der Schule dispensiert werden konnten. Sie brauchten dann nur an einem Vormittag in der Woche die Schule zu besuchen, für die andere Zeit standen sie für die Arbeit zur Verfügung. In meinem ersten Schuljahr im Sommer 1891 waren noch 14

Schiller als Helfer dispensiert. Die Lehrer wehrten sich gegen diese Einrichtung. Sie nannten die Dispensierung einen Krebschaden für die Schule. Sie hatten auch Erfolg — nach einigen Jahren wurde die Freistellung vom Unterricht aufgehoben. Von dieser Möglichkeit haben unsere Eltern nie Gebrauch gemacht. Sie hielten es für ihre Pflicht, uns die beste Schulausbildung zu geben, die nach ihren Verhältnissen möglich war. Wir arbeiteten in der Freizeit und besonders in den Ferien. An den Sonnabendnachmittagen galt es, im Hause und rund um die Gebäude alles sauberzumachen und aufzuräumen, damit es am Sonntag schön aussah. Oft kamen Verwandte und Bekannte mit Wagen zum Besuch. Der Sonntag wurde heilig gehalten. Sonntags wurde nur ausnahmsweise gearbeitet, um die Ernte rechtzeitig einzubringen. In der Erntezeit hatten wir meistens einen Tagelöhner, der pro Tag zwei Mark und die Kost bekam.

So schaffte die ganze Familie tagaus und tagein, jahraus und jahrein, um die Lebenshaltung für sich selbst und auch für das Vieh zu sichern, das den Winter über gefüttert und erhalten werden mußte. Das Futter, Stroh und Heu für das Vieh, wurde in langen, harten Wintern knapp. Ich erinnere, daß Vater gezwungen war, für das Jungvieh im Monat April junges Heidekraut zu verfüttern, bevor das junge Gras so weit war, daß das Vieh auf die Weide gebracht werden konnte.

Es war eine arbeitsreiche Jugend, aber es war eine schöne Zeit. Auf unseren Feldern begleitete uns das Trillern der Lerche. Der Kiebitz flog kreischend über uns, um sein Nest mit den Jungen zu schützen, das auch wir ständig bewachten und beschützten. Die Erinnerung an das schöne Stück Erde hat mich durch das ganze Leben begleitet. Es waren schöne Erinnerungen, deren Wert nie durch andere schöne Erlebnisse eines langen Lebens überboten werden konnte. Die Luft war rein und roch noch nicht nach Benzin. Man hörte noch kein Motorengeräusch, und keine Sputniks kreisten über uns. Nur die Lerche beherrschte die von der Sonne erwärmte Luft. Und wenn dann unsere Mutter uns nach einem arbeitsreichen Tag aus ihrem pfleglich bewahrten Obstbestand als Lohn eine Zugabe gab, dann war die Freude groß.

Mutter stammte von einem Bauernhof auf Norderfeld. Sie war eine geborene Goos. Ihre Eltern hatten eine Katenstelle in Börmerkoog bei Dörpstedt, die sie 1865 verkauften. Sie kauften dann auf Eggebekfeld 70 Tonnen Land, größtenteils Heideland, und bauten dort ein Haus. Die-

ser Hof ist heute noch im Besitz eines Enkels namens Goos, der in Eggebek Gemeindevorsteher ist.

Mutters Vater war in Owschlag geboren und ihre Mutter in Brekendorf. Mutters Geschlecht ist seit Jahrhunderten zwischen Eider und Danewerk ansässig gewesen.

Soll ich nun eingehend über das Leben meiner Mutter schreiben?

Ich glaube, der Abschnitt dieses Buches würde zu lang werden. Alle Mütter sind wohl gut, alle Mütter lieben ihre Kinder und rackern sich ab, um ihre Kleinen zu pflegen und groß und stark zu machen. Das ist ihre Lebensaufgabe. So auch meine Mutter, stark und doch eine liebevolle, empfindsame Seele, arbeitsam und nie ermüdend, klug und froh. In jeder verwickelten **Situation** gab sie Rat und fand einen Weg zum Guten.

Mein Vater ging oft von morgens bis abends hinter dem Pflug über die große Fläche unserer Felder, die bestellt werden mußten. Mutter paßte das Haus, die Kühe und die Ställe, sie sorgte für das Essen, für die Kleidung, sie nähte alle Kleider und Anzüge, wusch, sie backte, sie führte die Schweine, die Kälber, und half auch draußen bei der Ernte. Ich habe später oft darüber nachgedacht, wie das möglich war. Der Tag war damals doch auch nur 24 Stunden lang, und doch hatten wir alle am Sonntag unsern Sonntagsanzug an und gingen in die Kirche, wenn Mutter es gerne wollte. - Sie starb im Jahre 1940 nach einem reichen, erfüllten Leben. Sie überlebte Vater um 21 Jahre.

Auf der Abnahme regierte Großmutter*i* sie war wesentlich jünger als Großvater. Großvater war im siebzigsten Lebensjahr, als er auf die Abnahme ging, aber Großmutter war nur 54 Jahre, also eigentlich reichlich jung, um sich zur Ruhe zu setzen. Ihr Tätigkeitsfeld waren der Garten, ihr Hühnerhof und ihre Kuh. Die Milch mußte verwertet werden, aus Milch wurde damals mit der Hand Butter gemacht. Eine Meierei gab es erst in den letzten Jahren des Jahrhunderts. Auch auf dem Hofe wurde *die* Butter in einem Butterkarn mit der Hand gemacht und nach Flensburg gesandt. Wir bekamen je nach Güte 80 oder 90 Pfennig für das Pfund. Großvater hatte seine Bienenstöcke. Er produzierte guten Honig und machte einen Teil zu Geld. Im Sommer, wenn die Bienen an sonnigen Tagen schwärmen wollten, mußten wir Wache halten, wenn Großvater seinen Mittagsschlaf nahm. Wenn gewisse Anzeichen vorhanden waren, daß sich ein Schwarm vom Stock lösen wollte, mußten wir ihn

wecken. Es galt dann, den Schwarm in den nahen Bäumen abzufangen, was meistens auch gelang. Hatte sich der Schwarm gesetzt und sich um die Königin gesammelt, nahm Großvater seine Kappe über den Kopf, und ein neues Bienenvolk war gewonnen. Diese Arbeit taten wir gerne, weil wir wußten, daß wir im Herbst oder Spätsommer beim Honigschleudern unseren Teil bekamen, den Mutter uns auf unser Brot streichen konnte. Großvater war eine kraftvolle Persönlichkeit mit einem Kinnbart, ein echter Schleswiger dänischer Abstammung. Er sprach oft plattdänisch, besonders wenn er energisch wurde, oder wenn er mit Großmutter über Angelegenheiten sprach, die uns nichts angingen. Sonst war die Umgangssprache plattdeutsch, ein Plattdeutsch, das viele dänische Ausdrücke enthält. Das Hochdeutsche war die Sprache der feinen Leute, die hauptsächlich in der Stadt wohnten. Wir hörten erst das Hochdeutsche, als wir in die Schule kamen. Großmutter stammte von einem Hof in Silberstedt.

Auf der Abnahme gab es auch ein geselliges Leben. Die Großeltern bekamen oft Besuch von ihren andern Kindern und Kindeskindern, von Vaters Geschwistern. An den Sonn- und Festtagen war der Hof oft voll von Besuch. Aber auch im Dorf hatten die Großeltern ihre Bekannten, die abends zu einem Kaffeetisch zusammenkamen und Karten spielten. Besonders Großmutter liebte das Kartenspiel, und als Großvater wegen seines körperlichen Zustandes nicht mehr mitmachen konnte, ging Großmutter alleine, und mir fiel die Aufgabe zu, Großvater zu betreuen. Ich war der Älteste von den Geschwistern und damals neun oder zehn Jahre alt. Wenn Großmutter ins Dorf zu Bekannten ging, war ich abends bei Großvater, holte seine Pantoffeln, stopfte seine Pfeife und schnitt seinen Kautabak. Wir unterhielten uns über Bienen, Garten, über Wetter und Wind, wir waren gute Freunde. Ich schlief auf der Abnahme in der Nordershlbe, die als Gästestube verwendet wurde.

Unruhige Nächte hatten wir auf dem Hof, wenn nachts ein Gewitter hochkam. Die drei Häuser, Wohnhaus mit den Ställen, das Abnahmehaus und die Scheune waren strohgedeckt. Ein Blitzschlag konnte zu einer Katastrophe werden. Der erste, der aufstand, wenn es blitzte und der Donner in der Ferne grollte, war Großvater. Er kannte Wind und Wetter. Er wußte, von welcher Himmelsrichtung ein gefährliches Gewitter kommen konnte. Er weckte uns rechtzeitig, und wir mußten unseren Sonntagsanzug anziehen. Wir kamen dann alle, jung und alt, in

unserer Wohnstube zusammen. Vater hatte alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, um im Ernstfalle das Vieh zu retten. Großvater war draußen, bis es anfang zu regnen, dann kam er hinein und gab Bericht. Vater war Hauptmann der freiwilligen Feuerwehr und hatte die Verantwortung für das Dorf und Umgebung. Bei Gewitter lagen seine Ausrüstungsstücke bereit. Es geschah oft, daß die Feuerwehr nach dem Gewitter ausrückte, um zu helfen.

Der Maschinen- und Wagenpark eines Hofes auf der Geest in dem letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts war nicht groß. Mein Vater übernahm den Hof mit zwei Ackerwagen und einem Federwagen. Der letztere war der Sonntagswagen und wurde gebraucht, wenn man mit der Familie zu Bekannten oder Verwandten ausfuhr. Die einzige Maschine war eine mit der Hand betriebene Häckselkiste, mit der wir Häcksel für die Pferde und Grünzeug für die Schweine schnitten. Das Korn wurde im Winter mit dem Dreschflegel gedroschen. Nicht einmal eine Reinigungsmaschine war da. Das gedroschene Korn wurde mit einer kurzen Holzschaufel auf die Tenne geworfen. Die Körner flogen am weitesten und konnten dann zusammengefeget werden. Als Geräte gab es Pflug, Egge, Sense und Dreschflegel. Das Korn wurde mit der Hand gesät.

Der Ertrag des sandigen Bodens war gering. Es fehlte an Dünger. Zur Bodenverbesserung hatte mein Großvater unter primitiven Verhältnissen sogenannten Sandmergel gewonnen und über das Land gebracht. Der Erfolg war sichtbar. Später gründete man einen Mergelverband, der durch eine Kleinbahnanlage Lehmmergel heranschaffte. Dann kam auch der Kunstdünger auf. Es gab Phosphat, Kali und Stickstoff. Trotz der überaus schlechten Verhältnisse in der Landwirtschaft war in den Jahren von 1890 bis 1910 ein guter Fortschritt festzustellen. Diesen Fortschritt muß man besonders anerkennen, weil es damals kaum staatliche Subventionen gab. Der kluge Bauer mußte sich selber helfen, wenn er vorwärts kommen wollte. Es gab keinen Bauernverband, keine landwirtschaftlichen Vereinej ein Vereinsrecht, eine Interessenvertretung kannte man kaum. Statt dessen gab es patriotische Vereine im überfluß, die die Untertanentreue forderten und pfligten.

In Eggebek und Umgebung bestand eine Kuhgilde, eine Versicherung auf Gegenseitigkeit. Starb eine Kuh, dann waren die Mitglieder verpflichtet, den Schaden in Geld aufzubringen.

Die erste Maschine, die mein Vater kaufte, war eine Reinigungsmaschine, die mit der Hand gedreht wurde. Durch diese „Staubkiste“, wie wir sagten, erhielten wir Jungens ein weiteres Arbeitsgebiet, denn wir mußten drehen. Nach der Jahrhundertwende wurde eine Dreschmaschine angeschafft, die mit Pferdekraft getrieben wurde, und in Verbindung damit auch eine Häckselschneidemaschine mit Pferdeantrieb. Inzwischen war eine Genossenschaftsmeierei mit den erforderlichen Maschinen erstellt und der Butterkarn wurde zum alten Gerümpel geworfen. Die Elektrizität, die Kraft und Licht erzeugte, verbreitete sich auch über das Land, und der gefährliche Petroleumleuchter wurde in die Ecke gestellt. Der Motor kam erst später. Wir konnten damals den ganzen Ertrag der Ernte an Heu, Roggen und Hafer unter den Dächern des Wohngebäudes und des Abnahmehauses unterbringen, nur der Buchweizen wurde gleich gedroschen. Wenn es auf dem Dachboden so voll war, daß die Hahnbalcken - das waren die Querbalken unter dem Dachfirst - nicht zu sehen waren, hatten wir eine gute Ernte gehabt. Wenn diese Balken aber nicht bedeckt waren, dann war die Ernte nicht gut.

Wenn ich heute nach sechzig Jahren über die Höfe auf Eggebekfeld gehe, dann sieht man neben den Hofgebäuden zahlreiche große Diemen mit Korn. Der Dachboden langt nicht entfernt mehr, um den Ertrag unterzubringen. Auf den Koppeln, wo unsere Kühe sich kaum satt grasen konnten, mäht der Bauer mit der Maschine Gras und macht Heu daraus. 50 bedeutend ist die Bodenverbesserung im Laufe der Zeit gewesen.

Damals wurde viel Buchweizen angebaut. Diese Kornart bekam keinen Dünger. Wir säten Buchweizen in Brachland. Die Bauern sagten, daß der Anbau von Buchweizen Glückssache sei. Während man bei Roggen, Hafer und Gerste ziemlich genau die Wetterlage kannte, die eine gute Ernte zur Folge hatte, wußte man nie, wie der Ertrag der Buchweizenkoppel wurde.

Wir haben gute und schlechte Ernten gehabt. Eine gute Ernte konnte zwanzig Doppelzentner bringen, die dann pro Doppelzentner mit 18 bis 20 Mark verkauft werden konnten, nachdem wir unseren eigenen Bedarf abgenommen hatten. Buchweizengrütze war damals ein wichtiges Nahrungsmittel auf dem Lande. Fast jeder Müller hatte in seinem Betrieb eine Grützmühle, die gut florierte. Im Bauernhaushalt gebrauchte man das ganze Jahr hindurch Buchweizengrütze. Man aß sie morgens und abends.

Die festlichen Geselligkeiten wurden, wie schon erwähnt, von Liedertafeln, Kriegervereinen und Feuerwehren bestritten. Mein Vater war Mitglied der Liedertafel und des Kriegervereins. Bei der Feuerwehr war er, wie schon erwähnt, längere Zeit Hauptmann. Ich kann erinnern, daß er manchmal patriotisch war. Er hatte als Soldat bei der Kavallerie in St. Avold im Elsaß als Dragoner gedient. Die Kavallerie war ja Kaiser Wilhelms Lieblingswaffe. Es war die Glanzzeit des bismarckschen Kaiserreiches. Meine Großeltern nahmen an den klingenden Festen nicht teil. Ich kann nicht erinnern, daß von Politik gesprochen wurde, oder daß politische Fragen diskutiert wurden. Auch wurde die Frage "deutsch oder dänisch" nicht berührt. Man lebte schlicht und recht, und alle Dinge wurden von oben geregelt.

Die Kinder hatten jedes Jahr Kindergilde mit Ringstechen, Umzug, Musik und Tanz. Die Dorfjugend hielt Knechtengilden ab. Die männliche Jugend war zu Pferde. Ein Kapitän führte den stattlichen Trupp an. Ein Ringreiten entschied, wer König sein sollte. An diesem Fest nahmen nicht nur die Knechte teil, sondern auch die Bauernsöhne. Einen Standesunterschied gab es damals in den Dörfern des Mittellückens Schlesiens nicht.

Für die Schuljugend, besonders für die Schuljungen, gab es auch ein patriotisches Fest. Das war das Sedanfest. Zur Erinnerung an den Zusammenbruch Frankreichs und die Gefangennahme Napoleons III. bei dem Ort Sedan am 2. September 1870 wurden Freudenfeuer entzündet. Wir Jungen sammelten schon Wochen vorher alles Brennbares, getrocknetes Kraut, Holz, Heidekraut, Teertönnchen und Stroh zu einem Haufen an einer hohen Stelle des freien Feldes zusammen, und am 2. September, nach Eintritt der Dunkelheit, leuchtete das Feuer. Das alles geschah ohne besondere Feierlichkeit und ohne Reden. Wir waren alle bestrebt, an dem Abend recht lange mit dem Feuer zu püstern.

Zu den größeren Festlichkeiten muß man auch die Hochzeiten rechnen. Die Feier fand meistens im Krug statt. Der Kreis der Teilnehmer wurde von einem oder zwei Jungen der Nachbarn persönlich eingeladen. Ich habe diese Ehre mehrmals gehabt. Wir bekamen dann ein rotes Band um die Mütze oder um den Hut und mußten die Einladung in den betreffenden Häusern aufsagen. Den Wortlaut hatten wir auswendig gelernt. Als Lohn durften wir bei der Hochzeit zugegen sein. Der Wortlaut der Einladung war plattdeutsch.

An kleinen Familienfeiern gab es Kindtaufen, Basselhus und Swinkiek. Die Kindtaufen fanden in der Kirche statt. Nachmittags waren die Verwandten zusammen zum Kaffee. Der Pastor und die Pastorin waren auch zum Kaffee geladen. Wenn ein Kind geboren war, kamen die Nachbarfrauen zum Besuch. Man brachte frische Suppe, gebratenes Geflügel und Kuchen für die Wöchnerin, so daß wir Jungen glaubten, in einem Schlaraffenland zu leben, denn Mutter konnte alle die Gaben nicht essen. Wenn die Wöchnerin die Geburt gut überstanden hatte und wieder auf war, wurde Basselhus abgehalten. Ein bestimmter Kreis von Nachbarfrauen, besonders die, die Essen gebracht hatten, wurden eingeladen, darunter auch die Pastorin und die Küsterfrau. Es gab Kaffee, und das Neugeborene wurde herumgereicht und betrachtet. Jedes Kind war schön, das hörten die Mütter gerne. Ob es aber mehr dem Vater als der Mutter ähnlich sah, darüber war man selten einig. An solchen Kaffeetafeln wurden dann die Dorfneuigkeiten besprochen.

Jeden Herbst war Schlachtfest. Einen Schlachterladen gab es in den meisten Dörfern nicht. Dann und wann kam ein Schlachter mit seinem Fuhrwerk von der Stadt, aber im allgemeinen mußten die Bauern den Fleischvorrat für die Familie aus ihrem eigenen Viehbestand decken. Jedes Dorf hatte aber einen Hausschlachter, der dann der Reihe nach in die Häuser kam und das Schlachten und die Zubereitung des Fleischvorrates vornahm. Wir ließen im Herbst zwei Schweine schlachten, und wenn es nicht bis zum Sommer langte, dann wurde im Monat März noch eins geschlachtet. Im Herbst aber war Schlachtfest. Die Nachbarn wurden eingeladen und kamen abends, wenn die Schlachttiere ausgenommen auf der Tenne auf Leitern hingen, so daß sie gut mit dem Stalleuchtel' besichtigt werden konnten. Dann gab es ein pfannengericht von dem frischen Fleisch und dazu Kôm und Punsch. Nach dem Essen zündete man die Pfeife an, nachdem man den Pfeifenkopf umständlich ausgekratzt und gestopft hatte. Zigarren gab es nicht, die waren zu teuer, obwohl man für fünf Pfennig eine gute Zigarre kaufen konnte. Ein halbes Pfund Tabak, roter G von der Bredstedter Tabakfabrik, war billiger. Ein solches Paket kostete 40 Pfennig. Als Markenzeichen war an der viereckigen Verpackung ein großes lateinisches G angebracht. Diese Sorte wurde viele Jahre von Bredstedt versandt. Der Tabak war berühmt. - Zu Trinken gab es Kaffeepunsch, das schleswigsche Nationalgetränk. Das war schwarzer Kaffee mit Zucker und Kôm. Der Kôm war billig, eine

Flasche kostete 60 Pfennig. Bei einer Pfeife Tabak wurden Karten gespielt und geprostet, manchmal bis nach Mitternacht.

Obwohl das Leben zur damaligen Zeit auf dem Lande sehr bescheiden war, wurde doch zu Hause und in den Wirtschaften viel getrunken. Eggebek hatte zwei Wirtschaften, einen Krug im Dorf in der Westerreihe und einen Krug am Bahnhof. Beide Gasthäuser hatten gut zu tun, nicht nur bei Festlichkeiten, auch am Wochentagen. Im Krug hielten Feuerwehr, Gesangverein, Kriegerverein, Meiereigenossenschaft, überhaupt sämtliche Vereine ihre Versammlungen ab. Auch in der freien Zeit war man gerne geneigt, bei jeder Gelegenheit mal "zu Krug" zu gehen. Oft wurde einer über den Durst getrunken. Als ich nach 1945 in einem Ort in Nordschleswig in einer Versammlung sprach und an dem nachfolgenden Kaffeetisch von diesem geselligen Leben der damaligen Zeit einige Anekdoten zu Gehör brachte - ich war dazu aufgefordert worden - nahm sofort der Pastor das Wort und hielt eine Rede über die "verwerfliche preußische Schnapskultur" der damaligen Zeit. Ich war weit davon entfernt, diese Zeit durch meine Humoresken zu idealisieren, aber der gute Pastor hatte das wohl so verstanden und glaubte, bremsen zu müssen, damit die übermütige ausgelassene Stimmung an der gemütlichen dänischen Kaffeetafel nicht all zu sehr in die Höhe getrieben wurde.

Eine unangenehme Erscheinung in damaliger Zeit war das Handwerksburschenwesen. Es waren nicht mehr die wandernden Gesellen der früheren Zeit, es waren meistens arbeitsscheue Existenzen, die sich besonders auf dem Lande durch Betteln an den Türen ihre Pfennige holten, um leben zu können. Die Gastwirtschaften des Dorfes waren verpflichtet, ihnen Nachtlogis zu geben. Dazu war ein Stallraum mit einer Heu- oder Strohunterlage eingerichtet. Manchmal waren es unangenehme Gesellen, die stark dem Trinken ergeben waren. Das Betteln an den Türen war in Preußen verboten, aber der Gendarm war weit, und wenn er kam, war er in seiner glänzenden Uniform weithin sichtbar, so daß die Tippelbrüder rechtzeitig Reißaus nehmen konnten.

In unserer Dorfschule regierte Küster Lorenz Albertsen. Er spielte die Orgel, leitete den Knabenchor und sprach die Leichen aus. Die Verstorbenen wurden im Sterbehaus aufgebahrt, und Küster Albertsen erschien mit dem Bauerngefolge rechtzeitig im Sterbehaus. Alle bekamen eine Tasse Kaffee, und er hielt die erste Rede über den Verstorbenen oder die Verstorbene. Die Leute sagten, daß seine Leichenreden viel besser

und schöner seien, als die Predigten des Pastoren. Er brachte die Leiche mit Gefolge zur Kirche, wo dann der Pastor die Amtshandlung vornahm.

In der Schule war er streng, Wenn wir Jungen etwas "ausgefressen" hatten, konnte es geschehen, daß er einige in den großen Torfkasten stopfte, wenn der Kasten leer war. Es gingen drei Jungens hinein. Am besten hatte der es, der nach oben kam, denn der, der unten lag, kam mit Torfschnull und Staub im Gesicht und in den Haaren heraus. Lorenz Albertsen war ein tüchtiger Lehrer. Mit Pastor Bronnmann konnte er sich nicht vertragen. Der Pastor war damals Schulvisitorator, d. h., er übte die amtliche Beaufsichtigung aus und erschien dann und wann in der Schule, um festzustellen, ob wir in der biblischen Geschichte Bescheid wußten und die Bibelsprüche aufsagen konnten. Ob Lorenz Albertsen gläubig war oder nicht, weiß ich nicht. Ich weiß aber, daß er nach seinen Grundsätzen unterrichtete, und die lauteten: "Jungens, wenn ihr rechnen, schreiben und lesen könnt, dann kommt ihr durch die Welt!" Nach diesem Spruch arbeitete und unterrichtete er, und seine Schule war in der Umgebung weit und breit bekannt und geachtet. Ich habe ihn nie bei Kriegerversammlungen und Umzügen reden hören, obwohl er als guter Redner bekannt war. Ich weiß auch nicht, ob er Mitglied war. Man munkelte viel darüber, daß er demokratischen Anschauungen huldige, und daß er bezüglich des politischen Schicksals unserer schleswigschen Heimat seine eigene Auffassung habe. Sein Geschichtsunterricht erstreckte sich auch auf die Taten und Eroberungen der preußischen Könige und auf die Bismarckkriege, aber ich habe bei ihm nie eine besondere Verherrlichung und Begeisterung gespürt. Wenn wir etwas verbochen hatten, war es seine Spezialität, uns zu strafen, indem er uns befahl, aus dem Lesebuch das Gedicht: "Hans Joachim v. Ziethen, Husaren-General" mehrere Male abzuschreiben. Das war natürlich eine Qual, denn das Gedicht hatte zwölf Strophen. Aber wir "Großen" halfen uns gegenseitig aus, indem wir das lange Gedicht schon auf Vorrat geschrieben hatten. Mit diesen Exemplaren wurde dann ein schwungvoller Handel getrieben. Ein Exemplar kostete zwei Pfennig. Bei der Ablieferung achtete er nicht darauf, daß die Handschrift manchmal verschieden war.

Als er gestorben war, setzten wir Schüler ihm neben seiner Schule einen Stein, damit wir immer, wenn wir unser Heimatdorf betraten, an unseren Küster Albertsen dachten. Er war geistig und charakterlich ein be-

deutender Mann. Von ihm erhielt ich das geistige Rüstzeug für das Leben. Als er sich von uns fünf Jungens auf der ersten Bank der Schule verabschiedete, konnte dieser starke Mann keine Worte herausbringen. Er drückte uns die Hand und seine Augen waren feucht.

Die Militärzeit kam. Ich diente in Flensburg bei dem sogenannten Kaiserin-Regiment, das den Namen der Kaiserin Auguste Victoria trug. Ich war kein guter Soldat, ich habe es in der zweijährigen Dienstzeit nicht mal zum Gefreiten gebracht. Ich diente zusammen mit Landsleuten aus Nordschleswig und stellte fest, daß ein Kamerad in unserer Korporalschaft nur mangelhaft die deutsche Sprache beherrschte. In der Instruktionsstunde fiel er deswegen auf. Er konnte die Titel und Namen der kaiserlichen Familienmitglieder nicht behalten und aussprechen. Er mußte deswegen in Kniebeuge gehen und Schemel pumpen. Das war eine besondere Strafe, die der Korporalschaftsführer, ein versoffener Unteroffizier, besonders als Strafe in der Instruktionsstunde ausgedacht hatte. Man mußte in Kniebeuge gehen, den Schemel, auf dem man saß, mit den Armen nach vorne strecken und an den Körper zurücknehmen, solange der Korporal das Kommando gab. Inwieweit diese Übungen der geistigen Ausbildung der Soldaten dienten, war eine andere Sache.

Nach dieser Zeit ging ich weiter nordwärts und fand Beschäftigung in einem Mühlenbetrieb in Bollersleben, Kreis Apenrade. Wir schrieben das Jahr 1907. Die Köllerzeit war für Nordschleswig wohl vorbei, aber die Nachwehen dieser Zeit waren noch spürbar. In Apenrade regierte Landrat von Uslar. Er trug in dem einen Auge ein Glas und war bestimmt aus einer vornehmen preußischen Junkerfamilie. Eine Respektsperson war bestimmt auch der königlich preußische Gendarm Sademach, der in Uk wohnte und den Schnurrbart à la Wilhelm II. trug und stets mit dem Pickelhelm erschien. Wenn ich als angehender Geschäftsmann schon in Großenwiehe und Schafflund gezwungen war, mich mit der anderen Sprache des Landes, dem Plattdänischen, zu beschäftigen, so war das in Bollersleben viel notwendiger. Unsere Kunden, die zur Mühle kamen — und das waren alle Bauern des Dorfes und der Nachbardörfer — sprachen alle sØnderjysk. — Aber etwas völlig Neues, bisher nicht Bekanntes, kam auf mich zu. Diese Menschen gehörten einem anderen Bevölkerungskreis an, der ganz anders dachte und lebte. Ich sah in ihren Wohnungen die Bilder des dänischen Königspaares, ich sah die dänische Flagge, den Danebrog, in den Stuben stehen. Dieser Volksteil hielt Ver-

sammlungen ab, sandte seine Söhne und Töchter nach Dänemark auf die Hochschule. Ich stellte fest, daß die Bevölkerung des Ortes überwiegend dänisch gesinnt war. Ich sah mehr. Ich sah, daß Wachtmeister Sademach mit seinem spitzen Helm zu ihren Versammlungen ging und stellte mir die Frage: Was hat er denn da zu suchen? Ich erfuhr, daß viele dänische Volkslieder verboten waren. Ich sah in diesem kleinen Kreis einen Zwang, gegen den auch ich mich wehrte, und den ich als ungerechte Bevormundung und Unrecht ansah. Ich war erst eben über zwanzig Jahre alt, aber ich diskutierte schon mit Bekannten die politischen Verhältnisse und die geschichtliche Vergangenheit meiner Heimat. Auf welcher Seite das Recht oder das Unrecht war, wurde mir bald klar. Mein vielleicht angeborenes Rechtsgefühl führte mich langsam auf die dänische Seite. Mir wurde langsam klar, daß hier ein Volksteil politisch und kulturell unterdrückt wurde, jahrzehntelang seit Bismarcks Gewalttat 1864 unterdrückt worden war. Gewiß, wir waren jung, aber wir diskutierten, und durch diese Diskussion wurde ich ein Gegner Preußens und ein Gegner des wilhelminischen Systems. Wir waren jung und tanzten und amüsierten uns bei deutschen und dänischen Veranstaltungen und Festen. Wir kamen zusammen und sangen deutsche und dänische Lieder. Ich erinnere noch gut - es war eine laue Sommernacht - nach der Mitternachtsstunde ging ich vergnügt und froh vom Bahnhofshotel nach Hause. Ich glaube, es war nach einem fröhlichen Ringreiterfest. Was tut man in solcher Stimmung? Man singt, wenn einem Gesang gegeben ist, und ich sang: "Jeg er en simpel Bondemand og jævn og ligefrem . . .". Dies herrliche dänische Lied liebte ich, denn ich war ja ein Bauersmann. Ich dachte an die schöne Zeit auf unserem Bauernhof, wo die Lerche in den Lüften sang, wenn wir im Torfmoor arbeiteten. Als ich zu dem Refrain kam und mit erhobener Stimme sang: "Min er den klare Kilde og min den friske Luft", fühlte ich eine schwere Hand auf meiner Schulter. Ich blickte mich um und sah gerade in das Gesicht des königlich-preußischen Wachtmeisters Sademach. "Sie sind verhaftet, sie haben ein verbotenes Lied gesungen, kommen Sie mit!" "Donnerwetter, Herr Wachtmeister, das ist ein Malheur!" "Das ist egal, kommen Sie mit!" In meinem jugendlichen Leichtsinn sah ich die Sache von der humoristischen Seite an. Ich kann eigentlich nicht sagen, daß mir der Schreck in die Glieder gefahren war, obwohl ich den Wachtmeister nur von Ansehen kannte. Wir kamen zurück zum Bahnhofshotel und landeten in der Durch-

fahrt, wo der Hotelknecht Johannes Jacobsen etwas zu tun hatte. Er sah uns: "Aber Herr Wachtmeister, wen haben Sie da geschnappt?" Der Wachtmeister antwortete: "Jakobsen, das ist ein Däne, der hat ein verbotenes Lied gesungen, sperren Sie ihn bis morgen früh in den Schweinestall ein." "Nein, Herr Wachtmeister, das tue ich nicht, denn das ist mein bester Freund!" Der Wachtmeister sah nun wohl ein, daß die Sache so nicht ging. Ich überredete ihn, zusammen mit mir in das Hotel zu gehen. Der Wirt war auch mein guter Freund, und er würde bestimmt bezeugen, daß ich ein ordentlicher junger Mann sei. Wir kamen hinein. Matthias Bruhn - ein guterdänischgesinnter Mann - sah uns und hörte, was geschehen war. "Nein, Herr Wachtmeister, da haben Sie den Verkehrten erwischt, das ist kein Däne, das ist ein Deutscher!" Damit war die Sache aufgeklärt. Der Wirt gab einen aus, das tat ich auch, und der Wachtmeister bestellte den dritten Kaffeeputsch, und wir schlossen ewige Freundschaft. - "Lieb Vaterland, magst ruhig sein . . ." - Ich habe diese kleine Geschichte oft erzählt. Sie zeigt, daß von Mensch zu Mensch auch in dieser bewegten Zeit der Humor nicht ausgestorben war.

Bevor der Weltkrieg 1914 ausbrach, wurde ich wahlberechtigt. Bei der Reichstagswahl 1912 habe ich den ersten und den letzten Wahlzettel in die Wahlurne des Kaiserreichs hineingetan. Diesen Zettel legte ich in Ulster in Angeln, wo ich zu dieser Zeit beschäftigt war. Es war der Wahlzettel der Freisinnigen Partei, die damals in scharfer Opposition zum Kaiserreich stand. Der Weltkrieg konnte meine politische Gesinnung nicht ändern. Ich sah mehr und mehr ein, daß das Bismarcksche Reich in die Brüche gehen würde, und daß es erforderlich sei, die demokratische Republik zu gründen. Das erforderte von jedem Bürger eine klare politische Stellungnahme. Für mich kam nur eine demokratische Partei in Frage. Meiner wirtschaftlichen Stellung nach als Beamter der Reichsbahn wäre wohl die gut bürgerliche Demokratische Partei, die Nachfolgerin der Freisinnigen Partei, die richtige Partei gewesen. Aber weil ich wenig Vertrauen zu dieser Partei hatte und wenig Vertrauen zu dem Kampfgeist der bürgerlichen Demokraten, meldete ich mich nach dem Kapp-Putsch - also 1920 - in die Sozialdemokratische Partei und wurde schon 1920 Stadtverordneter dieser Partei. Wie die Sozialdemokraten damals noch in Bürgerkreisen beurteilt und angesehen wurden, geht aus einer kleinen Episode hervor. Ein bekannter Schleswiger Arzt, der

damals Bahnarzt war, soll geäußert haben, als er erfuhr, daß Clausen Sozi war: "So, der ist Sozialdemokrat, der sieht doch sonst so ordentlich aus."

Man kann mir von dänischer Seite den Vorwurf machen: "Warum bist du deinen Erkenntnissen in der Jugend in Nordschleswig nicht treu geblieben? Warum gingst du nicht in die dänische Bewegung, wenn du doch erkannt hattest, daß ein Unrecht geschehen war?" Ich habe in meiner bescheidenen politischen Laufbahn stets den unabänderlichen Realitäten Rechnung getragen. An den gegebenen Tatsachen zu rütteln, ist Kraftvergeudung. Die Abstimmung war gewesen. Dem von Bismarck gestrichenen § 5 des Prager Friedens war - allerdings sehr spät - Rechnung getragen worden, und Dänemark wollte es so. Die neue Grenze war festgelegt. Schleswig blieb bei Deutschland. Hier galt es jetzt, das Leben erträglich zu gestalten, und in einer Demokratie muß jeder helfen, hat jeder Bürger die Verantwortung. Diese Arbeit hat aber nur Erfolg in einer großen Partei, die über die Grenzen hinaus Verbindungen hat nach Frankreich, England, nach Skandinavien, Verbindung mit den Arbeitermassen dieser Länder, die schon seit hundert Jahren eine Demokratie hatten.

Meine dänischgesinnten Landsleute können die Frage stellen: "Was hast du getan gegen den Boykott und die Ungerechtigkeiten gegen den Schleswigschen Verein? Du warst Stadtverordneter und später auch **Beisitzer** im Vorstand des SPD-Ortsvereins?" Ich habe schon gesagt, wer die Leitung damals hatte. Es waren tüchtige Leute, aber von den besonderen Verhältnissen im Grenzlande, von den Problemen einer nationalen Minderheit wollten sie nichts wissen und konnten wohl auch nichts wissen. Sie waren von ihren eigenen Problemen völlig in Anspruch genommen, Ernährungsschwierigkeiten, Wohnungsnot, Erwerbslosigkeit usw. Ich, der die Probleme kannte, Nordschleswig kannte, habe oft versucht, eine mildere Auffassung zu erreichen, aber mein Einfluß als Beamter war in den Reihen der Arbeiter damals gering. Besonders arbeitete ich gegen die Einheitsfront. Ich sah, wie komisch die Vertreter der Sozialdemokratie in den Reihen der überpatrioten wirkten. Es gelang mir auch dann und wann, diese Front zum Platzen zu bringen.

Von dem sozialdemokratischen Abkommen erwartete ich ein besseres Verhältnis zwischen Dänen und Sozialdemokraten im Grenzland. Die Wirkung zeigte sich allerdings erst später. Die Haltung der Sozialdemo-

kraten, die ja doch die Losung der großen französischen Revolution: "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" auf ihre Fahnen geschrieben hatten, ist kein Ruhmesblatt in ihrer Geschichte. Das haben die Dänen auch nach dem völligen Zusammenbruch nach 1945 erfahren, als die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein die Mehrheit im Landtag hatten und die Landesregierung bildeten. Sollte es noch dänisch gesinnte Landsleute geben, die mir den vielleicht berechtigten Vorwurf machen, in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg zu schwach die Rechte Andersdenkender in meiner Heimat vertreten zu haben, dann darf ich doch auf meinen politischen Kampf in den Jahren 1945-1955 für die Gessinnungsfreiheit in unserem Grenzland hinweisen. Dieser Kampf richtete sich damals in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg hauptsächlich gegen meine früheren Parteifreunde. Darüber habe ich in meinen politischen Erinnerungen geschrieben. Habe ich mich nach 1918 mitschuldig gemacht, so habe ich nach 1945 meine Schuld wieder gut gemacht.

Meine Verbindung mit Nordschleswig und damit auch mit Dänemark hielt ich ständig zwischen den beiden Weltkriegen aufrecht. Ferienbesuche meiner Familie bei den Verwandten, die teils deutsch, teils dänisch gesinnt waren, hielten die Verbindung bis zum zweiten Weltkrieg aufrecht, wo nur briefliche Verbindungen möglich waren. In vielen Gesprächen zwischen deutsch und dänisch stand ich immer auf dänischer Seite. Bei einem Besuch in öster-Höjst, ich glaube es war 1927, nahmen meine Frau und ich an einer Geburtstagsfeier für den dänischen König Christian X. teil. Die Feier war im Versammlungshaus. Tage Jessen hielt die Festrede. In das neunfache Hurra auf den dänischen König stimmte ich mit ein und sang auch mit, als die Versammlung die dänische Nationalhymne sang. Das tat ich als deutscher Bürger und Sozialdemokrat. Unverbesserliche Bismarckanhänger mögen noch heute sagen: „So ein Vaterlandsvel'täter!" Aber das war vor über dreißig Jahren, die Tat ist wohl verjährt. -

Soviel über meine persönlichen Verhältnisse. Der Klarheit wegen halte ich die Darlegung für erforderlich.

### *Die Demolcratisierung der Stadtvertretung und Verwaltung*

Das alte Protokollbuch für die Stadtverordnetenversammlungen, in dem die Nazis nach dem 30. Januar 1933 die letzten Sitzungsberichte einschrieben, beginnt mit einem Bericht über eine Deputiertenversammlung, der vom 23. November 1866 datiert ist. Der Sitzungsbericht lautet:

"Geschehen in einer Versammlung des Deputiertencollegiums im Sitzungszimmer des Rathauses.

Auf Antrag der Herrn Deputirten earl L. Schmid, Lammertz, Sonderburg, Hansen und Thießen fand eine Berathung statt, ob und welche Schritte zu unternehmen wären um die Vereinigung der z. Z. getrennten Regierungen für Schleswig & Holstein mit Sitz in unsrer Stadt ermöglicht zu sehen ..."

Dieser Sitzungsbericht zeigt, daß die Schleswiger Stadtväter damals gut aufpaßten, denn Schleswig wurde bald Sitz der Provinz-Regierung.

Schleswig ist von jeher die Behördenstadt des Landes gewesen. Dort hatten die Herzöge residiert, Hof gehalten, Empfänge gegeben. Schleswig galt für Dänemark als Südjütlands Hauptstadt. Der Hof mit den Verwaltungsstellen gab auch der Stadt das wirtschaftliche Gepräge. Die Kaufmannschaft und Handwerker lebten vom Hofe. Der Titel "Hoflieferant" kam auf. Wir hatten noch nach dem Weltkrieg einen Hofspediteur. Diesen Titel hatte die Spedition Heinrich Dehn. Der Inhaber der Firma war viele Jahre nach dem Kriege Vertreter des Bürgertums in der Stadtvertretung. Aber auch, nachdem das Herzogtum Schleswig in Preußen eingliedert und Schleswig-Holstein eine preußische Provinz geworden war, änderte sich die Bevölkerungsstruktur der Stadt nicht wesentlich.

Dazu kamen nun Soldaten. Das Husarenregiment Nr. 16 und das Infanterie-Regiment von Manstein brachten einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung. Das wirtschaftliche Leben pulste um Regierung und Garnison. Das industrielle Leben war unbedeutend. Schleswig hatte zwei Lederfabriken, die eine gewisse Bedeutung hatten. Die Lederproduktion der Firma Knecht & Wördemann und der älteren Firma Wiengreen & Firjahn ging zum Teil ins Ausland. Daneben war eine Fleischwarenfabrik, Gebrüder Rasch, entstanden, die eine Anzahl Arbeiter beschäftigte. Damit war das industrielle Potential der 20000 Einwohner zählenden Schleistadt erschöpft. Schleswig war und blieb die Beamtenstadt an der Schlei.

Wir wollen noch einen Blick auf das gesellschaftliche Leben der Stadt werfen. Das wilhelminische Kaiserreich war, wie die Sozialdemokraten behaupteten, ein Klassenstaat. Auf der Grundlage der Bildung und des Besitzes hatten sich Gesellschaftsklassen gebildet. Die Spitzen der Gesellschaft waren die Spitzen der Behörden, die höheren Beamten, andere Akademiker und die Offiziere der beiden Regimenter, sofern die letzteren, die teils von Adel waren, sich nicht in ihren Kasinos absonderten. Nur wenigen bürgerlichen Familien aus den Schichten der Gewerbetreibenden gelang es, in diese erste Gesellschaftsklasse einzudringen. In den Kreisen des wohlhabenden Bürgertums war stets das Bestreben spürbar, in diese Gesellschaft hineinzukommen und anerkannt zu werden. Dieses Bestreben, besonders mit den Offizierskreisen gesellschaftlich zu verkehren, war auch nach dem ersten Weltkrieg vorhanden. Ja, auch nach 1933, als Hitler seine Wehrmacht aufbaute und im zweiten Weltkrieg galt der Verkehr mit Offizierskreisen für vornehm. In vielen Fällen sah man es in bürgerlichen Kreisen als höchste Glückseligkeit an, wenn die Tochter einen richtigen Leutnant heiratete. Nach 1945 trat dann eine Enttäuschung und Ernüchterung ein. Zur damaligen Zeit hatte aber die Uniform eine große Wirkung, und Sterne, Achselstücke und Ärmelstreifen bestimmten die Bedeutung, Größe und den Wert der Persönlichkeit.

Die breiten Bürgerschichten tanzten nicht mehr in dem Ständesaal im Rathaus. Die Träger ihres geselligen Beisammenseins waren Logen, Innungen, Bürgervereine, Schützenvereine und Gesangvereine, die im Sommer und Winter ihre geselligen Veranstaltungen abhielten und in Gruppen untereinander verkehrten.

In der Bevölkerungsstruktur hatten die Arbeiter Schleswigs *vor 1918* keine große Bedeutung, weil es wenig Industriebetriebe gab. Es waren aber doch die Ansätze einer organisierten Arbeiterbewegung vorhanden. Gewerkschaftliche und auch politische Zusammenschlüsse waren gebildet. Die Sozialdemokratische Partei bestand schon seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. In dem Archiv der Sozialdemokratischen Ortsgruppe Schleswig befindet sich das Versammlungsprotokoll dieser Jahre, das ich in der Nazizeit mit anderen Dokumenten versteckt hatte. Diese Versammlungen wurden vor 1918 oft polizeilich überwacht. Der damals bekannte und sehr populäre Polizeikommissar Hartung, genannt "*Pulverkopp*", war der Garant der öffentlichen Ordnung. Ein auf genossenschaftlicher Grundlage gebildeter Arbeiterbauverein hatte seine Tätigkeit entfaltet. Das Ziel war, billige, gesunde Wohnungen zu schaffen, die *vom* Grundbesitzkapital unabhängig waren. So war schon ein Teil der Anglerstraße ausgebaut worden. Auch auf einem anderen genossenschaftlichen Gebiet war mit kluger, zielstrebigem Arbeit Bedeutendes geschaffen worden. Ein Konsumverein war gebildet worden, der mehrere Verkaufsstellen hatte. Ziel des Vereins war, im Einzelhandel preisregulierend zu wirken, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu *verbessern*. Geschäftsführer des Vereins war Emil Brodkorb, ein *tüchtiger*, arbeitsamer Mann, der später bis 1933 sozialdemokratisches Mitglied des Magistrats war. Diese Entwicklung war vor sich gegangen, ohne daß die Arbeiterschaft in der Stadtvertretung vertreten war. Ein Wahlgesetz hatte das verhindert. Die Arbeiter gingen zum großen Teil nicht zur Wahl, weil es aussichtslos war, Vertreter zu bekommen. Die Stadtverordnetensitze waren für die Besitzenden reserviert, die die Steuer zahlten. Die Arbeiter verdienten nicht viel und konnten deshalb auch keine großen Steuerbeträge entrichten. Diese Verhältnisse mußten sich aber schlagartig ändern, als infolge des verlorenen Krieges 1918 die *Revolution* ausbrach und in Preußen und im Reich ein geheimes, gleiches, direktes Wahlsystem nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen Gesetz wurde.

Unter diesen Verhältnissen erhielt die Stadt einen neuen Bürgermeister, der in zwanzigjähriger *tüchtiger* Arbeit einer ihrer bedeutendsten Bürgermeister wurde. Am 16. Januar 1913 wählte die Bürgerschaft Dr. Oskar Behrens, einen Fachmann der kommunalen Verwaltung, der als Magistratsassessor in Wandsbek und Altona beschäftigt gewesen war. Dr.

Behrens kam von Gnesen in der Provinz Posen, wo er vier Jahre als Bürgermeister tätig gewesen war. Er war 33 Jahre alt und in Harburg/Eibe geboren. Er trat am 1. April 1913 sein Amt an und reichlich ein Jahr später brach der Krieg aus, der jede kommunale Tätigkeit und planmäßige Aufbauarbeit lahmlegte. Es gelang aber doch noch vor der Mobilmachung am 1. August 1914, eine Erweiterung und Verbesserung des Krankenhauses in der Lutherstraße durchzuführen. Dann mußten Kanalisation, Schulbauten und andere Pläne zu den Akten gelegt werden. Die Stadtverwaltung hatte genug zu tun mit Kriegsvorbereitungen, Ernährungssorgen, Einquartierung, Lazarettfragen und Kriegshilfe. Wenn man die Magistratsprotokolle dieser Jahre durchblättert, so findet man die Beschlüsse auf diesen Gebieten.

Auch ich war um dieselbe Zeit von Norden kommend in der Schleistadt gelandet. In Rothenkrug, Bollersleben, Bülderup-Bau, Dünth, auf diesen nordschleswigschen Stationen der Königlich-Preußischen Eisenbahn hatte ich meine Ausbildung im Eisenbahndienst absolviert und die Prüfung zum Eisenbahngeliefen bestanden. Ich trat im Betriebs- und Verkehrsdienst auf dem Bahnhof Schleswig-Altstadt meinen Dienst an. Nach einem Jahr friedlicher Tätigkeit wurden alle jungen Leute von der Kriegsmaschine erfaßt. Ich war 28 Jahre alt und Reservist. Am dritten Tage nach der Mobilmachung mußte ich mich bei dem Infanterie-Regiment Nr. 86 in Flensburg stellen, das stand in meinem Militärpaß. Dieser Befehl konnte nur von einer höheren Stelle rückgängig gemacht werden. Diese Stelle meldete sich auch, das war die Direktion der Eisenbahnverwaltung in Altona, die die Aufgabe hatte, das bedeutendste Verkehrsunternehmen im kommenden Krieg einsatzfähig zu machen, und dazu gebrauchte das Unternehmen seine Leute. Ich wurde vom Militärdienst zurückgestellt und durfte mich erst auf besonderen Befehl stellen. Böse war ich nicht darüber, denn eine Kriegsbegeisterung fühlte ich absolut nicht. Im Gegenteil, ich gehörte damals schon zu den Kritikern. Ich verabscheute den Krieg und glaubte nicht an den Sieg. Ich war damals schon Demokrat, ich haßte den preußischen Militärstaat. Die freisinnige Fraktion des Reichstages bewilligte die Kriegskredite. Ich sympathisierte mit den Sozialdemokraten, auch diese Fraktion stimmte den Krediten zu. Ich sah, daß alle demokratischen Staaten nach und nach in den Krieg gegen Preußen-Deutschland und österreich hineingezogen werden würden. Man brauchte nur den Globus zu betrachten, eine Welt von Feinden

ringsherum würde aufstehen, um die beiden rückständigen kaiserlichen Regierungssysteme zu vernichten. Und wie sah es wirtschaftlich aus? Diese beiden Länder in der Mitte Europas würden so eingekreist werden, daß sie früher oder später trotz heldenhaften Widerstandes wegen Mangel an Rohstoffen und Lebensmitteln zusammenbrechen würden. Trotz aller Kritik, die ich auch oft offen aussprach, war ich doch klar darüber, daß ich als Angehöriger und Bürger dieses Deutschlands und als Angestellter des größten und bedeutendsten Staatsunternehmens meine Pflicht tun mußte, und ich glaube auch, in diesen vier schweren Jahren meine Pflicht getan zu haben.

Im Februar 1915 wurde ich zum Eisenbahn-Regiment 1 nach Schöneberg bei Berlin eingezogen. Die Eisenbahn-Regimenter hatten die Aufgabe, Baukompagnien und Betriebskompagnien zu stellen. Die ersteren hatten die Aufgabe, die zerschossenen Bahnstrecken instand zu setzen, die letzteren, den Eisenbahnbetrieb an der Front in Gang zu halten, um den Nachschub von Munition, Lebensmitteln usw. auf dem Schienenwege zu befördern. Die Eisenbahnkompagnien gehörten nicht zur kämpfenden Truppe, obwohl sie ständig im Kampfgebiet eingesetzt wurden. Die Ersatzkompagnien in Schöneberg und im Barackenlager Spremberg, zu denen ich eingezogen worden war, hatten die Aufgabe, geeignetes Personal zu sammeln, um die Verluste der im Felde stehenden Formationen auszugleichen. Die Eisenbahnformationen gehörten zu den Pioniertruppen. Solange die Eingezogenen nicht gleich zur Front gesandt wurden, fanden sie Beschäftigung in Arbeitskolonnen. So wurde ich im Frühjahr 1915 zunächst in Königswusterhausen beim Bau einer Funkstation als Erdarbeiter eingesetzt. Unsere Kolonne war ein bunt zusammengesetztes Korps von Handwerkern, Beamten, Arbeitern, Technikern und Ingenieuren. Die Arbeit war erträglich, teilweise sogar gemütlich. Es war Zeit genug zu Diskussionen über das Thema "Krieg oder Frieden, Kaiserreich oder Demokratie". Ich beteiligte mich sehr stark, denn wir waren die junge, die kommende Generation. Eines Tages bestellte mich der aufsichtführende Feldwebel in seine Schreibstube. Er teilte mir mit, daß aus Kameradenkreisen Beschwerde über mich geführt worden war. Ich hätte während der Arbeitszeit aufrührerische Reden gegen Militarismus und Kaiserreich geführt. Er wäre weit davon entfernt, mich zur Bestrafung zu melden, seinetwegen könne ich reden, was ich wolle, aber ich müsse doch bedenken, ich sei angehender Beamter der Königlich-Preußischen

Staatsbahn und eines Tages würde ich unangenehme Schwierigkeiten haben. Er hätte Befehl bekommen, zwanzig Mann Ersatz zu der Eisenbahnbetriebs-Kompagnie Nr. 19 zu senden, die in dem Frontabschnitt Laon-Reims eingesetzt sei. Er kenne die Kompagnie, Feldwebel und Offiziere waren „in Ordnung“, er suche Freiwillige zu diesem Transport. Ich war mir sofort klar über die Situation. Einer von den überpatrioten, die wir auch in unserer Arbeitskolonne hatten, hatte mich beim Feldwebel angezeigt. Da ich einsah, daß ich doch nicht dauernd in der Heimat bleiben konnte, und daß eine "Luftveränderung" auch wohl richtig sei, meldete ich mich freiwillig zur Front zur Betriebskompagnie 19, die ihren Hauptstandort in Laon in Frankreich hatte. In dieser Formation sollte ich dann den ganzen Krieg erleben. Die Kompagnie hatte den Zugverkehr von Laon bis zur Front zu regeln. Ich wurde als Fahrdienstleiter auf dem Bahnhof St. Erme eingesetzt. Ich hatte das Rangierwesen, die Truppenverladungen und den Zugdienst zu leiten. Da ich im Dienst auch Vorgesetzter des gesamten Betriebspersonals war, konnte ich nicht gemeiner Soldat, gewöhnlicher Pionier, bleiben. Ich wurde zum Gefreiten befördert. So hatte ich den höchsten "Grad der Gemeinheit" erreicht, wie es in der Soldatensprache hieß.

Der Bahnhof lag nicht direkt im Beschuß der feindlichen Artillerie, aber die englischen Langrohrgeschütze versuchten doch, diesen wichtigen Bahnhof zu erreichen. Dann und wann besuchten uns französische Flieger und bewarfen den Bahnhof mit Splitterbomben, die nur wenig Schaden an den Bahnhofsanlagen anrichteten, aber bei Tnippenverladungen doch Tote und Verwundete brachten. Das Bahnpersonal konnte dann während des Angriffs in Unterständen Deckung suchen.

Der Aufenthalt an der Westfront dauerte nicht lange. Der Krieg ging weiter. Serbien wurde erobert, und die Front kam an der griechisch-mazedonischen Grenze zum Stehen. Die für den Krieg sehr wichtige Bahnstrecke Berlin-Belgrad-Sofia-Konstantinopel-Bagdad wurde frei, und unsere Kompagnie bekam den Befehl, einen Teil dieser Strecke zu besetzen und betrieblich zu führen. Wir landeten mitten in König Peters Königreich Serbien und besetzten eine Strecke von dem Städtchen Jagodina bis Stalač, nördlich von Niš. Diese verhältnismäßig gute Stellung hielten wir bis kurz vor dem Zusammenbruch der Front im Herbst 1918. Die Eisenbahn-Betriebskompagnie 19 war tatsächlich eine gute Kompagnie, wie der Feldwebel in Königswusterhausen gesagt hatte.

Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere waren entweder Berufseisenbahner oder gediente Militäreisenbahner. Man spürte den bekannten, üblen, preußischen Drill überhaupt nicht. Auch zwischen uns und den Offizieren herrschte ein gutes Verhältnis. Alle Dinge konnten in einem ruhigen Ton besprochen werden. Die Mehrheit der Kompanieangehörigen waren Sachsen, der Rest Brandenburger und Berliner. Zwei Kameraden waren von Holstein, und vom ehemaligen Herzogtum Schleswig war ich allein. Die Kompanie konnte keine großen Heldentaten vollbringen. Die Soldaten waren eingespannt in einen Tag- und Nachtdienst. Jede Schicht dauerte zwölf Stunden. In sieben Tagen - Feiertage gab es nicht - machte jeder Soldat 84 Stunden Dienst. Obwohl ich im preußischen Sinne kein guter Soldat war, machte ich doch Karriere. Im letzten Jahre des Krieges wurde ich Kompagniefeldwebel eine Stellung im preußischen Heer, die eine gewisse Bedeutung hatte und von den Unteroffizieren sehr begehrt wurde. Als der alte Kompagniefeldwebel fortging - er ging freiwillig nach der Türkei - schlug er mich als seinen Nachfolger vor. Wie das kam, weiß ich nicht. Ich bestand die Probezeit. Der Kompagniechef, ein Hauptmann, hatte gegen meine Person gewisse Bedenken. Er sagte mir, ich sei in meinem Auftreten zu wenig militärisch. Ich entgegnete, ich hätte so meine eigene Art, mit Leuten umzugehen, das würde schon gehen, ich könne auch sehr energisch werden. Die Hauptaufgabe des Kompagniefeldwebels waren die Personalangelegenheiten der Kompanie, Besetzung der Bahnhöfe und Dienststellen, den richtigen Mann also an den richtigen Platz, so daß der Laden klappte. Dazu kamen Urlaubsregelung, Vorsorge für Kranke, Familienangelegenheiten der Mannschaft und allerlei mehr. Der Kompagniefeldwebel wurde mit Recht die "Mutter" der Kompanie genannt. In diesem Sinne tat ich auch meine Arbeit. Der beste Lohn für diese Arbeit in den letzten Jahren des unseligen Krieges war, daß die Mannschaften beim Zusammenbruch mich zum Vorsitzenden des Soldatenrates der Kompanie wählten. Ich konnte so in Berlin die ordnungsmäßige Entlassung der Mannschaften durchführen.

So kam ich dann im November 1918 in meine Heimatstadt Schleswig zurück und konnte mich als "Nachrichtenoffizier" im republikanischen Oberkommando in der Kapp-Revolution "auszeichnen", so daß die Sozialdemokraten mich zu den Stadtverordnetenwahlen am 12. September 1920 an sicherer Stelle aufstellten.

Ich sitze im Rathaus und blättere in den Protokollen der Magistrats-sitzungen in den Jahren vor dem Zusammenbruch 1918, die unter Leitung des Bürgermeisters Dr. Behrens abgehalten worden sind. In diesen Beschlüssen spiegelt sich die Not der Zeit. Keine großen Beschlüsse, die uns eine großzügige Planung oder große Taten aufzeigen. Es war die Zeit, wo Menschen froren, wo das Brot knapp wurde, wo Krankheiten auftraten, wo unzählige Frauen und Mütter um den gefallenen Sohn und Vater trauerten. Die Menschen kamen von den Kriegsschauplätzen, waren froh, daß das Morden vorbei war und hatten doch einen Groll im Herzen gegen ein politisches System, das die Schuld für den Ausgang des Krieges trug. Die Arbeiter und die sogenannten "kleinen Leute", der vierte Stand, der in Preußen-Deutschland Jahrzehnte von Polizei und Staatsmacht niedergehalten worden war, trat an die Öffentlichkeit und forderte die gleichen Rechte. Die Revolutionsregierung hatte bei den Provinzregierungen Beigeordnete eingesetzt in der Erkenntnis, daß die wilhelminischen Beamten wenig davon erbaut waren, daß nun auch der gewöhnliche Arbeiter mitbestimmen wollte. Auf dem kommunalen Gebiet war es Sache der örtlichen Arbeiterführung, dafür zu sorgen, daß der Umbruch wirksam wurde. Deshalb wählte man einen Arbeiter- und Soldatenrat, und die Menge betraute die Gewählten mit dieser Aufgabe. In Schleswig wurde auch ein solches Gremium geschaffen, und man stellte sofort einen Antrag an Bürgermeister und Magistrat, einen Vertreter in den Magistrat zu entsenden. Dieser Antrag lag in der Magistratssitzung am 19. November 1918 vor. Der Beschluß lautet:

"Von dem Schreiben des Arbeiterrats Schleswig vom 18. Nov. 1918 wird Kenntnis genommen. Der Geschäftsführer Brodtkorb wird in Zukunft an den Sitzungen des Magistrats und der städtischen Kollegien teilnehmen."

Damit war dem Verlangen der Arbeiter zunächst Rechnung getragen, obwohl eine gesetzliche Grundlage für diese Änderung nicht vorhanden war. Nun hatten Schleswigs Arbeiter zum ersten Mal einen Vertreter im Magistrat und im Stadtparlament, der zwar nicht stimmberechtigt war, aber seine Meinung sagen konnte. Emil Brodtkorb war Geschäftsführer des Konsumvereins und alter Sozialdemokrat. Der Anfang der Magistrats-Sitzungsprotokolle lautete nun: "Anwesend sämtliche Herren und Geschäftsführer Brodtkorb als Vertreter des Arbeiterrats."

Schon am 7. Mai 1918 hatte der Magistrat beschlossen, ein städtisches Wohlfahrtsamt einzurichten. Bisher hatte nur ein Unterstützungsamt be-

standen. Die Errichtung eines solchen Amtes zeigt, daß die Not der Bevölkerung in der Stadt infolge des Krieges groß war. In den letzten Monaten des Krieges drehte es sich in den Magistratsbeschlüssen immer wieder um Lebensmittelbewirtschaftung und Preisregulierungen. Die Entwertung des Geldes wurde spürbar. Schon am 18. Oktober 1918 beschloß der Magistrat, 200 000 Mark Papiergeld drucken zu lassen, und zwar 50000 Mark in Zweimarkscheinen, 100000 Mark in Fünfmarschein und 50 000 Mark in Zehnmarkscheinen. Damit war ein gefährlicher Weg besritten, der zum Währungschaos im Herbst 1923 führte und eine starke Gefährdung der eben geschaffenen staatlichen Grundlagen brachte.

Im Protokoll vom 18. Juni 1918 liest man folgendes:

"Von der bevorstehenden Einziehung des Bismarck- und des Kanonen-Denkmal wird Kenntnis genommen."

Man hatte die Absicht, den Bismarck zusammen mit seinen Kanonenrohren, die aus dem französischen Kriege 1870-71 stammten, zu verschrotten. Der bronzene Bismarck stand auf dem Rathausmarkt und das eiserne Kanonen-Denkmal vor dem Restaurant "Goldener Stern".

Aber nicht nur im ersten Weltkrieg wurden die Rohstoffe zum Bau der Kanonen knapp, sondern auch im zweiten Weltkrieg trat ein Mangel an Rohstoffen ein, so daß die Nazis im letzten Kriegsjahr tatsächlich den Bismarck herunterholten.

Auch ein Schicksal; gerade dieser preußische Junker hatte als preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler viele Kanonen bauen lassen, um seine Eroberungskriege 1864-66 und 1870-71 zu führen. So kommt es manchmal im Verlauf der Geschichte. Größen stürzen und aus den Ruinen entstehen neue Männer, die gerufen werden, um in die Speichen der Räder zu greifen.

Im ersten Weltkrieg hielt Bismarck sich auf dem Rathausmarkt, im zweiten stürzte er durch die Hand des größten und gefährlichsten deutschen Diktators. Auch ein Sinnbild oder ein Beispiel, wie zweifelhaft geschichtliche Größe und wie vergänglich Menschenwerk sein kann.

Immer mehr Soldaten kamen nach Hause und forderten Brot, Arbeit und Wohnung. Sie waren zu dieser Forderung berechtigt, nachdem sie jahrelang Strapazen und Entbehrungen unter Einsatz ihres Lebens ertragen hatten. Des Vaterlandes Dank ist euch gewiß, hatte man gesagt und geschrieben. Aber das Vaterland war ausgemergelt, und der Kaiser

floh nach Holland und Generalstabschef Ludendorff nach Schweden. Man ließ das Volk in Stich. Das Volk aber wollte leben, stellte Forderungen. Wo ist die Regierung, wo sind die Behörden? Die nächste Behörde war im Rathaus. Dort war die Stadtverwaltung und an der Spitze der Bürgermeister Dr. Behrens. Die ganze Last, die ganzen Schwierigkeiten lasteten auf den Städten. Nahrungssorgen, Preisregulierung, Wohnungselend, Inflation, Kampf um das Geld und die drohende Arbeitslosigkeit, das waren die Probleme, die es zu lösen gab. Diese Probleme zu lösen, dazu reichten die Kräfte, die Möglichkeiten einer Stadtverwaltung und Vertretung wohl nicht aus. Aber zu helfen, dazu war man verpflichtet. Und man tat es, aber erforderlich war, daß die Volksschichten, die bisher ausgeschaltet gewesen waren, auch ein Wort mitreden durften. Das waren die Arbeiter, und in den Arbeiterfamilien herrschte die größte Not.

Die neue Regelung des preußischen Gemeindewahlrechts wurde am 24. Januar 1919 durch Verordnung der neuen preußischen Regierung bekanntgegeben. Die Verordnung sah eine freie, geheime und direkte Wahl nach dem Verhältnissystem vor. Wahlberechtigt waren Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Der Magistrat der Stadt beschloß daraufhin, daß die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung am Sonntag, dem 2. März 1919 stattfinden sollte, und daß 30 Stadtverordnete gewählt werden sollten.

Schon in den Monaten November und Dezember 1918 hatte sich der Magistrat mit dem Erwerbslosenproblem beschäftigt. Und hier spürt man auch die Mitwirkung des Vertreters des Arbeiterrats. Emil Brodkorb war auch später ein scharfer Verfechter der Arbeitsbeschaffung von Seiten der Stadt. Die Kriegsmaschine war stillgelegt und damit auch die Kriegsproduktion, die doch in den Kriegsjahren die Industrie beschäftigt hatte. Die Privatindustrie, d. h. die Produktion von Bedarfsgütern, ließ sich nicht von heute auf morgen in Gang setzen. Dazu brauchte man Zeit. So mußte die Stadt, die Gemeinde helfen, und Arbeit war genug vorhanden. In den Kriegsjahren waren die öffentlichen Angelegenheiten vernachlässigt worden. Aber woher das Geld nehmen? Geld drucken? Ja, das war leicht. Wir hatten stillliegende Druckereien genug. Aber was nützte es, daß man mehr Geldeinheiten in die Wirtschaft pumpte, wenn auf der anderen Seite das Quantum an Waren verringert wurde.

Am 3. Dezember 1918 beschloß der Magistrat, eine Erwerbslosenunterstützung wie folgt zu zahlen:

an männliche Personen über 21 Jahre 3 Mark,  
an Personen im Alter von 16-21 Jahren 2,40 Mark,  
an Personen im Alter von 14-16 Jahren 1,60 Mark,  
an weibliche Personen im Alter über 21 Jahre 2,30 Mark und  
an weibliche Personen im Alter von 16-21 Jahren 1,80 Mark  
pro Arbeitstag.

Diese Maßnahme war ein Vorläufer der späteren gesetzlich en Versorgung der Arbeitslosen, der Arbeitslosenversicherung. Zuerst lag aber die Last auf der Stadt.

Gleichzeitig beschloß der Magistrat zur Milderung der Arbeitslosigkeit Notstandsarbeiten in Gang zu setzen. Der Stundenlohn sollte 1,20 Mark betragen. - Und nun folgte ein Beschluß, der eine wichtige Planung auf dem Gebiet der Wohnungsbeschaffung zeigt. Man beschloß, die Hesterberger Koppeln als Baugebiet zu erschließen. Nun hieß es, für die Finanzierung zu sorgen, und das wird wohl hauptsächlich die Aufgabe des Bürgermeisters Dr. Behrens gewesen sein. Auch der Ankauf der Hesterberger Koppeln war sein Plan. Hier spürt man die Initiative eines tüchtigen Kommunalpolitikers.

Wie sah nun die am 2. März 1919 gewählte Stadtvertretung aus, die nach einem demokratischen Gemeindevahlgesetz gewählt worden war? Der Magistrat verfügte, daß die einzureichenden Wahlvorschläge von fünfzig wahlberechtigten Personen unterschrieben sein sollten. Die Wahlhandlungen sollten in sieben Wahllokalen durchgeführt werden. Zu dem festgesetzten Termin lagen vier Wahlvorschläge vor, die vom Wahlausschuß anerkannt wurden. Aus den Kreisen der Bevölkerung, die früher nach dem preußischen Wahlsystem fast ausschließlich die Vertreter stellten, lagen zwei Vorschläge vor. Wahlvorschlag Müsch und Wahlvorschlag Hein. Wilhelm Müsch war ein bekannter Restaurateur und Rentner, Jakob Hein war Justizrat und ein bekannter Rechtsanwalt. Warum diese Kreise zwei Listen einreichten, kann ich nicht mehr sagen. Es kann sein, daß zu der Zeit schon ein parteipolitischer Gegensatz bestand, obwohl Bürger und Beamten für unpolitische Listen eintraten. Die Beamten hatten eine besondere Liste eingereicht, der Spitzenkandidat war Regierungshauptkassenbuchhalter Franz Sörensen. Die vierte Liste war die Liste der Sozialdemokratie, die als Liste Brodkorb bezeichnet wurde. Brodkorb war schon seit November des vorigen Jahres als Vertreter der Arbeiter im Magistrat tätig gewesen. Die Wahl fand statt, die Liste Brod-

korb, also die Sozialdemokraten, erhielt 2730 Stimmen und 11 Mandate. Die Liste Sörensen, die Beamtenliste, bekam 1940 Stimmen und 9 Mandate. Die Listen Müsch und Hein hatten Listenverbindung vereinbart. Die Stimmen dieser Listen wurden bei der Berechnung zusammengezählt. Die Liste Müsch bekam 852 Stimmen und 3 Mandate. Die Liste Hein bekam 1719 Stimmen und 7 Mandate.

So sah das erste nach einem demokratischen Wahlgesetz gewählte Stadtparlament aus. Durch die Liste der Beamten und der Sozialdemokraten kamen Vertreter aus Bevölkerungsschichten ins Parlament, die vorher wenig vertreten gewesen waren. Das künftige Stadtparlament zeigte einen guten Querschnitt durch die Bevölkerungsstruktur der Stadt. Die Bevölkerungskreise, die unter Wilhelm H. das Privileg gehabt hatten, konnten zehn Vertreter von insgesamt dreißig zählen. Die Beamten brachten es auf neun Vertreter. Das war ein guter Erfolg in der Beamtenstadt Schleswig. Die von rechts so sehr gefürchtete Sozialdemokratie erhielt bei diesem Wahlgang elf Sitze, rund ein Drittel des Parlaments. Diese Stärke hielt die Sozialdemokratische Partei auch in den kommenden Jahren, wo es um Demokratie oder Diktatur ging.

In den Sitzungsberichten dieser Zeit lesen wir, daß die Vertretung sich mit der Arbeitsbeschaffung, Lebensmittelnot, Festsetzung der Preise für die notwendigsten Bedarfsgüter und mit der Wohnungsnot beschäftigt hat. In fünf Jahren waren keine Wohnungen gebaut worden. Besonders junge Ehepaare suchten Wohnung und viele Familien, alt und jung, mußten zusammen wohnen. Das hatte Zwistigkeiten und Streit zur Folge. Deshalb beschloß man, ein Mieteinigungsamt zu errichten. Hier sehen wir die Anfänge einer Wohnungszwangswirtschaft, die wir auch nach dem zweiten Weltkrieg kennen. Der Magistrat verfaßte einen Aufruf an die Bevölkerung, um mitzuhelfen, die Wohnungsnot zu lindern. Zu diesem Zweck wurde eine Liste angelegt, in der die leerstehenden Wohnungen registriert wurden. Weiter erging eine Aufforderung an die Hausbesitzer, Bodenräume instandzusetzen, um diese bewohnbar zu machen.

Das Stadtparlament hatte einen Stadtverordnetenvorsteher und einen Stellvertreter gewählt. Vorsteher wurde Justizrat Hein und Stellvertreter Emil Brodkorb.

Am 26. Oktober 1919 wählte die Stadtverordnetenversammlung den neuen Magistrat nach dem Verhältnissystem. Gewählt wurden Sanitäts-

rat Dr. Repkewitz, Bahnmeister Johannes Petersen, Emil Brodkorb, Tischlermeister August Hirschelmann und die Kaufleute Stehn und Jürgen Olias.

Die erste Stadtverordnetenversammlung stand unter einem unglücklichen Stern und sollte kein langes Leben haben. Deshalb lesen wir in den Akten nichts über große Taten.

Vom 15. März 1919 datiert ein Antrag des Fischers Johann Reincke (Pati), Süderholmstraße 2, die am 2. März erfolgte Wahl der Stadtverordneten der Stadt Schleswig für ungültig zu erklären und eine Neuwahl auszuschreiben. Der Antrag wird begründet mit angeblichen Unregelmäßigkeiten im Wahllokal "Gambrinus". Hier sollten viele Wähler frei und öffentlich im Wahlraum ohne Benutzung der Absonderungsvorrichtung ihren Stimmzettel in den Wahlumschlag getan haben. Weiter soll der Wahlumschlag außer dem abgegebenen Stimmzettel auch den durch den Magistrat zugestellten Zettel über die Nummer der Wahlliste enthalten haben. Ein Beisitzer habe dann den Namen des Wählers bekanntgegeben und auch bekanntgegeben, für wen der Wähler seine Stimme abgegeben hatte. Insgesamt war in dem Antrag von fünf verschiedenen Unregelmäßigkeiten die Rede. Zuerst hatte sich die Wahlprüfungskommission mit der Sache zu befassen. Die Kommission beschloß am 2. April, Nachforschungen anzustellen. Nach eingehenden Ermittlungen beschloß die Kommission am 27. Mai 1919 einstimmig, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, durch folgenden Beschluß die Wahl für gültig zu erklären:

"Der Einspruch des Fischers Johann Reincke (Pati), Schleswig, Süderholmstraße 2, gegen die am 2. März 1919 erfolgte Wahl von dreißig Stadtverordneten wird als unbegründet zurückgewiesen. Die Wahl wird für gültig erklärt."

Dann folgt die Begründung, die fünf Schriftseiten umfaßt.

Am 6. Juni beschloß die Stadtverordnetenversammlung demgemäß. Damit war Fischer Johann Reincke (Pati) nicht zufrieden. Er erhob Klage bei dem preußischen Verwaltungsgericht. Die Stadtvertretung wurde vertreten von den Rechtsanwälten Justizrat Hein und Weiland. Die erste Instanz war der Bezirksausschuß bei der Regierung in Schleswig. Nach Verhandlung entschied der Bezirksausschuß, daß die Wahlen für ungültig zu erklären seien. So hatte der Bürger Johann Reincke (PaH) gesiegt. Das ließ sich aber die Stadtverordnetenversammlung nicht gefallen.

Sie legte beim preußischen Oberverwaltungsgericht in Berlin Berufung ein.

Diese höchste Instanz bestätigte das Urteil des Bezirksausschusses im Juli 1920 wie folgt;

"Der Bezirksausschuß zu Schleswig hat auf die nach fruchtlosem Einspruch erhobene Klage des Fischers Johann Reincke (Pati) zu Schleswig, die am 2. März 1919 erstmalig auf Grund der Verordnung vom 24. Januar 1919 stattgehabten Wahlen der Stadtverordneten für die Stadt Schleswig durch Urteil vom 28. Januar 1920 für ungültig erklärt.

Auf die Berufung der Beklagten wird die Entscheidung des Bezirksausschusses zu Schleswig vom 28. Januar 1920 bestätigt."

Damit hatte die Bürgerschaft keine Vertretung mehr und mußte eine Neuwahl vornehmen. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit war auch in der Weimarer Republik vorhanden. Hier konnte jeder Staatsbürger klagen, wenn er der Meinung war, daß Verwaltungsstellen ein Unrecht begingen. Diese Institution wurde durch Hitlel' aufgehoben oder beiseite geschoben, das machte der "Führer" allein mit seinen Trabanten. Erst nach 1945 setzte die britische Militärregierung die Verwaltungsgerichte wieder ein als wichtige Institutionen zur Durchführung der Bürgerrechte oder der allgemeinen Menschenrechte.

In einer Stadtverordnetenversammlung am 2. August 1920 teilte der stellvertr. Stadtverordnetenvorsteher Brodkorb der Versammlung mit, daß nach Urteil des Oberverwaltungsgerichts die im März 1919 vorgenommene Stadtverordnetenwahl in Schleswig für ungültig erklärt worden, und daß demnach die Stadtverordnetenversammlung aufgelöst sei.

Der Magistrat bestimmte nun den 12. September 1920 als Tag für die Neuwahl der Stadtverordneten. Es wurden vier Wahlvorschläge eingereicht, die auch anerkannt wurden. Die als Wahlvorschlag NI. 1 bezeichnete Liste war ein Vorschlag der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und wurde geführt von dem Arbeiter Emil Petersen. Die Liste NI. 2 war die Beamtenliste. Der Spitzenkandidat war wieder Franz Sörensen. Dann folgte der Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Der Spitzenkandidat war der Vorsitzende der Ortsgruppe, der Arbeiter Gustav Altendorf. Auf diesem Wahlvorschlag stand ich an zweiter Stelle. Als vierte Liste wurde die bürgerliche Liste anerkannt, deren Spitzenkandidat der Kaufmann Christoph Stehn war. Bei der Wahl bekam die Liste Petersen 1302 Stimmen und 7 Mandate. Liste Sörensen

857 und 4 Mandate, Liste Altendorf 1026 Stimmen und 5 Mandate und die Liste Stehn 2446 Stimmen und 14 Mandate. Die beiden Sozialdemokratischen Parteien hatten zusammen 12 Mandate bekommen, die Bürgerlichen 14 und die Beamten nur 4 Sitze. Die Beamtenliste hatte bei dieser Wahl 5 Sitze verloren. Der Grund für diesen Rückgang war daß die Bürgerliste und auch die Liste Altendorf Beamtenkandidaten aufgestellt hatten und dadurch auch Beamtenstimmen bekamen. Nur so kann man den Stimmengewinn dieser Listen verstehen.

Das neue Parlament wählte am 30. September Kaufmann Stolley zum Stadtverordnetenvorsteher und als seinen Stellvertreter den Arbeiter Emil Petersen.

Bei der Wahl der Kommissionen wurde ich Mitglied der Kämmerei-, Theater-, Landaufsichts- und Verschönerungskommission und des Schulausschusses für das städtische Lyzeum. Die neuen Stadtvertreter mußten die Arbeit der alten fortsetzen. Es drehte sich um Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose, Lebensmittelverteilung, Verteilung der notwendigsten Bedarfsgüter, Beschaffung von Brennmaterial, Preisgestaltung, Wohnungselend verbunden mit Mieterstreitigkeiten, Sorge für Arme und Kranke und den Kampf gegen die Geldentwertung. Das war ein zäher Kampf gegen die Not, gegen die Kriegsfolgen, ein Kleinkrieg, der noch Jahre dauern sollte. Und doch waren es große Probleme, die gelöst werden mußten. Wenn ein Volk fünf Jahre lang nur Vernichtungswerkzeuge, Kanonen, Gewehre, Tanks und Munition herstellt und alles andere liegen läßt, und mit diesem Werkzeug noch das Bestehende, was der menschlichen Wohlfahrt dient, zertrümmert, dann stehen Verwaltung und Volksvertretung vor fast unüberwindlichen Aufgaben.

In der Stadt Schleswig mußten die Schulverhältnisse geregelt werden. Es fehlte an Raum. Im Stadtteil Friedrichsberg gab es überhaupt kein ordentliches Volksschulgebäude. Der Unterricht wurde an vier oder fünf Stellen durchgeführt. Auch in der Altstadt waren die Schulräume unzulänglich.

Dazu kam die allgemeine Wohnungsnot. Der Wohnungsbau mußte in Gang gebracht werden, Bauland erschlossen werden, Baumaterial, Steine, Kalk, Zement, Holz mußten produziert werden. Die Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Stadt waren erforderlich. Mit einem Wort gesagt: Aufgabe der Stadtvertretung zusammen mit der Verwaltung war, die Produktion in Gang zu setzen. Aber dazu brauchte man Geld,

und das Geld taugte nichts. Geld war schon da, und wenn kein Geld da war, dann konnte man Scheine - schöne Scheine - drucken. Und man tat es. Was tut man nicht alles in der Not. Aber mit der Vermehrung des Papiergeldes, des Notgeldes, stieg die Inflation ins Uferlose. In den Kassenbüchern reichten die Spalten nicht aus, um diese Summen ordnungsmäßig zu buchen. Im Herbst 1923 notierte man eine Goldmark gleich einer Billion Reichsmark - eine Billion ist eine Million Millionen und eine Milliarde ist tausend Millionen. So wurden wir alle, Bürger oder Arbeiter, zu Milliarden als Folge des verlorenen Krieges. Die Regelung der Geldverhältnisse war Aufgabe der Reichsregierung, und im November 1923 bekamen wir eine wertbeständige Währung, und damit wurde die finanzielle Grundlage geschaffen, daß die Städte und Kreise planen und an die Arbeit gehen konnten. Die Regelung der Geldverhältnisse war ja die erste Voraussetzung für den Aufbau.

### *Die Aufbauarbeit in den Jahren bis 1933*

Schleswigs Magistrat unter Leitung von Dr. Behrens hatte Pläne. Schleswigs junger Bürgermeister, der 1913 gewählt worden war, hatte sich nicht entfalten können. Der Krieg hatte jede Initiative gelähmt und alle Pläne mußten in die Schublade gelegt werden. Nun war der Weg frei zu fruchtbringender Arbeit zum Nutzen der Stadt und ihrer Bürger.

Dr. Behrens war kein Sozialdemokrat, ja, er war auch wohl nicht mal einer von den wenigen Demokraten Naumann'scher Prägung und Schule. Er war überhaupt nicht eine parteipolitisch abgestempelte Persönlichkeit. Seiner Herkunft und seinem Werdegang nach gehörte er zu dem sogenannten Bürgertum. Er war zuerst Beamter mit einem starken pflichtbewußtsein und starker Arbeitskraft. Daneben hatte er einen klaren Blick für die politischen Realitäten der Zeit und einen klaren Blick auch auf dem ökonomischen Gebiet. "Ich tue das, was der Stadt Schleswig dient", waren oft seine Worte. Im Kapp-Putsch hielt er sich fern. Er stand über den Parteien. Er gehörte nicht zu den LattOlfianern und auch nicht direkt zu dem städtischen republikanischen "Oberkommando". Er nahm eine vermittelnde Stellung ein, und das war klug. Er nahm die Arbeitervertreter als Mitarbeiter entgegen. Das war für ihn eine Selbstverständlichkeit. Die Bürgervereine, die auch damals viel von sich reden

machten, wünschten, daß er in ihren Versammlungen zu den kommunalen Fragen Stellung nehmen sollte. Er lehnte das ab, weil er, wie er sagte, dann auch verpflichtet sei, in sozialdemokratischen Versammlungen Rede und Antwort zu stehen. Dazu hätte er keine Zeit. In der öffentlichen Kollegiensitzung sei für ihn der Platz; hier sei er bereit, zu allen Fragen Stellung zu nehmen. Das war eine korrekte Einstellung, die anerkannt werden mußte. So kam es dann, daß er nach dem Kriege auch das Vertrauen der sozialdemokratischen Bevölkerung erhielt und 1925 mit großer Mehrheit zum Bürgermeister wiedergewählt wurde. In den Kollegiensitzungen, die er leitete, ging es manchmal hoch her. Wenn die Meinungen aufeinanderprallten, verstand er es, in aller Ruhe den Ausgleich zu finden, der meistens gelang. Wurde er angegriffen, wehrte er sich sachlich und seine Begründungen waren schwer zu widerlegen. In seiner Verwaltungstätigkeit achtete er die Beschlüsse der Ausschüsse, und in den Verhandlungen achtete er die Meinung der anderen. In seiner Amtszeit zeigte er sich als ein ehrlicher, guter Demokrat. Dr. Behrens verstand es meisterhaft, gute Verbindungen zu der neuen Regierung in Berlin herzustellen. Auch schon damals waren diese Verbindungen notwendig zur Geldbeschaffung für seine Projekte. Es war die sogenannte Erzbergsche Finanzreform, die das Steuer- und Finanzwesen mehr und mehr zentralisierte. Bei der preußischen Regierung, in der die Sozialdemokraten starken Einfluß hatten, mußten wir ihm manchmal helfen. Das taten wir gerne. Wenn Dr. Behrens als Begründung für die Hergabe von Geldmitteln von Berlin die "Dänengefahr" gebrauchte, nehme ich es ihm auch heute nicht übel. Das war der Zug der Zeit, und die staatliche Hilfe war doch meistens auch zum Vorteil für die dänisch gesinnten Schleswiger.

Aber die sogenannte "Dänengefahr" war, wie ich schon geschildert habe, für die Landeshauptstadt Schleswig nun wirklich nicht so groß.

Dr. Behrens reiste oft nach Berlin, so daß der Stadtverordnete Johannes Jürgensen in einer Debatte sagte: "Wir haben einen Reise-Kaiser (Wilhelm Ir.) verabschiedet, und die Stadt Schleswig hat einen Reise-Bürgermeister bekommen."

In der Stadtvertretung waren Geschäftsleute, Handwerker, freie Berufe, Beamte und Arbeiter vertreten. Die Bürger hatten ihre befähigsten Mitglieder entsandt. Der Wille zur positiven Arbeit war rechts und links vorhanden, so daß die Pläne des Bürgermeisters und des Magistrats in

die Tat umgesetzt werden konnten. Zur Entlastung des Bürgermeisters wurde ein Stadtsyndikus eingestellt. Es war Heinrich Mielke, der in vorbildlicher Weise die juristischen Angelegenheiten bearbeitete und als juristischer Berater der einzelnen Verwaltungsabteilungen bis zu seinem allzufrühen Tode im Jahre 1944 tätig war.

Um die kommenden baulichen Veränderungen des Stadtgebietes besser durchführen zu können, beschloß man, einen Stadtbaurat einzustellen. Die Wahl fiel auf Julius Petersen, der in Hollmühle in Angeln geboren war und Land und Leute kannte. Mit Petersen erhielt die Stadt einen jungen, tüchtigen Baufachmann und Städte-Planer.

Als die Nazis es nach 1933 für richtig hielten, statt Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser Kasernen, Kanonen und Stukas zu bauen, war kein Raum mehr für Petersen. Er wurde an die Technische Hochschule in Braunschweig berufen und wurde dort Professor.

Die sehr umstrittenen sogenannten Erwerbslosenarbeiten wurden fortgesetzt. Ein besonderes Finanzienmgssystem ermöglichte, daß diese Arbeiter neben ihrer Wohlfahrtsunterstützung Tariflohn bekamen. Eine Arbeit der damaligen Erwerbslosen ist bis heute erhalten geblieben und kann im Stadtbild nicht entbehrt werden. Das ist der Wiesendamm durch die Königswiesen *von* der Strandhalle zur Plessenstraße. Dieser Damm ist die Fortsetzung des Strandwegs. Der Plan, durch die moorigen wässerigen Königswiesen einen Darnnl aufzuschütten, stammte *von* Julius Petersen. Ich erinnere die lange Debatte in den städtischen Kollegien. Der Vertreter der Holmer Fischer, Jakob Möller (Leus), sprach dagegen. Der Plan sei der "pure Unsinn", in dem Schlamm der Wiesen würde jeder Damm in kurzer Zeit versinken, und den Rest der unnützen Arbeit würde das Hochwasser der Schlei wegspülen. Die Mehrheit beschloß, den Damm, der im Jahre 1927 fertiggestellt wurde und heute nach 30 Jahren einer der schönsten Spazierwege der Stadt ist, zu bauen.

Als ich im Sommer 1946 als Bürgermeister in meinem Amtszimmer saß, besuchte mich Professor Julius Petersen mit einer Gruppe seiner Braunschweiger Schüler, denen er seine Bauten in der Stadt zeigen wollte. Am nächsten Morgen meldete sich eine Deputation der Schüler bei mir und bat, keine polizeilichen Maßnahmen gegen sie zu unternehmen. Sie hätten in ihrer Begeisterung über den herrlichen Spazierweg durch die Königswiesen, wo noch so friedlich die Kühe grasten, diesem Damm den Namen, „Julius-Promenade“ gegeben und die erforderlichen Namens-

schilder ohne Genehmigung des Bürgermeisters und Rates angebracht. Ich konnte Petersens Schüler beruhigen, auch ich sei damals stark für die Schaffung des Dammes eingetreten.

Auch auf anderem Gebiete hatten die Erwerbslosenarbeiten, die *in* eigener Regie der Stadt durchgeführt wurden, große Bedeutung. In den ersten Jahren nach dem Kriege waren die Brennmaterialien knapp. Die karge Zuteilung von Koks und Briketts war völlig unzureichend, so daß die Stadt eine Torfproduktion in Gang setzen mußte. Die städtischen Ländereien hatten Moorboden genug, der zur Torfbereitung geeignet war. Unter sachkundiger Leitung waren es auch hier die Erwerbslosen – die Wohlfahrtsarbeiter, wie sie genannt wurden –, die die Produktion aufnahmen.

In einem ganz schlechten Zustand waren Straßen, Gehwege und Bürgersteige. Auch auf diesem Gebiet konnten Erwerbslose eingesetzt werden. In einer städtischen Sandkuhle am Kattenhunderweg wurde eine Zementwarenfabrik errichtet, die unter Leitung des Stadtverordneten Gustav Altendorf stand. Mit diesen in eigener Regie hergestellten Zementplatten konnten der Stadtweg und *viele* Bürgersteige instandgesetzt werden.

Eines der wichtigsten Gebiete war das Wohnungswesen. In fünf Jahren waren keine Wohnungen gebaut worden. Die jungen Leute kamen aus dem Kriege zurück, gründeten eine Familie, und Wohnungen mußten erst gebaut werden. Dazu gehörte eine umfassende Planung. So wurden, wie schon erwähnt, rechtzeitig die Hesterberger Koppeln angekauft. Hier entstand dann ein neuer Stadtteil mit Chemnitz-, Bellmann-, Klaus-Groth-, Theodor Storm-, Suadiciani- und Fehrsstraße. Außerdem war dort noch Platz vorhanden, um in der Mitte der Stadt einen bedeutenden Sportplatz zu schaffen. Auch der Stadtteil Friedrichsberg mußte erweitert werden. Die Karpfenteichstraße wurde ausgebaut und der Kolonnenweg entstand. *Bei* der Finanzierung des Wohnungsbaues hat die Stadtparkasse unter Leitung von Direktor Brockmann eine segensreiche Tätigkeit entfalten können. Das Hypothekengeschäft ist niemals das lohnendste der Geldgeschäfte gewesen. Aber der Vorstand der Kasse, der Bürgermeister und der Direktor, betrachteten es als pflicht, den Wohnungsbau zu fördern. Die Sparkasse saß zur Miete in einem Privatgebäude *in* der Poststraße. Im Zuge der Neubautätigkeit wurde das eigene Sparkassengebäude im Stadtweg gebaut.

Im übrigen waren billige Staatsgeldmittel für den Wohnungsbau erforderlich, die auch gegeben wurden. Der Bau von Eigenheimen wurde stark gefördert. *Die* bestehenden Baugenossenschaften wurden rege und neue Baugenossenschaften wurden gegründet.

Aber nicht allein auf den Wohnungsbau erstreckte sich die rege Bautätigkeit. Auch öffentliche Bauten mußten geplant und errichtet werden.

Da war zuerst das Schulwesen. Die höheren Schulen - das Domschulgebäude und das Lyzeumsgebäude an der Allee - hatten verhältnismäßig gute Bauten. Aber welche Gebäude hatten die Volksschulen? Im Stadtteil Friedrichsberg wurde der Unterricht in vier oder fünf alten Gebäuden kümmerlich durchgeführt. Hier mußte sofort geholfen werden. So entstand zuerst die "Bugenhagenschule" nach dem Entwurf unseres Baurats. Auch die blauen Fugen, die nachher stark kritisiert wurden, waren seine Idee.

Damit war die Schulraumfrage für die Volksschule in Friedrichsberg bestens gelöst. Auch in der Altstadt machte die Erweiterung des Stadtteils die Schaffung weiterer Schulräume für die Volksschule erforderlich. So entstand die "Gallbergschule", deren Gebäude zunächst nur zur Hälfte gebaut wurde. Gleich nach dem Kriege wurde eine Höhere Landbauschule errichtet, die zunächst in einem städtischen Gebäude in der Bahnhofstraße untergebracht worden war. Das Haus war für den Zweck vollständig unzulänglich. Durch Bemühungen des Bürgermeisters gelang es, einen Neubau zu finanzieren, der in der Bellmannstraße gebaut wurde. Auch gelang es, Geld zum Bau einer Turnhalle zu bekommen. Die Halle wurde in Verbindung mit der Gestaltung des Bellmann-Platzes errichtet.

Welche Bedeutung für die Bevölkerung die "Freiheit", der Platz hinter dem Holm mit dem schönen Strand - wo später die Nazis den Fliegerhorst bauten —, bekommen hatte, zeigt eine Zeitungsnotiz in der "Neuen Schleswiger Zeitung" vom 23. Juni 1923.

Die Zeitung schreibt:

"Der Platz ‚Die Freiheit‘ trägt zur Zeit seinen Namen mit Recht. In Scharen strömen jung und alt, männlichen und weiblichen Geschlechts, mit und ohne Kinderwagen, nach dort. Der Strand von der Wilhelmschen Fabrik bis zum Holmer Noor ist ständig voll besetzt. Alt und jung entkleiden sich, und ungeniert geht es ins Wasser. Hier ist die Freiheit, hier ist das Familienbad."

So war es. Die Bevölkerung, die sich keine Badereise erlauben konnte, hatte von der "Freiheit" Besitz ergriffen, ohne zu fragen. Es war auch eine herrliche Stelle am Schleistrand fern von den Auslaufkanälen der Stadt. Das Wasser war bis tausend Meter in die Schlei hinein flach und verhältnismäßig klar, ein idealer Badestrand besonders für die Kinder. Das Gelände bot auch Platz für einen Sportplatz. Mehrere Stadtverordnete, darunter auch ich, entwickelten eine starke Initiative, um die "Freiheit" als Badestrand in Verbindung mit einem Sportplatz auszubauen. Warum sollte Dr. Behrens nicht dazu Geld beschaffen können? Wir bewilligten ihm eine Reise nach Berlin, und es gelang auch, eine Ankleidehalle *mit* Toiletten und ein kleines Restaurant zu bauen. So konnte man an den Sonntagen dort nachmittags seinen Kaffee trinken. Strandkörbe wurden beschafft, und im Sommer sah man viele Sandburgen auf dem Platz, wo sich die Kleinen tummelten. Auch dies Idyll, die schönste Stelle an unserer Schlei, verschwand als Opfer der wahnsinnigen Rüstungswut der Nazis. Der jetzige Badestrand am Luisenbad ist ein kümmerlicher Ersatz.

Die Lebensmittellage in der Stadt war katastrophal. Die Zuteilungen waren im Verlauf des Krieges weniger und weniger geworden, und so war jeder selbstgebaute Kohlkopf, jedes Quantum Gemüse von unschätzbarem Wert. Jede Familie trachtete danach, selbst ein Stückchen Erde zu besitzen, um die Lebenslage für die Familie zu verbessern. Von allen Bevölkerungskreisen erhob man die Forderung nach einem **Stück** Land. Wer konnte helfen? Doch nur die Stadt. Die Stadt war im Besitz von über tausend Tonnen Land, das an Bauern verpachtet war. In kurzer Zeit kam die Schrebergärten-Bewegung in Gang, und eine Koppel nach der anderen wurde in kleine Parzellen von je drei- bis vierhundert Quadratmeter eingeteilt. Nun sah man Familienväter, die bis dahin wenig Verbindung mit der Landwirtschaft gehabt und wenig Ahnung vom Kartoffelanbau hatten, an den freien Tagen mit einem Spaten auf der Schulter. Draußen am Stadtrand entstanden Gartenkolonien, die für die Ernährung der Familie von großer Bedeutung wurden. Ein Gartenbauverein sorgte für fachliche Beratung. Nach einigen Jahren waren fünfzig Tonnen Land zu Kleingärten ausgelegt und für die Bevölkerung bereitgestellt worden. Die an den Gartenbauverein verpachteten Ländereien wurden vom Verein verwaltet. Die von der Stadt ausgelegten Gärten verwaltete das GrundstUcksamt zusammen mit einer Schrebergarten-

kommission, in der die Stadtvertretung und die Gartenpächter vertreten waren. Das Kleingartenwesen, das so stark von Stadtvertretung und Stadtverwaltung gefördert wurde, hat nicht nur eine große Bedeutung für die Volksernährung gehabt, sondern auch für die Volksgesundung. Nun sah man Vater und Mutter mit den Kindern, die alle in den furchtbaren Kriegsjahren schweres Leid tragen mußten, draußen im Freien auf ihrem kleinen Stückchen Grund und Boden mit dem Gartenhäuschen.

Aber der Mensch lebt nicht von Brot allein. Auch für das Kulturelle mußte etwas getan werden. Ein Krieg bringt nicht nur Hunger und körperliches Elend, ein Krieg tötet auch alle kulturellen Werte. Nach einem mörderischen Krieg mußten die Menschen von vorne anfangen, um das Dasein wieder erträglich zu formen. Theater spielte die Familie Herold, Vater und Sohn, schlicht und recht im Stadttheatergebäude, das sich in privater Hand befand. Diese Familie hat das Verdienst, schon vor dem Kriege und dann nach dem Kriege, alles erdenkliche getan zu haben, um zu verhindern, daß das Theaterleben in der Stadt völlig zum Erliegen kam. Aber es fehlte an allem, es fehlten Kulissen, Kostüme, eine brauchbare Bühne und Geld. Und doch mußte man die Leistungen unter diesen kärglichen Verhältnissen bewundern. Wir erinnern uns noch an den alten Herold als Nathan in Lessings "Nathan der Weise", eine gute Leistung, getragen von hohem künstlerischen Können. Das Privattheater Herold war aber nicht zu halten, obwohl es dann und wann einen geringen städtischen Zuschuß bekam.

Die erste Voraussetzung für die Ordnung der Theaterverhältnisse war die Lösung der Gebäudefrage. Zu einem Neubau langte es nicht. Soviel Geldmittel ließen sich wohl nicht beschaffen. Deshalb schlug Dr. Behrens vor, daß die Stadt das Stadttheatergebäude kaufen sollte. Der Beschluß wurde schon am 13. März 1922 gefaßt. Das Gebäude, in dem noch heute das Theater ist, wurde erworben. Damit hatte die Stadt ein altes Gebäude, einen alten Saal mit 550 Sitzplätzen und eine für ein modernes Theater völlig unbrauchbare Bühne. Das Notwendigste war ein moderner Bühnenbau. Die Finanzierung gelang. Die Bühne, die heute noch genügt, wurde schnellstens gebaut und die Stelle des Intendanten ausgeschrieben. Inzwischen hatten Verhandlungen mit der Stadt Husum stattgefunden. Nach kurzen Verhandlungen beschlossen die städtischen Kollegen am 17. Juni 1924, mit der Stadt Husum einen Theater-Zweck-

verband zu gründen. In einer späteren Kollegien-Sitzung wurden in den Zweckverbands-Ausschuß gewählt: Drogist Franz Grell, Redakteur Flatterich, Studienrat Nissen und die Stadtverordneten Buchdruckereibesitzer Ibbeken und ich. Inzwischen war von siebzig Bewerbern Hans Bruno Bacher als erster Intendant berufen worden. Bacher war ein tüchtiger Theaterfachmann und brachte einen bedeutenden Fundus mit, so daß in weitestem Umfang Kostüme aus eigenem Bestand verwendet werden konnten. Schon am 28. September 1924 konnte das Theater in Schleswig mit Goethe's "Egmont" eröffnet werden. Nun erlebte die Bürgerschaft bis 1933 eine Theaterkunst von hohem Niveau. Wir Älteren haben die Jahre unter Leitung der Intendanten Hans Bruno Bacher, Ludwig und Dr. Schäffer nicht vergessen.

Das wirtschaftliche Fundament für das Theater waren in Schleswig zwei Besucherverbände, die Volksbühne mit rund 1500 Mitgliedern und der Bühnenvolksbund mit rund 1000 Mitgliedern. In Husum war es ein Volksbildungsverein, der zusammen mit dem Husumer Bürgermeister Mensching eine gute Arbeit leistete. Die Mitglieder der Verbände verpflichteten sich, im Laufe der Saison eine bestimmte Anzahl von Vorstellungen zu besuchen. Damit war in einem gewissen Rahmen die Finanzierung gewährleistet.

Auch auf anderen kulturellen Gebieten — Musik, Tanz, Konzerte, Vorträge - gelang es in Zusammenarbeit zwischen Stadtvertretung, Stadtverwaltung und Bürgerschaft, Erhebliches zu leisten. Aber diese mühselige Aufbauarbeit brach im Jahre 1933 jäh zusammen, als die Hakenkreuzler die Diktatur einführten.

Nach diesen kurzen Betrachtungen über das Kulturelle wollen wir uns wieder mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigen. Zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts erlebten wir einen großen Fortschritt in der Energiewirtschaft. Die Petroleumlampen und das Gaslicht in den Wohnungen und die Petroleumleuchten in den Nebenräumen und Ställen verschwanden, und das elektrische Licht trat seinen Siegeszug, zunächst in den Städten und dann auf dem Lande, an. Auch Schleswig hatte ein Elektrizitätswerk, aber die Stadt war nicht Versorger. Das Werk war in der Hand einer Privatfirma und schon vor dem Kriege gebaut worden. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) hatte in der Poststraße 1 ein neues Gebäude errichtet, wo mit Dampfmaschinen elektrische Kraft fabriziert wurde, die auch in einer Akkumulator-Batterie aufgespeichert

werden konnte. In demselben Gebäude war die Verwaltung und im Stadtweg befand sich ein Laden, wo man elektrische Geräte kaufen konnte. Der Leiter des Betriebes war Ingenieur Ernst Peter.

Nach langen Verhandlungen, Diskussionen und Ausschußsitzungen hatten die städtischen Kollegien am 19. September 1907 einem Bau- und Pachtvertrag über die Errichtung eines Elektrizitätswerkes und den Betrieb einer Straßenbahn zugestimmt. Vertragspartner war die Allgemeine Elektrizitäts Gesellschaft. Mit dem Bau des Werkes Poststraße 1 konnte begonnen werden. Die Baufrist betrug nach dem Vertrag 12 Monate. Mit diesem Vertrag war das Schicksal der Schleswiger Pferdebahn besiegelt. Die Aktiengesellschaft für die Straßenbahn (Pferdebahn) in der Stadt Schleswig war am 14. Januar 1888 gegründet worden. Die Firma lautete "Schleswiger Straßenbahngesellschaft". Der Zweck der Gesellschaft war der Betrieb einer Pferdebahn vom Großen Markt (Rathausmarkt) bis zur Taubstummenanstalt (jetzt Bugenhagschule) mit Abzweigung nach dem Personenbahnhof. Die zu befahrende Strecke war 4300 Meter lang. Zum Betrieb der Bahn benötigte man 3 einspännige und 1 zweispännigen Wagen, dazu 12 Pferde und Utensilien wie Pferdegeschirre, Stallgerät, Decken und 1 Häckselmaschine. Das Personal bestand aus 1 Inspektor, 4 Kutschern, 1 Konduktör, 2 Stallknechten und 2 Arbeitern. Die Wagen hatten 12 Sitze und 4 Stehplätze und der zweispännige Wagen konnte 20 Personen auch mit Gepäckstücken aufnehmen. Die letzte Fahrt der Bahn fand am 31. Dezember 1909 statt. Die Schleswiger Nachrichten vom 4. Januar 1910 schrieb über diese Fahrt u. a. folgendes:

"In die Sylvesterstimmung paßte so recht die letzte Fahrt unserer Pferdebahn . . . Der Wagen wurde von lustigen Fahrgästen, von denen einige mit Lampions ausgerüstet waren, geradezu gestürmt und innen und außen dicht gefüllt. Sogar das Dach des Wagens erkletterten sie und brannten dort Feuerwerkskörper ab. Der arme Gaul, der den letzten Dienst zu versehen hatte, hatte nichts zu lachen . . ."

Diese letzte Fahrt verlief unter großer Beteiligung der Bevölkerung. Am nächsten Tage startete die neue "Elektrische" der AEG und das neue Elektrizitätswerk wurde in Gang gesetzt. Die alten Gaslampen in den Straßen wurden durch elektrische Lampen ersetzt. Auch in den Wohnungen und Büros war diese Erneuerung von großer Bedeutung.

In dieser Zeit entstanden auch auf dem Lande kleine Elektrizitätswerke, besonders in den Landorten, in denen Wasserkräfte vorhanden waren. Ich selbst habe ein solches Werk in Groß-Jündewatt bedient. Dieser Ort hatte eine moderne Wassennühle mit Turbinenantrieb. Neben der Mühle baute man einen Raum mit einer Akkumulatoren-Batterie, Dynamo und Schalttafel, und die Turbinen trieben den Dynamo. Das Netz umfaßte das ganze Dorf. Die Petroleumbeleuchtung verschwand, und die Bauern konnten ihre Maschinen, besonders Dreschmaschinen, mit elektrischer Kraft betreiben.

Ich kann erinnern, daß diese Neuerung begeistert entgegengenommen wurde. Die Bauern hatten mit dem Müller einen Vertrag geschlossen. Auch in dem benadhbarten Ort Tingleff war ein solches Werk, das mit Dampf betrieben wurde. Der Besitzer war ein Bruder Conrad Clausens, des früheren Inhabers der Firma Wilhelm Clausen in Schleswig.

Diese kleinen Betriebe waren aber nicht lebensfähig. Sie wurden in den zwanziger Jahren von der Schleswig-Holsteinischen Stromversorgung abgelöst, der sogenannten überlandzentrale, die sich dann bald über das ganze Land erstreckte.

Auch das Schleswiger Werk mußte den Anschluß vollziehen, nachdem es von der Stadt übernommen worden war. Diese wirtschaftliche Entwicklung konnte nicht durch die eigenen Werke aufgehalten werden.

Aber auch eine andere Entwicklung ließ sich nicht aufhalten. Viele Werke in den Städten, ja, vielleicht die meisten, waren in privater Hand. Private Unternehmungen versorgten die Bevölkerung mit Gas und Elektrizität, also mit Licht und Kraft. Diese Unternehmungen hatten keine Konkurrenz, sie wurden zu Monopol-Betrieben. Sie konnten, falls die Stadt nicht durch Vertragsbestimmungen die Hand im Spiel hatte, die Preise für Licht und Kraft diktieren. Deshalb kam von Seiten der neuen, auf demokratischer Basis gewählten Stadtvertretung die Forderung, diese Betriebe zu kommunalisieren, d. h. sie in die Hand der Allgemeinheit zu überführen, also städtische Betriebe zu gründen. über diese Frage kam es zu heftigen Auseinandersetzungen und Diskussionen in der Öffentlichkeit und im neuen Stadtparlament. Sofern die Vertreter aus der Privatwirtschaft, also aus dem sogenannten Bürgertum kamen, hatten sie große Bedenken. Nachdem die Sozialdemokraten in die Regierungen gekommen waren und auch in den Städten starken Einfluß hatten, geisterte das Schlagwort "Sozialisierung" durch die Parlamentssäle und

auch durch die Presse. Dr. Behrens trat gleich nach dem Kriege stark für die Übernahme des Werkes durch die Stadt ein. Er wußte genau, was eine Firma "Städtische Werke" auch auf finanziellem Gebiete für die Zukunft bedeutete. Schon am 26. April 1923 beschloßen die Kollegien, daß das E-Werk und die Straßenbahn zum 1. Januar 1925 von der Stadt übernommen werden sollten. Der Bau- und Pachtvertrag mit der AEG war rechtzeitig nach den Bestimmungen des Vertrages gekündigt worden. Am 1. Januar 1925 wurden Elektrizitätswerk, Straßenbahn und Wasserwerk vereinigt und unter der Firma "Städtische Betriebswerke" geführt. Als Direktor der Werke wurde Ingenieur Peter, der unter der AEG das Werk seit 1909 geleitet hatte, von der Stadt übernommen. Dadurch bekam die Stadt einen tüchtigen Fachmann, der bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1952 als Leiter dieses großen Kommunalbetriebes - später kam auch das Gaswerk dazu - eine hervorragende Arbeit für die Stadt geleistet hat. Das Ladengeschäft im Stadtweg wurde aufgehoben, aber eine Installationsabteilung wurde beibehalten.

Die Wasserversorgung war von jeher eine kommunale Aufgabe gewesen. So auch in Schleswig. Aber erst durch den Neubau zwischen dem Kleinen und Großen Baumhofgang im Jahre 1909 wurde die Wasserversorgung der Einwohner geregelt. Nun war dies städtische Werk mit dem Elektrizitätswerk zu einer Einheit vereinigt. Es fehlte noch das Gaswerk.

Gas hatte man in Schleswig schon seit 1857 gemacht. Nachdem ein Vertragsentwurf vom Königlich-dänischen Ministerium für das Herzogtum Schleswig genehmigt worden war, wurde am 11. Februar 1856 ein Vertrag zwischen der Stadt und dem Ingenieur Christian Timmermann, Hamburg, als Vertreter einer Gas-Compagnie über die Errichtung und Unterhaltung eines Gaswerks für den Dienst der Stadt Schleswig abgeschlossen. Nach diesem Vertrag war die Gas-Compagnie verpflichtet zur Stellung, Wartung und Unterhaltung der Straßenlaternen der Stadt.

Die Gesellschaft bekam das ausschließliche Recht, während einer Zeit von 25 Jahren Gas zum Verkauf zu produzieren. Nachdem das Gaswerk 10 Jahre etabliert gewesen sein würde, sollte die Stadt berechtigt sein, das Gaswerk zu kaufen. Die Stadt war verpflichtet, ein Areal von 300 Fuß Länge und 200 Fuß Breite unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Man hatte zuerst als Bauplatz die "Freiheit" ausersehen, aber der Bau wurde am westlichen Schleiufer beim Alten Garten durchgeführt. An-

fang des Jahres 1857 hatte Schleswig eine Gas-Straßenbeleuchtung. Die Gas-Compagnie war eine Aktiengesellschaft, und es ist anzunehmen, daß das Unternehmen zum großen Teil von Schleswiger Bürgern finanziert wurde; denn im April 1891 fragte Konsul Horn als Direktor der Schleswiger Gaskompagnie an, ob die Stadt geneigt sei, die Gasanstalt zu kaufen. Die städtischen Kollegien beschlossen, in Verhandlungen einzutreten. Sachverständiger war der Zivilingenieur Georg Schaar, Altona. Dieser Sachverständige scheint ein guter Kommunalpolitiker gewesen zu sein, denn in seinem Gutachten vertritt er die Ansicht, daß eine Stadt die Gelegenheit, sich in den Besitz der Gasanstalt zu setzen, nicht vorübergehen lassen darf. Gas- und Wasserwerke müßten kommunale Einrichtungen sein. Es kam aber im Jahre 1891 nicht zum Ankauf. Erst 40 Jahre später, am 1. Januar 1931, wurde das Gaswerk von der Stadt angekauft. Der Preis betrug rund 730000 RM. Der Kaufvertrag wurde mit der Kölner Gasgesellschaft abgeschlossen.

Nun endlich waren Gas, Elektrizität, Wasser und Kraft in einer Hand als Eigenbetriebe der Stadt vereinigt. Diese Arbeit war nicht leicht gewesen. Es galt, viele Meinungen unter einen Hut zu bringen. Von all den guten Aufbauarbeiten des Jahrzehnts von 1923 bis 1933 war das nach meiner Meinung eine der besten Leistungen, die Dr. Behrens und die Stadtvertretung durchführten.

In einem Bericht über die Werke im Jahre 1932, der sich in meinem Archiv befindet, betrug der überschuß der Werke, der an die Stadtkasse abgeführt wurde, 139 000 Reichsmark im Jahre 1926 und 298 000 Reichsmark im Jahre 1931. Der überschuß der Werke war so stark gestiegen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Jahre 1932 eine starke Initiative entwickelte, um die Tarife zu senken. Die Wirtschaftskrise, verbunden mit der Arbeitslosigkeit, erforderte eine Entlastung des Haushalts des kleinen Mannes. Auf der anderen Seite erforderte die Zeit, daß die Stadt alles tat, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, und dazu brauchte man Geld.

Wenn man die Arbeiten dieser Zeit weiter betrachtet, so muß man auch die große Vorbereitung des Bauamts für eine umfassende Kanalisation und den Straßenbau nennen. Gewiß waren die Verkehrsprobleme 1918 nicht so kompliziert wie nach dem zweiten Weltkrieg. Durch die Straßen der Schleistadt fuhren noch die Pferdewagen. Nur ab und zu sah man ein offenes Auto. Aber vorausschauend war man sich klar darüber,

daß eine Entlastung des Stadtteils Friedrichsberg erforderlich sei. So kam dann der Plan einer Umgehungsstraße auf. Der Plan des Baurats Petersen war die Verbreiterung der Flensburger Straße und die Aufschüttung eines Dammes über die Schlei nach Marienbad oder nach einer anderen Stelle des westlichen Ufers der Schlei. Der Plan wurde eingehend im Magistrat und in der Baukommission besprochen. Aber das war Zukunftsmusik. Das Notwendigste war die Kanalisation in Verbindung mit einer Kläranlage, und im Zuge dieser Arbeiten konnte man die Straßenverbesserungen durchführen. So wurde die obere Schubystraße mit Kleinpflaster ausgebaut, eine Straße, die wohl als einzige Hauptstraße dem heutigen Verkehr noch einigermaßen genügt. Weiter wurde zum erstenmal in der Königsstraße und auf dem Domziegelhof der Versuch gemacht mit einer Asphaltauflage. Wenn ich nicht irre, liegt diese Auflage heute noch nach 30 Jahren. Die Kanalisation wurde stark vorangetrieben und die erste Kläranlage in den Königswiesen gebaut, nachdem bedeutende Fachleute zu Rate gezogen worden waren. Mehrere Straßenzüge wurden kanalisiert. Hier wurde der Anfang gemacht, um die so notwendige Verbesserung der sanitären Anlagen der Stadt zu schaffen. Dieses Problem macht noch heute nach 30 Jahren unseren Stadtvätern große Sorge, und diese Arbeiten sind immer noch nicht abgeschlossen. Dadurch wurden die Eimer-Toiletten reduziert, und die übel riechenden "Goldwagen" der Firma Peter Albrecht weniger gebraucht. Diese Firma hatte jahrelang die Fäkalienabfuhr durchgeführt. über diese unangenehme, aber dringend notwendige Arbeit für die Verbesserung der Toilettenverhältnisse in der Stadt werde ich noch eingehend berichten. Alle diese hochfliegenden Pläne der zwanziger Jahre konnten nur zum Teil durchgeführt werden, denn als das tausendjährige Reich 1933 begann, war für diese Arbeiten keine Zeit und kein Geld. Die Vorbereitung des Hitlerkrieges war den neuen Herren notwendiger. über die Folgen einer solchen Politik werde ich auch später schreiben. Diese schweren Folgen trugen wir alle in den Jahren 1945 bis 1948 in Schleswig in der Zeit, wo Schleswigs Bürger mich zum Bürgermeister wählten. Diese Folgen konnten auch in den drei Jahren nicht beseitigt werden. Die nachfolgenden Vertretungen und Bürgermeister mußten auch einen Teil der Last tragen, die unverantwortliche Zeitgenossen ihnen aufgebürdet hatten.

Es muß noch erwähnt werden, daß Vertretung und Verwaltung schon damals bestrebt waren, den Fremdenverkehr zu fördern. Im Jahre 1931

veranstaltete die Stadt ein Ostseejahr. Gute Hotels und gute Gasthäuser waren vorhanden. Neben "Stadt Hamburg" und "Ravens Hotel" war damals auch "Prinzenpalais" unter Leitung des bekannten Gastronomen Flenker von Bedeutung. Größere Gesellschaftslokale waren auch "Hohenzollern", "Baumhof" und die "Schleihalle". "Slesvighus", das früher "Holsteinisches Haus" genannt wurde, diente nur dem Schleswigschen Verein als Versammlungshaus und nicht der Öffentlichkeit. Unter den Vergnügungslokalen lag die Schleihalle an der Spitze. Es waren Johann Jürgens und seine Frau, die das weitbekannte Lokal auf eine beachtliche Höhe brachten. Johann Jürgens verstand es, Künstler zu verpflichten, die Weltruf hatten, so daß man sagte: Zwischen Kopenhagen und Café Vaterland in Berlin steht die Schleihalle in Schleswig ebenbürtig mit Hamburg auf gleicher künstlerischer Höhe. In dieser Weise haben Johann Jürgens und seine tüchtige Frau der Stadt Schleswig und damit der Gemeinschaft ein Menschenalter hindurch einen guten Dienst geleistet.

Schleswig war gerüstet, um die Gäste zum Ostseejahr aufzunehmen. Die Veranstaltungen waren auf die beginnenden Ausgrabungen innerhalb des Ringwalls abgestellt. Die Stadt hatte ein Haithabu-Museum im Scheershof eingerichtet, das 10 000 Mark kostete. Im Zuge der Veranstaltungen wurde eine Haithabu-Wikingerzeit-Ausstellung eröffnet. Das Theater gab ein Haithabu-Festspiel, es gab Domkonzerte und eine Graphikausstellung. Man sprach von einem "Deutschen Pompeji". Es galt, die geschichtlich bedeutende Schleistadt in den Gesichtskreis der nordeuropäischen Welt zu rücken.

Baurat Petersen und ich als Mitglied des Magistrats hatten die Aufgabe, den Berliner Pressevertretern die geschichtlichen Denkwürdigkeiten in und außerhalb der Stadt zu zeigen und zu erklären, damit sie in ihren Zeitungen in Berlin einen schleswig-freundlichen Artikel bringen konnten.

Der Erfolg der Veranstaltungen war wohl nicht so stark, wie man allgemein erwartet hatte. In meinem persönlichen Archiv finde ich einen kritischen Artikel, den ich damals in der "Schleswiger Volkszeitung" veröffentlichte, in dem u. a. folgendes gesagt wurde:

"So hat die breite Öffentlichkeit im allgemeinen nicht die hohe Begeisterung des Leiters der Veranstaltungen gehabt, sie war etwas kühler, ja, teilweise, soweit es die Ausgrabungen betrifft, mit vollem Recht

skeptisch. In der Stadt Schleswig war eine Ausgrabungsmanie entstanden, die ihren Gipfelpunkt in den Ausgrabungen am Hesterberg fand. Hier ist ein Beispiel gegeben worden, wie man es nicht machen soll, um das Volk für Wissenschaft und Forschtmg zu gewinnen."

Der Leiter und Dezernent des Ostseejahres war Stadtrat Hans Röper.

Am Hesterberg hatte man zu der Zeit einen Bau begonnen, und bei den Ausschachtungen des Bauplatzes stieß man auf alte Hölzer von ziemlichem Umfang. Stadtrat Röper äußerte - und diese Äußerung kam an die Öffentlichkeit -, daß man nun sicherlich die alte Wikinger-Schiffsverft gefunden hätte. Aber als unsere Archäologen die Hölzer unter die Lupe nahmen, stellten sie fest, daß es alte Baumstämme waren.

Abschließend sagte ich in dem Artikel:

"Daß ein Teil der von der Stadt Schleswig bereitgestellten Mittel zur Schaffung eines Haithabu-Museums verwendet werden soll, ist zu begrüßen und wohl als gewisser Erfolg des Ostseejahres zu buchen. Es ist sicherlich im Interesse der Stadt, wenn endlich eine Stätte geschaffen wird, um die drüben auf der anderen Seite der Schlei ans Tageslicht geförderten wertvollen Funde aufzubewahren. Es muß allerdings daran der Wunsch geknüpft werden, daß die maßgeblichen Stellen endlich erkennen, daß als Aufbewahrungsort nur das Haithabu-Museum in Schleswig in Frage kommen kann. Nur die Stadt Schleswig kann als Erbe des versunkenen Haithabu angesehen werden."

Der Aufbewahrungsort war damals das Museum in Kiel, und Schleswig bekam überwiegend nur Attrappen. Es war deshalb für Schleswig von großer historischer Bedeutung, daß es nach 1945 in meiner Bürgermeisterzeit gelang, die Museen nach Schleswig zu bekommen.

In den Jahren bis 1933 hat Bürgermeister Dr. Behrens einen zähen Kampf gegen Kiel führen müssen, das ständig versuchte, Abteilungen der Regierung an sich zu ziehen. Kiel war der Sitz des Provinziallandtages. Das Oberpräsidium mit der Schulabteilung wU'de schon im Jahre 1917 nach Kiel verlegt, und Dr. Behrens hat trotz aller Anstrengungen die Zurückverlegung nach Schleswig nicht erreichen können. Diese Bestrebungen Kiels, Hauptstadt des Landes zu werden, traten noch stärker nach 1945 hervor, als das Land Schleswig-Holstein gebildet wurde.

Kurz nach dem ersten Weltkriege entfaltete der Schleswig-Holsteinische Städteverein eine rege Tätigkeit. Ziel des Vereins war, die Selbstverwaltung zu pflegen und zu fördern. Durch gemeinsame Tagungen und Ver-

bandstage wurde eine gute Zusammenarbeit zwischen den Städten geschaffen.

Das Sparkassenwesen blühte auf. Die Sparkassen hatten auf Provinzialebene ihren Verband. Im Jahre 1930 hielten die Sparkassen ihren Verbandstag in Tönning ab. Von Schleswig waren Dr. Behrens und ich als Vertreter gewählt. - In Verbindung mit dieser Tagung muß ich eine kleine Begebenheit erzählen:

Dr. Behrens und ich tranken mit Kollegen aus anderen Städten unseren Nachmittagskaffee in einem netten Lokal am Rande der Stadtanlagen in Tönning. Durch das Fenster sahen wir auf einem kleinen Teich ein Schwanenpaar mit vier kleinen Jungen friedlich in der Sonne schwimmen. Dr. Behrens, der auch viel für die Verschönerung Schleswigs tat, machte mir den Vorschlag, zwei von den kleinen Vögeln zu erwerben. Da wir uns darüber einig wurden, daß es nicht erst eines Beschlusses des Kämmeriausschusses bedurfte, wurde der Ankauf mit der Stadt Tönning getätigt. Nach einigen Wochen wurden die niedlichen Vögel geliefert. Das junge Schwanenpaar wurde der Obhut des Stadtgärtners Heckt anvertraut, der ein hübsches Häuschen hergestellt hatte, das auf dem Burggraben beim Schloß schwamm. Man glaubte nämlich, daß auch Schwäne, so wie Hühner, abends ein Häuschen zum Schlafen brauchten. Das war ein Trugschluß. Wir hätten besser getan, zunächst Brehm's Tierleben zu studieren. Die kleinen Biester dachten gar nicht daran, das Haus zu beziehen, und auch der Burggraben und der Burgsee wurden ihnen zu klein. Sie watschelten über den Damm in die große Schlei hinein und wurden dann durch die Belegschaft der Stadtgärtnerei wieder eingefangen und nach Haus gebracht. Aber alle Bemühungen waren vergebens. Wenn sie gejagt wurden, nahmen sie ihre Flügel und fort waren sie. Im nächsten Jahre kamen sie mit vier Jungen, so hatten wir sechs. Aus diesen sechs sind viele hundert geworden, die heute besonders bei Arnis und Kappein die Schlei bevölkern. So wurden die zwei Schwäne, die im Jahre 1930 bei der Sparkassentagung in Tönning gekauft wurden, die Stammeltern unseres großen Schwanenbestandes auf der Schlei. Wenn man nun nach Jahren die ehrliche, treue Arbeit des Bürgermeisters und der Stadtvertretung betrachtet, dann sollte man glauben, daß die Bürgerschaft Verständnis für diese Arbeit aufbrachte, das sie sah, daß es aufwärts ging, und daß die neue, demokratisch gewählte Vertretung mit ihrem Bürgermeister auf dem richtigen Weg war.

Es war doch zu sehen, in welcher Weise Bürgermeister und Rat bestrebt waren, den in fünf Kriegsjahren in den Dreck gefahrenen Karren wieder flott zu machen. Man muß doch sagen, daß das, was in der kurzen Zeit geschafft wurde, sich sehen lassen konnte. Die Zeugen und die Zeichen der Dr. Behrens-Zeit sind heute noch nach 30 Jahren klar erkennbar. Der städtische Haushalt zeigte am 1. April 1933 eine Schuldsomme von rund 3,7 Millionen Mark. Das war eine Summe, die durchaus vertretbar war angesichts der umfangreichen Aufbauarbeit, die durchgeführt worden war. Die Schulden der Stadt überstiegen absolut nicht die Steuerkraft der Bürger Schleswigs mit ihren gut florierenden Städtischen Betrieben und ihrem umfangreichen Land und Hausbesitz.

Man sollte nun glauben, daß die gesamte Bürgerschaft von rechts nach links zufrieden war, die Arbeit anerkannte und bei den Wahlen ihren Vertretern und ihrem Bürgermeister die Treue hielt.

Inwieweit die Bürger die Aufbauarbeit würdigten, kann man am besten beurteilen, indem man die Wahlergebnisse zu den kommunalen Vertretungen bis zum Zusammenbruch des demokratischen Systems 1933 verfolgt. Hier zeigt sich, welche Volksschichten der Stadtverwaltung und -Vertretung die Treue hielten, und welche Schichten der Naziideologie anheimfielen. Wenn ich jetzt in meinen Zeitbetrachtungen schildere, wie die aufgeblasene, verlogene Nazi-propaganda langsam die bürgerlichen Volksschichten an sich riß, so daß von den alten Parteien fast nur noch die Sozialdemokratische Partei bestehen blieb, so ist das ein düsteres, unangenehmes Kapitel. Ich kann es aber nicht ändern, die geschichtliche Wahrheit erfordert eine klare Darstellung. Golo Mann sagt ganz richtig in der Vorrede seiner Geschichte des XIX. Jahrhunderts:

"Die Geschichte ist nicht tot. Durch das, was vor uns war, sind wir geworden, was wir sind, und können uns von ihm nicht losreißen."

Im Jahre 1924, ein Jahr nachdem wir eine feste Währung bekommen hatten, fanden zwei Reichstagswahlen und eine Stadtverordnetenwahl statt, die Stadtverordnetenwahl am 4. Mai. Die Bürgerlichen hatten sich gespalten. Es waren zwei Listen eingereicht worden. Neben der Liste der Bürgervereine war eine Handwerkerliste aufgestellt worden. Außerdem gab es eine Liste der Beamten und Sozialdemokraten. Der Schleswiger Verein reichte zum ersten Male zu der Stadtverordnetenwahl eine eigene Liste ein, deren Spitzenkandidat Zimmerer Friedrich Iper war. Zum erstenmal erschienen auch die Nazis als Völkischer Block.

Die Wahlbeteiligung war **nicht** stark. Die Bürgerlichen, zusammen mit den Handwerkern, bekamen von den zu wählenden 18 Vertretern **9**, die Beamten 4 und die Sozialdemokraten 5. Der Schleswiger Verein bekam 354 Stimmen, aber kein Mandat, die Völkischen (Nazis) 154 und die Kommunisten 162 Stimmen.

Wir wollen doch die Wahlergebnisse eingehender betrachten, denn es waren die Wahlen kurz nach den politischen Unruhen des Jahres 1923 und kurz nachdem wir das wertbeständige Geld bekommen hatten, so daß nun endlich mit dem Aufbau und der Beseitigung der Kriegsschäden angefangen werden konnte.

In das Stadtparlament zogen folgende Bürger, Beamte und Arbeiter ein: Heinrich **Dehn**, Christian öllerking, Johannes Ibbeken, Lauritz **Dahl**, Carl Stoltenberg, Jakob Möller (Leus), Otto Grimm, Heinrich Hering, Siegfried Harenberg, Franz Neugebauer, Richard Clausen, Heinrich Geers, DI'. BarteIs, Gustav **Altendorf**, Hermann Clausen, Emil Brod-korb, August Hirschelmann, Johannes Jürgensen.

Diese Personen kamen aus der Wirtschaft, aus Amtsstuben und Arbeitsstätten, waren bekannt, geachtet und boten die Gewähr für positive Arbeit. Bürgermeister DI'. Behrens konnte zufrieden sein. Diese Vertreter hatten über die bedeutenden Aufbaupläne, die vorlagen, zu beschließen, sie trugen die Verantwortung für die Zukunft. Von diesem Parlament, das bis zum Jahre 1929 bestand, wurden die vorher beschriebenen Arbeiten genehmigt und auch zum Teil durchgeführt. Ob nun diese gewählten Stadtverordneten überzeugte Demokraten waren, oder ob ihre politischen Anschauungen noch in dem zusammengebrochenen Kaiserreich wurzelten, das war eine andere Sache. Jedenfalls waren es Selbstverwaltungsleute, und sie hatten den Willen und auch die Befähigung, ihre Stadt und ihre Bevölkerung vorwärts zu bringen; und sie taten es.

Es sind 34 Jahre her, seitdem dies Parlament zum erstenmal zusammentrat, um seinen Stadtverordnetenvorsteher Johannes Ibbeken zu wählen. Die meisten leben nicht mehr. Die Gerechtigkeit fordert, daß ihr tatkräftiger Einsatz für ihre Heimatstadt und ihr Wirken in die Geschichte der Stadt eingetragen wird.

Wenn wir die demokratische Zuverlässigkeit der Schleswiger Bürger und Wähler betrachten wollen, dann müssen wir das Wahlergebnis zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 unter die Lupe nehmen. überzeug-

te Demokraten und Verfechter der neuen demokratischen Verfassung und der Republik waren die 2734 Sozialdemokraten, dazu kamen die 1089 Stimmen der Demokratischen Partei, so daß insgesamt, wenn man die kleinen Parteien nicht mitrechnet, 3823 einwandfrei demokratische Stimmen abgegeben wurden. Die Deutschnationale Partei, die keine demokratische Partei war und Republik und Verfassung bekämpfte, hatte 2014 Stimmen bekommen. Zwischen den demokratischen Parteien und dieser Partei stand die Deutsche Volkspartei, die Nachfolgerin der alten Nationalliberalen, die ständig zwischen rechts und links schwankte und bestimmt nicht die neue schwarz-rot-goldene Republik liebte, sondern deren Farben immer noch schwarz-weiß-rot waren. Diese Partei bekam 2165 Stimmen, so daß die beiden schwarz-weiß-rot-Parteien zusammen 4179 Stimmen, also die Mehrheit, hatten.

Bei Festlichkeiten sah man in Schleswigs Geschäfts- und Hauptstraßen nicht die Farben der Republik. Schwarz-rot-gold zeigten nur die Behörden und die Arbeiter bei ihren Gartenhäuschen in der Schrebergartenkolonie. In den Hauptstraßen sah man nur die von den Demokraten so bezeichnete "Verlegenheitsfahne" blau-weiß-rot. Auch die bürgerlichen Demokraten, die immerhin noch 1089 Stimmen bekommen hatten, waren lau, und so zeigte sich denn in den kommenden Jahren, daß diese Partei zusammenschmolz wie Butter in der Sonne. Die Nazis hatten in der Stadt noch keine Bedeutung und auch im Reich noch nicht. Aber es kam anders.

*Die Entwicklung des Nationalsozialismus in der Stadt  
und der Zusammenbruch der Demokratie 1933*

Mit der Niederschlagung des Münchener Putsches 1923 und mit Hitlers Festungshaft war der Nationalsozialismus nicht besiegt. "Der Kampf geht weiter" war die Losung der Nazis und hier zeigte sich, wie die demokratische Freiheit mißbraucht wurde, um alle menschliche Freiheit zu zerschlagen und zu töten. Den brutalen, politischen Kampf, den diese Partei geführt hat, mag man heute nicht mehr schildern. "Wenn wir erst die Macht haben, werden Köpfe rollen" war ein Schlagwort der Nazis. In blutrünstigen Liedern drohten sie den politischen Gegnern. In meinem Archiv liegen Schmähchriften, die Gewalttätigkeiten gegen

politisch Andersdenkende androhen, wenn die deutschesten aller Deutschen die Macht haben werden. Die schwache Demokratie tat nichts oder konnte nichts tun, um diesem verbrecherischen Treiben politisch verblendeter Menschen Einhalt zu gebieten. Wohin ein solcher politischer Kampf führte, war klar. Zuerst kam es in den großen Städten in den Versammlungen zu Schlägereien. Auch in Eckernförde wurden Anfang Juli 1932 in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus zwei sozialdemokratische Arbeiter im Kampf mit SA-Kolonnen getötet. Die Täter sind bis heute noch nicht festgestellt worden. Die junge Deutsche Republik ließ es zu, daß Hitlel' seinen Saalschutz, die SA, organisierte. Die Folge davon war, daß auch die politischen Gegner die Abwehr organisierten. So entstanden gegen SA und Stahlhelm das Reichsbanner der Demokraten und die "Rot-Front"-Formationen der Kommunisten. Damit wurde der politische Kampf auf die Straßen getragen und artete in Tötlichkeiten aus. Hier ist geradezu ein Beispiel dafür gegeben worden, wie man es nicht machen soll, wenn man eine demokratische Volksgemeinschaft aufbauen will. Solche halb-militärischen politischen Organisationen hätte die Regierung nicht zulassen sollen. In den Straßen, also in der Öffentlichkeit, kann es auch in einer Demokratie nur die Staatsmacht sein, die für Ruhe und Ordnung sorgt. überläßt man diese Sorge für Ruhe und Sicherheit unkontrollierbaren Gruppen von Menschen, teils mit zweifelhafter Gesinnung und Charakter, untergräbt man die Fundamente einer staatlichen Gemeinschaft. Hier liegt das Verschulden der deutschen Landesregierungen, die in diesen Jahren die Polizeimacht in Händen hatten. Die waren zu schwach oder zu unfähig, um der verhängnisvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Der Kampf der Nazis galt zuerst den verhaßten Marxisten. Vor den Marxisten hatten auch die bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen und die Volkspartei, Angst. Diese Parteien hatten ständig den politischen Kampf gegen die Sozialdemokraten geführt. Das war ihr politischer Gegner neben der ganz linken Partei, den Kommunisten. Aber dieser Kampf war, bevor die Nazis auf den Plan traten, noch einigermaßen sachlich gewesen. Die Auseinandersetzungen in den Versammlungen waren zwar sehr laut, aber zu Tötlichkeiten kam es nicht. Nun formierten sich die braunen Kolonnen, mit langen Stiefeln, oft mit Gummiknäupeln in den Stiefelschäften, mit Schlagringen und mit dem Ziel, auch mit dem Mittel der Gewalt dem verhaßten politischen System, das in der

Weimarer Republik regierte, den Garaus zu machen. Dieser politische Kampf vergiftete das Zusammenleben der Menschen. Ein vernünftiges, verständiges Zusammenleben war doch die Grundlage einer Demokratie überhaupt. Die Hakenkreuzfahne wurde geschaffen, und dann sah man in den politischen Versammlungen eine Reihe Hakenkreuzfahnen, getragen und gehalten von fanatischen SA-Leuten in Uniform mit Mütze und Kinnriemen. Ich erinnere noch eine öffentliche Versammlung der Nazis im großen Saal des Restaurants "Hohenzollern". Ganz vorne standen 10-15 Hakenkreuzfahnen, gehalten von ernsten, grimmig aussehenden SA-Leuten. Gegenredner waren zugelassen. Der sozialdemokratische Stadtrat Emil Brodkorb meldete sich als Diskussionsredner zu Wort. Ich höre noch heute nach 30 Jahren die Worte: "Volksgeossen, seht Euch diese Männer unter den Hakenkreuzfahnen genau an, sie werden Euch in ein ungeheures Elend führen." Ein Teil der Versammlung klatschte Beifall, ein anderer Teil brach in Hohngelächter aus.

In einer öffentlichen Versammlung in Kropp sprach ich in einer sozialdemokratischen Versammlung. Auf dem Lande hatte die Sozialdemokratie nicht viele Anhänger, deshalb war der Saal mit 200-300 Nazi-Anhängern gefüllt. Ich sprach über das Thema "Der Nationalsozialismus, ein Volksbetrug". Es war sehr schwer, die von kleinen "Führern" aufgeputschten Zuhörer zu beruhigen. Ich sprach unter einem Wald von Hakenkreuzfahnen. Die Fahnenträger der Nazis standen um mich herum, das konnte ich nicht verhindern. Es gelang mir denn doch, die Versammlung einigermaßen zur Ruhe zu bringen. Aber ganz vorne saß ein alter, kräftiger Bauer. Seine Pfeife rauchend, sagte er alle drei bis fünf Minuten mit hoher Stimme: "Dat is jo all Quatsch!" und die Versammlung stimmte dann jedesmal ein Gelächter an. Ja, es war wahrhaftig schwer, dem deutschen Volke demokratische Grundsätze klar zu machen. Zu einer Kommunalwahl sprach ich in einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung im Stadttheater. Das war im Juli 1932, ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch der Republik. Der Saal war überwiegend von sozialdemokratischen Wählern besetzt, so daß ich mir leicht Gehör verschaffen konnte. Ein paar hundert Nazis waren im Saal, aber ohne Fahnen. Das Mitbringen ihrer Hakenkreuzfahne in unsere Versammlungen gestatteten wir ihnen nicht. Ich sprach über das aktuelle Thema "Der Nationalsozialismus ist Volksbetrug, wer Hitler wählt, wählt den Krieg." Ich sprach an dem Abend gut

und bekam starken Beifall. Bevor ich meine Ausführungen schließen konnte, brachte man mir zum Rednerpult einen Aufnahmezettel für die Nazi-Partei mit der Notiz: "Dich können wir gebrauchen, fülle sofort diesen Aufnahmezettel aus." Das waren vergebliche Liebesbemühungen, es war die Zeit, wo die Nazis nicht aus den Reihen der sozialdemokratischen, wohl aber aus den Reihen der bürgerlichen Parteien starken Zuwachs bekommen hatten.

In diesem letzten Jahr vor 1933 sprachen mehrere prominente Vertreter der neuen deutschen Demokratie in Schleswig. Am 27. Juli 1932 sprach der österreichische General Theodor Körner, der erst kürzlich verstorbene Präsident österreichs, im Stadttheatersaal. General Körner besuchte mich nachmittags in meiner Wohnung, wo wir eine längere Aussprache hatten. Wir hatten eine Kundgebung vorgesehen und wollten uns nicht von Nazikolonnen stören lassen. In Kundgebungen gab es keine Diskussion. Ein sozialdemokratischer General war damals in Deutschland eine Seltenheit, deshalb war der Saal überfüllt. General Körner sprach über das Thema: "Unser Programm ist der Wohlfahrtsstaat."

Am 2. Februar 1932 sprach Paul Löbe in zwei großen Versammlungen im Stadttheater und im "Hohenzollern". Das war ein großer Tag für die Republikaner. Paul Löbe war einer der bedeutendsten Sozialdemokraten der Zeit, er war Reichspräsident. Mit seiner geschickten Verhandlungsweise und seinem ruhigen, freundlichen Wesen konnte er in stürmischen Sitzungen oft die Wogen glätten. In dem ersten Bundestag der Bundesrepublik von 1949 bis 1953 war er Ehrenpräsident. Als ich ihn im September 1949 zum ersten Male im Korridor des Bundestagsgebäudes traf, begrüßte er mich mit den Worten: "Ah, sieh mal an! Da kommt Schleswig!" Er hatte Schleswig noch in Erinnerung.

Wie und wo entstand die Nazibewegung in Schleswig? Wie schon erwähnt, war eine höhere Landbauschule eingerichtet worden, für die auch ein Schulgebäude in der Bellmannstraße gebaut worden war. Die Schüler waren junge Bauernsöhne von der Provinz. Sie kamen vom Lande, wo der Nationalsozialismus Fuß gefaßt hatte. Viele Bauern waren unzufrieden mit den Preisen und mit den allgemeinen Verhältnissen. Die Wirtschaftskrise verschärfte die Situation. Es kam zu öffentlichen Kundgebungen der Bauern, die dann im Westen der Provinz zu Bombenanschlägen ausarteten. Söhne dieser Bauern saßen in Schleswig auf den

Schulbänken. Von hier aus bekam die Nazibewegung einen starken Auftrieb. Es schlossen sich Personen der Mittelschichten an, die arbeitslos waren oder im Geschäftsleben nicht vorwärts kamen. Aus dieser höheren Landbauschule kam der erste Führer der Bewegung, der spätere Reichstagsabgeordnete Meyer-Quade. Er war von starker Statur, in langen Stiefeln besuchte er als Gegenredner die öffentlichen Versammlungen der Sozialdemokraten. In einer großen Versammlung im Restaurant Hohenzollern beleidigte er den verstorbenen Arbeiterführer Bebel. Er behauptete, Bebel hätte sich an Arbeitergroschen bereichert, er hätte sogar in der Schweiz ein Haus gehabt. Nun war es aus. Ihren Arbeiterführer Bebel ließen die Sozialdemokraten nicht beleidigen. Ein großer, starker Versammlungsteilnehmer, der in der ersten Stuhlreihe saß, nahm ihn bei Krips und Kragen und beförderte ihn nach draußen. Das geschah in aller Ruhe. Die Diskussion ging weiter.

Mit der Erstarkung der Nazibewegung verstärkte sich der Terror. Es dauerte nicht lange, dann hallten die Marschschritte der SA-Stiefel durch die Straßen Schleswigs. Aber nicht nur Schritte hörten wir. Nazi-"Dichter" bereicherten die deutsche Literatur durch neue Lieder, die inbrünstig zu Gehör gebracht wurden mit einem ungeheuren Stimmenaufwand, um die Massensuggestion aufs Höchste zu steigern. Die deutsche Nationalhymne bekam ein Anhängsel, Haydns Tondichtung bekam einen lärmenden Schluß. Bei jeder Zusammenkunft oder Versammlung gröhlte man mit erhobenem Arm: "Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen, SA marschiert . . .". Das war kein Gesang mehr, das war ein Gröhlen aus rauhen Kehlen, das war die Geistlosigkeit in höchster Potenz.

Dieser Radau in den Straßen verstärkte sich von Jahr zu Jahr und erlangte seinen Höhepunkt durch die Hitler-Wehrmacht im Hitlerkrieg. Die von Herms Niel verfaßten Soldatenlieder wurden besonders für die Mütter, die ihre Söhne im Laufe des blutigen Krieges verloren, eine Un-erträglichkeit. Leider hat die neue Bundeswehr diese Tradition übernommen. Es sieht so aus, als ob die Disziplin in einer deutschen Wehrmacht nicht mehr ohne diese unliebsamen, lauten Töne aufrechterhalten werden kann. "Singe, wem Gesang gegeben" ist ein deutsches Sprichwort. Die Bundeswehr sollte richtige Gesangvereine gründen, um die schönen deutschen Volkslieder, ohne aggressive Tendenz nach außen, zu pflegen, die in den letzten Jahrzehnten so stark vernachlässigt worden sind. Von den lauten Soldatenliedern haben wir wahrhaftig genug gehört.

Im ganzen Reich hörten wir von Saalschlachten, Straßenkämpfen, Schießereien, Radau. Wie standen nun die Bürger zu diesem Treiben der neuen Hitler-Partei? Man kann nicht sagen, daß die Wähler der beiden Rechtsparteien und ihre Parteivorstände sehr begeistert waren von dieser Partei, die auch um ihre Wähler warb. Dazu kam, daß die neuen braunen politischen Führer nicht gerade zur Intelligenz gehörten, obwohl es im Laufe der Zeit auch solche gab, die aus Idealismus an Hitler glaubten und der Partei beitraten.

Aber ganz offensichtlich konnten wir feststellen, daß das Bürgertum nicht gerade das Treiben stützte, aber auch nichts tat, um diesen steigenden Terror zu bremsen, weil die Nazis ihren Kampf ausschließlich gegen den Marxismus und dessen Parteien, den Sozialdemokraten und Kommunisten richteten. Das Zeitungsorgan der Rechtsparteien war die "Schleswiger Nachrichten" mit ihrem Chefredakteur Dr. Michel, und die Zeitung der Republikaner war die "Schleswiger Volkszeitung" mit ihrem Lokalredakteur Hans Flatterich und später Andreas Paysen. Diese beiden Zeitungen bekämpften sich auf das Schärfste. Der Ton, der manchmal persönlich wurde, war nicht schön. Die "Schleswiger Nachrichten" stand meistens am rechten Flügel der Nationalisten und wurde in den Jahren 1932 und 1933 das Sprachrohr der Nazis. Aber schon früher war der Ton stark nationalistisch. In meinem Archiv habe ich eine Probe aus dem Jahre 1925. Der Artikel ist datiert vom 30. März 5.30 Uhr vormittags, also frühmorgens nach der Präsidentenwahl. Der Schluß lautet:

"Zu küren wird sein der Mann des deutschen Vertrauens, der uns, abhold allen internationalen Utopien, führt zu den nationalen Aufgaben und Werken im Sinne staatlichen Lebens, wie es ein Bismarck allen Epigonengeschlechtern vorgelebt und vorgewirkt hat.

Den Führer, nicht den Parteimann! Den Träger des nationalen Willens, nicht den Knecht der Parteischablone!

Die Stunde wird kommen, bald schon! Und darum mit aller Kraft weiter vorwärts, den Weg zu bereiten dem deutschen Führer im deutschen Staate."

Der Artikel schließt mit der Aufforderung, an Dr. Jarres festzuhalten. Es war der Kandidat der Rechtsparteien. Und "die Stunde kam" und die "Schleswiger Nachrichten" hatten wahrhaftig alles getan, um den Weg für den deutschen Führer zu bereiten. Ich werde später noch

einige Proben bringen. Zunächst konnte dieser Ton den aufkommenden Nazis behagen.

So war die Haltung des Bürgertums, bevor es noch nicht völlig der Ideologie der Nazis verfallen war. Und die Republikaner, deren stärkste Partei die Sozialdemokratische Partei war, sollten sie zu Hause bleiben und gelegentlich dem Terror mit Palmenzweigen begegnen? Die sozialdemokratischen Arbeiter standen fast allein, nur einzelne Bürger hatten den Mut, in die Reihen der Demokraten zu gehen und für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit den Kampf aufzunehmen. So bildeten sie das Reichsbanner, die eiserne Front, zusammen mit den freien Gewerkschaften, und traten im Sturmschritt gegen die kommende Diktatur an.

Als ich diese Zeilen schrieb, fuhr ich nach Flensburg zu den "Flensburger Tagen" 1958. Ich hörte den vorzüglichen Vortrag, den Dänemarks 50-Zentralminister Julius Bomholt im Deutschen Haus hielt über das Thema: "Dänische und nordische Kultur". Bomholt schilderte in so feiner und treffender Weise den Unterschied zwischen dem Aufstieg der nordischen und der deutschen Arbeiter, das Ringen in diesen Völkern um den freien Menschen. Er stellte die deutschen Arbeiterdichter den nordischen Arbeiterdichtern gegenüber und zitierte Heinrich Lersch's Werk "Mensch im Eisen". Er sagte ganz richtig: Das war eine Sprache, die dem Norden fremd war. Ja, es war eine harte Sprache, die wir hörten, auch in der Dichtung, auch in Versen. Aber daneben stehen in meiner Buchsammlung kleine Bände der deutschen Arbeiterdichter Max Barthel, Gerrit Engelke, Ernst Preczang, Kar! Bröger u. a. Die zarten, feinen Klänge ihrer Verse, ihrer Gedichte, die zum Menschen sprechen - diese Dichtungen wurden von jungen Menschen in unseren Veranstaltungen gesprochen — verklungen aber ergebnislos und wurden unter den Kommißstiefeln von Hitlers SA zertreten. Die Zeit formt die Menschen, und die Zeit war hart, und der Gegner in seinem Vernichtungswillen unbittlich. Einer solchen Situation haben die nach Freiheit drängenden Arbeiter der nordischen Völker niemals gegenübergestanden. Ihre Herrenmenschen des 19. Jahrhunderts wichen aus, ohne es auf einen Kampf auf Leben und Tod ankommen zu lassen. Im entscheidenden Moment wichen sie aus und gaben dem Volk, wenn auch stückweise, das, was ihre Völker forderten, während Bismarck und die nachfolgenden Kanzler mit dem preußischen Königshaus und der Junkerkaste bis zur Beendigung des 1. Weltkrieges 1918 die nach Freiheit drängenden Arbeiter

unterdrückten und im entscheidenden Moment die Gewehre gegen sie richteten, solange es ihnen noch möglich war. Nach ihnen kam der größte Tyrann aller Zeiten mit Volksgerichtshof, Gestapo, KZs und Menschenvernichtungsanlagen und tötete viele, viele tausend gute, freisinnige Menschen aller Nationen, ob sie Arbeiter, Bürgerliche oder aus dem Adelsstand waren.

So entstand im Norden eine andere Welt, andere Dichter, andere Dichtungen, andere Kunst, ein anderes Volkstum und andere Menschen. Wir dänisch gesinnten Südschleswiger fühlten es lange, heute wissen wir es.

So wurden die Arbeiter gezwungen, auf die Straße zu gehen. Jede politische Richtung hatte ihre tmiformierte Truppe. Die Demokratie hatte die "Eiserne Front". Die ihrer Partei treugebliebenen Deutschnationalen hatten den "Stahlhelm". Die Kommunisten marschierten unter "Rot Front" mit dem Ruf "Heil Moskau". Aber am lautesten brüllte Hitlers SA mit dem Motto "Heil Hitler". Alle forderten die Freiheit im Namen der Demokratie und der freiesten Verfassung der Welt.

Am 31. Juni 1932 fanden Reichstagswahlen statt. Nach dem Ergebnis konnte man klar sehen, wohin die Reise ging. Die Nazis marschierten mit 230 Mandaten von rund 600 in den Reichstag und Hermann Göring wurde Reichstagspräsident. In der Stadt Schleswig sah das Wahlergebnis im Vergleich zu 1924 wie folgt aus:

Die Deutschnationalen statt 2014 nur noch 789,

die Deutsche Volkspartei statt 2165 nur noch 304,

die Demokratische Partei, die sich jetzt Staatspartei nannte, statt 1089 nur noch 183 Stimmen.

Die verlorenen Wähler dieser Parteien und die Neuwähler, die seit 1924 wahlberechtigt geworden waren, hatte die Nazipartei bekommen, die in der Stadt Schleswig 5604 Stimmen bekam. Die einzige Partei, die nicht nur ihre Stimmen hielt, sondern auch die Jungwähler aus Arbeiterkreisen bekommen hatte, die SPD, zählte 3360 Stinmlen statt 2734 im Jahre 1924. Dies Ergebnis zeigte, daß es um die Demokratie in der Stadt Schleswig schlecht stand. Diese Veränderung war nicht plötzlich geschehen. Wir hatten zwischen 1924 und 1932 mehrere Reichstagswahlen, und die Nazistimmen stiegen von Wahl zu Wahl. Die Kommunisten hatten in der Stadt keinen Einfluß, sie kamen über einige hundert Stimmen nicht hinaus, obwohl sie große Propaganda machten. Die "Schleswiger Nachrichten", die Zeitung des Bürgertums, schrieb nach dem Wahlsieg

der Nazis vom 1. August 1932, es sei endlich Zeit, der Hitler-Bewegung die Macht einzuräumen, die ihr als überragend stärkste Partei zukäme. Am 6. November 1932 wählte das deutsche Volk wieder einen neuen Reichstag. Das sogenannte Präsidial-Kabinett unter Führung des Reichskanzlers v. Papen war unhaltbar geworden. Man versuchte, wie man sagte, eine weitgehende Konzentration aller nationalen Kräfte herbeizuführen. Diese Konzentration konnte aber ohne Hitler nicht durchgeführt werden. Hitler verlangte den Reichskanzlerposten, er wollte als stärkste Partei die Regierung bilden. Die deutschnationalen Kreise mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg an der Spitze trauten aber dem Frieden nicht, man hatte große Bedenken, Adolf Hitler mit seinen robusten SA-Formationen das Zepter in die Hände zu geben. Hitler hatte zu diesem Zeitpunkt erhebliche Schwierigkeiten innerhalb seiner Partei. Gregor Strasser, der ein hohes Parteiamt unter Hitler bekleidete, tanzte aus der Reihe. Ihm behagte die Halsstarrigkeit seines Führers nicht, er verlangte mehr Entgegenkommen gegenüber den schwarz-weiß-roten Rechtskreisen. Die Rechtsparteien benutzten die Situation. Man glaubte, durch eine Neuwahl die Begehrlichkeit der Nazis zu dämpfen. Die Hitlerpartei verlor auch rund zwei Millionen Stimmen, sie ging von 13,7 auf 11,7 Millionen zurück, aber die Regierungskrise konnte doch nicht gelöst werden. Die Kluft zwischen den Rechtsparteien, den Parteien des Großkapitals und den Nazis, vertiefte sich durch einen gehässigen Wahlkampf noch mehr. Hindenburg weigerte sich immer noch, Adolf Hitler den Auftrag zur Regierungsbildung zu geben. Hindenburgs Vertrauensmann, General v. Schleicher, wurde beauftragt, eine neue Regierung zu bilden. Die Regierung Schleicher wurde gebildet, hatte aber auch keine parlamentarische Basis und deshalb keine Lebensdauer. Nun geschah etwas Bedeutendes. Durch *die* Initiative des Kölner Bankiers von Schröder mit Hilfe von v. Papen und Schacht kam es zu einer Zusammenkunft mit Hitler am 4. Januar 1933 im Hause des Bankiers von Schröder in Köln. Hitler war begleitet von Rudolf Hess, Himmler und Keppler. Der letzte war Wirtschaftsberater der NSDAP. Ich weiß **nicht**, ob der Inhalt dieses Gesprächs heute völlig bekanntgeworden ist. Sicher ist aber, daß es Hitler gelang, alle Widerstände im nationalen Lager, insbesondere in dem großkapitalistischen und in Junkerkreisen, beiseite zu räumen, um an die Macht zu kommen. Die Regierung v. Schleicher trat am 29. Januar zurück und Hitler wurde durch den Reichspräsidenten

v. Hindenburg mit der Regierungsbildung betraut. So war es dem Usurpator gelungen, den Schein der Legalität zu wahren.

Der 30. Januar ist nach dem Nazisprachgebrauch "der Tag der Machtübernahme". Wir sind nun interessiert daran, wie dieser Tag sich in der Stadt Schleswig gestaltete.

Das letzte Stadtparlament vor Beginn des "Tausendjährigen Reiches" war am 17. November 1929 gewählt worden. Es wurden sechs Listen eingereicht. Die Sozialdemokraten bekamen 3034 Stimmen und von den gesamten 18 Mandaten 7 Sitze. Die bürgerliche Liste mit dem Namen "Gemeinwohl" 3597 Stimmen und 9 Mandate. Die Beamtenliste mit der Bezeichnung "Mittelgruppe" 518 Stimmen und 1 Sitz. Die Nazis, die 1924 als Völkischer Block in Erscheinung traten, hatten ihr Firmenschild geändert. Sie traten unter der Bezeichnung "Gemeinnutz geht vor Eigennutz" auf und bekamen 779 Stimmen und einen Vertreter. Dieser Vertreter war ein Dr. Straub, der Oberarzt an der Landesheilanstalt war. Durch diese schwache Besetzung konnten die Hitler-Leute wenig ausrichten. Ihr Vertreter hielt in der ersten Sitzung eine Rede über Korruption in der Stadtverwaltung und -vertretung und wurde von den Sozialdemokraten scharf zurechtgewiesen. Irgendwelche Anzeichen von Korruption waren in Dr. Behrens' Verwaltung nun wirklich nicht vorhanden.

Das Parlament wählte Bankdirektor Bannier zum Stadtverordnetenvorsteher. Als Magistratsmitglieder wurden von bürgerlicher Seite die Stadtverordneten Sattlermeister Heinrich Hering, Kaufmann Hans Röper und Geschäftsführer Lauritz Dahl gewählt. Die Sozialdemokraten erhielten durch eine Vereinbarung mit dem Vertreter der Beamten statt zwei jetzt drei Magistratssitze. Als Stadträte wurden gewählt: Geschäftsführer Emil Brodkorb, Tischlermeister August Hirschelmann und ich. Nun war der Magistrat zur Hälfte bürgerlich und zur anderen Hälfte sozialdemokratisch, so daß Dr. Behrens bei Meinungsverschiedenheiten mit rechts und auch mit links gehen konnte. Er gab den Ausschlag und tat es auch, wenn es seiner Meinung nach der Stadt diente.

Dieses letzte Stadtparlament in der Weimarer Republik geriet in eine schwierige Zeit hinein. Eine ungeheure Wirtschaftskrise rüttelte an den Grundfesten der neuen Demokratie. Die Arbeitslosenzahl stieg in die Millionen. Und wieder lag die große Last auf den Städten und Gemeinden. Die Erwerbslosen forderten und demonstrierten und das nächste Ziel war das Rathaus. Gruppen und Parteien wetteiferten, alle wollten

den Erwerbslosen helfen, ihre Retter sein. Die Forderungen steigerten sich bis zum Unerfüllbaren. Wir hörten persönliche Verdächtigungen und Schmähungen. Intoleranz, Haß und Neid vergifteten das Zusammenleben der Menschen. Der politische Kampf tobte in Sälen und auf den Straßen. Die Luft war unheilschwanger, und dann und wann knallten nachts Revolverschüsse auch in Schleswigs Straßen. Aber so wollten es die kommenden deutschen Machthaber. Erst Chaos und dann an die Macht.

In diesem politischen Wirrwarr tagte Schleswigs Magistrat mit seinem Bürgermeister in langen Beratungen über Maßnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise.

Schleswigs Verwaltung und Vertretung haben auch in den Jahren 1930 bis zum bitteren Ende alles getan, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Aufbauarbeit ging systematisch weiter. Am 18. Januar 1933, also 12 Tage vor der Machtübernahme Hitlers, fand eine Sitzung der städtischen Kollegien statt, in der der Magistrat und die Kämmereikommission ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegten, das eine Million Mark erforderte. In dem Plan war die Kanalisation der Faul- und Michaelisstraße, des Kornmarkts, des Stadtwegs, der Plessen- und Königstraße, Marktstraße, des Rathausmarktes, der Fischbrückstraße und dem Lollfuß mit einer Kläranlage vorgesehen. Weiter die Kanalisation der Busdorfer- und Friedrichstraße, der Berliner- und Schubstraße, ein Erweiterungsbau des Krankenhauses, die Fertigstellung der Gallbergschule, der Bau der Turnhalle, eine umfangreiche Erweiterung und Instandsetzung der städtischen Anlagen, Hafen, Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Straßenbahn. Dazu kamen noch Straßenneupflasterung der Moltkestraße und Instandsetzung anderer Straßen. Die Gesamtsumme dieses Planes betrug 972 000 Mark. Diese Pläne konnten wir nicht mehr durchführen, denn 14 Tage später regierte Hitler. Neue Männer in brauner Uniform, langen Stiefeln, mit Kinnriemen und fanatischen Gesichtern übernahmen die Führung, und wir wurden nach und nach aus Vertretung und Verwaltung gewaltsam herausgedrängt. Die Diktatur mit Zwang, Überwachung, persönlichen Schmähungen, Verhaftungen, mit Gefängnis, Konzentrationslager, Mord und Vernichtung nahm ihren Anfang. Mit einer nicht zu überbietenden Demagogie und Brutalität wurde eine fruchtbare Aufbauperiode der städtischen Selbstverwaltung abgebrochen.

Golo Mann sagt in seinem Buch über die deutsche Geschichte des XX. Jahrhunderts: "Die deutschen Städte waren vor dem Krieg Lehrmeister schöpferischer Verwaltung für die ganze Welt gewesen; sie waren es noch einmal in der Weimarer Zeit." Ja, so war es.

über den Verlauf des 30. Januar 1933 erzählt Dr. Behrens folgendes: "Ich wurde am Vormittag des 30. Januar 1933 vom Geschäftsführer der NSDAP-Ortsgruppe Sdleswig angerufen und gebeten zu gestatten, daß die SA am Nadmittage auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne hißte. Ich lehnte dieses zunächst ab, indem ich erklärte, dazu keine Befugnis zu haben, da die offizielle Fahne die schwarz-rot-goldene sei, erklärte mich aber bereit, die Entscheidung des Magistrats einzuholen."

Die Mitglieder des Magistrats wurden am Vormittag durch Boten zu einer eiligen Sitzung eingeladen. Die Sitzung fand nicht im Sitzungszimmer des Magistrats statt, sondern im Dienstzimmer des Bürgermeisters. Die Stadträte waren vollzählig erschienen. 01'. Behrens teilte uns kurz die Sachlage mit und fragte, ob wir bereit seien, ihn zu ermächtigen, dem Antrage der NSDAP zu entsprechen. Der Magistrat beschloß einstimmig, dem Bürgermeister diese Ermächtigung nicht zu geben, empfahl aber, falls die Nazis ihre Fahne mit Gewalt hissen würden, keine polizeiliche Gewalt entgegenzusetzen.

Wir waren uns klar darüber, daß es sonst zu Tötlichkeiten und Kampf konunen würde. Wir konnten von Schleswig aus die deutsche Demokratie nicht mehr retten. Diese gewaltsamen Flaggenhissungen fanden in vielen Städten statt. Es kam dann auch wie erwartet. Am Nadunittag marschierte eine SA-Kolonne zum Rathaus und hißte die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus. Magistrat und Bürgermeister wurden nicht gefragt. Aber damit waren die Feierlichkeiten in Schleswig nicht zu Ende. Am Abend des 30. Januars marschierten SA und Stahlhelm durch die Straßen der Stadt. Der Demonstrationszug trug Fackeln und endete auf dem Rathausmarkt. Damals stand noch der bronzene Bismarck auf seinem Granitsockel in der Mitte des Platzes. Um ihn sammelten sich die Führer beider Verbände mit ihren Fahnen. Ihre Redner schworen sich ewige Treue, die nicht gehalten wurde. Anführer der Nazis war der vorerwähnte Reichstagsabgeordnete Meyer-Quade, der Anführer des Stahlhelms war Rechtsanwalt Schmidt. Dieser Verbrüderungsfeier konnte ich vom Fenster meiner Wohnung aus gut folgen. Wir wohnten damals Rathausmarkt 12.

Damit war vorerst die Machtergreifung in Schleswig zu Ende, denn im Stadtparlament saß nur ein einziger Vertreter der neuen Regierungspartei, und der Magistrat war völlig nazirein. Wir wußten aber, daß dies nur der Anfang war, und daß es noch ganz anders kommen würde.

Die Hitler-Regierung setzte den 12. März 1933 als Wahltag fest. Es wurden alle Parlamente im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden neu gewählt.

In Schleswig wurden sechs Wahllisten zur Stadtverordnetenwahl eingereicht. Die 18 Mandate wurden nach der Stimmenzahl verteilt zwischen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitlerbewegung), der Sozialdemokratischen Partei und einer bürgerlichen Partei, die sich "Kampffront schwarz-weiß-rot" nannte. Warum diese kleine Gruppe Bürger, die von den Stadträten Hans Röper und Lauritz Dahl und von dem früheren Stadtverordnetenvorsteher Bannier geleitet wurde, die Farben des versunkenen Kaiserreiches in den Vordergrund stellte, ist schwer zu sagen. Glaubte man, damit in letzter Minute noch der gefährdrohenden Flut von rechts wirksam entgegenwirken zu können? Diese Gruppe war der Rest des politisch vernünftigen Schleswiger Bürgertums, der die geleistete Aufbauarbeit anerkannte und auch bereit war, zusammen mit den Arbeitervetretern diese Arbeiten unter Leitung des Bürgermeisters Dr. Behrens weiterzuführen. Diese Schleswiger waren keineswegs kämpfende Republikaner oder Demokraten, aber sie ahnten das Unheil, das von rechts im Anmarsch war und wurden später auch von den Nazis aus ihren Ehrenämtern und damit aus der Selbstverwaltung herausgedrängt. Nach dem Zusammenbruch der Diktatur im Jahre 1945 nahmen sie an den Aufräumungsarbeiten als Stadtvertreter und auch außerhalb des Rathauses in privaten Hilfsvereinen teil.

Die bürgerlichen Demokraten hatten keine Liste eingereicht. Die kleinen Parteien, die Schleswigsche Partei und die kommunistische Partei, bekamen kein Mandat. Die Nazis errangen in Schleswig einen vollen Sieg, sie bekamen 5375 Stimmen und 10 Mandate, die Liste schwarz-weiß-rot bekam 1703 Stimmen und 3 Mandate und die Sozialdemokraten 2814 Stimmen und 5 Mandate. Unter Führung kleiner Nazigrößen marschierte die Mehrheit des Schleswiger Kleinbürgertums - an der Spitze die "Schleswiger Nachrichten" mit ihrem Chefredakteur O!'. Michel - in das Hitler-Reich hinein in der Hoffnung, daß die alte, glorreiche Zeit nun wiederkommen würde.

Es ist doch wohl notwendig, die Namen der Gewählten in Schleswigs Geschichte zu nennen. Von der NSDAP wurden gewählt:

Zahnarzt Dr. Herting, Arbeiter Heinrich Lausen, Lehrer Heinrich Blum, Maurermeister WiUy Stadelmann, Regierungsrat Dr. Dehning, Schlosser Willi KoU, Frisörmeister Heinrich Peters, AngesteUter Peter Hinrichsen, Gastwirt Nicolaus Asmussen und Fischer Willy Jensen.

Von der Sozialdemokratischen Partei:

Hermann Clausen, Reichsbahnsekretär, Johannes Weiss, Lederarbeiter, Emil Brodkorb, Gustav Altendorf, Arbeiter, und Wilhelm Koch, Pfleger.

Von der Liste "Kampffront schwarz-weiß-rot" wurden gewählt:

Geschäftsführer Lauritz Dahl, Kaufmann Hans Röper und Rektor Friedrich Klinker.

Die erste Stadtverordnetenversammlung, in der die Konstituierung vorgenommen werden soUte, wurde auf den 29. März festgesetzt. Wir waren gespannt, wie diese Sitzung verlaufen würde. Nach den Spielregeln der Demokratie sind die konstituierenden Sitzungen der neu gewählten Parlamente im Vergleich zu den Arbeitstagen festlicher geprägt. Das älteste Mitglied nimmt die Präsidentenglocke und eröffnet die Sitzung. Seine Aufgabe ist, das Präsidium wählen zu lassen. Nachdem die Wahl vollzogen ist, verpflichtet er den neu gewählten Stadtverordnetenvorsteher auf sein Amt und übergibt ihm die Leitung der Sitzung. Das Parlament ist arbeitsfähig.

Die denkwürdige Sitzung fand statt um 17.30 Uhr.

"Dieser 29. März 1933 ist für die Geschichte der Stadt Schleswig von einschneidender Bedeutung", schrieb die "Schleswiger Nachrichten" am 30. März 1933. Das Blatt hatte recht. Die zehn Mann starke Fraktion der Nazis marschierte mit festem Tritt in Dreierformation in das Rathaus ein. An der Straße standen Zuschauer, meistens Frauen und Kinder. Das Bürgertum stand nicht an der Straße, um ihren neuen Vertretern zuzujubeln. Die neuen "Machthaber" waren ja auch nicht gerade Typen des gutsituierten Bürgertums, es waren "Soldaten" Hitlers, SA-Leute, die in den letzten Wochen auch als Herren auftraten. SA marschierte oft durch die Straßen Schleswigs, mit der Hakenkreuzfahne voraus. Sie verlangten, daß vorbeigehende Passanten ihre Fahne durch Hochheben des rechten Armes grüßten. In mehreren Fällen schlug man auf Vorbeigehende ein, wenn sie die Fahne nicht grüßten. So wurde der Kaufmann Witte, ein alter Herr, während des Vorbeimarsches von einem SA-Mann

niedergeschlagen, weil er nicht mit erhobenem Arm grüßte. Als ich eines Morgens in die Straßenbahn stieg, um zum Bahnhof zu fahren, sagte ich zu Bekannten "Guten Morgen", so wie vernünftige Menschen sich begrüßen. Gleich brüllte mich ein bekannter SA-Mann mit "Heil Hitler" an, "wir werden Euch allen die Hand hochbringen, verlassen Sie sich darauf!" — So wurde auch in Schleswig der verstärkte Terror bemerkbar, der bald im ganzen Reich wühlte. Armes Deutschland!

Wir Sozialdemokraten hatten im Sitzungssaal rechtzeitig unsere alten Sitze auf der Linken des Hauses eingenommen. Auch unsere drei schwarz-weiß-rot-Kollegen fanden sich ein. Es dauerte nicht lange, da hörten wir kräftige Soldatentreitte in der Vorhalle des Schleswiger Rathauses, die Tür öffnete sich und im Gänsemarsch, in straffer SA-Uniform, erschienen die zehn Vertreter der Hitlerbewegung. Kaum hatte man Platz genommen, als ihr Führer, der Zahnarzt Dr. Herting, das Wort nahm. Unser Kollege Brodkorb verlangte das Wort zur Geschäftsordnung. Seine Wortmeldung fand keine Beachtung. Als Stadtverordnetenvorsteher ernannten die Nazis ihren Kollegen Dr. Dehning. Später wurde Gastwirt Nicolaus Asmusen Stadtverordnetenvorsteher. Nach dieser Handlung nahm Dr. Herting wieder das Wort, um eine Rede auf den Führer und Reichskanzler Hitler zu halten. Wir waren klar darüber, daß diese Rede mit einem kräftigen "Sieg Heil" enden würde. Als Protest gegen eine solche Behandlung verließen wir den Saal. Draußen hörten wir noch das "Sieg Heil". - So endete die erste Sitzung des neugewählten Stadtparlaments.

Als ich zu Hause angekommen war, schrieb ich folgenden Brief:

"An den Magistrat der Stadt Schleswig.

Durch eine Veränderung in meinen dienstlichen Verhältnissen bin ich nicht mehr in der Lage, mein Amt als Stadtverordneter auszuüben. Ich lege mein Amt nieder und bitte, meine Entlassung von der Stadtverordnetenversammlung genehmigen zu lassen."

In diesem Schreiben war nichts Unwahres gesagt. Die Reichsbahn-Verwaltung hatte mich versetzt. Ich war von dem Bürodienst in die Fahrdienstleitung versetzt worden und mußte abwechselnd Tag- und Nachtschichten machen, so daß es unmöglich war, ein Nebenamt zu versehen. Es ist mir nie richtig klar geworden, ob diese Maßnahme meiner Verwaltung die erste Schwierigkeit war, um mich langsam zu zermürben. Ich glaube es kaum, denn später hat die Verwaltung mir keine Schwierigkeiten gemacht. Ich konnte weiter meinen Dienst versehen.

Ich ging aus dem Rathaus. Warum sollte ich bleiben? Nur um die großspürigen Reden der neuen Herren anzuhören und zu warten, bis sie mich hinauswarfen? Braun und Severing und viele andere waren schon gegangen, und von Schleswig aus konnten wir Demokratie und Republik nicht mehr retten.

Durch die Niederlegung meines Amtes als Vertreter der Stadt war ich den kommenden Maßnahmen der Nazipartei zuvorgekommen. Nach und nach traten meine Kollegen von der SPD-Fraktion freiwillig aus ihren Ämtern aus. In den Akten der Stadt *ist* noch ein Schreiben des früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Johannes Weiss, der nach 1945 ein hohes Amt als Regierungsrat in der Arbeitsverwaltung bekleidete, vorhanden.

Das Schreiben lautet:

"An den Herrn Stadtverordnetenvorsteher Nicolaus Asmussen.

Da ich der sozialdemokratischen Partei nicht mehr angehöre, beantrage ich hiermit, mich von meinem Amt als Stadtverordneter zu entbinden."

Das Schreiben *ist* datiert vom 23. Juni 1933. Warum man damals diese Begründung gab, ist mir nicht klar. Ich hatte zwar den Vorsitz der Partei niedergelegt, meinen Austritt hatte ich nicht vollzogen. Das war auch gar nicht nötig. In den Stadtakten befindet sich eine Aktennotiz vom 12. August 1933 mit folgendem Wortlaut:

"Außer dem zum Stadtrat gewählten Geschäftsführer Brodkorb haben sämtliche aus dem Wahlvorschlag der SPD gewählten Vertreter ihr Amt niedergelegt."

Mit gleichem Datum bekam Stadtrat Brodkorb ein Schreiben, daß er auf Grund der Verordnung der preußischen Regierung vom 7. Juli 1933 zur Sicherung der Staatsführung aus dem Magistrat ausgeschlossen sei. Damit war der Magistrat sozirein und die neuen deutschen Männer übernahmen die Führung der Geschicke der Stadt. Die Nazis waren nun völlig unter sich und konnten machen, was sie wollten. Nach dem Protokoll fanden *im* Rathaus mehrere Sitzungen statt, um die Besetzung des Magistrats und der Kommissionen zu regeln. Aus den Sitzungsprotokollen kann man nicht erkennen, wer nun eigentlich Stadtrat war und wer nicht. Auf einem losen Papierbogen, der in dem Protokollbuch liegt, ist ein Verzeichnis der Namen der Magistratsmitglieder vom 4. Mai 1933 vorhanden. Nach dieser Aufstellung waren Mitglied des Magistrats Lehrer Blum als Beigeordneter, also als Vertreter des Bürgermeisters, Dr. Herting, Stadelmann, Jans, Kulturbaumeister Lange und Lauritz Dah!.

Ursprünglich war Lauritz Dahl von der schwarz-weiß-roten bürgerlichen Liste als Beigeordneter gewählt worden. Eine Aktennotiz sagt aber, daß auf Verfügung des Regierungspräsidenten vom 31. März 1933 Lehrer Blum unter Beurlaubung des Beigeordneten Dahl zum kommissarischen Beigeordneten bestellt worden ist.

Lauritz Dahl blieb dann noch einige Monate als Stadtrat, dann war auch der letzte Vertreter des sogenannten Bürgertums verschwunden.

In einem Verwaltungsbericht über das Jahr 1932, der am 15. Juni 1933 herauskam, liest man folgende Betrachtungen über die Lage der Stadt:

"Bisher ist es gelungen, den Haushaltsplan der Stadtgemeinde alljährlich ins Gleichgewicht zu bringen, ohne daß die Bürgersteuer, Biersteuer und Getränkesteuer eingeführt werden brauchte. Allerdings dürfte der von den städtischen Kollegien beschlossene, für die Wintermonate eingeführte Wohlfahrtzuschlag von 5 Pfg. je kW Lichtstrom ein gewisser Ersatz für die fehlende Bürgersteuer sein. Die Gründe für die verhältnismäßig günstige finanzielle Lage der Stadt sind in der Hauptsache folgende:

1. Die Stadt Schleswig hat auch schon in den Jahren, als die deutsche Wirtschaft scheinbar in Blüte stand, eine vorsichtige und zurückhaltende Ausgabenwirtschaft betrieben. Insbesondere ist hier die Wohlfahrtspflege durch die Einführung der Arbeitsfürsorge zweckmäßig ausgestaltet worden, so daß seit dem Jahre 1925 erwerbsfähige männliche Hilfsbedürftige nur noch durch Gewährung von Arbeit oder gegen Leistung von Pflichtarbeit unterstützt wurden. Diese Art der Fürsorge, auf die im Abschnitt Wohlfahrtspflege noch näher eingegangen wird, führte trotz höherer Leistungen für den einzelnen Hilfsbedürftigen für Stadt und Kreis zu ganz beträchtlichen laufenden Ersparnissen; gleichzeitig wurden dadurch für die Stadtgemeinde und damit für die Allgemeinheit große Werte geschaffen.
2. In Schleswig wurde seit vielen Jahren eine weitschauende Bodenpolitik getrieben. Die Stadtgemeinde besitzt nicht nur umfangreiche landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Ländereien, sondern auch fast das gesamte baureife Gelände innerhalb der Stadt, das größtenteils (Hesterberger Koppeln) erst nach dem Weltkriege erworben wurde. Sie hatte infolgedessen einen bestimmenden Einfluß auf die gesamte Bau- und Wohnungswirtschaft; auch wurde die Durchfüh-

rung der Arbeitsfürsorge durch diesen Besitz an Grund und Boden sehr erleichtert.

3. Durch die Übernahme des Elektrizitätswerkes (1. 1. 1925) und des Gaswerkes (1. 1. 1931) in die Eigenwirtschaft der Stadtgemeinde wurden für diese Einnahmen erschlossen, die geeignet waren, den erheblichen Rückgang der Steuereinnahmen und die unvermeidliche Steigenmg der Wohlfahrtsausgaben zu einem großen Teil auszugleichen. Insbesondere hat sich die allen Widerständen zum Trotz erfolgte Übernahme des Gaswerkes äußerst segensreich für die Stadtgemeinde ausgewirkt, weil sie in einer Zeit, als alle Reserven erschöpft waren und nur noch der Zugriff auf die Bürgersteuer offenstand, beträchtliche Mehreinnahmen erbrachte.

Der Haushaltsplan für 1933 schließt im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 2 154 400 RM ab."

Der Bericht ist unterschrieben: Der Magistrat. Dr. Behrens.

Daß in dem Bericht einige anerkennende Worte, die ich nicht zitiere, für die sogenannte nationale Regierung vorhanden waren, kann man verstehen. Dr. Behrens nahm die Entwicklung als gegeben an, so wie er nach 1918 die sozialdemokratischen Arbeitervertreter als vollberechtigte Mitarbeiter anerkannte. Außerdem waren die Vertreter der Rechtsparteien in der Regienmg vertreten, die allerdings genau so wie die Sozialdemokraten langsam ausgeschifft wurden. Dieser Bericht lautet aber nicht wie ein Jahresbericht. Es klingt so, als wenn der Bürgermeister eine mehr umfassende Darstellung über die Arbeit des vergangenen Jahrzehnts geben wollte, vielleicht in der Vorahnung, daß seine Zeit bald abgelaufen sein würde. Nach diesem Bericht sah es nun nicht so aus, als ob die Zusammenarbeit mit den verhaßten Marxisten unfruchtbar gewesen war.

Wir alten Stadtverordneten dachten oft an unseren Bürgermeister. Wir fragten uns: Was wird er tun? Wird er gehen? Wird man den Mut haben, diesen Mann, der auf eine zwanzigjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken konnte, zu verabschieden, nur weil er kein Nazi war und auch nicht werden wollte? Das war die Frage, die uns alte Stadtvertreter beschäftigte.

Vor mir liegt das alte Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlungen der Stadt Schleswig. Es ist ein altes ehrwürdiges Buch. Der erste Sitzungsbericht auf den ersten Seiten des Buches ist datiert vom 14. Juli

1866. Es ist nun fast ein Jahrhundert vergangen, seitdem dieser Bericht geschrieben wurde. Der letzte Bericht dieses Buches ist geschrieben am 26. Oktober 1933. Dieses Buch ist ein Dokument der städtischen Selbstverwaltung, deren Vater der Reichsfreiherr v. Stein war.

In dieser Sitzung am 26. Oktober 1933 hatten die Nazis nur einen Punkt zu behandeln: Wahl eines Bürgermeisters. Der Sitzungsbericht lautet: "Zum Bürgermeister wird einstimmig der kommissarische Bürgermeister DI'. Herting gewählt. Die Wahl ist, da nicht widersprochen worden ist, durch Zuruf vorgenommen."

Unterschrieben ist der Bericht von Stadtverordnetenvorsteher Nicolaus Asmussen und seinem Stellvertreter P. Hinrichsen.

Mit diesem Bericht wird die Selbstverwaltung der Stadt für lange Zeit zu Grabe getragen. Man hatte also auch langsam DI'. Behrens mürbe gemacht. Wir hatten es vorausgesehen. Wir wußten, daß dieser hervorragende Bürgermeister sich auf die Dauer nicht dem Diktat dieser neuen Herren beugen würde. über seinen Abgang erzählte mir DI'. Behrens später folgendes:

"Nach dem Einzug der NSDAP in das Rathaus merkte ich sofort, daß man mich beseitigen und durch irgend eine Parteigröße ersetzen wollte. Wenn dies nicht sofort, wie in den anderen Städten der Provinz erfolgte, so war der Grund dafür wohl der, daß man sich der Bürgerschaft gegenüber wohl noch scheute, gleich zu diesem Mittel zu greifen, ohne irgend welche einleuchtende Gründe anzugeben, vielleicht auch der, daß man es für erforderlich hielt, sich unter meiner Leitung zunächst etwas in die kommunalen Verhältnisse einzuarbeiten. Aber im August 1933 glaubte man, nicht mehr länger warten zu können. Nachdem mir am Nachmittage des 9. August 1933 nach einer Sparkassenvorstanclssitzung der damalige Beigeordnete, Volksschullehrer Blum, der Mitglied des Sparkassenvorstandes war, auf offener Straße mitgeteilt hatte, am Abend dieses Tages sei eine Fraktionssitzung der NSDAP im Rathaus, und hier würde man beschließen, mich als Bürgermeister zu entfernen, ohne allerdings Gründe dafür angeben zu können, wurde mir am Abend dieses Tages um 22 1/2 Uhr ein von den NSDAP angehörenden Magistratsmitgliedern Blum, Dr. Herting, Jans, Lange und Stadelmann unterzeichnetes Schreiben in meiner Wohnung zugestellt, in dem mir mitgeteilt wurde, man könne wegen des gegen meine Person gehegten Mißtrauens nicht mit mir zusammenarbeiten und die Verantwortung für die Verwaltung der Stadt

tragen. Aus diesem Grunde ersuche man mich, meine Versetzung in den Ruhestand und Beurlaubung bis auf weiteres sofort zu beantragen, widrigenfalls man am Abend des folgenden Tages in der Magistratssitzung einen entsprechenden Beschluß fassen würde.

Dieser Beschluß sei nach dem Stimmenverhältnis ohne weiteres gesichert und ist in der Magistratssitzung auch gefaßt.

Die Verhältnisse waren für mich im Laufe der letzten Monate ziemlich unerträglich geworden. Besondere Schwierigkeiten entstanden hinsichtlich der Personalpolitik. Wohl alle meine Kollegen in der Provinz waren bereits mit Gewalt aus ihren Ämtern gebracht. Mich länger gegen mein Ausscheiden aus dem Amt zu sträuben hatte ich daher kaum Veranlassung, zumal der amtierende Magistrat von der Mehrheit der Bürgerschaft gewählt worden war und ihr Vertrauen haben mußte. Meine Ansicht wurde bestätigt vom damaligen Regierungspräsidenten Wallroth, mit dem ich die Sache am 10. August besprach. **In** übereinstimmung mit ihm bat ich deshalb, meine Versetzung in den Ruhestand zu veranlassen und mich bis auf weiteres zu beurlauben.

Meine Vertretung geschah durch den damaligen Beigeordneten Blum. Durch Erlaß des Preußischen Ministers des Innern vom 12. Oktober 1933 erfolgte auf Grund des Gesetzes "zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenturns vom 3. Juni 1933" meine Versetzung in den Ruhestand. Der Berufsbeamte wurde also auf Grund dieses Gesetzes beseitigt zu Gunsten des Parteimanns. Dr. Herting wurde als kommissarischer Bürgermeister mein Nachfolger.

Daß meine Geschäftsführung vielleicht doch nicht so schlecht gewesen ist, wie es in dem Schreiben der NSDAP vom 9. August 1933 zum Ausdruck kam, dürfte die Tatsache zeigen, daß man mir kurz vor meinem endgültigen Eintritt in den Ruhestand seitens des damaligen kommissarischen Bürgermeisters eine Bronzefigur zum Andenken an meine 20-jährige erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Stadt Schleswig zusandte."

Soweit Dr. Behrens. Es ist kaum zu begreifen, wie weit die Verwirrung der Begriffe und die Erschütterung des allgemeinen Redttsgefühls durch eine demagogische politische Hetze getrieben werden kann. So weit hatten die Nazis mit nationalistischen Tiraden die Sinne vernebelt. Mit soldlen verwirrten Begriffen von Recht, Anstand und Billigkeit wollte man ein neues, ein besseres Deutschland aufbauen. Der frühere Regierungspräsident Dr. Abegg, mit dem Dr. Behrens lange Jahre zusammen

gearbeitet hatte und der nun im Ruhestand lebte, schrieb in einem Briefe an Dr. Behrens folgende Zeilen:

"Ich bitte überzeugt zu sein, daß ich Ihrer in sehr herzlicher Anteilnahme gedenke. Sie waren in Schleswig der rechte Mann am rechten Platz und nur politische Kurzsichtigkeit und Unduldsamkeit oder Begehren nach Ihrer oft so schweren Stellung können das verkennen. So sehe ich Sie aus altem Interesse für die Stadt heraus mit großem Bedauern von dort scheiden. Den Dank für treue und sehr erfolgreiche Arbeit tragen Sie in Sich und in den Herzen klarblickender, gerechter und aufrechter Menschen; so wird äußerer Undank auch an Ihnen abgleiten."

Gewiß gab es im Jahre 1933 noch gerechte und aufrechte Bürger, die die Arbeit und die Verdienste ihres Bürgermeisters dankbar anerkannten. Das waren die drei gewählten Vertreter, die bei der Wahl am 12. März glaubten, unter der alten Kaiserflagge schwarz-weiß-rot die Naziflut aufhalten zu können. Die Mehrheit der Schleswiger Bürger aber wählte die NSDAP, die über 5 000 Stimmen und 10 Mandate, also die Mehrheit, wie Dr. Behrens sagte, bekam. Aber noch eine andere Gruppe von Bürgern waren Dr. Behrens treu bis zum bitteren Ende, das waren die Schleswiger Arbeiter, die auch bei der letzten Wahl fast in gleicher Stärke ins Parlament kamen, aber sofort von den Nazis gewaltsam herausgedrängt wurden.

Kurz nach der Kapitulation der Hitler-Wehrmacht, im Mai oder Juni 1945, traf ich im Stadtweg den alten Gustav Altendorf, der damals noch lebte. Er begrüßte mich mit den Worten: "Habt Ihr immer noch keinen Landrat?" Als ich verneinte, rief er: "Dann holt doch den Dr. Behrens aus Walsrode, der wird schon den Laden schmeißen!" Gustav Altendorf hatte nach 12 Jahren noch nicht seinen alten Bürgermeister vergessen. Dieser Arbeiterführer war auch einer von den gerechten und aufrechten Menschen, die immer noch den Dank im Herzen trugen einem Manne gegenüber, der so viel für die Stadt getan hatte. So zeigte sich auch in Schleswig, daß des Vaterlandes ärmster Sohn auch immer sein getreuester war.

Bevor ich diesen Abschnitt abschließe, muß ich mir noch mal die "Schleswiger Nachrichten" vorknüpfen. Es geht nicht anders, das Blatt war das einzige Organ der öffentlichen Meinung in der Stadt und hatte sich mit den neuen Herren im Rathaus gut eingelebt. In den Blättern dieser Zeitung spiegelt sich doch auch die Geschichte der Stadt.

Die "Schleswiger Nachrichten" brachte am 23. Oktober 1933 nach Dr. Behrens Abgang sein Bild mit einer einigermaßen objektiven Darstellung seiner Tätigkeit. Aber man mußte doch, um den neuen Herren gerecht zu werden, ein "Haar in der Suppe" finden. Das Blatt schrieb: "seine Eigenwilligkeit war der Hang zur Autokratie, ein Grundzug seines Wesens, der ihn oft bewegte, selbst dann nicht nachzugeben, wenn er das einmal für richtig Bezeichnete als unrichtig erkannt hatte."

Man wirft ihm weiter Eigenwilligkeit in einem Sparkassenskandal vor. Hier hätte er zu spät eingegriffen; obwohl die Bürgervereine deutlich genug wurden und scharfes, schnelles Eingreifen forderten, wartete er, aus Scheu vor der Öffentlichkeit damit, einzugreifen. Diese Darstellung ist eine geschichtliche Unwahrheit. Die Initiative in diesem Sparkassenskandal, über den ich Akten genug in meinem persönlichen Archiv habe, nahm die sozialdemokratische Fraktion, und der Sprecher in dieser Angelegenheit war ich. Unsere Fraktion veranlaßte, daß unser Fraktionskollege, Tischlermeister Stadtrat Hirschelmann, als Vorsitzender des Sparkassenverbandes sein Amt niederlegte. Er hatte nichts Unehrlisches getan, man konnte ihm nur eine mangelhafte Aufsicht vorwerfen, und dieser Vorwurf war auch noch anfechtbar. Dagegen mußten aber zwei Repräsentanten der Bürgervereine gehen, weil sie unerlaubte, satzungswidrige Kredite von der Kasse genommen hatten, die allerdings zurückgezahlt wurden. Ich will nicht die Namen nennen, weil sie nicht mehr leben. Nach diesem Skandal wurden einige ungetreue Angestellte entlassen, Dr. Behrens übernahm den Vorsitz des Sparkassenvorstandes, und ich wurde Mitglied des Vorstandes. Weder Dr. Behrens noch den Sozialdemokraten kann man eine Schuld in die Schuhe schieben. Ungetreue Angestellte hat mancher Bürgermeister gehabt und hat auch manchmal ein Bürgermeister heute.

Daß in diesem Bericht über die Arbeit Dr. Behrens die Sozis und die Gewerkschaften herabgesetzt und geschmäht wurden, versteht sich von selbst, denn so wollten es die neuen Herren haben.

Das Blatt schrieb: „In der marxistischen Periode hat er niemals einen ebenbürtigen, gleichwertigen Partner oder Gegner gefunden.

Die städtischen Vertreter der Sozialdemokratie waren Wachs in seinen Händen und ließen sich von ihm gängeln, während sie selber zu führen glaubten und dies ausposaunten . . . Dr. Behrens, der gewohnt war, die SPD und die Gewerkschaften in seine nüchternen Berechnungen ein-

zuschalten und sie wie Schachfiguren zu gebrauchen, hatte übersehen, daß solche Methoden bei den Nazis nicht verfangen . . . Er verstand es nicht, über Äußerlichkeiten hinweg das erwachende Volk zu sehen und zu begreifen."

Das war eine für die Nazis zurechtgestutzte Betrachtung und deshalb unwahr. Wir Sozialdemokraten hatten nach 1918 bald erkannt, was für ein Mann der Bürgermeister war. Seine soziale Einstellung - und darum ging es nach dem unseligen Kriege - sein Streben, der arbeitenden Bevölkerung Arbeit zu geben, seine stete Bereitwilligkeit, den Ärmsten der Armen zu helfen, wurde von den "Schachfiguren aus Wachs" erkannt, und deshalb stellten die Sozialdemokraten bei seiner Wiederwahl 1925 keinen Gegenkandidaten auf und forderten Schleswigs Arbeiter auf, diesen Bürgermeister wieder zu wählen.

Bei der Einführung der gewählten zehn Nazivertreter am 29. März 1933 hatte Dr. Behrens den Mut, dem scheidenden demokratischen Parlament einen Dank zu sagen.

Nach den "Schleswiger Nachrichten" vom 30. März 1933 sagte er: "Bevor ich Sie nun in Ihr neues Amt einführe, gestatten Sie mir, dem Gefühl des Dankes Ausdruck zu geben für das, was die alte Stadtverordnetenversammlung geleistet hat. In 3 1/2 Jahren ist nur rein sachlich gearbeitet worden. Wenn wir in vielen Sachen weitergekommen sind, so ist dies möglich gewesen, weil Einigkeit im Stadtparlament vorhanden war. Das Persönliche schied aus, und die Beschlüsse wurden zum großen Teil einstimmig gefaßt."

Im übrigen dürfte der Schreiber der Nachrichten nach dem Zusammenbruch 1945 erfahren haben, welche Bedeutung "Schachfiguren aus Wachs" im Laufe des Weltgeschehens erlangen können.

Als idl nach 1945 in Dr. Behrens' Stuhl saß, nahm ich die alten Magistratsprotokolle zur Hand. Ich sah, daß in einer Sitzung manchmal unter seiner Leitung in einigen Stunden 50 bis 60 Angelegenheiten besprochen und besdllossen wurden. Unter diesen Beschlüssen waren auch die kleinsten, unbedeutendsten Angelegenheiten. Auch in kleinen Sachen hörte er seine Stadträte, eine Korrektheit, an der sich manchmal ein Bürgermeister heute ein Beispiel nehmen könnte. - So sah seine "Eigenwilligkeit" und sein "Hang zur Autokratie" aus. Dr. Behrens war nicht nur ein Liberaler, er war Demokrat, und deshalb wollte er sich nicht unter dem Joch der Nazis beugen, deshalb ging er.

So endete die Demokratie in der Stadt, die in den Jahren von 1918 bis 1933 aufgebaut worden war.

Wie begeistert die "Schleswiger Nachrichten" war, zeigt die Nr. 47 vom 24. Februar 1934, in der über zwanzig Fotos von den führenden Nazis in Kreis und Stadt Schleswig mit folgenden Worten gebracht wurden:

"Wir veröffentlichen heute anläßlich der Parteigründungsfeier ... die Bilder von Volksgenossen, die sich in mühseliger Kleinarbeit tmd unermüd-Heller Opferbereitschaft, beseelt von dem Glauben an Adolf Hitler, bereits in einer Zeit für die Idee des Führers eingesetzt haben, in der die Bewegung verlacht, verhöhnt, verfolgt und niedergeknüppelt wurde.

Es ist Pflicht und Notwendigkeit, damit zu beginnen, die Verdienste dieser deutschen Menschen in Wort und Bild festzuhalten, damit nie vergessen werde, daß sie die ersten Bausteine trugen zum Dritten Reich."

Im Jahre 1935 gab das dritte Reich die neue Gemeindeordnung heraus. In diesen neuen Paragraphen war nichts melU' von Demokratie, und weil Selbstverwaltung die Voraussetzung der Demokratie ist, auch nichts mehr von Selbstverwaltung zu lesen. Im § 51 heißt es: Der Beauftragte der NSDAP beruft im Einvernehmen mit dem Bürgermeister die Gemeinderäte, Iuld im § 52: Die Gemeinderäte werden auf sechs Jahre berufen. Trotzdem beruft sich Dr. Helmut Bartsch als Hauptschriftleiter der Deutschen Gemeindebeamtenzeitung, der den Gesetzestext, die amtliche Begründung, die Durchführungsverordnungen und Ausführungsanweisungen besorgt hat, auf den Freiherrn v. Stein. Einige Sätze sind so wunderbar, daß sie der kommunalen Nachwelt erhalten bleiben müssen. Man schreibt in einem Vorwort folgendes:

"Die deutsche gemeindliche Selbstverwaltung ist in dem Geist und Sinn, in dem sie einst der Reichsfreiherr v. Stein gewollt hat, am 1. April 1935 wieder einmal in einer Form wirksam geworden, wie wir als Deutsche sie nur verstehen wollen. Darum ist die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935, die am 1. April 1935 in Kraft getreten ist, auch das gewaltigste Reformwerk auf dem Gebiete unserer Staatsverwaltung, das der Führer und Reichskanzler Adolf Hitlel' dem deutschen Volke gegeben hat. In ihm sind die bedeutendsten Grundsätze des Nationalsozialismus, Führertum tmd Verantwortungsbewußtsein, in reinsten Form in Staatsleben zum Durchbruch gekorrmten."

Es ist doch gut, daß der Freiherr v. Stein dieses Machwerk nicht mehr sehen konnte. Sonst wäre er noch um eine Enttäuschung reicher gewor-

den. - Man sollte eigentlich den Nazi-Kommunalpolitikern die Freiherr-v.-Stein-Plakette nachträglich überreichen.

In den Stadtakten fand ich den Sitzungsbericht der "Schleswiger Nachrichten" vorn 8. April 1933 über die zweite Sitzung der neuen städtischen Kollegien. Die Sitzung fand am 7. April 1933 im Rathaus statt. Der Bericht lautet:

"Adolf Hitler Ehrenbürger der Landeshauptstadt Schleswig. Wie die erste Sitzung der städtischen Kollegien nach dem Sieg der nationalen Revolution so verlief auch die zweite gestern nach Göringschem Muster. Es ist wohl kaum vordem dagewesen, daß nicht nur die Tagesordnung restlos erledigt wurde, sondern daß darüber hinaus noch 11 (nationalsozialistische) Dringlichkeitsanträge von zum Teil erheblicher Wichtigkeit in der neuen Rekordzeit von 28 Minuten angenommen bzw. dem Magistrat überwiesen wurden. Man denkt unwillkürlich an die endlosen Schwafeleien und Selbstbeweihräucherungen der Herren Stadtväter selig-unseligen marxistischen Angedenkens in der Zeit nach 1918. Damals Redseligkeit, Konfusion, Volksversammlungsplaidoyers zum höheren Ruhme des Weimarer Systems und der von jener trüben Welle emporgespielten Genossen. Heute: die jungen Vertreter des neuen Deutschland, diszipliniert, getragen von dem Willen zur sachlichen Arbeit, gestützt auf das Bewußtsein gemeinsamer Verantwortung für die Geschicke der Vaterstadt." Einer von den elf Dringlichkeitsanträgen lautete:

"Die alte Landes- und Regierungshauptstadt der Nordmark Schleswig verleiht dem Sohn der Südmark, dem Befreier und Führer des deutschen Volkes, dem Reichskanzler Adolf Hitler, das Ehrenbürgerrecht."

Die "Schleswiger Nachrichten" schließt dazu weiter:

"Selbst als unter atemloser Stille der Antrag zu Gehör gebracht wurde, dem Volkskanzler Adolf Hitler, dem getreuen Sohn der Südmark, das Ehrenbürgerrecht der Landeshauptstadt der Nordmark zu verleihen, hielt die Einigkeit an. Was machte es, daß die drei Sozialdemokraten taktlos genug waren, bei dem dreifachen Heil auf den neuen großen Ehrenbürger Schleswigs sitzen zu bleiben. Als Stadtrat Dr. Herting dies Verhalten feststellte, wurde es mit lauten Pfui-Rufen quittiert. - Selten wohl hat ein Ehrenbürgerbrief solche innere Berechtigung gehabt wie dieser: die Nordmark-Hauptstadt dem besten Südmark-Sohn, der das Unrecht der blutenden Grenzen beseitigen wird und ein großes deutsches Vaterland aus dem Schutt der Nachkriegszeit schaffen will."

So waren viele bürgerliche Zeitungen.

Beschimpfungen der Demokraten und Schweifwedeleien gegenüber den uniformierten, disziplinierten neuen starken Männern mit ihrem "großen Führer". Als einer der "schwafelnden Stadtväter" und "von jener trüben Welle emporgespülten Genossen" könnte man nach dem, was man in den vergangenen 25 Jahren erlebt und gesehen hat, bitter werden. Aber Demokratie setzt Toleranz voraus, doch nicht Toleranz zum Äußersten. Die Toleranz hört auch in der Demokratie auf, wenn die Ehre des Menschen angegriffen wird. Dann hat man auch in einer Demokratie das Recht, hart zuzupacken.

Was waren doch die Nazis für tüchtige Kerle. Elf Dringlichkeitsanträge in 28 Minuten. Wie haben sie mit dem Kopf nicken müssen in dieser kurzen halben Stunde. So etwas kommt nur einmal in der Stadtgeschichte vor. "Es ist wohl kaum vordem dagewesen" - und wir wünschen, daß es nimmermehr geschehen möchte, daß eine Stadtvertretung einem fürchterlichen Menschen das Ehrenbürgerrecht verleiht, der, gestützt auf von ihm politisch völlig irgeleitete Volksmassen, als Diktator die Macht an sich reißt, einen fürchterlichen Weltkrieg inszeniert, Millionen Menschen in bestialischer Weise umbringen läßt, Millionen Menschen durch seine Politik heimatlos macht und das deutsche Volk in Not und Elend hinterläßt.

Wie muß dem verantwortlichen Redakteur heute nach 25 Jahren zumute sein, wenn er diesen Sitzungsbericht wieder liest. Uns scheint, daß die "Schleswiger Nachrichten" in der Stadtgeschichte manchmal eine schlechte Figll' gemacht hat.

Schwer und bleiern senkte sich die Nacht, eine lange Nacht, auf Schleswigs Straßen, Gassen und Häuser. Menschliche Freiheiten, Toleranz, Güte, Frohsinn und jede Lebensfreude wurde systematisch ausradiert und getötet, Denunziationen, Verdächtigungen, Häßlichkeiten, Schäbigkeiten, Haß, alle schlechten Eigenschaften der menschlichen Kreatur wurden geradezu gezüchtet. Jeder ist des anderen Teufel. Mit diesem System wollte man eine neue, bessere, ideale Volksgemeinschaft schaffen? Es waren doch bedauernswerte Geschöpfe, diese irgeleiteten neuen kleinen "Führer"! Diese Stickluft mußten wir 12 Jahre "in Ehrfurcht vor dem großen Führer" ertragen, ohne zu kritisieren, ohne zu murren, denn sonst kam die Gestapo. Wir kannten diese Kreaturen. Sie verfolgten uns auf Schritt und Tritt. Wir hörten von Gefängnissen, von

Lagern, von Mißhandlungen politischer Gegner, "Erschießungen auf der Flucht". Den Druck auf dem Herzen wurden wir nicht los. Wir ballten die Fäuste in den Taschen, stellten die Frage: Wie lange noch? Aber jede öffentliche Auflehnung bedeutete den Tod.

*Die Nazihölle in Neuengamme  
und die Tragödie in der Neustädter Bucht*

Man kann mich fragen: Was hast du denn eigentlich in der Zeit des tausendjährigen Reiches gemacht? Ich kann die berühmte Antwort geben, die der französische Deputierte Sieyes gab, der in der Schreckenszeit unter Robespierre im Konvent saß, ohne den Mund aufzumachen, als er gefragt wurde, was er denn eigentlich die ganze Zeit getan habe. Er lächelte und sagte: „Ich habe gelebt.“

Es dauerte nicht lange, da hörten wir von Verhaftungen von bekannten linksgerichteten Politikern in Kiel, Hamburg und in anderen Orten. Auch in Schleswig mußten *wir* mit Verhaftungen rechnen. Bei uns waren gewiß auch Rabauken in der SA, die mit Inbrunst die blutrünstigen SA-Lieder gröhlten, aber die waren nicht in der Leitung der Partei und SA. Die sozialdemokratische Partei in Schleswig hatte im politischen Kampf gegen die Nazis stets eine sachliche Linie innegehalten, und auch von der Seite der Nazis waren persönliche Anrempelungen stets vermieden worden. Aber, trau, schau, wem! Ich war Vorsitzender der Partei gewesen und rechnete mit meiner Verhaftung. Ich hatte zwar ein ruhiges Gewissen, aber damit konnte man in der damaligen Zeit nicht viel anfangen.

Aus dem Stadtparlament hatte man uns mit Behagen hinausbugsiert. Wir waren uns völlig klar darüber, daß weitere Usurpationen folgen würden. Soweit wir konnten, hatten wir schon "klar Schiff" gemacht. Die Arbeiterbücherei, die Eigentum der Partei und der Gewerkschaften war und in einem Raum des Hoeschen Büchereigebäudes in der Langenstraße untergebracht worden war, war aufgelöst worden. Da war nichts mehr zu holen. Hier kamen die Nazis zu spät, um den Marxismus auszurotten. In dem Büro der Schleswiger Volkszeitung und in den Privatwohnungen der Vorsitzenden der Gewerkschaften hatten sie zwar einige Broschüren und alte Zeitungen zusanunenraffen können, die dann feierlich auf dem Stadtfeld verbrannt wurden.

Die Parteiakten, Protokollbücher, Fahnen, Bilder und sonstige für die sozialdemokratische Partei wichtigen Dokumente hatte ich mit Hilfe von guten Freunden in einem Nebengebäude in der Töpferstraße eingemauert. Dort lagen die Sachen 12 Jahre lang und wurden erst am 1. Mai 1945 in einem feierlichen Augenblick wieder ans Tageslicht gefördert und der Öffentlichkeit übergeben.

Die erste Maßnahme, die man durchführte, war, wie man sagte, die "Säuberung der Verwaltung". Diese Maßnahme richtete sich gegen demokratisch gesinnte Beamte, Angestellte und Arbeiter, die bei den Verwaltungen und Betrieben des Staates und der Städte beschäftigt waren. Gegen diese richtete sich der Haß der Männer der Partei und SA. Die SA- und 55-Leute, die jahrelang für Hitler marschiert und demonstriert hatten, verlangten die Stellungen, die ihnen von der Führung versprochen worden waren. Durch dies schon von Dr. Behrens erwähnte Gesetz zur "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" wurden viele Demokraten, viele gute Berufsbeamte, gute Fachangestellte, Lehrer und Arbeiter durch Parteimänner ersetzt und stellunglos. Daß diese Ungerechtigkeit viel Haß und Verbitterungen brachten, lag auf der Hand. Man kannte sich, man kannte die neuen Personen in den Ämtern. Deren Ausbildung und Vorleben war in vielen Fällen nicht so, daß sie Vertrauen erweckten. Im Gegenteil, sie unterlagen der Kritik und wurden als Nutznießer des neuen Systems betrachtet. Aber sie hatten ein Parteibuch mit niedriger Nummer und galten als sogenannte "Alte Kämpfer" und waren stolz, fühlten sich erhaben, selbst wenn ihre geistige und moralische Qualität manchmal mangelhaft waren. So kam es denn, daß solche Größen, falls sie es zu arg trieben, auch für die Nazipartei untragbar wurden und langsam von der Höhe wieder dahin verschwanden, woher sie gekommen waren.

Das war aber nicht alles. Um nun eine richtige "nationale Revolution" zu machen, mußten doch Verhaftungen vorgenommen werden. Es begann in der Umgebung Schleswigs, in Eckernförde, Husum und Tönning. Schon Mitte Februar wurde in Schleswig die "Schleswiger Volkszeitung" die ihr Büro in der Langestraße 23 hatte, verboten. Lokalredakteur war der spätere, hauptamtliche Stadtrat Andreas Paysen. Paysen ließ sich nicht einschüchtern. Die Artikel gegen die Nazis wurden mit der Schreibmaschine geschrieben und in einem Fenster zum Aushang gebracht. Außerdem bezog er eine Anzahl Exemplare des "Dortmunder Generalan-

zeigers", die als Ersatz verteilt wurden. Diese Zeitung wurde nach dem 20. April 1933 verboten, weil das Blatt angeblich den "Führer" anlässlich seines Geburtstages verhöhnt hatte.

"Der Kampf geht weiter", das war die Losung der SA. Um endlich den verhaßten Marxisten den Garaus zu machen und jede Kritik an den Maßnahmen der Diktatur restlos zu beseitigen, wurde der Hesterberg, der als Brutstätte des Widerstandes angesehen wurde, am 11. April von Polizei und SA umstellt. „Um 5.30 Uhr“, so erzählt Andreas Paysen, "als ich zur Bahn gehen wollte, um den ‚Dortmunder Generalanzeiger‘ zu holen, wurde ich verhaftet und zur Moltke-Kaserne gebracht. Meine ganze Wohnung wurde von SA-Leuten durchsucht." Weiter wurden verhaftet der technische Leiter des Reichsbarners, der Vorsitzende der Gewerkschaften, Johannes Weiss, und eine Anzahl Kommunisten. Der Leiter dieser Unternehmungen war ein Polizei-Hauptmann Böcker, der früher Adjutant des preußischen sozialdemokratischen Innenministers war. Er hatte rechtzeitig die Farbe gewechselt.

Die Gefangenen wurden dann nach dem Amtsgerichtsgefängnis gebracht und später nach Rendsburg und Glückstadt verfrachtet.

Um diese Marxisten als richtige Verbrecher zu kennzeichnen, wurden vielen die Haare kurzgeschnitten. Diese Haarschneiderei wurde bald durch Verbot der Regierung eingestellt und den Konzentrationslagern vorbehalten. Im Laufe der Sommermonate wurden die drei Schleswiger Sozialdemokraten entlassen und mußten sich zunächst mehrere Male in der Woche bei der Polizei melden. Sie wurden also unter Polizeiaufsicht gestellt.

Oft haben meine Frau und ich vor dem Einschlafen daran gedacht und davon gesprochen, ob wir in dieser Nacht das Klopfen an der Haustür oder an einem Fenster mit dem Ruf "öffnen, Polizei"! hören würden. Die Verhaftungen wurden nachts durchgeführt. Es vergingen Wochen, ja einige Monate, es geschah nichts. Ich versah meinen Dienst auf dem Bahnhof Schleswig als Fahrdienstleiter im Behelfsstellwerk des Bahnhofs. Ich regelte den Zugverkehr und bediente die Zug-Sicherungsanlagen. Wir hatten Tag- und Nachtschichten. Zur Überwachung des Personals war ein Parteibeauftragter bestellt. Einige Kollegen waren Nazi-anhänger und Mitglied der Partei geworden. Man kann aber nicht sagen, daß unter dem Personal Gehässigkeiten gegen demokratisch gesinnte Kollegen zu Tage traten. Das Zusammenarbeiten war gut, und auch in

der dienstfreien Zeit spürte man kaum eine Änderung. Die gewerkschaftlichen Organisationen waren aufgehoben, und eine neue Naziorganisation wurde von oben her geschaffen. Aber die Reichsbahnverwaltung in Altona, meine vorgesetzte Behörde, war keine politische Behörde, sie leitete eine große Verkehrsorganisation. So war wohl die "Säuberung der Verwaltung von Sozialisten und Demokraten" vorerst nicht so notwendig. Wichtiger war für die Nazis, in die Ämter der staatlichen und kommunalen Verwaltung hineinzukommen. Der Drang der neuen Machthaber in den Eisenbahndienst zu kommen, war nicht so groß. Hier brauchte man eine Fachausbildung, sonst ging das Rad nicht mehr. Anders war es in den anderen Verwaltungen. Dort konnte man zunächst nur den Stuhl oder den Bock drücken. Die Arbeiten konnten ja doch von den noch verbliebenen Fachleuten gemacht werden. Auf diese Weise kamen viele Tausende "verdiente" SA- und SS-Leute zu gutbezahlten Beamtenstellen und gute, tüchtige, demokratisch gesinnte Beamte, Angestellte und Arbeiter wurden entlassen. So sah die "Wiederherstellung des Berufsbeamtenturns" aus, die rücksichtslos von den Nazis durchgeführt wurde. Das war die verlogene Personalpolitik, mit der auch Dr. Behrens, wie er sagt, nicht einverstanden war.

So vergingen Wochen und auch einige Monate. Eines Vormittags besuchte mich unser Bahnhofsvorsteher Stadelmann, der Vater des neuen Stadtverordneten, Maurermeister Stadelmann, in unserem Befehlsstellwerk. Das war an und für sich nichts Besonderes. Es gehörte zu den Dienstobliegenheiten eines Bahnhofsvorstehers, in gewissen Zeiträumen Revisionsgänge im gesamten Bahnhofsgelände durchzuführen. Ich merkte aber sehr bald, daß Herr Stadelmann zu mir in einer wichtigen Sache kam. Wir begrüßten uns und er sagte:

"Herr Clausen, ich bin von der Reichsbahn-Direktion beauftragt, eine wichtige persönliche Angelegenheit für Sie zu regeln. Die Direktion verlangt ein Urteil über ihre nationale Zuverlässigkeit. Diese Beurteilung kann von zwei verschiedenen Stellen gegeben werden. Es steht uns frei, entweder die örtliche Parteileitung der NSDAP zu hören, oder zwei Kollegen aus dem Personal des Bahnhofs zu beauftragen, über Sie ein Urteil abzugeben. Ich habe die Wahl. Es ist wohl nicht ratsam, die Partei zu fragen, ich schlage daher vor, den letzten Weg zu wählen. Die Kollegen müssen ausgewählt werden aus den Beamten, die Ihrer Besoldungsgruppe oder einer höheren Gruppe angehören. Ich wäre bereit, ein 501-

ches Urteil abzugeben und schlage weiter den Vorsteher der Bahnmeisterei, Bauinspektor Rehder, vor. Sind Sie damit einverstanden?"

Es sind 25 Jahre her. Beide Gutachter über meine nationale Zuverlässigkeit leben nicht mehr. Sie taten es, ohne daß ich in meiner Sache einen Finger rührte. Ich dachte nicht daran, einen Canossa-Gang zu machen und habe diesen Vorsatz durch die Schreckenszeit hindurch gehalten. Die beiden Kollegen, die nicht mal zu meinem engsten Freundeskreisen gehörten, taten es aus menschlichen und kameradschaftlichen Motiven völlig freiwillig, um einem Kollegen zu helfen. Eine solche Handlung ist wohlthuend, man vergißt sie nicht, es war in einer Zeit des Hasses und der Niederträchtigkeiten. Durch einen Schulkameraden aus meinem Heimatdorf, der als Beamter in der Personalabteilung der Reichsbahndirektion war, erfuhr ich einige Wochen später, daß meine Sache zu den Akten gelegt worden war. — Damit war der erste Sturm überstanden.

Als Staatsbürger des dritten Reiches und als Beamter des größten Staatsunternehmens mußte ich eine bestimmte Linie in meinem Verhalten innehalten. Dienstlich seine Pflicht zu tun, war selbstverständlich und leicht, aber die Parteiinstanzen schnüffelten ständig auch im Privatleben herum. Eine Widerstandsbewegung in der Stadt Schleswig zu organisieren war Wahnsinn und Selbstmord, und ich wollte doch auch gerne Hitler überleben. Ich war schon damals der Auffassung, daß dieser Usurpator mit seinen Paladinen nur durch die Wehrmacht zu stürzen sei. Parteigenosse der neuen Herren wollte ich auf keinen Fall werden, obwohl viele Beamte den Weg gingen. Ich wurde Mitglied der Nazi-Wohlfahrtsorganisation und zahlte pünktlich monatlich meinen Obolus in der Meinung, daß diese Beiträge doch wohl zum größten Teil den Armen zugute kommen und nicht für Hitlers beabsichtigten Krieg verwendet würden. Daneben blieb ich der zwar gleichgeschalteten Sportorganisation treu als Sportsegler. Ich betrieb fleißig den Segelsport nicht nur auf der Schlei, sondern auch während der Ferien zwischen den dänischen Inseln. Damit glaubte ich meiner Pflicht als Staatsbürger im dritten Reiche Genüge getan zu haben. Mit dieser Linie bin ich dann durch die 12 Jahre durchgekommen, obwohl im Laufe der Zeit von mehreren Seiten Aufforderungen an mich ergingen, in diese oder jene Organisation einzutreten. Ich habe die Anträge abgelehnt.

Die Segelfahrten durch die Ostsee nach Dänemark, die ja nur bis zum Beginn des Krieges durchgeführt werden konnten, waren für uns nach

Freiheit lechzenden Menschen ein unbeschreibliches, frohes Erlebnis. Mit einer kleinen 2-3 Tonnen-Jacht, ausgerüstet mit Kojen, Kajüte und Kochgelegenheit, in Wind und Sonnenschein die Grenzen des dritten Reiches mit seiner dumpfen Atmosphäre hinter sich zu lassen, war jedes Jahr eine Erholung. Da draußen auf See und am Strand war noch keine Gestapo, obwohl in den nordschleswigschen Häfen Vorsicht am Platze war, denn die deutsche Minderheit hatte damals schon viele fanatische Nazis in ihren Reihen. Man mußte sich in Gesprächen, besonders in politischen Gesprächen, sehr vorsehen. Eine unvorsichtige Äußerung über die Grenze zu den Hitler-Genossen hinübergetragen genügte für eine Verhaftung. Deshalb segelten wir weiter. Dänemark hat ca. 500 Inseln. Dänemark ist groß. In Dänemark herrscht die Demokratie, dort ist Freiheit! Wenn der Urlaub zu Ende war, wenn wir den Schleimünder Leuchtturm wieder verließen und Kurs auf die Schleistadt nahmen, dann waren wir traurig.

Feste, Kundgebungen und Versammlungen wechselten einander ab, es war dauernd etwas los. Das Volk durfte nicht zum Nachdenken kommen, es mußte in Bewegung gehalten werden. Das ist das Wesen der Diktatur. Die Versammlungsteilnahme wurde von Blockleitern der Partei und z. T. auch vom Vorstand der Ämter und Behördenstellen überwacht. So kam es, daß man — teils aus Neugierde — teilnahm. Am Schluß sang man das Deutschland-Lied, die National-Hymne, nachdem man den großen Führer gepriesen und gelobt hatte. Das Ende der Rede war ein "Sieg Heil" mit erhobener Hand. Die Hand mußte oben bleiben, während man sang. Der Nationalhymne hatte man ein Anhängsel gegeben, das sogenannte Horst-Wessel-Lied. Der Text lautete:

Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen,  
SA marschiert, in gleichem festen Tritt.  
Kameraden, die Rot-Front und Reaktion erschossen,  
marschier'n im Geist in unsern Reihen mit.

Horst Wessei war ein SA-Mann, der im Straßenkampf mit den Kommunisten erschossen worden war. Schießen taten nach der Propaganda Dr. Göbbels nur die Roten, nicht die SA. Dieser blutrünstige Text paßte nun wirklich nicht zu den wohlklingenden, auch als künstlerisch anerkannten Versen des deutschen Dichters Hoffmann v. Fallersleben. Und gar die schrille Melodie dieses Anhängsels in Verbindung mit Haydn's in aller Welt bekannten und anerkannten Vertonung des Deutschland-

Liedes war doch eine Verschandelung dieses deutschen Nationalliedes, das als Nationalhymne des deutschen Volkes vom ersten Präsidenten der Weimarer Republik, Fritz Ebert, eingeführt worden war. Wir hatten eine Beklemmung in der Bauchgegend, wenn diese Nazi-Nationalhymne gesungen wurde. Es war ein typisches Beispiel für die Verwirrung der Begriffe und Sinne, wenn man solche "Kunsterzeugnisse" gewaltsam dem Volke einzubleuen versuchte. Das nannte man nationale Erziehung, und wer nicht mitmachte, war ein Vaterlandsverräter und eine Gefahr für den Staat. FÜl' diese Leute hatte man die Erziehungsanstalten, die KZ's, geschaffen.

Nach einigen Jahren Dienst auf dem Bahnhof in Schleswig wurde ich wieder nach meiner alten Dienststelle zurückversetzt, nach der Güterabfertigung Schleswig-Altstadt. Durch diese Arbeit kam ich mit der Bevölkerung, besonders mit der Geschäftswelt Schleswigs, in Berührung. Ich hatte mit Beschädigung der Güter während der Beförderung und mit Güterdiebstahl zu tun. Diebstähle und Güterberaubungen nahmen stark zu, besonders in den Kriegsjahren. Durch die Behandlung der Entschädigungsfrage und Erstattung kam ich in die Geschäfte und Geschäftskontore. Ich hörte, wie die Stimmung der Bevölkerung von Jahr zu Jahr sank. Oft wurde die Kontortür zugemacht und die Lage diskutiert. Man sprach über das Ende, das für das deutsche Volk grausam sein würde. Die Stimmung des Schleswiger Bürgertums war umgeschlagen. Man erkannte endlich, welchen verhängnisvollen Weg man am 30. Januar 1933 beschritten hatte, als man diesem fürchterlichen Menschen die Macht gab.

So kam der 20. Juli 1944, der allen sich nach Freiheit sehrenden Menschen eine Enttäuschung brachte. Das mißglückte Attentat verschärfte die Situation und brachte vielen Tausenden guten Menschen den Tod.

Am 20. August 1944 hatten wir mit einigen Booten unseres Klubs bei herrlichem Wetter eine schöne Schleifahrt gemacht.

Diese Fahrt sollte auf lange Zeit meine letzte Fahrt werden.

Dienstlich war ich mit einigen Güterdiebstählen stark beschäftigt, deren Tatort Schleswig sein mußte. Diese Fälle bearbeitete ich zusammen mit der örtlichen Kriminalpolizei. Deshalb war es nichts Außergewöhnliches, als der Leiter der Kriminalpolizei, Kriminal-Sekretär Hamann, mich telefonisch verlangte und bat, ich möchte möglichst bald zu ihm in sein Büro kommen. Die Kriminalpolizei war in dem alten Logenhaus neben

dem Stadttheater untergebracht. Ich ging sofort hin. Herr Hamann empfing mich mit den Worten:

"Herr Clausen, ich muß Sie verhaften!"

Zunächst kam mir der Gedanke, es sei Spaß. Ich kannte Hamann gut, aber sein ernster Gesichtsausdruck sagte mir, daß die Sache ernst gemeint war.

"Das ist nicht schön, was habe ich verbrochen?"

Hamann erwiderte:

„Es liegt nichts Persönliches gegen Sie vor, ich darf es nicht sagen, aber weil wir Ims gut kennen, sage ich es doch zu Ihrer Beruhigung. Es handelt sich um eine allgemeine Aktion als Folge des Attentats auf Hitler.“

Ich durfte den Raum nicht mehr ohne Aufsidlt verlassen. Durch Fernsprecher konnte ich mit unserem Dienststellenvorsteher sprechen, so daß meine Frau verständigt werden konnte. Ich blieb nicht allein.

In Schleswig wurden weiter verhaftet die früheren sozialdemokratischen Vertrauensmänner: Peter Krey, Johannes Weiss, Wilhelm On und Ernst Möller. Der frühere Redakteur der Schleswiger Volkszeitung, Hans Flat-terich, kam einige Tage später zu uns, als wir schon in Kiel waren.

Später haben Kollegen von Hamann mir erzählt, es sei ihm unendlich schwer geworden, diese Verhaftungen durchzuführen. Er war kein Nazi, aber als Beamter mußte er den Befehlen gehorchen.

Die Verhaftungen wurden von der Kriminalpolizei durchgeführt und nicht von der Gestapo. Die Gestapo hatte ihr Büro am Gallberg, wo ein früherer Schauspieler Schäffer eine etwas undurchsichtige Rolle spielte, er war eine Art "Bürovorsteher".

Die Kriminalpolizei hatte angeordnet, daß wir nach Kiel zum dortigen Polizeipräsidium überführt werden sollten. Die Bewachung sollte durch Beamte in Zivil geschehen, um in der Stadt wenig Aufsehen zu erregen. Das war uns gar nicht recht, wir wären gerne in Dreierreihen unter Bewachung von uniformierter Polizei durch unsere Stadt zum Bahnhof marschiert.

Hamann ließ uns aber nicht hungrig reisen, wir bekamen ein Mittagessen. Es gab "gestofte" Bohnen und neue Kartoffeln. Die neuen Kartoffeln waren ausgezeichnet, bei den Bohnen fehlte die Butter. Am Spätnachmittag erreichten wir per Bahn das Kieler Polizeipräsidium in der Blücherstraße. Hier wurden wir abgeliefert, und die Schleswiger Polizeibeamten, die wir kannten, verließen uns. Es dauerte nicht lange, dann

waren die Räume des Präsidiums mit Verhafteten überfüllt, so daß wir noch am selben Nachmittag in einer Kolonne von 60-70 Mann nach einem berüchtigten sogenannten Arbeitslager in Drachensee am Stadtrand überführt wurden. Das Lager bestand aus zwei Holzbaracken in primitiver Bauart. Unsere Baracke hatte zwei Mannschaftsräume und die nötigen Räume für die Wachtmannschaften. In der Mitte der Baracke war eine Latrine angebracht, die ständig einen üblen Geruch verbreitete. Der eine Mannschaftsraum war mit Kriegsgefangenen besetzt, der andere Raum war leer und stank nach Lysol. Ein Kalfaktor, ein Bremer Seemann, empfing uns, er war auch "Schutzhäftling". Er erzählte uns, man hätte ihn von seinem Schiff weg in Bremen geschnappt, warum wisse er nicht, er sei schon ein Jahr "unter dem Schutz der Polizei", aber verhört hätte man ihn noch nicht. Er hielt eine kleine Ansprache. Man hatte ihm gesagt, es würden sehr vornehme "Schutzhäftlinge" kommen, und deshalb hätte er mit einem Kameraden den Raum mit Lysol desinfiziert, um die Wanzen wenigstens zu verscheuchen, denn in letzter Zeit wären diese Biester zu frech gewesen. Hier rechts sei ja die lange Holzpritsche, wo 30 bis 40 Mann Platz hätten. Er hätte Auftrag, uns für die Nacht je eine Decke zu übergeben, die morgens wieder abgeliefert werden müßte. Im übrigen sollten wir es uns nun bequem machen. Der kurze Aufenthalt in Drachensee wurde uns bald unerträglich. Wir haben der Stelle den Namen "Sing-Sing" gegeben. Schon in der ersten Nacht wurden wir so von Wanzen zerbissen, daß wir keine Minute Schlaf bekamen. Am nächsten Tage kamen viele neue Häftlinge, so daß der Raum so überfüllt wurde, daß wir nachts jede Ecke des Fußbodens als Liegeplatz gebrauchen mußten. An Schlaf war nicht zu denken. Der Gestank von den Kloaken in der Latrine wurde so unerträglich, daß wir die Polizei baten, unser trockenes Brot im Freien im Hof essen zu dürfen. Es muß anerkannt werden, daß die Polizei die Unhaltbarkeit der Verhältnisse erkannte und Maßnahmen zu einer Änderung traf. Wir hörten von Telefongesprächen, die zwischen Lagerleitung und Polizeipräsidium geführt wurden. Am dritten Tage unseres Aufenthaltes in "Sing-Sing" erschien ein starkes Polizeiaufgebot von ungefähr 20 Mann, bewaffnet mit Armeepistolen. Inzwischen war die Zahl der Verhafteten auf ca. 150 Mann gestiegen. Wir mußten antreten, Marschziel war der Bahnhof in Kiel. Da viele Ältere unter den Gefangenen waren, stellte die Polizei einen Bus zur Verfügung. Die Älteren wurden zum Bahnhof

gefahren. Da ich auch schon die 60 erreicht hatte und weiße Haare hatte, durfte ich mitfahren. Dieser Transport wurde am Nachmittag durchgeführt. Wir nahmen Platz im Personenwagen und warteten. Der Zug setzte sich erst nach Eintritt der Dunkelheit in Richtung auf Hamburg in Bewegung. Der Transport dauerte lange, denn wir hielten oft auf den Bahnhöfen. Südlich von Hamburg kamen wir in das Gebiet eines Fliegerangriffs. Der Zug stand und ringsherum platzten die Bomben, ohne den Zug zu treffen. Als wieder alles ruhig war, setzte der Zug die Fahrt fort. Im Morgengrauen hielten wir auf einem Bahngleis des KZ-Lagers Neuengamme. Hier hatte die Polizei ihre Aufgabe erfüllt. Sie übergab uns in die "Obhut" der 55.

Nach einem kurzen Marsch marschierten wir ein auf einen viereckigen Platz, der mit Zementplatten ausgelegt war, und das große Tor wurde hinter uns geschlossen. Da standen wir auf dem großen Platz, den man Appellplatz nannte, und auf dem wir dann später stundenlang in endlosen Reihen, die zu Tausenden zählten, stehen mußten. Rund herum standen unzählige Holzbaracken, die numeriert waren. Wir waren eingekehrt in eine Stätte des Grauens und des Todes. Waren wir uns dessen bewußt? Ich glaube nicht. Wir sahen das starke Tor, die Wachtürme, den mit elektrischer Hochspannung geladenen Stacheldrahtzaun, wir sahen die rauchenden Schornsteine des Krematoriums. Wir hatten von Mißhandlungen gehört, aber wir wußten noch nichts von den unmenschlichen Scheußlichkeiten, die heute weltbekannt sind.

Wir wurden vom Lagerältesten empfangen und weitergeleitet. Wir staunten, es war keine 55-Größe, es war ein Schutzhäftling so wie wir, aber er war ein altes Mitglied in einem tadellosen Zivilanzug, der allerdings die gelben Kreuze — das KZ-Lager-Zeichen — trug. Das waren an der Hose an jeder Seite ein deutliches Schrägkreuz mit gelber ölfarbe und am Jackett auf dem Rücken dasselbe Zeichen. Er trug auf dem Kopf eine große schwarze Baskenmütze und in der Hand eine Reitpeitsche. Die 55-Leute standen abseits. Wir wurden uns bald klar darüber, daß die ganze Lagerverwaltung und Einrichtungen in der Hand der Häftlinge war, und daß die 55-Leute nur aufsichtführend waren. Wir wurden nun durch die "Empfangsräume" geführt. Im ersten Raum zwang man uns, niederzuknien. Ein junger "Kollege" anderer Nationalität — ich weiß nicht welcher — schwang die Haarschneidemaschine und meine langen weißen Haare fielen zu Boden. Meine sämtlichen Kleidungsstücke und

Utensilien wurden in einen Sack gesteckt, und ich bekam eine Blockmarke um den nackten Hals gehängt mit einer eingestanzten Nummer. An dieser Marke konnte ich feststellen, daß ich der 43 284ste "Gast" war. Wir bekamen Verbrecherkleidung in einem jämmerlichen Zustand. Meine Hose war geflickt, schmutzig und zu klein, das dünne abgetragene Hemd hatte keine Knöpfe und riß entzwei, als ich es anzog. Wir bekamen Holzpantinen, die nur mit zwei Tuchriemen an den Füßen hingen, so daß wir sie beim Gehen verloren. Mit einer solchen Ausstattung erreichten wir unsere künftige Unterkunft, die Baracke Nr. 18 oder Block 18.

Nun will ich versuchen, den Zustand und unser Leben in einer Baracke zu schildern. Von solchen Baracken gab es viele in Nazi-Deutschland.

In der Mitte befand sich die Waschgelegenheit mit dann und wann fließendem Wasser, das allerdings sehr knapp war, daneben eine Kloaken-Latrine, die zwar abgedeckt, aber nie geruchlos war. An beiden Enden standen die aus grobem Holz gezimmerten Betten, zwei und drei übereinander. In jedem Bett lag ein Strohsack. Der Inhalt war alt, jahrelang gebraucht und zerquetscht. In der Mitte der Baracke neben der Waschanlage war der Aufenthaltsraum mit Tischen, Bänken und kleinen schmalen Schränken. In einer Ecke war ein Bretterschlag, in dem der Blockälteste wohnte. Unser Blockältester war Pole und ein langjähriger Insasse des Instituts. Er hatte einen guten Anzug an und die große schwarze Baskenmütze. Gute Zivilanzüge, davon hatte ein KZ genug. Das waren die Anzüge der wohlhabenden politischen Gegner der Nazis, der "Heimgegangenen", so war der Fachausdruck für die verstorbenen und getöteten Häftlinge. Die alten "Hasen", die die Verwaltung betrieben, nahmen natürlich das Beste. Unser Blockältester, den wir später mit seinem Vornamen Michael nannten, wies uns ein und gab uns Richtlinien, die strikt von uns innegehalten werden sollten. Er erklärte uns, daß wir seinen Anordnungen folgen mußten, sonst sei er gezwungen, uns zu schlagen; täte er das nicht, so würde er Prügel von den die Aufsicht ausübenden 55-Leuten bekommen. Wir mußten uns an einen Tisch setzen, sieben Mann an jeder Seite und der fünfzehnte am Ende. Der fünfzehnte am Ende hatte bei den Mahlzeiten das Essen zu verteilen und die Verantwortung dafür, daß jeder seinen Teil bekam. Weiter bekamen je zwei Mann einen kleinen Schrank. Jeder Platz für eine Person wal' mit 50 cm berechnet. Insofern herrschte Ordnung, und Ordnung ist bekannt-

lich das halbe Leben und - Unordnung die andere Hälfte, sagt man. So sah die Sache aus. Aber wir hatten doch ein dumpfes Gefühl, ein Gefühl, das uns sagte, das ist noch nicht alles, das Schwerste, Unheimliche, kömmt noch. Plötzlich stand ein sogenannter "alter Hase" unter uns: "Kameraden, hört zu." Mit unterdrückter Stimme gab er uns in kurzen Sätzen einen Überblick über das Leben im Lager, Richtlinien, nach denen wir uns verhalten sollten und was geschehen konnte, wenn ...? Seine Ratschläge endeten mit der Aufforderung: "Haltet aus, haltet den Humor aufrecht, den Willen zum Leben, sonst seid Ihr verloren, der Zusammenbruch des Hitler-Systems ist nahe!"

Wir fragten uns, wer war das? War es ein Freund, war es ein Spitzel? Wir wurden mißtrauisch. Später erfuhren wir, daß es ein guter Kamerad wal'. Er war Kommunist und war schon neun Jahre in Neuengamme und hatte in der Verwaltung einen wichtigen Posten inne. Seinen Namen habe ich leider vergessen. Von solchen Kameraden hat es viele gegeben, aber es gab auch andere, die ihre Kameraden schikanierten, um selbst bei der 55-Aufsicht eine gute Note zu bekommen.

Am Abend des ersten Tages mußten wir den Appell auf dem großen Platz mitmachen. Unser Blockältester Michael ließ uns auf dem Platz zwischen den Baracken antreten und zählte seine Häupter. Als die Zahl stimmte, kommandierte er "Ohne Tritt, marsch". Draußen auf dem Platz standen die großen Kolonnen, an der Front der Lagerälteste, der die Meldungen entgegennahm. Daneben stand der 55-Stab, an der Spitze der Lagerkommandant Anton Thuman, von dem man die scheußlichsten Dinge erzählte. Der Mann stand mit einer Reitpeitsche in der Hand und mit einem Schäferhund an seiner Seite. Man erzählte von ihm, daß er zu jeder Minute, so wie er stand und ging, Gefangene mißhandelte. Viele Morde sollte er auf dem Gewissen haben. Der Appell dauerte sehr lange, mit müden Beinen kamen wir in unsere Baracke zurück.

In der ersten Nacht hatte noch jeder sein "Bett", und wir schliefen völlig ermüdet in dieser ersten Nacht im KZ Neuengamme.

Früh am Morgen ertönte Musik, die Lagerkapelle spielte auf dem großen Platz, wo die Arbeitskolonnen zu ihrer Tagesarbeit antraten und dann zu ihren Arbeitsplätzen in der Umgebung des großen Lagers abmarschierten. Die fröhliche Marschmusik war ein Hohn in diesem "Milieu" des Hasses und der Gemeinheit. Wir wurden vorerst nicht zu einer Arbeit eingeteilt. Nachdem wir unseren "Morgenkaffee", eine undefinier-

bare braune Brühe und trockenes Brot, genossen hatten, konnten wir in dem schönen Spätsommer zwischen den Baracken einen Spaziergang machen. Wir durften auch einen Schemel mitnehmen und uns in die Sonne setzen. Der Platz war nicht groß, aber mit Zementplatten ausgelegt. Am Ende des Platzes stand ein Gerüst aus starken Holzbalken. Das war ein Galgen, von denen es mehrere im Lager gab. Oft wurde ein zum Tode verurteilter Gefangener gehängt. Das geschah öffentlich, die Barackenbewohner mußten antreten und zusehen. So erzählten uns die älteren Kameraden. Jeden Morgen kam ein SS-Mann. Er ging mit einem todernsten Gesichtsausdruck durch die Baracke und prüfte, ob alles in Ordnung war. Wenn er etwas fand, machte er einen Heidenspektakel und beschimpfte den Blockältesten. Am ersten Vormittag hatten wir ein trauriges Erlebnis. Die Reinigung der Barackenräume wurde von einigen älteren Lagerinsassen durchgeführt, die dauernd Stubendienst hatten und das Essen aus der recht entfernten Küche holten. Einer dieser Leute war damit beschäftigt gewesen, die Tagesration an Brot mit einem Brotmesser zu zerschneiden. Er hatte, nachdem er fertig war, das Brotmesser auf dem Tisch liegen lassen. Einer unserer Kameraden aus Lübeck, den Namen habe ich vergessen, der uns schon wegen seiner gedrückten Stimmung aufgefallen war, nahm das Messer und schnitt sich die Kehle durch, ohne daß einer von uns dies verhindern konnte. Der Tod trat sofort ein. Dieser Vorfall gab Anlaß zu einer unerträglichen, gedrückten Stimmung unter uns. Die Lagerleitung kam, registrierte den Fall, und wir waren mit unseren Gedanken allein. Ja, es ging um Tod oder Leben - Sein oder Nichtsein —, darüber waren wir uns alle klar. Aber was hatte der kommunistische Kamerad gesagt: Der eiserne Wille zum Leben ist notwendig und der Humor!

Wir hatten nun Zeit gehabt, die Lage unter uns zu besprechen. Unsere Kameraden waren aus Südschleswig und Holstein, es waren meistens gute Bekannte, die als Sozialdemokraten vor 1933 im politischen Kampf für die Demokratie gegen die Nazis gestanden hatten. Teils waren sie schon von der Gestapo inhaftiert gewesen. Die Verhaftungswelle nach dem Attentat des 20. Juli ging weiter und es dauerte nicht lange, da war unsere Baracke Nr. 18 übervoll, so daß wir mit zwei Mann in jedem kleinen Bettkasten schlafen mußten. An Schlaf war nicht zu denken, zumal es fast jede Nacht Fliegeralarm gab. Bei dem Geheul der Alarmsirenen mußten wir im Dunkeln aufstehen, und dann wurden wir durch

die Gänge geschleift zu einem großen Keller in einem Steingebäude. In den dunklen Gassen und Gängen standen 55-Leute und Blockälteste mit Schlagwerkzeugen und schlugen zu, wenn der Marsch in Holzpantoffeln nach ihrer Meinung zu langsam war. Wir landeten in Kellerräumen, die mit ca. 10 000 Menschen so gefüllt waren, daß die Stickluft kaum zu ertragen war. Diese Tortur dauerte oft die halbe Nacht.

Wir konnten jedes politische Gespräch führen. Wir waren über die Kriegslage gut informiert und konnten bald feststellen, daß die Gefangenen im Lager auch ausländische Sender hörten. Es drehte sich in unserer Diskussion um die Frage: was macht man mit den Gefangenen, wenn die Alliierten sich dem Lager nähern?

Bevor ein Thumann und seine SS-Leute ihr Leben verlieren, wird diese Bande uns mit Maschinengewehren zusammenschießen. Dann gilt es, unser Leben so teuer wie möglich zu verkaufen, und dazu gebrauchen wir Waffen. Werden die alten Bonzen, die alten Gefangenen, die in der Lagerverwaltung sitzen, eine solche Verteidigung organisieren können? Das waren Fragen, mit denen wir uns gedanklich und auch in Gesprächen beschäftigten. Dazwischen kam auch der Humor zu seinem Recht. Wir hatten schon die Posten verteilt, die wir nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches übernehmen mußten. Kollege Vosgerau aus Eckernförde war als Landrat in Eckernförde ausersehen und ich als Bürgermeister meiner Heimatstadt Schleswig. Vosgerau und ich schliefen in einer Holzkiste. Wenn wir morgens aufwachten, sagte Vosgerau: „Guten Morgen. Wie haben Herr Bürgermeister geschlafen?“ Ich antwortete: "Danke, Herr Landrat, für die gütige Frage, sehr gut!" Viele Kollegen wurden scherzweise mit ihrem neuen Titel angeredet. Ja, wir waren uns darüber klar, daß es in Deutschland nach diesem fürchterlichen Zusammenbruch wieder wie nach 1918 die so gelästerten und beschimpften Sozialdemokraten sein würden, die den Dreckkarren anfassen mußten, weil das deutsche Bürgertum und damit auch das Schleswiger Bürgertum durch die entsetzliche Enttäuschung gelähmt war, die ihr der große Führer gebracht hatte. Schuldbewußt überließen sie es wieder den Sozialdemokraten, den Grundstein für eine bessere Volksgemeinschaft zu legen.

So fanden sich Diskussionsgruppen bei schönem Wetter im Freien zusammen auf dem Platz zwischen den Baracken und bei schlechtem Wetter in unserer "täglichen Stube". Eines Tages saßen 20 Mann auf Schemeln

zusammen. In der Mitte saß der Naturwissenschaftler v. Frankenberg und hielt einen interessanten Vortrag über das Leben der Bienen. v. Frankenberg, der zusammen mit Hunderten von Gefangenen gekommen war, unter denen sich auch der spätere Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, befand, erklärte uns, daß sein Vorrat an Vorträgen für Jahre reichen würde, so lange würde Hitlel' nicht mehr regieren. Dieser Trupp kam von der Hannover-Gegend und wohnte zusammen mit uns im Block 18.

Einer der Stubendiensthhabenden war Russe. Das war ein großer, starker Mann, wir nannten ihn "Iwan". Er erzählte uns in einem gebrochenen Deutsch, er hätte bei einem Bauern in einem Ort in Westfalen gearbeitet. Eines Tages - es war ungefähr vor zwei Jahren - war er von der Gestapo auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte auf dem Felde geschnappt und nach Neuengamme gebracht worden; warum wisse er nicht. Iwan war auch Musiker, er mußte morgens und abends raus mit seiner Trompete. Eines Abends saßen wir mit Iwan zusammen in unserer "täglichen Stube". Ich sagte zu Iwan: "Hör, Iwan, du bist doch Kommunist, nicht wahr?" Als Iwan die Frage bejahte, sagte ich: "Du könntest uns eigentlich mal ganz leise die 'Internationale' blasen." Iwan nahm seine Trompete, und ganz leise klangen die Töne dieses in der ganzen Welt bekannten Liedes. In der Stube stand Michael, der Blockälteste, er sagte nichts. Es sah so aus, als wenn er traurig war.

An den Sonntagen bekamen wir Besuch von den anderen Baracken. Es waren meistens Kollegen, die mehrere Jahre hinter sich hatten und irgendwie in der Verwaltung des Lagers beschäftigt waren. Sie erzählten uns, daß wir, die Inhaftierten der sogenannten Aktion "Gewitter", eine Sonderstellung einnahmen. Wir brauchten nicht zu arbeiten und würden nach einer Untersuchung wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Das klang gut, aber wir hörten nichts und Woche auf Woche verging. Trau, schau, wem?

Alle Gefangenen waren durch ein Abzeichen am Revers der Jacke in Gruppen geteilt. Die "Politischen", also wir, hatten ein rotes Dreieck, die "Kriminellen" grün, die Bibelforscher violett und die Homosexuellen schwarz. Wir mieden die "Grünen". Man wußte nie, was sie auf dem Gewissen hatten. Es waren Frauen- und Kindermörder darunter. Dagegen kamen die "Violetten", die Bibelforscher, oft zu uns, besonders an den Sonntagen. Dann gab es lange Diskussionen über Religionsfragen, und die Zeit verging.

Die Verpflegung des deutschen Volkes war Ende des Jahres 1944 sehr schlecht und in den KZ's noch viel schlechter. Es gab sichtbare Zeichen von Unterernährung unter den Gefangenen. Die Sterblichkeitsziffer stieg von Monat zu Monat. Lange Arbeitszeit, primitive Unterbringung, mangelhafte Ernährung und unzureichende Kleidung mußten notgedrungen zu Erkrankungen führen. Obgleich die Gefangenen sich scheuten, sich krank zu melden, weil die Behandlung der Kranken hundsmiserabel war, standen trotzdem mehrere hundert jeden Morgen vor dem Krankenbau. Von den Eingelieferten kamen die meisten nicht zurück. Schon in den ersten Wochen starben mehrere unserer Kameraden, die ein Alter von 60-70 Jahren hatten. Die Schornsteine des modern eingerichteten Krematoriums rauchten von morgens bis abends.

Die Verpflegung war unbeschreiblich. Es gab täglich eine Kohlrübenwassersuppe ohne Fett und ohne Fleisch und ohne Kartoffeln. Die Brotration war unzulänglich und der Aufschnitt war das Minderwertigste, was fabriziert wurde. Oft gab es nur trockenes Brot. Die Folgen einer solchen Behandlung war die sogenannte "Lagerkrankheit". Es begann mit geschwollenen Füßen, verbunden mit Schwindelanfällen. Eines Tages gab es Pellkartoffeln, das war ein Leckerbissen. Als wir die Kartoffelpelle in eine draußen stehende Tonne kippten, fielen Gefangene der Nachbarbaracke gierig über die Schale her und aßen sie. Unser Geld hatte man uns gegen **Quittung** zusammen mit der Kleidung abgenommen. Wir bekamen in der Woche 1,50 "Lagennark". Dieses Zahlungsmittel war ein weißes, viereckiges Pappstück mit einem Stempel. Dieses Geld wurde gerne genommen, weil man dafür zu gewissen Zeiten in einer "Kantine" Zigaretten bekommen konnte. Wenn wir dann mal einige Zigaretten hatten, dann hatten wir kein Feuer. Streichhölzer gab es nicht, die waren gefährlich in der Hand der Gefangenen. Ein Kamerad hatte sich tatsächlich ein Feuerzeug "organisiert". Wie das möglich gewesen war, war ein Geheimnis. Er gab Feuer, aber nur gegen eine Prise Tabak. So ungefähr sah die sogenannte "Quarantänezeit" aus, in der wir aber nur einige Wochen lebten. Später, nachdem ich entlassen worden war, wurde das Dasein wieder schlechter. Unser Kamerad Hans Flatterich hat in einem Artikel über diese Zeit geschrieben:

"Man verlegte uns in einen großen Block, in dem sich einige hundert Häftlinge, zur Hauptsache Kriminelle, Asoziale, Homosexuelle, Leute mit lebenslänglicher Sicherungsverwahrung, befanden. Mit diesen Häftlin-

gen wurden wir dann völlig vermischt. Bemerkte sei noch, daß wir von dem größten Teil dieser Häftlinge alles andere denn freundlich empfangen wurden. Unter uns befanden sich Leute, die weiter nichts an Verbrechen aufzuweisen hatten, als daß sie vor 15 oder 20 Jahren mal vorübergehend Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete, Gemeindevertreter oder dergl. gewesen waren, alte ehrbare Leute, die nie in ihrem Leben mit der Polizei oder den Gerichten zu tun gehabt hatten. Diese Menschen wurden hier nun mitten zwischen Schwerverbrecher gesteckt und auch gleichwertig behandelt. Und der Blockälteste, der hier über uns gebot, war ein Berufsverbrecher, nebenbei ein besonders übler Typ, der ständig die gemeinsten Schimpfworte anwandte. Diese ganze Umwelt und alles das, was man sonst in diesem Lager sah und seelisch miterlebte, wurde für viele von uns zu einer ungeheuren Qual. Es war nicht verwunderlich, wenn sich mancher von uns oft tagelang mit dem Gedanken trug, durch Berührung der Stacheldrahtumzäunung dieser ganzen Qual und diesem erbärmlichen Dasein ein schnelles Ende zu machen. Manchen unserer Kameraden haben wir geradezu bewachen müssen, um ihn davor zu bewahren. Immer wieder galt es, Verzweifelte aufzurichten, Hoffnungslosen Hoffnung zu machen und Kranken beizustehen. Man mußte, wenn man in dieser Hölle nicht untergehen wollte, alles von sich abschütteln, nicht nach rechts und links, sondern stur geradeaus blicken und immer wieder nur den einen Vorsatz fassen, am Leben zu bleiben. Wer hier seelisch unterlag, war bei dem geschwächten Körper und dem dadurch bedingten Mangel an Widerstandskraft sehr schnell ein erledigter Mann und reif für den Schornstein."

War es nun möglich, daß unschuldige Menschen aus dieser Hölle wieder herauskamen, und was konnten die Angehörigen tun? Diese ganze Aktion, die Massenverhaftungen als Folge des Attentats, waren ein sichtliches Zeichen der Unsicherheit in der Naziführung. Wir waren in Schutzhaft, also in Haft zum Schutz Hitlers und seines Systems. Diese Unsicherheit in der SS fühlten wir. Die Alliierten drangen ständig weiter vor und standen vor Aachen.

Meine Frau war von einem Kollegen informiert und wußte, daß wir nach Kiel befördert waren und erfuhr auch, daß wir in der Baracke in Drachensee, einem Vorort von Kiel, wohnten. Wenn Menschen in Not sind, dann zeigen sich die richtigen Freunde. Wir hatten viele Freunde, viele Gleichgesinnte in der Stadt. Unsere Verhaftung erregte großes Aufse-

hen in den Straßen und Gassen Schleswigs, und viele waren empört, Aber konnte man etwas tun? War es nicht gefährlich, sich der Sache anzunehmen? Konnten und wollten die Angehörigen sich an die Leitung der Naziartei wenden mit einer Bitte in ihrer Not? Wir kannten die Personen, die örtlich in der Leitung saßen, aber wir hatten keinen Kontakt mit ihnen. Wir wußten, daß diese Männer ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht begehen würden. Aber war ihr Arm so lang, daß er in diese Hölle in Neuengamme hineinreichte, und sollten wir nun noch kurz vor dem Zusammenbrechen des Systems einen Kniefall machen?

Von meinen engeren Bekannten war es nur ein Ehepaar, das sich der Sache annahm und meiner Frau beistand. Fritz Waszkewitz war bei der Schleswiger Regierung Amtmann und in den Augen der Nazis selbst stark belastet. Er war im preußischen Finanzministerium Amtmann gewesen und Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Er hatte, nachdem man ihn aus dem Ministerium ausgebootet hatte, den Weg zu seiner Heimatstadt Schleswig gefunden und tat seinen Dienst im Regierungsgebäude. Er unternahm zunächst einen Gang durch das große Gebäude zu der Polizeiabteilung der Regierung, wo man ihm nach einer Unterredung den Rat gab, die Finger davon zu lassen. Seine Frau hatte inzwischen mit meiner Frau eine Reise nach Kiel-Drachensee organisiert, um mit einem Paket mit Kleidungsstücken und einem Teil Verpflegung den "Schutzhäftling" zu besudlen. Der Besuch kam zu spät. Wir waren bereits in der Nacht per Bahn nach Neuengamme abgedampft. Die beiden Frauen sahen nur die kümmerliche Baracke, die von Bombensplintern teilweise durchlöchert war, weil in der Nacht die Nebenbaracke durch eine Bombe vollständig zerstört worden war. Also, der Zufall war uns zu Hilfe gekommen.

Mein Freund Fritz ließ aber nicht "die Finger davon", er fand einen anderen Weg um die Partei herum. Er setzte sich mit dem Vorsitzenden des Schlei-Segel-Clubs, dem Buchdruckereibesitzer Hermann Ibbeken, in Verbindung. Durch Ibbeken fand ich den zweiten Freund, der einen Einsatz wagte. Da ich Mitglied des Vorstandes des Schlei-Segel-Clubs war, ging Ibbeken zu dem zweiten Vorsitzenden des Clubs, dem früheren Admiral und damaligen Landrat des Kreises Schleswig, Kolbe. In dieser Situation bekam ich den dritten Freund, und das war mein Sohn, der zu der Zeit als Leutnant einer Unterseeboot-Flottille in Pillau war. Er hatte,

nachdem er das Vorgefallene seinem Kommandanten gemeldet hatte, sofort acht Tage Sonderurlaub bekommen, um seinem Vater zuhelfen. Und nun kam es zu einer Unterredung zwischen dem Admiral und dem Leutnant. Ich bin nie ein Freund des Militärs gewesen, aber diese beiden Militärpersonen, der kleine Leutnant und der Admiral, haben mir einen großen Dienst erwiesen. Besonders dem inzwischen verstorbenen Landrat-Admiral Kolbe schulde ich Dank für seine Bereitwilligkeit, sich einzuschalten. Er ebnete meinem Sohn den Weg zu dem Sachbearbeiter der Gestapozentrale in Kiel. Mein Sohn reiste nach Kiel in den "Rachen des Löwen" und wurde vom Sachbearbeiter, einem jungen Regierungsrat, freundlich empfangen. Nachdem mein Sohn den Sachverhalt dargelegt hatte, durchsuchte der Regierungsrat seine Papiere, die auf dem Schreibtisch lagen, und fand meine Untersuchungspapiere. Nach Durchsicht erklärte er: Meine Sache sei untersucht, es läge nichts vor, ich könne mit meiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Neuengamme rechnen. Die Entlassung würde aber nicht sofort durchgeführt wegen der Anhäufung der Arbeit, es könnte noch acht bis vierzehn Tage dauern. Aber damit gab sich mein Sohn nicht ganz zufrieden. Er stellte die Frage, ob es möglich sei, daß er persönlich nach Neuengamme reisen könne, um seinem Vater diese Nachricht zu überbringen. Auch dies wurde zugestanden, und mein Sohn wurde von der Gestapo telefonisch angemeldet. Nachdem mein Sohn mir später den Vorgang erzählte, habe ich manchesmal gedacht, es war doch wohl die OHiziersuniform, die die glatte Erledigung der sehr schwierigen Angelegenheit löste, denn die Uniform hat zu allen Zeiten im preußischen und deutschen Militär eine große Rolle gespielt.

Wir sitzen auf dem kleinen Platz zwischen den Baracken auf unseren Holzstühlen. Die Septembersonne scheint und bringt etwas Wärme in unser trostloses Dasein. Wir diskutierten wieder unser Schicksal. Man redet nun schon einige Wochen davon, daß wir entlassen werden sollen. Wir wissen nichts, auch nichts von unseren Angehörigen; wir hören nichts von der Heimat. Ich sitze zwischen zwei Freunden — es sind Vosgerau, Eckernförde, und Peter Krey, Schleswig. Vosgerau sagt: "Sag mal, Hermann Clausen, wenn Du wieder nach Hause gekommen bist, was willst Du zuerst essen?" Darüber habe ich nun wirklich noch nicht nachgedacht, aber das ist ein Thema, das diskutiert werden kann. Ich gehe auf seinen Gedankengang ein. "Bist Du Dir denn schon darüber

klar, wie das erste Mittagessen bei Dir zu Hause aussehen soll?" „Ja", sagt er, "ich wünsche mir Pfannkuchen und Stachelbeeren". Und nun schilderte er uns mit beredten Worten, wie die Pfannkuchen angerührt und gebacken werden sollen, und wie schön dazu Stachelbeerkompott schmeckt, so daß bei Peter und mir schon das Wasser zwischen den Zähnen quillt.

Da betritt ein großer 55-Mann den Platz. Wir stehen auf, er ruft "Nummer 43284". Ich nenne meinen Namen. Er sagt "Kommen Sie mit mir zur Wadle". Im Lagerleben bedeutete nach den Schilderungen der länger anwesenden Insassen ein solcher Ruf jedesmal eine Katastrophe. Nur Häftlinge, die etwas verschuldet hatten, mußten zur Wache, um bestraft zu werden - im glimpflichsten Falle mit einer Prügelstrafe. Die ganze Blockbesatzung, die mm zu hunderten zählte, ist auf das Äußerste gespannt, was man von mir will. Ich gehe mit dem 55-Mann über den großen Appellplatz. Der Mann spricht nicht, und ich schweige. Idl fühle, er nimmt eine gewisse Rücksicht, denn mit meinen klappernden Holz-pantoffeln, die schwer an den Füßen zu halten sind, kann ich nicht schnell gehen. Das Gehen mit einem solchen miserablen Fußzeug muß man erst wochenlang üben. Dieser große 55-Mann, der im übrigen doch ein mehr freundliches Aussehen hat, führt mich in das Wachtlokal. Hier empfängt mich ein Kamerad von ihm mit einem Bullenbeißergesicht: "Wie heißen Sie". Ich nenne meinen Namen. "Haben Sie einen Sohn bei der Marine?" Ich bejahe. "Was ist der?" Ich antworte: "Leutnant". "Er will Sie sprechen, wir führen Sie zum Außentor." Bei diesen Worten prüft er mit einem Blick von oben bis unten meine erbärmliche Kleidung und murmelt etwas zu seinem Kameraden, was ich nicht verstehe. Der freundlicher aussehende 55-Mann führt mich weiter und fängt auch ein wohlwollendes Gespräch mit mir an. Für uns sei es ja doch nicht so schlimm, er hätte gehört, daß die ersten Entlassungen in kurzer Zeit stattfänden. - Also doch eine menschliche, mitfühlende Stimme in dieser Hölle.

Der 55-Mann führte mich in ein Büro, in dem ein Unteroffizier und ein Gestapo-Mann an Schreibtischen saßen. Und nun stand idl in erbärmlicher Verbrecherkleidung und abgeschnittenen weißen Haaren vor meinem Sohn! Wir setzten uns an einen runden Tisch mit zwei Stühlen. Wir bekamen 15 Minuten Redezeit. Infolge meines körperlich schwachen Zustandes - wir hatten im Jahre 1944 schon eine latente Hungers-

not in Hitler-Deutschland - und der seelischen Belastung und einer Wut im Herzen über die Behandlung, konnte ich vorerst nicht sprechen. Es dauerte eine geraume Zeit, bevor ich mich fassen konnte. Mein Sohn erzählte in Gegenwart der 55-Leute den Hergang seiner Aktion, wobei beide sehr interessiert zuhörten. Während unserer Unterhaltung trat der erste Kommandant Pauly ins Zimmer und verschwand sofort wieder. Wir beachteten ihn nicht. Mein Sohn brachte mir eine Ration Lebensmittel, Tabak und - was sehr wichtig war - warme Kleidung, denn ich ging schon mit einer starken Lungenverschleimung infolge des eingetretenen kalten Wetters. Welchen Eindruck die Mitteilung von meiner baldigen Entlassung auf mich ausübte, brauche ich wohl nicht zu schildern.

Später habe ich erfahren, daß auch Eisenbahner-Kollegen in Altona zusammen mit der Reichsbahn-Verwaltung eine "Rettungsaktion" starteten, um meine Freilassung zu erreichen. — Also, ich stand nicht ganz allein in dieser schweren Zeit.

Nachdem wir uns verabschiedet hatten, untersuchte der "Mann in Zivil" den Inhalt des Pakets. "Wollen Sie den Karton behalten?" "Ja, gerne, geben Sie mir auch das Band." Er sah mich an. "Wollen Sie sich erhängen?" Ich antwortete kurz: "Nein, meine Sachen umschnüren, wenn ich reise." Draußen wartete mein 55-Mann und brachte mich wohlbehalten mit meinem Paket unterm Arm nach Block 18. Weit kam ich nicht mit meinem Heinlat-Paket. Ich wurde von meinen Kameraden umringt und mußte Bericht erstatten. Als ich erzählte, daß ich in dem Augenblick, wo ich meinem Sohn gegenüber stand, kein Wort hervorbringen konnte, ging einer von meinen Mitgefangenen mit geballten Fäusten auf mich zu. Mit Tränen in den Augen und mit unterdrückter Wut sagte er: "Dafür, daß Du alter Mann, der ehrlich durchs Leben gegangen ist, in diesem Verbrecheranzug vor Deinem Sohn stehen mußt, dafür sollen die Hunde büßen!"

Mein Bericht war die erste glaubwürdige Stimme aus der Heimat und dadurch hob sich die Stimmung zunächst bedeutend.

Es dauerte nicht lange, dann begannen die Entlassungen. Der erste, der entlassen wurde, war unser Kamerad Ernst Möller. Die Entlassungen wurden durch den Blockältesten durchgeführt, der abends *die* Liste der Glücklichen bekam und dann antreten ließ, die Namen feststellte und die Vorbereitlmg zur Heimreise anordnete und überwachte. Am dritten

Abend war unser Blockältester Michael ganz besonders fröhlich gestimmt. Er kommandierte Antreten mit singendem Ton und teilte mit, daß 42 Kameraden am nächsten Morgen zu Muttern heimreisen sollten. Unter diesen 42 war ich. Als Michael meine Nummer aufrief, wurde der Druck am Herzen erheblich weniger. Abends noch mußten die Reisevorbereitungen getroffen werden: Waschen, Haarschneiden, Abschied nehmen von den Kameraden, denn um 6 Uhr früh mußten wir an der Kleiderbaracke stehen, um die Kleidung zu wechseln. Der Abschied war teils sehr schwer. Viele der Kameraden hatten das Gefühl, daß sie nicht rauskamen, weil ihr Verhältnis zu den Nazigrößen ihres Heimatortes nicht gut war. Wir wissen auch heute noch nicht, wie die Untersuchungen durchgeführt wurden, aber es ist doch anzunehmen, daß die Parteileitungen der Heimatorte gefragt wurden. In vielen Fällen tragen diese Leute die Verantwortung für die Toten und die Dagebliebenen, ohne daß man Beweise erbringen kann. Unser früherer Parteivorsitzender Willi Verdieck, der 1922 das Grenzabkommen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie mit unterschrieben hatte, sagte mit Tränen in den Augen, als ich ihm die Hand zum Abschied gab: "Grüß alle, ich komme nicht wieder!" - So wurde der Abschied von den Kameraden schwer.

Am 19. September 1944 standen morgens um 6 Uhr nur 41 Glückliche an der Kleiderbaracke - der 42ste, ein Kamerad aus Elmshorn, lag krank im Lazarett. Das wurde von Michael schon am Abend vorher festgestellt. Wir sprachen mit Michael. Er erklärte, es sei völlig unmöglich, diesen Mann aus dem Lazarett zu holen, dann müßte es durch alle möglichen Instanzen gehen, und es könnte ihm, falls er den Versuch machte, das Leben kosten. Kam aber dieser Kamerad mit diesem Schub nicht mit, konnten wir damit rechnen, daß er vergessen wurde, falls er lebend wieder aus dem Lazarett kam. Wir baten Michael, noch alles zu versuchen.

Es war ein kalter Septembermorgen, es hatte leicht gefroren. Vor der Bekleidungsbaracke im Freien konnten wir eine Decke auf dem kalten Erdboden ausbreiten, nachdem wir unsere Kleidung in einem Sack bekommen hatten. Das Umkleiden ging schnell vor sich, und die Lagerlumpen mit den gräßlichen Holzpantoffeln wurden in der Decke zusammengeknotet und wieder abgegeben. Dann empfingen wir unsere Wertgegenstände: Ringe, Uhr, Geld, Füllfederhalter. Alles war vollzählig vorhanden.

den. Gegen 8 Uhr begleitete uns der Bekleidungskamerad nach dem Tor. Unser Michael hatte sich verabschiedet. Bis dahin hatten wir noch keinen SS-Mann gesehen. Am Tor empfing uns ein Schreiber und erklärte, die Entlassungsscheine seien fertig, aber der Kommandant, der unterschreiben sollte, war noch nicht gekommen, wir müßten warten. Wir würden einen Eisenbahnfahrschein zum Heimatort bekommen und mit Begleitung zum Bahnhof gebracht werden. Also, wir warteten lange, sehr lange, bevor der große Lagerführer kam. Nach ungefähr einer Stunde trauten wir unseren Augen nicht. Aus der rechten Ecke des großen Appellplatzes, an dessen Rand wir standen, sahen wir unseren Michael kommen. Mit dem einen Arm stützte er unseren fehlenden Elmshorner Kameraden, in der anderen Hand trug er seine Habseligkeiten. "Hier habt Ihr Euren Kameraden, sorgt für ihn, er ist sehr schwach." "Dank, Michael, tausend Dank, das werden wir nie vergessen!" war unsere Antwort, und bei manchem wurden die Augen feucht. Michael hielt sich nicht lange auf. Seine letzten Worte waren: "Habt Mut, Kameraden, die Sonne steigt höher und höher!"

Das war ein einfacher polnischer Kommunist. Ich habe in den späteren Jahren oft an Michael gedacht. In dieser grausigen Hölle, die durch ein grausames politisches System mit Haß und Vernichtungswut gegen politisch andersdenkende Mitmenschen geschaffen wurde, in der alle menschlichen Regungen erstorben waren, ging der Blockälteste Michael, der viele Jahre KZ hinter sich hatte, freiwillig — vielleicht unter Einsatz seines eigenen Lebens - in das sehr entfernt liegende KZ-Lazarett und holte den kranken 42sten Kameraden heraus, damit auch er seine Heimat wiedersehen sollte.

Um 11 Uhr, nach drei Stunden Wartezeit, stand er da, der Gewaltige, der über Leben und Tod von vielen Tausenden gebot. Er stand da mit Reitpeitsche und mit seinem Schäferhund, der besonders auf Marxisten und Juden dressiert war. In zischendem Tone hielt er eine Abschiedsrede. Ich erinnere nur seine letzten Worte: „Ihr dürft nichts erzählen von dem, was wir hier aufgebaut haben und was Ihr gesehen habt. Erwischen wir Euch, dann holen wir Euch wieder und dann kommt Ihr nicht wieder raus!" Wir waren alle der Überzeugung, daß dieser Mann, dessen Uhr nach einigen Monaten ablief, die Wahrheit sprach. Wir bekamen die Bescheinigung und darin stand, daß wir von ... bis ... in dem KZ Neuengamme eingesperrt gewesen waren.

Die Heimfahrt nach Schleswig verlief ohne Schwierigkeiten. In Hamburg-Hauptbahnhof gelang es mir, meinen Heimatbahnhof durch den Dienstfarnsprecher von meiner Ankunft zu verständigen, so daß zu meinem Empfang neben meiner Frau noch einige Kollegen anwesend waren. Nachdem ich festgestellt hatte, daß "die Luft rein war", sagte ich zu ihnen: "Ihr tut mir den besten Dienst, wenn Ihr nichts sagt, und wenn Ihr gefragt werdet, dann sagt, er ist gekommen, er sieht gut aus und hat es gut gehabt."

Die Schleswiger Bevölkerung und mit ihr das ganze deutsche Volk verlebte nun einen traurigen Winter. Sorge und Not, Unterdrückung in allen Häusern und Familien. Gewiß war es am schlechtesten an den Kriegsfrenten, aber auch die Zivilbevölkerung trug eine ungeheure Last. Entbehrungen und Not von morgens bis abends und in der Nacht die Bomben. Schleswig ist nicht angegriffen worden, aber über uns donner-ten die Maschinen lmd dann und wann knallte es. - Im Führerbunker ein brüllendes Ungetüm, das sein Ende fühlt und gerne alles, die ganze Welt, sein Volk und seine ganze Sippschaft mitnehmen möchte in - das Nichts. So geht es Diktatoren und Tyrannen, sie sterben selten im Bett. In den Straßen und an den Hausecken wachen die Parteibeauftragten, die Blockwarte, die Luftschutzgewaltigeni der eine traut dem anderen nicht mehr. Die Alliierten dringen weiter lmd weiter vor. Ich sitze allein in meiner Wohnung. Die deutschen Sender bringen gefärbte Berichte und reden von dem "Endsieg". Sie lügen. Ich höre die ausländischen Sender, - darauf steht KZ-Haft und Tod. Ich sitze allein. Unser Sohn ist längst von der Marine zur Infanterie kommandiert, um mit der Panzerfaust die Amerikaner in Bayern aufzuhalten. Meine Frau ist zusammengebrochen und liegt schwerkrank im Krankenhaus. So sieht es in vielen Familien aus. Ja, in unzähligen Familien sind die Sölme, der Vater, der Bruder längst tot. Hier sind das Leid und die Not noch viel größer. Dieser Winter 1944-45 wird in Schleswigs Geschichte einer der schwersten sein. Auch der so oft beschriebene Kosakenwinter mit seiner Not, mit seinem Elend, wird in den Hintergrund treten, wenn kommende Generationen noch Zeit finden, die Geschichte, aus der sie lernen sollten, zu würdigen. Ich sitze alleine in meinem Zimmer und denke an Neuengamme, denke an die Kameraden, die noch nicht gekommen sind. Die Schleswiger sind nach und nach schon vor Weihnachten zurückgekommen, aber aus anderen Orten fehlen noch viele. Aus unseren engeren Heimat Südschles-

wig fehlen noch: Krankenkassenangestellter Heinrich Köster-Kappeln, früherer Gewerkschaftssekretär Richard Vosgerau-Eckernförde, Schlachtermeister Karl Quaa, Eisenbahner Max Feddersen und Hotelbesitzer Earl Jessen aus Westerland. Außerdem fehlen noch viele aus Holstein, darunter der frühere Vorsitzende der Schleswig-Holsteinischen Sozialdemokratie Willi Verdieck.

Die Engländer kommen näher. Sie stehen an der Eibe - und auf der anderen Seite liegt Neuengamme. Wenn bloß die Engländer da wären! Es dauert Wochen. Der Zusammenbruch ist da. Hitler ist tot, Goebbels hat Gift genommen. Zeitungen erscheinen nicht. Wir hören von KZ-Greueln, von Evakuierungen, Hungermärschen, Todesmärschen. Wir hören nichts von Neuengamme. Die Angehörigen schreiben an Hans Flatterich, der eine umfangreiche Korrespondenz mit ihnen führt. In seinen Akten liegt eine Karte von dem verstorbenen früheren Bürgermeister aus Westerland, der mit uns im KZ Neuengamme war, mit folgendem Wortlaut:

"Deine Karte habe ich erhalten. Leider wissen wir von den drei Kameraden noch nichts. Die umlaufenden Gerüchte sind nicht gerade ermutigend. Es scheint ein Riesenverbrechen vorzuliegen."

Langsam sickert es durch. Das Lager Neuengamme ist evakuiert worden, aber wohin? Wo sind die vielen tausend Menschen geblieben?

Graf Folke Bernadotte, dem es in letzter Minute gelingt, 6 000 Skandinavier aus dieser Nazi-Hölle zu holen, hat ein Buch über seine Erlebnisse als Präsident des schwedischen Roten Kreuzes geschrieben. Das Buch ist betitelt: Der letzte Akt. Graf Bernadotte schreibt, daß ihn am Abend des 19. April 1945 in Friedrichsruh, wo die Zentrale des schwedischen Roten Kreuzes untergebracht war, der deutsche Verbindungsoffizier aufsuchte und sagte, daß der Befehl ergangen sei, das ganze Lager Neuengamme zu evakuieren und daß die Skandinavier sofort nach Dänemark überführt werden sollten. Graf Bernadotte schreibt weiter:

"Die Skandinavier waren also gerettet. Aber wie sollte es werden mit all den anderen Gefangenen, deren Anzahl bis zu 20 000 betrug. Ich weiß das nicht. Ich war nicht zugegen, als die Evakuierung vor sich ging, aber meine schwedischen Kameraden erzählten mir, daß es brutal vor sich gegangen war. Die nichtskandinavischen Gefangenen wurden in einen Güterzug gestopft und sollten fahren — wohin? Der deutsche Lagerkommandant, den wir fragten, zog mit den Schultern. Keine Ah-

nung. Die Güterzüge, einige von den Gespensterzügen, die in den letzten Jahren nach Osten gerollt waren in die von Deutschland besetzten Gebiete, verschwanden mit ihrer Menschenlast in der Ferne und man hat seitdem nichts mehr von ihnen gehört./

Heute wissen wir, wo die Gespensterzüge mit ihrer Menschenlast von Neuengamme geblieben sind. Sie fuhren nach der Ostküste Holsteins, nach Lübeck und Neustadt. Und hier, an und in der Ostsee - in unserer Nähe — rollte in den letzten Tagen und Minuten des Krieges eine der scheußlichsten Tragödien ab, fÜl die Hitlers SS die Schuld trägt.

In meinem Archiv befinden sich grausige Berichte von überlebenden über den Untergang von 8000 Menschen. Die Feder sträubt sich, sie wiederzugeben. Ich berichte nur das Notwendigste. Was waren das doch für entsetzliche Menschen, diese SS-Lagerführer, gewalttätig und grausam, schlimmer als Tiere.

Die Verhandlungen beim britischen Militärgericht in Hamburg im März und April 1946 gegen die verantwortlichen SS-Leute von Neuengamme brachten die volle Bestätigung der Aussagen.

Am 17. April 1945 kommt folgender Funkspruch an das KZ-Neuengamme aus Berlin an:

„ . . . Das KZ-Neuengamme soll sofort evakuiert werden. Die Häftlinge sind nach Lübeck zu bringen, wo sie auf vier Schiffen zu verladen sind. Marschbefehl: Freie Ostsee . . .“

Ein überlebender, ein polnischer Staatsbürger, der damals in Schleswig wohnte, erzählte mir in meinem Bürgermeisterbüro:

Die insgesamt 8000 Häftlinge wurden in Züge verladen, ohne Verpflegung, ohne Wasser, ohne Decken.

6000 Dänen und Norweger waren mit Omnibussen abgeholt und in die Heimat gebracht worden.

Vollgepfercht mit Kranken und Sterbenden rollten die Wagen. Keiner wußte von dem Reiseziel; Hunger und Durst quälten.

Wir schreiben den 25. April 1945. In fieberhafter Arbeit ist das Lager geräumt und gereinigt worden, um die Schandtaten zu verdecken. Brutal werden die Menschen zur Arbeit getrieben. Kranke und Sterbende werden weggeräumt. Vom Krematorium her schwelt über dem Lager ein beißender, süßlicher Qualm.

Die Zugfahrt endet in Lübeck und Neustadt an der Neustädter Bucht. Zu dieser Zeit füllen sich die Ostseehäfen an der holsteinischen und

südschleswigschen Küste mit Schiffen aller Art. Die Reste der Dönitzmarine suchen Schutz vor den vordrängenden Alliierten und vor den Fliegern. In der Neustädter Bucht liegen neben Kampffahrzeugen auch die Passagierdampfer "Cap Arcona" und "Thielbeck". Die Schiffe führen die Reichskriegsflagge. In die Bunker dieser Dampfer werden die Menschen hineingepreßt.

Am 3. Mai 1945, nachmittags gegen 2 Uhr, bricht die Hölle los. Englische Flieger greifen an. Marinefahrzeuge eröffnen das Feuer. Im Reihenwurf werden beide Dampfer so getroffen, daß sie sich durch das sofortige Eindringen des Wassers auf die Seite legen und sinken. Einem kleinen Teil der Gefangenen gelingt es, durch die Luken ins Freie zu gelangen. Sie springen aus einem Flammenmeer ins Wasser. Ein Teil hält sich am Schiffsrumpf, der über das Wasser ragt, fest und kann später gerettet werden. Nur wenige erreichen das 2000 Meter entfernte Ufer schwimmend. Die Geretteten, zwischen 500-600, werden in Neustadt bei einer U-Bootschule gesammelt und von jungen Marineschülern, mit Pistolen bewaffnet, bewacht. Da hört man das Geräusch fahrender Panzer. - Die Engländer sind da, und die Überlebenden von der Nazi-Hölle Neuengamme sind frei!

Keiner von unseren engeren Kameraden tauchte als Überlebender auf. Wir haben lange gewartet, aber keiner kam, und auch Michael, den Blockältesten von Block 18, der unseren Kameraden aus dem Lazarett holte, sahen wir nicht wieder, - er ist wohl auch geblieben.

Viele von den Ertrunkenen hat die Ostsee nachher an den Strand gespült. Unsere Kameraden aus Südschleswig und Holstein hat die See behalten. Wir trauern um sie, es waren gute, aufrechte Menschen und gute Demokraten.

Chester Wilmot schreibt in seinem Buch "Der Kampf um Europa" folgendes über die Opfer des 20. Juli;

"Wieviel mit oder ohne Prozeß hingerichtet wurden, wird sich nie genau feststellen lassen. Man schätzt, gestützt auf bestimmte Namen, die Anzahl der Opfer auf 4 980. Darüber hinaus aber verschwanden mindestens zehntausend in die Konzentrationslager, und viele von ihnen kehrten nie zurück ...

So wurden Tausende von Liberalen und Sozialdemokraten, die beim Aufbau Nachkriegsdeutschlands unschätzbare Dienste hätten leisten können, mit einem Schlage ausgelöscht."

Die Schuldigen von Neuengamme sind nicht entkommen. Sie waren natürlich nicht auf den Todesschiffen. Sie irrten herum, versuchten sich zu verstecken, um dem nach ihnen greifenden Arm der Gerechtigkeit zu entinnen. Es gelang nicht. Sie wurden von der britischen Militärpolizei aufgegriffen und vor ein Militärgericht gestellt.

Das Militärgericht tagte im Curio-Haus in Hamburg. Der Prozeß gegen 13 55-Leute aus der Lagerleitung begann Mitte März 1946. Anfang Mai wurde das Urteil gesprochen. Von den Angeklagten wurden elf zum Tode durch Erhängen verurteilt, darunter die berühmten Lagerführer Anton Thumann und Max Pauly. Zwei Angeklagte erhielten eine längere Gefängnisstrafe. Eine kleine Sühne für all die Grausamkeiten gegen unschuldige Menschen. Das Urteil wurde später bestätigt und vollstreckt.

### *Der Zusammenbruch der Diktatur 1945*

Nun war der Tag gekommen, den wir schon bei Beginn des Jahres 1933 voraussahen. In Gesprächen damals gaben wir dem Diktator fünf bis sieben Jahre Zeit, aber es wurden zwölf lange Jahre und wir waren zwölf Jahre älter geworden. Als wir zum letzten Male unsere sozialdemokratische Monatsversammlung im Restaurant "Hohenzollern" abhielten, verabschiedeten wir uns mit dem Rufe: "Wir sehen uns wieder!" Ganz einfache Menschen sagten: "Es ist doch klar, wenn er (Hitler) nicht weiter kann, dann schießt er sich tot und den Schlamassel müssen wir ordnen, wie nach 1918, als Kaiser Wilhelm II. nach Holland ging." Ja, ich glaube, es war der frühere Chefredakteur des "Vorwärts", des Zentralblattes der Sozialdemokratie in Berlin, Friedrich Stampfer, der mal sagte: "Wenn die bürgerliche Gesellschaft mit einer tölpelhaften Politik einen Scherbenhaufen gemacht hat, dann müssen Sozialdemokraten erst aufräumen, bevor die Bürger wieder "die Macht" übernehmen können." Am 20. April, an Hitlers Geburtstag, hielt Joseph Goebbels eine flammende Rede an das deutsche Volk und versuchte zu beweisen, daß wir dem Endsieg nahe wären. Und ein großer Teil des deutschen Volkes glaubte es noch. Dann legte sich dieser größte Komödiant aller Zeiten mit seiner Familie hin und nahm Gift.

Im ausländischen Radio hören wir, daß ein Staatssekretär Neumann eine Proklamation Hitlers an das deutsche Volk verfaßt habe, in der bekannt

gegeben wird, daß der große Führer sterben will, und daß Dönitz sein Nachfolger sein soll.

Nun haben mein Segelkamerad und Nachbar Ernst Joost und ich keine Zeit mehr. Wir bewaffnen uns mit Hammer und Meisel und hämmern ein Loch in die Wand. Als die Öffnung groß genug ist, holen wir das bescheidene Archiv des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei Schleswig heraus und daneben noch einige kleine wichtige Sachen, die wir damals für unsere persönliche Sicherheit gebrauchten. Es ist ein feierlicher Augenblick, das fühlen wir beide. Aber die Zeit ist nicht danach, Feierlichkeiten zu inszenieren.

In der Stadt Schleswig sieht es wüst aus. Durch die engen Straßen rollen die Reste der Hitler-Wehrmacht. Hunderte stark mitgenommene, klapperrige PKWs mit allen möglichen Utensilien, Büromaterial, Schreibmaschinen, Proviant, Privatsachen fahren durch Schleswig. Man jagt nicht, man fährt langsam, denn Hitlers Großdeutschland ist klein geworden. Wohin sollen denn all diese Wagen? Sie sind doch in dem letzten Zipfel, 35 km vor der Grenze zwischen Deutschland und Dänemark. Zwar hat man ja auch das kleine Dänemark besetzt und das dänische Volk mit Gestapo und Polizei schikaniert. Man hat da jahrelang gut gelebt und auch viele Pakete nach Süden über die Grenze geschleppt. Aber das ist nun vorbei. Auch die deutsche Besatzung in Dänemark kommt zurück über die Grenze. Die mitgebrachten Waffen müssen, bevor man die Grenze überschreitet, abgegeben werden. Die Waffen will man gerne los sein, aber die Lebensmittel, das ist schwer, denn Frau und Kinder in Deutschland leiden Not, große Not.

Gerüchte gehen um, daß der ganze Generalstab hier sein soll, auch Dönitz mit der ganzen Marine-Leitung. Sogar unsere Schlei ist voll von Marinefahrzeugen aller Art. Auch die großen noch lebenden Naziführer sind da, sogar der gefürchtete Heinrich Himmler. Was will man denn in Schleswig? Will man auch hier in der letzten Ecke zwischen Nord- und Ostsee den Kampf weiterführen um jeden Grashalm? Es soll in Schleswig noch Generäle geben, die an den Endsieg glauben. Wir hören von einer Konferenz im Regierungsgebäude, wo beraten und beschlossen werden soll, ob die Stadt Schleswig verteidigt werden soll, wenn die Engländer kommen. Die Engländer mit ihren Tanks sind am Kanal angekommen und Hunderte von Flugzeugen schwirren in der Luft. Die Erregung in der Bevölkerung der Stadt steigt aufs höchste. An der Konferenz, sagt

man, nimmt auch der Landrat-Admiral Kolbe teil, weil er die Verantwortung für Kreis und Stadt Schleswig hat. Einen Bürgermeister hat Schleswig nicht, Dr. Lemke ist zur Marine eingezogen. Im Rathaus regiert sein Stellvertreter, der Kulturbaumeister Lange. Am nächsten Morgen erzählt uns eine Kollegin ganz vertraulich - sonst kostet es den Kopf - Schleswig wird nicht verteidigt, Landrat Kolbe soll sich sehr stark dafür eingesetzt haben.

Inzwischen ist der Kuddelmuddel in Schleswigs Straßen noch viel stärker geworden. Der Rest der Armee wird größer und größer. Man hat das Gefühl, daß alle die Autos, Personen- und Lastwagen, Rundfahrten machen. Dazu kommen die Flüchtlinge, Leiterwagen mit Pferden. Auf den Wagen Menschen mit ihren zusammengerafften Habseligkeiten. Langsam bewegt sich der Troß durch die Straßen. Man hört keine auf-rüttelnden Soldatenlieder mehr, nur Motorengeräusch, schwache Kommandos. Das deutsche Volk ist müde, abgekämpft und sieht bange der Zukunft entgegen. Die "großen deutschen Männer" sind nicht an der Spitze der kämpfenden Truppe, nicht den Heldentod gestorben, den Heldentod, den sie jahrelang von ihrem Volke forderten. Der langsame Marsch ins Ungewisse geht weiter. - Wohin? Die Stadt kann sie nicht schlucken, der Strom ergießt sich über das Land und bald sind Südschleswigs Dörfer überschwemmt von Soldaten und Flüchtlingen, - und hinter ihnen die Engländer. Rette sich, wer kann! Aber es geht nicht weiter. Deutschland ist zu Ende und das Ende vollzieht sich in unserer Südschleswigschen Heimat. — Mit Mann und Roß und Wagen sind sie geschlagen ... -

Inzwischen haben sich die Kriegsgefangenen im Lager am Hesterberg, Franzosen, Belgier, Jugoslawen und Russen, befreit und spazieren in Schleswigs Straßen herum. Auch die Bevölkerung ist auf den Straßen. Der Krieg ist vorbei! Hitler ist tot! Goebbels ist tot! Und die anderen Größen kriechen noch irgendwo herum, um das bißchen Leben noch auszukosten, bevor sie zur Verantwortung gezogen werden. Die SA marschiert nicht mehr mit dem Gummiknüppel im Stiefelschaft, um die verhaßten Marxisten zu jagen. Wir hören auch keine "Heil"-Rufe mehr. Wo sind denn die örtlichen „Führer“, wo sind die Fahnen-träger der SA, denen Emil Brodkorb im Hohenzollern zurief „Ihr werdet das Volk in ein ungeheures Elend führen!“ Wo sind die von einer Mehrheit der Schleswiger Bürger 1933 gewählten zehn Stadtverordneten, die mit ihrer

Naziführung die Demokraten und ihren tüchtigen Bürgermeister Dr. Behrens langsam aus der Stadtvertretung und Verwaltung hinausbugsierten? Wo sind sie, die jungen Vertreter des neuen Deutschland, denen die "Schleswiger Nachrichten" devot Vorschußlorbeeren darbrachte? Wo sind denn diese Redakteure, die Vertreter der öffentlichen Meinung, die damals die Demokraten beschimpften? Sie sind alle in die "Mauselöcher" gekrochen, genau so, wie es die großen und die kleinen Führer nach dem ersten Weltkrieg 1918 taten. Der große Ehrenbürger Schleswigs, der große Sohn der Südmark, der ein großes deutsches Vaterland aus dem Schutt der Nachkriegszeit schaffen wollte, wie die "Schleswiger Nachrichten" schrieb, hat Selbstmord begangen. Er läßt das deutsche Volk im Stich, nachdem er durch seine wahnsinnige Politik aus Deutschland einen Trümmerhaufen gemacht hat.

Dönitz hat das Erbe des "großen Führers" übernommen. Heinrich Himmler glaubte, daß er der Nachfolger werden sollte. Dönitz wird nicht lange regieren, er hat nur die totale Kapitulation zu unterschreiben, aber total und bedingungslos, nicht so wie 1918, sondern so, daß man nicht wieder einen "Dolchstoß" fabrizieren und das Volk gegen eine demokratische Regierung hetzen kann. Dann kommen die Engländer, aber schlimmer als bei Hitlel' kann es nicht werden. Und langsam weicht der Druck vom Herzen, den alle recht denkenden Menschen zwölf Jahre lang tragen mußten.

Unter uns taucht die Frage auf: Wie steht es mit der öffentlichen Sicherheit? Es wird gestohlen. Die Russen stehlen Fahrräder, das ist wohl für sie etwas Neues. Sie fahren in den Straßen herum. Läden können ja nicht geplündert werden, denn in den Läden und Geschäften ist nichts zu holen. Was noch vorhanden war, ist verschwunden. Als ich zum Güterbahnhof komme, ist ein Eisenbahnwagen mit Kohlen von Hunderten von Menschen mit Blockwagen umstellt. Der Empfänger des Wagens wehrt sich, aber wie lange kann er Widerstand leisten? An einer Stelle beginnt die öffentliche Ordnung zu wanken, und dann geht die Unordnung weiter. Wir rufen die Polizei an sie ist noch da und das Schlimmste wird an dieser Stelle verhindert.

Dann sind die Engländer da. Ganz leise kommen sie mit ihren PKW's und Tanks, ohne Tarn-Tarn, ohne Militärmusik und nicht mit brüllenden Liedern. Man spricht von Verhaftungen, sie sollen hinter den Nazis her sein. Nun geht es den anderen Weg, andersherum. Was dem einen

recht ist, ist dem anderen billig, zumal es gilt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sühnen. Die Nazis haben ja 1933 angefangen, sie haben zwölf lange Jahre politisch andersdenkende Menschen schuldlos eingesperrt, haben ihnen die Haare abgeschnitten, sie unmenschlich behandelt und zu Millionen getötet. Für die Engländer geht es darum, solchen Verbrechen auf die Spur zu kommen, Verbrecher rechtzeitig dingfest zu machen, bevor sie über Deutschlands Grenzen ins Ausland ausrücken. Wir hören, daß Schleswigs Gestapogewaltiger, der frühere Schauspieler Schäffer, in seiner Wohnung in der Chemnitzstraße nachts von der Militärpolizei festgenommen worden ist, und daß er für die Nachbarn hörbar gerufen hat, er habe nichts getan. Kann sein, daß er unschuldig war. Es kann nicht verhindert werden, daß auch Unschuldige festgenommen werden und jetzt nach Neuengamme gebracht werden nach der Stelle, wo tausende politische Gegner getötet worden sind.

Was wollen sie denn, die Herren Nazis? Neuengamme wurde doch rechtzeitig evakuiert, und die Baracken haben die Nazi-Fronwächter vor der Abreise reinigen lassen, so daß ihre Genossen eine saubere Unterkunft bekamen. Was will man noch mehr? Die Schornsteine des Krematoriums rauchen nicht mehr, senden nicht mehr den süßlichen Qualm ins Lager. Gewiß, Neuengamme ist nicht schön, aber es ist ja Eure Erfindung!

Man spricht von: Rache nehmen. Rache ist kein gutes Wort. Rächer zu sein ist nicht schön. Unter uns sind Heißsporne, die es auch so machen möchten, wie die Nazis es taten. Aber wohin kämen wir dann? Es tauchen viele Leute auf, die sich als Nazigegner ausgeben und Wiedergutmachung verlangen, lange Geschichten erzählen von ihren Leiden, und wir kennen sie gar nicht, denn die Einwohnerzahl Schleswigs ist nun beinahe verdoppelt. Dazwischen sind auch kriminelle Elemente, die aus den Konzentrationslagern kamen, wo sie mit unschuldigen Menschen zusammen lebten und jetzt auch mit den anderen frei wurden. Nein, die Vergeltung muß ihre Grenzen haben, aber den ersten Druck der Besatzungsmacht müssen die unentwegten Nazis, die örtlich die Führung hatten und damit auch mitverantwortlich sind, tragen. Es muß dafür gesorgt werden, denn wir trugen die Last zwölf Jahre lang, und sie waren die Herren. Sie haben uns immer etwas von den herrlichen Zeiten, die ihr großer Führer mit seinem tausendjährigen Reich schaffen würde, vor-

geredet. Und wenn wir das nicht glauben wollten, so gab es **Mittel**, uns die Naziideologie einzubleuen.

Eine militärische Besetzung zu tragen wird für uns alle schwer sein. Die militärischen Behörden brauchen Büros und Wohnungen, sie brauchen Möbel und Inventar, und die Stadt muß dies liefern. Die Läden und Geschäfte sind leer, hier kann man nicht einmal einen Nagel oder einen Hammer kaufen. Niemand verkauft etwas, weil das Hitler-Geld, das der große Finanzmann Schacht gemacht hat, nichts taugt. Es wird zu **Be**schlagnahmen von Privateigentum kommen, und da werden die **Nazis** zuerst drankommen. Sie haben dann eine Möglichkeit, einen kleinen Teil ihrer Schuld für die Folgen der Hitlerdiktatur zu sühnen. Das ist ein Akt der Gerechtigkeit. Wer soll aber diese Gerechtigkeit ausüben? Der Landrat ist schon gegangen, und im Rathaus regiert der Vertreter **des** Nazibürgermeisters, der Kulturbaumeister Lange. Wir lesen, ich glaube in der Zeitung und auf Plakaten, eine Aufforderung, sofort die Waffen an die britische Militärregierung abzugeben. Jeder, der im Hause Waffen zurückhält, wird erschossen. Gleichzeitig lesen wir eine Aufforderung im Rathaus, sofort alle Fotoapparate abzugeben. Ich liefere auch **mei**nen Fotoapparat ab, denn ich habe glücklich Hitler überlebt und will nun nicht gerne wegen einer solchen Lappalie mein Leben lassen. Aber was sehe ich, nachdem ich meinen Fotoapparat gegen Quittung abgegeben habe? Die Aufforderung bezüglich der Fotoapparate hat der stellvertretende Bürgermeister Lange unterschrieben. So ein Pech! Das fehlte noch gerade! Dieser Mann holt mir noch als Amtsperson meinen guten Fotoapparat aus der Tasche, damit die Engländer in Schleswig fotografieren können? Nun hört doch alles auf! Der Apparat *ist* weg. Ich habe ihn heute noch nicht wiederbekommen und auch keine Entschädigung erhalten. So ging es mehreren Gegnern des Nationalsozialismus. Nun wird es aber Zeit, daß ein anderer Mann in das Rathaus hineinkommt. Aber wer? Das ist die Frage.

Schon in den ersten Maitagen des Jahres 1945 treffen sich zwischen 20 und 30 alte Sozialdemokraten in der Wohnung eines Kameraden. Die Engländer sind am Kanal angekommen und können jederzeit die Stadt Schleswig erreichen. "Wir sehen uns wieder" war der Gruß im Jahre 1933 gewesen, und wir sahen uns auf der Straße, in Zusammenkünften und teilweise auch im KZ. Nun waren *wir* wieder frei! Waren *wir* frei? Die Engländer werden unsere Stadt besetzen. Und dann? Wir haben

den Nazismus nicht gebracht, wir haben bis zum bitteren Ende 1933 die Republik, die Demokratie, verteidigt, und diese Männer wären für ihre Ideen auch mit Waffen auf die Straße gegangen, um dem Nazispuk zusammen mit der republiktreuen preußischen Polizei ein Ende zu bereiten, wenn, ja wenn . . . wenn die demokratischen Parteien mit den Gewerkschaften diese Parole hier ausgegeben hätten. So dachten damals viele. Führende Männer der preußischen Polizei waren der Überzeugung, daß dann der Nazispuk in einigen Tagen vorbei gewesen wäre, und die Reichswehr wäre dann ohne weiteres zu dem Stärkeren übergetreten. Weiter wären ein Hitler und ein Weltkrieg nicht gekommen. Wir wissen es nicht, aber diese Gedanken hatten wir und gaben ihnen auch Ausdruck. Jedenfalls sind wir nicht mitschuldig. Wir haben getan, was wir konnten, um die Tragödie des gesamten Volkes zu verhindern. Wir wehren uns gegen die Auffassung der Alliierten von der Kollektivschuld des deutschen Volkes.

Mit einer inneren Bewegung begrüßen wir uns. Heute muß besprochen und beschlossen werden, wie die Dinge weitergehen sollen. Ein Gewerkschaftsmann nimmt den Vorsitz. Er schildert die Lage, wir sprechen von den Aufgaben, die zu lösen sind. Die Aufgaben sind groß und fast unüberwindlich. Um uns ist ein Chaos. Und doch spürt man unter diesen Leuten eine Kraft, die dazu befähigt ist, auch der größten Schwierigkeiten Herr zu werden. **In** einer kurzen Besprechung wird beschlossen, die alte Sozialdemokratische Partei wieder ins Leben zu rufen, und der Vorstand wird gebildet. Es wird beschlossen, zunächst die führenden Nazis aus ihren Ämtern zu entfernen; alsdann stellt man die Frage: "Und wer geht nach dem Rathaus?" Viele Stimmen nennen meinen Namen, ein anderer Name wird nicht genannt. Ich wußte, daß es so kommen würde. Wir wußten schon in Neuengamme, daß wir zu gegebener Zeit vor die Entscheidung gestellt werden würden, vor die Frage, mitzuarbeiten oder nicht? "Oh nein", hatte ich gesagt. "Ich bin nun schon 60 Jahre alt geworden, ich trage keine Verantwortung für den Scherbenhaufen. Wären wir im Rathaus geblieben, hätte man uns nicht gewaltsam entfernt, dann . . . ja, dann? Dann sähe Schleswig heute anders aus."

Ich nehme das Wort und sage dasselbe. Meine Frau ist immer noch schwer krank und von unserem Sohn haben wir seit einem halben Jahr nichts mehr gehört. Ich habe keinen Mut. Man ist sehr enttäuscht, billigt aber doch zuletzt meine Gründe für die Ablehnung.

Aus den Kreisen der noch übriggebliebenen bürgerlichen Demokraten korrunt der Vorschlag, Dr. Hinrichs - einen geborenen Schleswiger ... zum Bürgermeister zu ernennen. Der junge Dr. Hinrichs ist Nationalökonom, spricht gut englisch und hat keine Bindung zu der Nazipartei gehabt. Er erscheint auch uns als der rechte Mann und so wird er von der britischen Militärregierung ernannt. Aber die Militärregierung will helfen, eine neue Demokratie zu gründen und verordnet, daß ein siebenköpfiger Beirat gebildet werden soll, auch aus politisch unbelasteten Bürgern. Aus den politischen Kreisen um Dr. Hinrichs kommt dann die Aufforderung an mich, doch wenigstens in den neuen Beirat oder Magistrat zu gehen. Nun kann ich nicht „Nein“ sagen. Ich gehe also nach zwölf Jahren wieder als ehrenamtlicher Stadtrat Clausen-Bahn in das Rathaus hinein.

### *Südschleswig - Heim ins Reich?*

Noch eine andere wichtige Frage beschäftigte die Gemüter in der Stadt. Hitler hatte eine gewaltsame "Heim ins Reich"-Politik getrieben. Sudentenland, Memelgebiet, österreich und Teile von Polen waren „heim“-gebracht ins "großdeutsche Hitlerreich", und viele Deutsche in Nordschleswig träumten von der Königsau-Grenze und führten eine kräftige Sprache. Viele deutschgesinnte Nordschleswiger hatten auf das falsche Pferd gesetzt. Warum sollte es nicht mal "andersrum" gehen. In Neuengamme hatten wir die Frage mit den dänischen Polizeibeamten, die im September 1944 als Gefangene in unserem Block 18 wohnten, diskutiert. Halb im Scherz hatten wir gefragt: „Wie steht Ihr denn zu der Südschleswig-Frage? Auch wir wollen gerne „heim“, heim ins Reich, und unser altes Reich ist Dänemark. Nach dem ersten Weltkrieg hat Dänemark nur die Hälfte bekommen, die andere Hälfte könnt Ihr jetzt bekommen, wenn Ihr wollt.“

Es war ein amüsantes, großpolitisches Gespräch innerhalb des Stacheldrahts unter der Oberaufsicht der 55. Polen, Holländer, Franzosen, Belgier und Russen waren dabei und hatten gar nichts dagegen.

Auch in der Heimat sind in den letzten Jahren viele ernsthafte Gespräche geführt worden. Was kann mit uns geschehen, wenn Hitler-Deutschland zusammenbricht? Deutschland wird man teilen. Einen großen Teil

werden die Polen bekommen, und welchen Teil wird die Sowjet-Union schlucken wollen? Wir haben das Ergebnis der Jalta-Konferenz im ausländischen Sender gehört. Die Ost-West-Grenze wird die Oder-Neiße-Linie sein. Der Bolschewismus steht vor den Toren unserer Heimat.

In Südschleswig haben wir immer dänischgesinnte Menschen gehabt, aber ihr kulturelles Leben hat sich in der Nazidiktatur nicht entfalten können. Sie sind unterdrückt worden. Ihre Mitgliedszahlen sanken, die Kinderzahlen in den dänischen Schulen auch. In der Stadt Schleswig haben wir eine dänische Schule, die Ansgarschule in der Bismarckstraße, und die Dänen haben Slesvighus als Versammlungslokal. Es bestand ein dänischer Verein, der Schleswigsche Verein. Die politischen Rechte, die er in der Weimarer Republik hatte, waren mit der Unterdrückung aller politischen Freiheit untergegangen und seine kulturelle Arbeit natürlich auch völlig untergraben.

In unserem Grenzland hat es seit ewigen Zeiten hauptsächlich zwei Kulturen gegeben, die sich überschneiden. Daneben haben wir die noch erhaltene friesische Kultur im Westen des Landes. Diese Kulturbewegungen haben ihre Vereine gehabt und ihre Anhängerzahlen haben ständig geschwankt. Es hat immer einen Gesinnungswechsel gegeben. So ist es überall, wo zwei Kulturen im Kampf miteinander stehen. Auch im Herzogtum Schleswig haben Menschen fortwährend die Gesinnung gewechselt, so daß die Mitgliedszahlen und die Stimmen bei den Wahlen schwankten. Im Laufe der Zeit wurden aus vielen Tausenden Schleswigern gute Dänen. So zog Peter Hiort Lorenzen als Ständevertreter als guter Schleswig-Holsteiner in Schleswigs Ständesaal ein und wurde zu einem der bedeutendsten Vorkämpfer für das dänische Volkstum. Aber auch nachdem der Schleswig-Holsteinismus ein völlig deutsches Gepräge bekam **und** Schleswig-Holstein zwangsweise ein Stück des mit Gewaltakten zusammengeflückten Königreichs Preußen wurde, sind fortwährend aus deutschgesinnten Menschen gute Dänen geworden. Nach der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit dem Mutterlande waren viele Menschen in Nordschleswig deutsch **und** wurden in kurzer Zeit gute Dänen und sind es heute noch. Besonders viele Arbeiter, die noch bei der Abstimmung deutsch stimmten, gingen bald zu den dänischen Organisationen über **und** wurden dänisch.

So ist seit über hundert Jahren das dänische Volkstum in ständigem Fortschreiten. Katastrophen haben das Tempo beschleunigt. Die deut-

sche Katastrophe von 1918 beschleunigte das Tempo des Gesinnungswechsels in Nordschleswig. Die Hitler-Katastrophe von 1945 beschleunigte den Wechsel erheblich in Südschleswig. Die geschichtliche Entwicklung geht ihren Weg und kann nicht beseitigt werden. Sie läßt sich nur aufhalten und ist durch den Bismarckschen Gewaltakt von 1864 und die danach folgende preußische Unterdrückung von 1864-1918 und durch Hitler aufgehalten worden. Wenn dänisches Volkstum und dänische Kultur gleichberechtigt mit der deutschen Kultur gewesen wären, dann hätte es vielleicht 1945 keine Südschleswigfrage gegeben.

Die Zukunft Südschlewigs war schon jahrelang in kleinen Privatzusammenkünften besprochen worden. — Eines Abends sitzen wir in unserem Heim zusammen, so gemütlich, wie es die kargen Verhältnisse zulassen. Wir sprechen vom kommenden Zusammenbruch des Hitler-Systems und sprechen auch über das Schicksal unserer südschleswigschen Heimat. Unter den Gästen ist auch mein Segelkamerad Lorenz Köhn, der später in Ungarn gefallen ist. Im Laufe unseres Gesprächs sage ich scherzhaft: "Lorenz, wenn Südschleswig dänisch wird, dann werde ich doch noch ein großer Mann!" Da sagt mein Freund, der bestinunt heute auch Mitglied der dänischen Minderheit sein würde, wenn er noch lebte: "Dann gibst Du mir doch wohl einen Schimmer ab von Deinem Glorionschein./I Frau Köhn ist heute aktives Mitglied unseres dänischen Hausfrauenvereins.

Seit der Abstimmung von 1920 war die dänisch-deutsche Grenze näher an Südschleswig herangekommen. Viele Südschleswiger hatten Verwandte in Nordschleswig. Der Reiseverkehr bewirkte, daß die Südschleswiger Dänemark und dänisches Wesen kennenlernten. Man kam zusammen, verglich die Verhältnisse hüben und drüben. In der Zeit der Weimarer Republik mochte es noch gehen. Der Lebensstandard ist in Dänemark wohl viel höher, aber auch in Deutschland haben wir eine vom Volke gewählte Regierung, auch Deutschland ist eine Demokratie. Dann aber kommen die politischen Wirren, politischer Haß, Kampf und Gewalttätigkeiten. Es endet mit der Hitler-Diktatur, mit Zwang und Unterdrückung politisch Andersdenkender, mit Zwang bis in das Familienleben hinein. An jeder Straßenecke stehen Parteibeauftragte. Spitzel, Krieg, Denunziationen, KZ's, Tod und Zertrümmerung Deutschlands, Elend und Hunger, und das Ende ist die militärische Besetzung.

Nun tritt das Südschleswigsche Volk auf die Straße. Gewiß, wir haben nun eine militärische Besetzung des Landes, wir sind noch nicht unser eigener Herr, aber das Ziel wird doch sein, wieder eine Demokratie zu gründen. **In** einer Demokratie können wir unseren Willen kundgeben. Und wir wollen etwas. Wir haben es satt! Zwei von Deutschland mit angezettelte und verlorene Kriege sind über uns hinweggegangen.

Unsere Söhne, Väter und Brüder sind nicht wiedergekommen und Deutschland ist zertrümmert. Deutschland kommt nie wieder hoch. Eine entsetzliche Enttäuschung und eine Wut erfaßt die Menschen. Jetzt ist Schluß, wir machen nicht mit, wir wollen endlich Ruhe und Frieden, und Frieden ist nur im Norden. So sind die Gedanken vieler Landsleute in Südschleswig. Man blickt nach Dänemark. Dort hat man eine Volksregierung, eine demokratische Tradition, dort ist das Zusammenleben der Menschen friedlicher und toleranter, der eine achtet den anderen. Und bei uns? **In** zwei Jahrzehnten hat man Haß gesät, die Saat geht auf. Die Menschen bei uns sehen nur das Schlechte, zerren es hervor, treten es breit. Persönliche, gehässige Angriffe stehen im Vordergrund. Es fehlt die innere, tiefe Menschlichkeit, die das dänische Volkstum prägt. Der Hitler-Kommißstiefel hat bei uns die seelischen Werte, die Menschlichkeit aus der Seele getrampelt. Glückliche Menschen in Nordschleswig, die rechtzeitig zu Dänemark kamen. Nordschleswig hat nach dem ersten Weltkrieg eine Abstimmung bekommen. Haben wir nicht auch dasselbe Recht nach dem zweiten Weltkrieg? Zwar hat Flensburg eine Abstimmung gehabt, aber den Anschluß versäumt, deshalb ist die Bewegung in Flensburg sehr stark. Aber auch in Schleswig ist die Bevölkerung in Bewegung. Man will zu Dänemark. Am besten wäre es, wenn sie uns holen. Preußen und Hitler-Deutschland haben es ja doch auch so gemacht. Mit diesen Gedanken und in dieser Stimmung wächst die kleine, unsichtbare, unterdrückte, dänische Minderheit in der Stadt Schleswig zu einer Mehrheit und in ganz Südschleswig zu einem politischen Faktor ersten Ranges. Nach den Gesetzesbestimmungen der Weimarer Republik kann in Südschleswig Däne sein wer will. Das Bekenntnis zum Dänentum darf nicht nachgeprüft oder bestritten werden. Die nationale Gesinnung ist frei, und frei ist das Elternrecht über die Kinder. Von diesem Recht machen die Südschleswiger von der Grenze bei Krusau bis zur alten Eidergrenze Gebrauch. Sie melden sich in die bestehenden dänischen Organisationen, und niemand kann und darf sie daran hindern.

Die Anmeldungen zum dänischen Verein gehen in die Tausende. Es kommen viele, von denen man es nicht erwartet hat. Die Vereinsleitung richtete in Slesvighus ein Büro ein und hatte viel zu tun. Jedes neue Mitglied mußte ein Aufnahmeformular ausfüllen und unterschreiben, in dem auch Fragen beantwortet werden mußten. Man fragte: welche Verbindungen haben Sie zu Dänemark, und warum wollen Sie zu Dänemark? Man versuchte mit dieser Frage die Beweggründe klarzulegen. Man wollte es den neuen Mitgliedern nicht so leicht machen, weil man genau wußte, daß oft rein materielle Gründe vorlagen. Man konnte die Gedanken der Kommenden nicht lesen. Viele haben es später sehr bedauert, daß sie sich als Mitglied dieses Vereins gemeldet hatten. Sie zogen sich zurück und bedauerten ihre Entscheidung, als aus Deutschlands Ruinen ein neuer starker Wille zum Wiederaufbau entstand. Ahnte man schon das deutsche "Wirtschaftswunder" mit amerikanischer Hilfe? Wenn man sie fragte, warum sie sich wieder ausmeldeten, bekam man die Antwort: Was hat das für einen Zweck, mit dem Anschluß an Dänemark wird es doch nichts!

Auch ich stand vor der Entscheidung. Man hatte uns als sozialdemokratische Stadtverordnete und Stadträte von rechts persönlich angegriffen, uns zuletzt vor der Machtübernahme verleumdet, beschimpft, später verhaftet, in die KZ's geschleppt, in Verbrecherkleidung gesteckt, beleidigt und unmenschlich behandelt. Und was hatten wir getan? Wir opferten die freie Zeit unseres jungen Lebens ohne Entgelt, um nach einem unseligen Krieg eine menschliche Gemeinschaft auf demokratischer Grundlage aufzubauen. — Nun wollten wir unsere innere Ruhe haben. — Ich kann aus dem Kulturkreis fliehen, mit dem ich nur durch meine politische Wirksamkeit verbunden war. Seit Jahrhunderten lebt mein Geschlecht — väterlicher- und mütterlicherseits — nördlich oder südlich der jetzigen Grenze, und das nationale Bekenntnis ist frei. Innerlich gehörte ich schon längst dem dänischen Volkstum an. In den Augenblicken, da ich kniend in der Nazi-Hölle Neuengamme meine weißen Haare verlor, und wo ich gezwungen wurde, in der schäbigen Verbrecherkleidung, ohne etwas Unrechtes getan zu haben, meinem Sohn gegenüberzutreten, da war das Maß voll. Ich wußte, wo in Zukunft mein Platz war und tat trotz meines fortgeschrittenen Alters den Schritt, der unumgänglich war. In dieser Frage ist man in unserem Grenzland nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich. Kein Außenstehender hat ein Recht, ein Urteil zu fällen. Ich

wurde Mitglied der Organisationen der dänischen Minderheit in Südschleswig.

### *Die ersten Maßnahmen*

Inzwischen hatte die britische Wehrmacht den letzten Zipfel des "Dritten Reiches" besetzt, dann folgten die militärischen Verwaltungsstellen und die Polizei. Die Entwaffnung der Reste der Hitler-Armee wurde in Angriff genommen. Die britische Militärregierung zog in das Regierungsgebäude ein und begann ihre Arbeit. Nun fühlten die Schleswiger wohl, daß der Krieg vorbei war. Wir hörten nicht mehr das Brummen der feindlichen Flugzeuge in der Luft, aber bald spürte man den Druck der militärischen Besetzung. Mehr Flüchtlinge, mehr Soldaten, mehr Kranke und starke britische Militärformationen. Immer mehr Menschen. Karge Lebensmittelrationen, keine Feuerung, kein Licht, kein Gas, keine Wohnung. - Armes Schleswig!

Schleswig bekam einen Kreiskommandanten und einen Stadtkommandanten. Der erste war ein britischer Oberst, der letztere ein britischer Major, den man auch Town Clerk nannte. Diese Herren setzten sich nicht in den Landratsstuhl oder in den Bürgermeisterstuhl, sie errichteten ein eigenes Büro und ernannten aus der Bevölkerung einen parlamentarischen oder ehrenamtlichen Landrat und Bürgermeister, denen sie ihre Befehle diktierten. Zum Bürgermeister wurde Dr. Hinrichs ernannt, und die Geschäfte des Landrats führte zunächst ein Beamter des Landratsamtes. Zur Beratung des Bürgermeisters ernannte man sieben Repräsentanten, die dann den neuen Magistrat oder Beirat bildeten, ihr Vorsitzender war der Bürgermeister Dr. Hinrichs. Diese Ernennungen wurden sehr nüchtern ohne jegliche Feierlichkeiten vollzogen.

Unter dem 8. Juni 1945 erhielt ich vom Bürgermeister der Stadt folgendes Schreiben:

„Ich bitte Sie, zur nächsten Stadtratssitzung am kommenden Dienstag, den 12. Juni d. Js., um 16 Uhr im Rathaus, Zimmer 19, zu erscheinen.“

Vom stellvertretenden Landrat, Kommunalaufsicht, erhielt ich unter dem 17. September folgendes Schreiben:

„Vorbehaltlich der Zustimmung der englischen Militärregierung - Mil.-Gouverneur für den Kreis Schleswig - beauftrage ich Sie mit sofortiger

Wirkung mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bürgermeister-Stellvertreters - VI. Beigeordneten — der Stadt Schleswig und weise Sie hiermit widerruflich ind das Amt ein."

Durch diese Ernennung bekamen die Dinge eine erste Form, es war der erste Schritt zu einer demokratischen Selbstverwaltung. Es dauerte aber noch sehr lange, bevor die neuen Gremien selbst entscheiden durften. über ihnen stand die englische Militärregierung, die jetzt zu arbeiten begann, Befehle gab, die durchgeführt werden mußten. Durch diese Zeit mußten wir hindurch zu einem besseren Dasein. Was machte nun die Militärregierung?

Sie besetzte zunächst alle öffentlichen Stellen. Die militärischen Stellen hatten nach der bedingungslosen Kapitulation sowieso nichts mehr zu sagen. Es wurde demobilisiert und entwaffnet. Reichsbahn und Post wurden besetzt und standen still. Keine Zeitungen erschienen mehr, alle öffentlichen Verkehrseinrichtungen standen still, kein Rad drehte sich mehr. Dazu wurde alles beschlagnahmt, was nicht niet- und nagelfest war. Beschlagnahmt wurden Kohlen, Benzin, Reifen, Holz, Baumaterialien, Licht, Gas, Telefon und Häuser mit Wohnungen und Inventar für die Verwaltungssoldaten und Offiziere. Man beschlagnahmte nicht nur öffentliches Eigentum, sondern auch Privateigentum. Beschlagnahmt wurden weiter "Hotel Stadt Hamburg", "Ravens Hotel", "Hohenzollern", die "Strandhalle", das Stadttheater, das Bootshaus des Schlei-Segel-Clubs, das Bootshaus des "Ahoi-Klubs" und die ins Wasser gelassenen sowie die in den Schuppen befindlichen privaten Segelboote und Ausrüstungsstücke. Auch das Schloß Gottorp war in der Hand der Militärregierung.

Bei der Beschlagnahme des Segelbootshafens mit den privaten Segelbooten erschien ein recht forsch und grimmig aussehender englischer Major mit einer Reitpeitsche. Die Bootseigner waren alle da.

Er glaubte gewiß, gerade hier einen Trupp von deutschen Nazis vor sich zu haben. Das war gar nicht der Fall. Der Schlei-Segel-Club hatte es ganz gut verstanden, sich jahrelang den Einfluß der richtigen Nazis vom Halse zu halten, obwohl der zweite Vorsitzende, wie früher erwähnt, der Landrat-Admiral Kolbe war. Mit dem Schlei-Segel-Club waren 1933 die "Ahoi-Segler", zu denen ich gehörte und die zwar keine Juden, aber doch Marxisten waren, "gleichgeschaltet", d. h. mit dem Schlei-Segel-Club vereinigt worden. Diese Segler wechselten ihre politische Gesinnung nicht. Im Bootshaus hielten sie in der Zeit des "tausendjährigen

Reiches" viele politische Diskussionen ab. Sie trennten sich 1945 vom Schlei-Segel-Club und gründeten wieder ihren alten „Ahoi-Klub“. Einer meiner Segelkameraden, der englisch konnte, sprach *mit* dem Beschlagnahme-Offizier.

Er sagte ihm, daß unter den Seglern ein Vereinsmitglied sei, der sozialdemokratischer Stadtrat gewesen war und deshalb im KZ Neuengamme gewesen wäre. Der Major möchte die Segeljacht dieses Mitgliedes freigeben. Der so wütend aussehende Offizier verneinte und sagte: Auch das Boot ist beschlagnahmt! So mußte ich mit meinen Kameraden fast zwei Jahre zusehen, daß Engländer mit meinem Boot segelten.

Ich habe dann als Bürgermeister viel Zeit geopfert, um dieses Privateigentum frei zu bekommen. Es gelang erst nach fast zwei Jahren. Viele Boots-ausrüstungsstücke waren ruiniert. Diese Maßnahme war in der Gesetzgebung der britischen Militärregierung nicht vorgesehen. Es war ein ungesetzlicher Akt der Truppenteile. Der Kampf ging so weit, daß einige Kameraden ihre Boote den Engländern gelegentlich wegnahmen und irgendwo auf der Schlei versteckten.

Am härtesten trafen die Beschlagnahmen die Menschen und Familien, die in kurzer Frist ihr Haus verlassen mußten, ohne etwas von ihren Sachen mitnehmen zu dürfen. Die Beschlagnahme-Offiziere wendeten sich nicht direkt an den Eigentümer. Sie kamen zum Bürgermeister, legten eine Liste vor, die vom Kommandanten unterschrieben war, und forderten Teppiche, Sessel, Tische, Stühle, Messer, Gabeln, Tassen, Teller, alles, was zu einem Hausstand gehört. Zur Beschaffung und Ablieferung der Gegenstände war nur eine kurze Frist von einigen Stunden gesetzt. **In** einigen Fällen wurde, um einen noch stärkeren Druck auszuüben, die Armeepistole in die Hand genommen und erklärt, daß man, falls die Angelegenheit nicht fristgerecht erledigt würde, dem Bürgermeister die Wohnung ausräumen würde. Der Bürgermeister war der Vollziehungsbeamte und der Überbringer der Hiobsbotschaften, denn seine Unterschrift stand unter den Beschlagnahmebefehlen der Militärregierung. Und wenn er Einwendungen erhob und von der Härte für diejenigen sprach, die es traf, bekam er die Antwort: „Seid ruhig, Ihr Deutschen. Was habt Ihr gemacht? Jahrelang habt Ihr Völker in Ost, West, Nord und Süd ausgesaugt und unterdrückt, Millionen Menschen in Eure Konzentrationslager geschleppt lmd Millionen umgebracht. Seid ruhig, denn das, was wir verlangen, ist doch wenig, gemessen an dem,

was Ihr nehmt und was Ihr tatet. Wir haben nun Euer Land besetzt und brauchen Wohnung, ein Bett, Tisch und Stühle. Wenigstens diese Sachen müßt Ihr liefern. Viel ist ja sowieso nicht bei Euch zu holen, Ihr seid ja auch arm geworden durch Euren großen Führer. Eure Lebensmittel sollt Ihr behalten. Unsere Verpflegung halten wir uns selbst. Aber das Inventar, das wir im täglichen Leben gebrauchen und die Wohnung, das alles holen wir von Euch!" - Was konnte man dazu sagen? Wieder lag der Druck und die Sorge auf den Städten, auf den kommunalen Verwaltungen und Vertretungen, ganz so wie 1918, wo auch die Verantwortlichen, die Regierenden, flohen oder sich das Leben nahmen, nachdem sie das deutsche Volk in das Elend gejagt hatten. Die Bürgermeister der Städte standen vor einem Chaos und trugen mit ihren Gemeinden die Last. Ihnen fiel die Aufgabe zu, die ersten schwierigsten Aufräumarbeiten durchzuführen. Eine neue Regierung konnte nicht so schnell gebildet werden, die kam erst später, nachdem der erste Stoß überwunden war. So zeigte sich in den Städten der Kern einer neuen Demokratie, und die ersten Vertretungen der deutschen Städte sind die Grundsteinleger der neuen deutschen Demokratie gewesen.

Trotz aller Bevormundung von seiten der britischen Militärregierung galt es für die neuen Stadtvertreter, eine eigene Initiative zu entwickeln. Es gab viel zu tun. Es galt, die Stadtbevölkerung, deren Zahl ins Riesenhafte gestiegen war, über den Winter zu bringen. Die Sommermonate würden bald vergehen, und dann standen wir vor der Kälte. Die Lebensmittelverwaltung war intakt geblieben, so daß für die karge Lebensmittelverteilung Sorge getragen werden mußte. Durch die Überfüllung der Stadt mit Menschen vom Osten - der Zustrom nach Südschleswig und Holstein hielt an - waren Räume besetzt worden, die keine Kochgelegenheit oder Öfen hatten. Soweit die Flüchtlinge durch die Wohnungsbehörde in die Wohnungen eingewiesen wurden, mußten sie mit den Wohnungsinhabern an einem Herd kochen, manchmal mehrere Familien an einem Herd. Viele Bewohner von einzelnen Räumen und die vorläufig in Schulgebäuden untergebrachten Flüchtlinge hatten keine Möglichkeit zu kochen. So war es erforderlich, eine Volksküche einzurichten. Die Firma Gebr. Rasch war bereit, die Kocherei zu übernehmen, und damit hat diese alte Schleswiger Firma der Stadt und der Bevölkerung einen guten Dienst geleistet, der nicht vergessen werden darf.

Auch auf einem anderen Gebiet sah es in der Bevölkerung traurig aus. Wenn der Winter kam, würden keine Kohlen, keine Briketts vorhanden sein. Die Vorräte waren beschlagnahmt, die Kohlengruben stillgelegt und die Eisenbahn auch. Auch für die Gasproduktion fehlten die Kohlen. Schleswig hatte ein eigenes Gaswerk, aber keine Kohlen, und deshalb kein Gas. Deshalb mußte man schon in den Sommermonaten Feuer unter dem Herd anmachen, um kochen zu können. Nachts wurden wahllos Bäume gefällt, und viele hölzerne Einfriedungen abgebrochen und unter Kesseln und Töpfen verfeuert. Die Menschen holten sich mit Blockwagen Holz aus dem nahen Walde, hauten junge Bäume ab, ziellos, planlos. Jeder nahm, was er fand und was ihm als brauchbar erschien. Die Besatzungsmacht kümmerte sich nicht darum und sah nichts. Ordnungspolizei gab es nicht mehr. — Wie sollte es nun im Winter werden? Die Bevölkerung kannte aber schon den Weg, sie wußte schon aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, daß nur durch Selbsthilfe der Feuerungsbedarf in den Keller gebracht werden konnte. Sie kannte den Weg zu den städtischen Mooren und nahm das Geschirr auf die Schulter, um Torf zu backen oder zu graben. Auch die Stadtvertretung organisierte die Torfproduktion, um zum Winter dies Brennmaterial zum Selbstkostenpreis an frierende Einwohner zu verkaufen.

Die Beschlüsse zur Inangsetzung dieser ersten Maßnahmen zur Linderung der Not hatte der ernannte Magistrat unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Hinrichs gefaßt. Dies war nur ein Anfang von den Vorarbeiten, die aus eigener Initiative gestartet wurden, ohne die Militärregierung zu fragen. Der Kreiskommandant wurde bei den täglichen Besprechungen durch den Bürgermeister informiert.

Anfang November ließ Dr. Hinrichs mich zu einer wichtigen Rücksprache bitten. Er sagte mir, daß die Militärregierung es gerne sehen würde, wenn ich das Amt des Bürgermeisters übernehmen würde. Ich müsse mich entscheiden, ja oder nein sagen. Auf meine Frage, was er denn solle oder wolle, sagte er: Der Vorschlag der Militärregierung sei, daß er dann das Landratsamt übernehmen solle.

Die Landratsfrage war immer noch nicht gelöst. Es mußte eine Persönlichkeit sein, die keine Verbindung mit der Nazi-Organisation gehabt hatte. Richtige Antifaschisten waren damals sehr gefragt. Es drängelten sich genug heran an die Ämter, daran lag es nicht. Es tauchten so viele Leute auf, besonders vom Osten. Viele hatten ihr Parteibuch auf der

Reise verloren, so daß ihre politische Vergangenheit dunkel war. In diesem Rätselraten um den neuen Landrat tauchte auch der Name Dr. Behrens auf. "Holt ihn doch her", sagte sogar der frühere sozialdemokratische Arbeitervertreter Gustav Altendorf. Aber Dr. Behrens saß auf seinem Gut in der Lüneburger Heide, auf Hof Meinerdingen bei Walsrode. Hatte er Schleswig vergessen? Es waren 12 Jahre vergangen, seitdem man ihm in schäbiger Form den Abschied gegeben hatte.

Ich wußte, Landrat und Bürgermeister mußten zusammenarbeiten, und mit Dr. Hinrichs ließ es sich gut arbeiten, er war klug, überlegt, jung und hatte die besten Voraussetzungen nicht nur für eine ehrenamtliche Arbeit als parlamentarischer Vertreter, sondern auch für einen Kommunalbeamten in leitender Stellung.

Ich verlangte 24 Stunden Bedenkzeit. Wir verabschiedeten uns, und ich ging nach Hause.

Was sagte doch mein in der Neustädter Bucht umgekommener KZ-Kamerad Richard Vosgerau damals, als wir über die Besetzung der leitenden Stellen nach dem Zusammenbruch diskutierten? Damals lehnte ich es strikt ab, irgend einen leitenden Posten zu übernehmen. Meine Einstellung zu den Dingen war: ich habe den "Scherbenhaufen" nicht gemacht. Wenn die Bürgervereine in der braunen Uniform uns nicht 1933 mit unserem Bürgermeister aus dem Rathaus hinausgedrängt hätten, dann sähe die Stadt Schleswig anders aus. Wie komme ich dazu, ihren "Misthaufen", den sie in den 12 Jahren zusammengetragen haben, abzuräumen, alle Scherereien, alle Schwierigkeiten zu entwirren? All die Last, die Verantwortung und die Arbeit zu machen! Wenn ich in der Diskussion dann so in "Brass" war, dann sah Richard mich an und lächelte: "Als Bürgermeister von Schleswig brauchst Du gar nicht zu arbeiten, Du brauchst gar nicht mal einen juristischen Berater, keinen Syndikus, Du brauchst nur einen vernünftigen Menschenverstand und einige tüchtige Beamte. Deine Aufgabe ist es, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu setzen, nur organisieren, und das kannst Du, lieber Freund! Die Arbeit muß gemacht werden für unsere Landsleute, für unser Volk, denn wenn die Nazis abgewirtschaftet haben, müssen wir eine neue Demokratie gründen. Dazu brauchen wir jeden Mann, denn viele von uns sind tot! — —

Bei mir zu Hause waren die Verhältnisse, was den Gesundheitszustand und die Stimmung betraf, bedeutend besser geworden. Unser Sohn war

schon im September aus amerikanischer Gefangenschaft zurückgekommen - es war ihm nicht gelungen, in Bayern die Amerikaner aufzuhalten - und meine Frau hatte die Krankheitskrise überstanden. Nach einer kurzen Beratung in der Familie nahm ich an. Meine persönlichen Verhältnisse regelte ich in einer Rücksprache mit dem Präsidenten der Reichsbahndirektion. Ich wurde beurlaubt und konnte jederzeit wiederkehren, um mich zum Dienst zu melden, wenn mir die Bürgermeisterei nicht mehr behagte. Mehr Entgegenkommen konnte ich von meiner Verwaltung nicht erwarten. Diese Regelung war ich meiner Familie schuldig. Am 7. November 1945 trat ich das neue Amt an. Diese ersten Tage im Bürgermeisterzimmer werde ich nicht vergessen. Kaum hatte ich Mantel und Hut abgelegt und vor dem Schreibtisch Platz genommen, da ging das Telefon. Ich meldete mich mit Namen und Dienstbezeichnung. Es war ein Wohnungsinhaber auf dem Hesterberg, der nun am Telefon eine großangelegte Rede über den Zustand in seiner engen Wohnung hielt, nachdem die Stadt ihm ein Flüchtlingsehepaar mit Kindern eingewiesen hatte. Ich hatte gar nicht den Namen verstanden, der Mann war aufgeregt. Ich kannte auch nicht das Haus oder die Wohnung. Wie sollte ich helfen, diesen Knoten zu lösen? Der Mann wurde immer aufgeregter. Er protestierte, er sei kein Nazi gewesen, wie käme man dazu, ihn so zu belasten. Ich legte den Hörer auf. Es dauerte nicht lange, da ging das Telefon wieder. Was war denn nun wieder los? Eine männliche Stimme, ich habe den Namen des Sprechers vergessen, erklärte mir die katastrophalen Verhältnisse in seinem Hause. Alle Wohnungen seien neben den Mietern mit Flüchtlingen besetzt. Die Fäkalieneimer reichten nicht aus. Der Fuhrmann hätte in der Nacht die Eimer nicht entleert. Es sei ihm nicht möglich, die Entleerung selber vorzunehmen, sein Grundstück sei zu klein, um die Masse aufzunehmen, er verlange Abhilfe von seiten der Stadt. Ich sagte Abhilfe zu. Ja, hier war ein Problem. Die sanitären Anlagen der Stadt waren unzulänglich. Der größte Teil der Stadt hatte noch das Eimersystem. Die Entleerung geschah regelmäßig durch die Firma Peter Albrecht. Der "Goldwagen" mit seinem Geruch war eine ständige nächtliche Erscheinung in den Straßen der Stadt. Wir hatten vor 1933 umfangreiche Kanalisations-Pläne in Gang gesetzt. Ich wußte nicht, wie weit diese Pläne in den letzten 12 Jahren durchgeführt worden waren. Durch den ständigen Zuzug von Flüchtlingen mußten die Verhältnisse eine Gefahr für Seuchen in sich bergen.

Das Telefon ging ständig. Nachdem ich noch mehrere Beschwerden über Wohnverhältnisse entgegengenommen hatte, ohne helfen zu können, wollte ich einen Gang durchs Rathaus machen, um mich über die Raumverhältnisse zu informieren. Als ich in den Vorraum kam, sah ich eine unübersehbare Menschenmenge. Der Vorraum bis zur Tür des historischen Ständesaals war gefüllt und die Treppe vom Eingang nach oben auch. Das war die Schlange der Wohnungssuchenden und Beschwerdesteller in Wohnungssachen. Ich bedauerte die Beamten und Angestellten, die sich abmühten, allen gerecht zu werden. So konnte es nicht weitergehen. Die Wohnungssachen mußten aus dem Rathaus raus.

Wir kauften sofort eine Holzbaracke und ließen sie in der Plessenstraße am Eingang zu den Königswiesen aufstellen. Diese Baracke wurde die Zentrale des Wohnungswesens. Die spätere Wohnungskommission hielt dort auch ihre Sitzungen ab. Die Baracke, die kürzlich abgebrochen wurde, hat gute Dienste geleistet. Ich habe immer die Mitglieder des Wohnungsausschusses bewundert. Es war eine unangenehme Arbeit, die sie freiwillig taten. Im Wohnungswesen zu arbeiten in dieser Zeit war, wo die Einwohnerzahlen fast auf das Doppelte stiegen, wahrhaftig kein Vergnügen. Dieses Amt und der Ausschuß hatte mit all den Zänkereien zwischen Mietern und Hauswirten und mit den Uneinigkeiten tmter den Mietern zu tun, von morgens bis abends. Gegen das Wohnungsamt richtete sich der Haß und die Wut der Bevölkerung, und diese Beamten, Angestellten und die Mitglieder des Ausschusses trugen doch wirklich nicht die Schuld an den elenden Verhältnissen. Wir mußten das Wohnungswesen von Grund auf neu organisieren. Brauchbare Unterlagen für die Bewirtschaftung des Wohnraums waren nicht vorhanden. Vor dem Zusammenbruch hatte man die Flüchtlinge planlos in die Wohnungen eingewiesen. Wir stellten eine neue Kartothek her, aus der alle Wohnungen mit Größe und Belegung hervorgingen. Wenn man etwas bewirtschaften muß, dann muß man erst wissen, was man hat.

Zuerst mußte ich den Publikumsverkehr ordnen. Ich hatte täglich Sprechstunden, wurde aber von morgens bis abends von Menschen belagert, die Hilfe suchten. Große Teile der Bevölkerung waren so hilflos, so zusammengebrochen, daß man in vielen Fällen verlangte, daß der Bürgermeister ihre Familienstreitigkeiten schlichten sollte. Sie waren jahrelang so am Gängelband geführt worden, daß sie sich in den einfachsten Situationen nicht selbst helfen konnten. Der Nächste war der Bürgermei-

ster, an den sie sich wandten. Dazu kamen die Scherereien mit den englischen Soldaten und Offizieren. Nach den englischen Befehlen hatte ich nur mit dem Kreiskornmandanten zu tun, höchstens mit dem Town Clerk. Außerdem bekam ich oft Besuch von britischen Militärpersonen, die man so ohne weiteres nicht gut abweisen konnte. Es kam u. a. nicht selten vor, daß Militärpersonen eine Freundin oder eine "Verwandte" mitbrachten, die in der Kaserne nicht untergebracht werden konnte. So ging man direkt zum Bürgermeister. Man war der Meinung: der regelt alles, und wir sind doch Besatzungsmacht. Als ich beim Kreiskommandanten Abhilfe verlangte, ordnete er sofort an, daß solche Wünsche der Soldaten ihm und nicht dem Bürgermeister unterbreitet werden sollten. Es wurde aber doch nicht anders. Militär ist eben Militär. Der Krieg war zwar vorbei, aber das waren die Nachwehen. Ich mußte strikt die Besuchszeit innehalten, denn sonst kam ich überhaupt nicht zum arbeiten. Außerhalb der Besuchszeiten wurde jeder Besucher abgewiesen. Um das aber durchzuführen, mußten wir für das Vorzimmer eine männliche Kraft einstellen. O!'. Hinrichs hatte schon den früheren Fliegermajor Alfred Haesler angestellt, der dann jahrelang eine Art Adjutantendienst machte. Haesler war Kriegsversehrter und bekam infolge seiner Verwundung ein Auto bewilligt. Es war ein alter Klapperkasten, ein alter DKW, aber es lief. Er sprach fließend englisch und war vertraut mit englischem Wesen. Durch seine ruhige, vornehme Art im Umgang mit Menschen, mit Briten, Amerikanern, Polen und Deutschen, hat er mir viele Unannehmlichkeiten von der Hand gehalten, so daß ich Zeit für die wichtigen Sachen bekam.

Die einzelnen Fach-Abteilungen der städtischen Verwaltung waren von guten Amtsleitern besetzt, die Inspektor oder Oberinspektor und Fachbeamte waren. Einige Bedienstete, die infolge ihres Parteibuches eingestellt worden waren und keine Fachkräfte waren, wurden verabschiedet. Unter dem Personal der Stadtverwaltung hatte es vor 1933 keine aktiven Nazis gegeben. Nach 1933 trat ein großer Teil, wie bei anderen Behörden, der NSDAP bei. Besonders im Jahre 1937, wo die Annahmesperre für neue Mitglieder aufgehoben wurde, meldete sich die größte Zahl der Beamten, auch die Abteilungsleiter, in die Partei. Man konnte nun nicht sagen, daß diese Beamten uns den Nazismus gebracht hatten. Sie zahlten schlicht und recht ihren Obolus für eine der Naziorganisationen, von Jenen es viele gab. Von diesen Beamten wurde engster Mitarbeiter des

Bürgermeisters Stadtinspektor Karl Segelcke, der das Hauptamt leitete und Dr. Furbach, der Justitiar war. Segelcke war zwar Parteimitglied gewesen und hatte sich bei der Luftschutzleitung betätigt, einer Arbeit, die weniger belastend war. Einige Beamten hatten die braune Uniform getragen und sich in SA oder Partei aktiv betätigt. Diese Beamten und Angestellten wurden sofort, nachdem die Militärregierung die Entnazifizierung begann, entlassen. Der Bürgermeister bekam davon Kenntnis. Diese Maßnahme war vorauszusehen. Aber nach einigen Wochen kamen auch die anderen Beamten dran. Die Militärregierung warf kurzerhand fast alle Abteilungsleiter, die Mitglieder der Partei gewesen waren, hinaus. So saß ich mit meinem guten Dr. Furbach, der nicht der Partei angehört hatte, allein im Rathaus. Unter dieser Voraussetzung hatte ich das Amt nicht übernommen. Wir konnten leicht Ersatz bekommen. Es meldeten sich viele Flüchtlinge, die nach ihrer Meinung die Befähigung hatten und auch nach ihren Angaben keinerlei Bindung an die Nazis gehabt hatten. - Aber traue, schau, wem? —

Durch energische persönliche Vorstellung, auch unter Drohung meines Rücktritts, gelang es doch, die Zusicherung von der Militärregierung zu erhalten, eine Nachprüfung der Fälle durchzuführen.

Wenn die Militärregierung einen solchen Maßstab bei der Entnazifizierung anwenden wollte, dann hätten wir in kurzer Zeit keine Behörden mehr gehabt. Das leuchtete dem Kommandanten auch ein, und nach einigen Wochen kamen meine Mitarbeiter wieder. Ich muß sagen, unser Stadtpersonal, das ich seit 1920 kannte, hat getreulich mit uns, mit den neuen Vertretern gearbeitet, um aus dem furchtbaren Wirrwarr herauszukommen.

Schon im Monat Mai 1945 war nachstehender Befehl an alle Bürgermeister ergangen:

**„An den Bürgermeister von Schleswig**

Vom Datum dieses Befehls ab dürfen Sie keine direkte Verhandlungen mit einzelnen Offizieren oder Mannschaften der britischen Streitkräfte haben.

alle Befehle werden Ihnen entweder durch die Militärregierung, durch den Ortskommandant oder durch den Britischen Militärbefehlshaber des Kreises Schleswig erteilt werden.

soll irgend Jemand ausgenommen die obengenannten Offiziere ihnen

Befehle geben, muss diese urkunde vorgezeigt werden, und dem Offizier gebeten sich an irgend einen der obengenannten Offiziere zuwenden."

Die Bürgermeister der kreisangehörigen Städte hatten hauptsächlich mit dem Kreiskornmandanten zu tun. Kreiskornmandant für den Kreis Schleswig war Oberst Dudley Smith. Eine deutsche Regierung bestand nicht mehr. Die Nazigesetze galten nicht mehr, obwohl wir zunächst ständig auf Grund eines Nazigesetzes Wohnraum für Flüchtlinge beschlagnahmten. Die Gesetze kamen von der britischen Provinzregierung, vom britischen Gouverneur von Scllieswig-Hoistein, der seinen Sitz in Kiel hatte. Der Kreiskornmandant sollte überwachen, daß diese Gesetze durchgeführt wurden. Er hatte den Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen und hielt jeden zweiten Tag Besprechungen mit Landrat und Bürgermeister ab. **In** diesen Gesprächen hatten wir Gelegenheit, dem Oberst Smith unsere Sorgen vorzutragen und unsere Maßnahmen zur Behebung der Not zu besprechen. Die Gespräche wurden meistens von 11-12 Uhr in ruhigem Tone geführt. Es gab eine englische Zigarette, die ich dann mit Erlaubnis des Gebers behaglich in meine Pfeife stopfen durfte, denn sonst hatte ich nur Eigenbau, Marke "Rathausmarkt". Wenn es Teezeit war, dann kam ein Soldat und servierte eine Tasse Tee. Sonst war es streng verboten, der Bevölkerung Lebensmittel oder Tabakwaren zu geben. In den Quartieren der Soldaten wurden viele Lebensmittelreste weggeworfen. Es war den Soldaten verboten, mit der Bevölkerung zu verkehren. Erst später entwickelte sich ein bescheidenes gesellschaftliches Leben mit den Offizierskreisen und den Soldaten. Wir wurden dann und wann in die Offizierskasinos eingeladen. Wir konnten aber die Einladung nie erwidern, weil wir nichts hatten, um die Gäste zu bewirten. **In** den Gesprächen klagten wir über die allgemeine Not: das Volk habe keine Feuerung, nichts zu essen und saß dichtgedrängt in den Wohnungen. Wir bekamen dann in ruhigem Tone die Antwort: "Was haben die Deutschen mit anderen Völkern in vielen Jahren gemacht, und was haben Hitler und Himmler getan!" - und dann schwiegen wir.

Trotz alledem hat Oberst Dudley Smith alles getan, um eine Besserung zu erreichen. Aber auch er bekam seine Befehle von seiner vorgesetzten Stelle in Kiel. **In** Smith hatten wir einen Mann, der kein "Deutschenhasser" war - denn solche gab es auch. Er war ein Mann, der uns half, so gut er konnte und durfte. Man fühlte oft, daß das Leid des deutschen

Volkes ihm zu Herzen ging. Ein gutes Beispiel über seine menschliche Haltung will ich doch in meiner Erzählung bringen:

Am letzten Nachmittag des Jahres 1945 wurde ich aufgefordert, um 5 Uhr nachmittags zu ihm in sein Büro im Regierungsgebäude zu kommen. Ich war zu Hause und es ärgerte mich, daß er mich am Altjahrsabend störte. Ich fuhr jedoch hin, und in seinem Zimmer waren neben Dr. Furbach auch der Landrat und sein Bürodirektor. Smith nahm lächelnd das Wort:

"Meine Herren, heute abend ist Altjahrsabend. Ich kann Ihnen nicht viel geben, das wissen Sie, aber ich habe Glück gehabt. Ich habe bei Idstedt zwei Rehböcke geschossen. Darf ich Ihnen einen Rehbraten geben als Dank für die gute Zusammenarbeit."

Mit einem Dank verabschiedeten wir uns vom britischen Kreiskornmandanten und wünschten ihm und seiner Familie in England ein gutes neues Jahr. Die geschossenen Rehböcke waren sein Eigentum, damit konnte er machen, was er wollte. Da es aber für die ganze Bevölkerung nicht reichte, dachte er an uns, an seine engsten Mitarbeiter.

Ich denke oft an Oberst Dudley Smith. Er war ein guter Mann für Schleswig in schwerer Zeit. Später ließ er seine Frau mit den Kindern nach Schleswig kommen. Er wohnte auf Paulihof am Waldrande. Wir sandten, kurz bevor die Frau Oberst kam, von unserer Stadtgärtnerei einen Blumenstrauß nach Paulihof und ich schrieb einige freundliche Worte und bot der Frau Oberst ein Willkommen im Namen der Stadt. Als meine Frau und ich mit mehreren Schleswigern und mit britischen Offizieren zu einem Empfangsabend eingeladen wurden, begrüßte Frau Smith mich mit einem Dank für den überaus freundlichen Empfang. Sie sagte: "Ich bin mit meinen Kindern von England mit einem dumpfen Gefühl in ein Land gefahren, mit dem England einen langen, schrecklichen Krieg hat führen müssen. Ich war angenehm und freudig überrascht, daß ich in dieser deutschen Stadt mit einem Blumenstrauß so freundlich empfangen wurde." Ja, die Bürgermeister der Städte hatten auch die ersten Schritte zu einer Völkerversöhnung zu tun nach Jahren des Hasses.

Kaum hatte ich acht Tage im Bürgermeister-Zimmer gesessen, da lag morgens ein Brief auf dem Tisch. Als Absender las ich: Dr. Behrens, Hof Meinerdingen bei Walsrode. **In** zwölf Jahren hatte ich nichts vom alten Bürgermeister gehört. **In** Schleswig war er seit seinem Abgang nicht gewesen, das wußte ich. Er schrieb:

"Lieber Herr Clausen!

Aus Schleswig höre ich, daß Sie jetzt die Bürgermeistergeschäfte führen, und ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß dies der Fall ist und Ihnen zugleich herzliche Grüße übermitteln. Sie haben ja kein leichtes Amt übernommen, aber ich weiß, daß Sie der rechte Mann am richtigen Platze sind und daß von Ihnen die Geschäfte so geführt werden, wie ich dies seiner Zeit getan habe. Sie werden viel grübeln und des nachts nicht zum Einschlafen kommen, weil Sie es sich durch den Kopf gehen lassen werden, wie Sie die eine oder andere schwierige Aufgabe meistern können. Ich empfehle Ihnen aber, dies nicht zu tun, die Denkmachine vor dem Einschlafenwollen gänzlich auszuschalten und dann am anderen Morgen umso frischer zu erwachen.

Ich habe mich immer gefreut, von alten Schleswiger Bekannten des öfteren über Sie und Ihre Parteigenossen etwas zu hören, und ich bitte Sie, ihnen, insbesondere den Herren Brodkorb und Altendorf, herzlichste Grüße von mir zu bestellen."

Es ragen in Schleswigs neuerer Geschichte neben Dr. Behrens drei Persönlichkeiten hervor, die heute nicht mehr leben. Das sind Emil Brodkorb, Gustav Altendorf und Tischlermeister Hirschelmann. Sie waren keine gebürtigen Schleswiger, sie kamen einst aus dem Süden Deutschlands. Sie waren deutsche Menschen, deren Lebenswerk und Ziel es war, eine Gemeinschaft zu schaffen, deren Grundlage die menschliche Freiheit sein sollte. Man kann berechtigte Kritik an der Weimarer Republik üben, aber die Zeit von 1918-1933 brachte freiheitsliebende, tüchtige Männer aus Arbeiterkreisen hervor, die von Hitler oder Himmler durch die Konzentrationslager geschleppt wurden und 1945 nicht mehr waren, oder zu alt waren, um nochmal dem deutschen Volke aus der Not zu helfen, so wie sie es nach 1918 taten. Sie gehören zum anderen Deutschland.

Also, Dr. Behrens hatte Schleswig nicht vergessen, und er hatte auch seine sozialdemokratischen Mitarbeiter nicht vergessen, die ebenso wie er, schäbig, ja vielleicht noch schäbiger von den Nazis behandelt worden waren. Ich freute mich sehr über seinen Brief. Er klang wie ein Gesellenbrief, denn Dr. Behrens war mein Lehrmeister in der Kommunalpolitik gewesen. Seitdem begann ein reger brieflicher Meinungsaustausch. Anfang des Jahres 1948 besuchte ich ihn zusammen mit unserem letzten Stadtverordnetenvorsteher, Bankdirektor Bannier, auf seinem Hof Meinerdingen. Wir sprachen zwei Tage lang über Schleswig und über die

erbärmlichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die uns die Usurpatoren hinterlassen hatten. Als ich dann von 1949 bis 1953 Mitglied des ersten Bundestages war, und oft über Fallingb. mit meinem Wagen nach Bonn und zurück fuhr, bin ich oft auf Gut Meinerdingen eingekehrt und stets herzlich empfangen worden. Auch heute noch wechseln wir dann und wann Briefe.

Wenn man einen neuen Arbeitsplatz bekommt, einen neuen Schreibtisch mit Schubladen, einen neuen Aktenschrank, dann muß man in einer ruhigen Stunde den Inhalt untersuchen. Im Bücherschrank fand ich neben Gesetzsammlungen die Nazi-Gemeindeordnung, Bücher über Sd. Schleswigs Geschichte und Umgebung. Der Schreibtisch war leer. Als ich aber in dem rechten Fach näher zusah, fand ich doch noch eine sehr interessante Sache. Es war eine kleine Kartothek mit Kartothekskarten, die mit teils bekannten Schleswiger Namen beschrieben waren. Ich blätterte die Namen durch und fand zu meinem Staunen den Namen meines Schwiegervaters Simon Nielsen und meiner Schwägerin Line Nielsen, geb. Clausen, mit dem Vermerk: "spricht dänisch". Mein Schwiegervater stammte von Nord. Schleswig, wohnte in Schleswig als pensionierter Eisenbahner und war in der Preußenzeit Stationsmeister in Bolderslev gewesen. Meine Schwägerin stammte von Aarslev-Mühle bei Hjorkär. Sie war mit dem Bruder meiner Frau verheiratet und wohnte in Schleswig. Die anderen Namen in der Kartothek waren die Namen der Mitglieder des schleswigschen Vereins. Mein Schwiegervater und meine Schwägerin waren nicht Mitglieder des Schleswigschen Vereins, aber sie mußten ja doch den Nazis verdächtig gewesen sein. Die Überwachung dieser Bürger war den Nazis so wichtig erschienen, daß ihr Bürgermeister selbst die Kontrolle ausübte.

Noch eine interessante Sache kam mir in den nächsten Wochen zu Gesicht. Es war das "Goldene Buch" der Stadt Schleswig, das man geschaffen hatte, um alle Denkwürdigkeiten der "großen Zeit" für alle Ewigkeit festzuhalten. Dies Buch wurde am 28. August 1945 von Bürgermeister Dr. Hinrichs dem Beirat vorgelegt. Der Beirat beschloß in der nächsten Sitzung, das Buch nicht weiterzuführen, sondern dem Stadtarchiv als geschichtliches Dokument zu übergeben. Das Buch aus bestem Papier, in Leder gebunden mit Metallbeschlägen und Verschuß, war eine ausgezeichnete Handwerksarbeit. Die erste Seite enthält in großen, künstlerisch einwandfreien Buchstaben die Tatsache, daß der "große Führer"

Ehrenbürger der Stadt ist. Die drei anderen Ehrenbürger der Stadt, General v. Manteuffel, der frühere preußische Finanzminister Bitter und Klosterpropst Freiherr Rochus von Liliencron waren nicht erwähnt. Dann folgte eine Einführung, auch mit Kunstbuchstaben geschrieben. Der erste Satz lautet:

/Im siebenten Jahre des Reiches unseres Führers Adolf Hitler errichtete die Stadt Schleswig für kommende Zeiten dieses Ehrenbuch./

Das siebente Jahr war das Jahr 1940. Diese Einführung war unterschrieben von dem jetzigen Innenminister Dr. Lemke, der damals Bürgermeister der Stadt Schleswig war. Weiter lesen wir eine kurzgefaßte Geschichte der Stadt, die eine unglaubliche Geschichtsklitterung darstellte, besonders durch die Darstellung der neueren Zeitgeschichte. Anstatt wenigstens etwas von der Aufbauarbeit nach dem ersten Weltkrieg von 1918 bis 1933 zu schreiben, brachte man in hohen Tönen die Entstehung der Nazibewegung in Stadt und Kreis.

Inzwischen war Dr. Hinrichs als Landrat des Kreises Schleswig eingesetzt und später von dem ersten ernannten Kreistag gewählt worden. Mit einem Schreiben vom 6. Dezember 1945 wurde ich unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bürgermeisters der Stadt Schleswig beauftragt. Am 12. Dezember wurde ich im Ständesaal des Rathauses durch Landrat Dr. Hinrichs in Gegenwart des gesamten Personals der Stadtverwaltung in mein neues Amt eingeführt.

Anfang des Jahres 1946, im Januar, gab ich vor den ernannten Stadträten einen Situationsbericht über die Lage der Stadt. Ich bringe das Wichtigste aus diesem Bericht, weil man dadurch ein ungefähres Bild davon bekommt, wie es damals in Schleswig aussah.

/Das Hafengebäude ist an mehreren Stellen zusammengebrochen und das Hafengelände angespült. Der Strandweg ist an mehreren Stellen fortgespült. Es besteht Gefahr, daß der Eisenbahndamm unterspült wird und daß der Eisenbahnverkehr von Friedrichsberg-Bahnhof nach Altstadt-Bahnhof eingestellt werden muß. Die Lollfußmauer gegenüber der Bergas-Buchhandlung ist zusammengefallen und die Häuser in Gefahr. Daß Straßen und Bürgersteige in einem schlechten Zustand sind, kann jeder sich denken. Die städtischen Anlagen sind völlig verwahrlost. In den Anlagen vor der Regierung baut man Kohl, Kartoffeln, Erbsen und Bohnen./

**In** den von den Nazis geschaffenen Verkehrsbetrieben der Stadt standen die Räder still. Es war kein Benzin vorhanden und die Busse waren klapprig. Hätte man nur noch die Straßenbahn gehabt. Aber die Bahn war abgebrochen, die Gleise verkauft und die Wagen teilweise verbrannt. Man wollte 1933 zeigen, was richtige Stadtväter konnten, man wollte modern sein, und nun mußten Schleswiger Bürger, wenn sie kein Auto hatten, vom Holm nach Busdorf zu Fuß gehen.

Das Gaswerk war vollständig veraltet und reparaturbedürftig, die Reorten mußten erneuert werden, Material war nicht zu haben. Selbst wenn Kohlen vorhanden gewesen wären, konnte das alte Werk niemals das nötige Gas für eine 40 000-Menschen-Stadt liefern. Elektrisches Licht und Kraft bekamen wir von der überlandzentrale, die Sperrstunden angeordnet hatte.

Alle Schulen in der Stadt waren entweder von Flüchtlingen besetzt oder als Lazarett eingerichtet. Der Schulbetrieb ruhte vollständig. Die Gallbergschule war englisches Lazarett. Die Wilhelminenschule war mit 500 Flüchtlingen besetzt. **In** der Lollfußer Mädchenschule befand sich die Ohrenklinik der Kieler Universität, die Landbauschule war englisches Lazarett. Die Bugenhagschule war von Flüchtlingen besetzt. Die Domschule war deutsches Lazarett. Das Stadtkrankenhaus in der Lutherstraße war im letzten Jahre des Krieges der Kieler Universität für die Unterbringung der Universitätskliniken übergeben worden. Schleswig besaß kein Krankenhaus.

Beschlagnahmt von der Besatzungsmacht waren alle Hotels: Ravens Hotelei, Stadt Hamburg, Hohenzollern, Stampfmühle, Strandhalle, Stadttheater, Sprenglers Hotel. Nur der "Große Baumhof" war frei. Weiter waren über 60 Privathäuser, viele Tankstellen, Garagen, Lagerhäuser, Werkstatt Räume und sonstige Räume für die Unterbringung der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Die Kasernen in der Moltkestraße und die ganze Kasernenanlage auf der Freiheit waren von britischen Truppen besetzt. **In** einer Aufstellung, die mir die Verwaltung im Januar 1946 vorlegte, waren an Inventar aus Privathäusern u. a. beschlagnahmt: 14 Schreibmaschinen, 21 Rundfunkgeräte, 16 Bügeleisen, 85 Schallplatten, 54 Bettgestelle mit Matratzen, 27 Bettbezüge, 27 Bettlaken, 183 Polstersessel, 30 Sportangelgeräte, 30 Bilder, 70 Teppiche, 26 Sofas, 42 Stühle, 39 Tischlampen, dazu Gabeln, Messer, Tassen, Töpfe, Gläser usw., deren Zahl in die Hunderte ging.

Nicht erfaßt waren - und es konnte auch nicht festgestellt werden - wie viele Möbel, Betten und Geschirr die Bewohner in den beschlagnahmten Privathäusern und den Hotels zurücklassen mußten. Auch die selbständig von militärischen Einheiten ohne Mitwirkung der Stadtverwaltung in den Möbellagern beschlagnahmten Möbel konnten nicht einwandfrei festgestellt werden. Darüber hinaus waren alle Baumaterialien, Steine, Holz, Eisen, Kalk und Zement beschlagnahmt und durften nicht verwendet werden.

An der Spitze aller Sorgen stand die Raumnot, die Wohnungsnot. Durch die Beschlagnahme von Häusern und durch den Zuzug von Flüchtlingen waren alle Häuser einschließlich Dachböden von Menschen besetzt. Schleswigs Einwohnerzahl hatte bald die 40000 erreicht und im Kreis Schleswig zählte man statt früher 90 000 jetzt nahezu 140 000 Menschen. Bei den sanitären Verhältnissen in der Stadt mußte sich die Überbelegung der Häuser, in denen noch Eimertoiletten vorhanden waren, unangenehm auswirken. Ich habe schon von dem "Goldwagen" der bekannten Firma Peter Albrecht erzählt, der schon in normalen Zeiten als sehr unangenehm empfunden wurde. Auch die Arbeit, die mit diesem System verbunden war, war eigentlich eine Sträflingsarbeit. Die Eimer mußten aus den Toiletten der Häuser geholt, ausgekippt und wieder an Ort und Stelle leer hingebracht werden. Man wunderte sich oft, daß es noch Arbeiter gab, die diese Nachtarbeit, die allerdings durch einen guten Lohnzuschlag abgegolten wurde, verrichteten. In der Kriegszeit und bei den Nazis gab es nichts zu meckern. In dieser Zeit hatte man drastische Mittel, um protestierende oder gar streikende Arbeiter zur Räson zu bringen. Aber diese Zeiten waren überstanden, jetzt konnten die Arbeiter Forderungen stellen und Arbeiten verweigern, die nicht zumutbar waren. Und hier war ein solcher Fall. Der Unternehmer der Fäkalienabfuhr erschien und erklärte, er könne keine Arbeiter bekommen. Wenn das Arbeitsamt ihm Arbeiter anwies, kamen sie zwar, aber am nächsten Tage erschienen sie nicht wieder, sie verweigerten die Arbeit oder meldeten sich krank. Wenn sie gefragt wurden, warum sie die Arbeit nicht ausführen wollten, sagten sie: Wir haben keine Stiefel, keinen Anzug, keine Handschuhe für diese Dreckerarbeit, wir denken gar nicht daran, in den kalten Winternächten unsere Gesundheit aufs Spiel zu setzen, und dann für das lumpige Papiergeld. Ja, da saßen wir nun, und die Eimer waren nicht entleert. Diese Verhältnisse waren eine Gefahr

für Krankheit und Seuchen. Hier halfen nicht mehr Schmutzzulagen oder Nachtzulagen zum Lohn, hier half nur ein Arbeitsanzug, Gummistiefel, Lederhandschuhe, ordentliche Lebensmittelrationen, Tabak oder Zigaretten und, wenn es ging, auch eine Buddel Schnaps dann und wann. Diese Dinge mußten "organisiert" werden. Jetzt galt es, den richtigen Mann auf den richtigen Platz zu setzen, und dieser Mann fand sich. Es war Stadtinspektor Vollstedt, der die Wirtschaftsabteilung der Stadt führte. Ein besonderer Beamtentyp, er klebte nicht an seinem Schreibtisch, er hatte selbst kein Lager, aber er hatte Beziehungen und die Gabe, britische und deutsche Stellen von einer Sache zu überzeugen. Es gelang ihm in kurzer Zeit, Persenningstoff für sechs Anzüge, sechs Paar Handschuhe und sechs Paar Gummistiefel zu "besorgen". Das Kreiswirtschaftsamt mußte bessere Lebensmittelkarten, Tabak und Schnaps rausrücken, und dann rollte der "Goldwagen" wieder durch die Straßen der Stadt.

Ein Jahr später wurde die Fäkalienabfuhr in städtische Regie übernommen. Es gelang der Tiefbauleitung unseres Bauamts, einen motorisierten Spezialwagen mit einer Saugeinrichtung zu beschaffen, der heute noch gebraucht wird. Dadurch wurde die Abfuhr wesentlich verbessert und auch für die Arbeiter erträglicher. Wir waren damals sehr froh, denn der Wagen wurde noch mit Papiermark bezahlt und kostete ca. 30 000, nicht DM, sondern entwertete Hitler-Mark.

Eines morgens im Dezember 1945 oder Januar 1946 meldete das Wohlfahrtsamt, das vom früh verstorbenen Stadtinspektor Erich Behrens geleitet wurde, daß in der Stadt zehn Leichen wären, für die keine Särge beschafft werden konnten. Kein Tischler hatte Holz, man sei genötigt, für die Bestattung Säcke zu beschaffen. Ich erinnere, daß diese Meldung mich sehr stark erschütterte. Soweit war es in der Stadt Schleswig gekommen. Wir hatten gehört, daß auch in den anderen Städten Tote in Säcken bestattet worden waren. Es starben täglich Menschen in den Wintermonaten 1945 bis 1946. Nun saß ich in meinem Dienstzimmer mit meinen treuen Mitarbeitern Dr. Furbach, Segelcke und Behrens. Es gab nur einen Weg. Wenn Bretter für einen Sarg nicht mehr beschafft werden konnten, dann mußten wir Bäume im Walde fällen, sie sofort aufsägen, und dann Särge zimmern lassen, damit die Menschen menschlich in der kalten Wintererde bestattet werden konnten. Das waren wir auch den Angehörigen schuldig, weil sie in dieser furchtbaren Zeit schon so viel Leid tragen mußten.

So sah es um Weihnachten 1945 in der Stadt aus. So sah das Erbe aus, das uns die zehn Mann starke Fraktion der Nazis, die am 29. März 1933 im festen Tritt in das Rathaus einmarschiert war, hinterlassen hatte. Gewiß sind diese Leute nicht direkt verantwortlich, denn ihr "großer Führer" hatte durch die Anzettelung eines europäischen Krieges das deutsche Volk im Elend zurückgelassen. Aber diese Stadtverordneten, denen die "Schleswiger Nachrichten" ein so großes Quantum Vorschußlorbeeren dargebracht hatte, mußten nun doch erkennen, daß man mit festem Tritt und Stiefelgetrappel, mit blutrünstigen, lauten Liedern und einer großen Schnauze ein Volk nicht zur Höhe führen und auch nicht eine Selbstverwaltung im Sinne eines Freiherrn von Stein zum Wohle der Stadt schaffen kann.

Schleswiger Bürger, seht Euch in Zukunft Eure Ratsherren genau an, bevor Ihr sie ins Rathaus sendet!

#### *Die erste ernannte Stadtverordneterversammlung*

Die ersten Maßnahmen hatten Dr. Hinrichs und ich mit dem bestehenden ernannten Beirat besprochen und durchgeführt. Nun mußte die neue Demokratie eine Form haben. Die Nazi-Gemeindeverordnung war nicht zu gebrauchen, obwohl man sich auf den ersten preußischen Demokraten, den Reichsfreiherrn von Stein, berufen hatte. Das war ja das Grundelement der Nazibewegung, daß sie alle Begriffe umkehrte, aus weiß schwarz machte, ihre eigenen Schandtaten dem Gegner zur Last legte mit einer verblüffenden Frechheit und Demagogie.

Die Nazi-Bürgermeister waren nicht durch irgendwelche Beschlüsse von Gremien abhängig, sie waren nur der Partei und Hitler verantwortlich, und ihre Ratgeber wurden von der Partei bestellt. Die Nazi-Partei wal' Staat. Andere Parteien existierten nicht mehr. Die Reste der reaktionären Rechtsparteien, deren bedeutende Vertreter v. Papen, Hugenberg und Dr. Schacht waren, waren auch so langsam beiseite geschoben worden und hatten nichts mehr zu melden. Ich habe doch in den Protokollen feststellen können, daß Schleswigs Bürgermeister in der Nazizeit regelmäßig Sitzungen abhielten und ihre Ratsherren hörten. Die Entscheidung über alle Dinge lag aber ganz allein beim Bürgermeister, so war das Führerprinzip.

Die britische Militärregierung verfügte für die britische Zone die Form der englischen Kommunalgesetzgebungen. Danach sollte ein Stadtparlament durch ein freies, allgemeines, geheimes Wahlrecht gewählt werden. Dieses Parlament sollte seinen Präsidenten wählen, den Bürgermeister der Stadt. Dieser Mann war der erste Bürger und der erste Repräsentant der Stadt in der Öffentlichkeit in allen Angelegenheiten. Er war Vorsitzender der wichtigsten Ausschüsse, leitete die Stadtverordnetenversammlung und hatte in der kommunalen Politik die Initiative. Das höchste entscheidende Gremium war die Stadtverordnetenversammlung. Der bedeutendste Ausschuß war der Hauptausschuß, dessen Vorsitzender der Bürgermeister war. Das war nach der alten Schleswig-Holsteinischen Städteordnung, die in der Zeit der Weimarer Republik Gesetz war, der frühere Magistrat. Die Ausschüsse hatten eine beratende Tätigkeit auszuführen, konnten aber durch das Plenum in besonderen Angelegenheiten auch beschließen. Welche Angelegenheiten Hauptausschuß oder Plenum entscheiden sollten, und welche Angelegenheiten den Fachausschüssen erst zur Beratung vorgelegt werden sollten, war zum größten Teil Ermessenssache des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters.

Das Plenum konnte aber alle Dinge an sich ziehen und entscheiden. Der Bürgermeister war ehrenamtlich und konnte mit Zweidrittelmehrheit von der Stadtverordnetenversammlung abgesetzt werden. Für die Zeit seiner Tätigkeit bekam er eine Aufwandsentschädigung. Seine Tätigkeit endete bei einer Neuwahl des Parlaments.

Der Leiter der Stadtverwaltung war der Stadtdirektor. Er konnte an jeder Ausschußsitzung teilnehmen, wenn es nach seiner Meinung erforderlich war. In den Plenarsitzungen und den Sitzungen der Hauptausschüsse und des Finanzausschusses mußte er anwesend sein. Er hatte kein Stimmrecht, konnte aber außer der Reihenfolge das Wort bekommen. Er war Beamter und mußte umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der kommunalen Verwaltung haben. Die Befähigung zu einem Richteramt wurde nicht verlangt.

Der Kreiskommandant Oberst Smith verlangte die Vorlage eines städtischen Grundgesetzes, in dem diese Richtlinien festgelegt werden sollten. Das war etwas Ungewöhnliches. In der Weimarer Republik bekamen wir die Grundlagen für eine demokratische Selbstverwaltung von der preußischen Staatsregierung, zuerst mit Verfügungen des Innenministers und später durch ein vom preußischen Landtag angenommenes Gesetz.

Nach 1945 hatten wir aber weder eine preußische Regierung noch eine Provinzregierung, und das großdeutsche Hitlerreich war in vier Zonen eingeteilt, in denen die Alliierten regierten. Man hatte in Kiel einen Oberpräsidenten eingesetzt. Zuerst war es ein Herr Hoevermann, ein Verwaltungsbeamter, und später der frühere Landrat des Kreises Rendsburg, Steltzer. Dieser kommissarische Oberpräsident hatte die Aufgabe, die neue Provinz-Regierung in Gang zu setzen. Wir wußten aber noch nicht, in welcher Weise das besiegte Deutschland aufgeteilt werden sollte. Man redete von einem föderalistischen Staat, einer Einteilung in einzelne Länder. Was aber aus der ehemaligen Provinz Schleswig-Holstein werden sollte, wußten wir nicht. Eine Obrigkeit war also nicht vorhanden und wohl auch nicht unbedingt nötig. Die Last trugen die Bürgermeister doch. Die Demokratie mußte erst unten geschaffen werden und erst von unten kommen. Von oben war das deutsche Volk nun lange genug regiert worden, von Bismarck, Wilhelm und Hitler. Diesmal mußte es nun endlich glücken, auch ohne Kommunalaufsicht. Die Bürgermeister der Städte standen allein mit ihren Sorgen. Wir hatten aber mit unseren Nachbarstädten einen gewissen Kontakt geschaffen. Wir kamen in nicht festgelegten Zeiträumen zu einer Aussprache über alle schwierigen Probleme, vor denen wir standen, zusammen. So fanden sich die Bürgermeister der Städte Neumünster, Rendsburg, Schleswig, Itzehoe, Pinneberg, Flensburg und Eckernförde von Zeit zu Zeit zusammen, später auch mit ihren Stadtdirektoren. Allmählich entstand so der Schleswig-Holsteinische Städteverein. Die Grundlage zu diesem wichtigen Zusammenschluß wurde im Winter 1945 bis 1946 von uns geschaffen.

In einer solchen Zusammenkunft wurde auch das neue städtische Grundgesetz besprochen. Wir beschlossen, einzeln vorzugehen, die Bestimmungen dieses Gesetzes zu formen und nach Fertigstellung auszutauschen. Eine Abschrift sollte dem kommissarischen Oberpräsidenten zur Kenntnis übersandt werden. Wir holten dann die in der Zeit der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung verwendete Ortssatzung hervor und formten die neuen Paragraphen. Dies erste städtische Grundgesetz war sehr einfach und klar, weil nicht so viele Juristen dabei waren. Die kamen erst später, nachdem der erste Bundestag in seiner Legislaturperiode 765 Gesetzesvorlagen durchgearbeitet und beschlossen hatte. Dies einfache Grundgesetz der Städte ist aber die erste Grundlage, der erste Schritt zu einer demokratischen Selbstverwaltung der Städte gewesen.

Aus der alten Ortssatzung, die vollständig umgearbeitet wurde, entstand die Gemeindeverfassung (Hauptsatzung) der Stadt Schleswig. Später, nachdem die erste parlamentarische Regierung und der gewählte Landtag des Bundeslandes Schleswig-Holstein eine neue Gemeindeordnung beschloß, mußte die Hauptsatzung völlig neu geschaffen werden, weil das englische System, das sogenannte zweigleisige System mit Bürgermeister und Stadtdirektor, abgeschafft wurde. Der Bürgermeister wurde wieder Beamter und Leiter der Verwaltung. Das Stadtparlament bekam einen Bürgervorsteher oder Stadtpräsidenten. Im Landtag habe ich mich stark für das englische System eingesetzt, weil ich diese Kommunalgesetzgebung für die demokratischste ansah. Andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben dieses System heute noch und haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Der bestehende siebenköpfige Beirat der Stadt war nun nach unserer Meinung und auch nach der Meinung der Engländer nicht etwas Endgültiges. Wir mußten weiterkommen. Ein Kommunal-Wahlgesetz war noch nicht vorhanden, und mit der Gründung der zweiten Demokratie mußte man behutsam vorgehen, denn dieses Mal mußte es, wie gesagt, ja glücken. So verordnete die britische Provinzregierung, daß eine vorläufige Stadtverordnetenversammlung ernannt werden sollte und gab Richtlinien für die Ernennung von Bürgern heraus. Das erste Stadtparlament war kein politisches, es war ein berufsständisches Parlament. Alle Kreise des Erwerbslebens sollten erfaßt werden. Es sollten Vertreter sein von Handel und Industrie, freien Berufen, Handwerk und Vertreter der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften waren unter Leitung der Militärregierung gebildet worden, die politischen Parteien noch nicht. Die Voraussetzung für die Ernennung zum Stadtverordneten war, daß diese Personen nicht politisch belastet waren, das hieß, sie durften keine engere Verbindung mit der NSDAP und ihren sogenannten verbrecherischen Organisationen gehabt haben. Es mußten echte Antifaschisten sein. Aus den Gewerkschaftskreisen solche ausfindig zu machen, war kein Problem, aber schwieriger war die Auslese aus bürgerlichen Kreisen, denn die Bürger der Stadt Schleswig hatten 1933 weit überwiegend die Nazipartei gewählt.

Schon Anfang Oktober erhielten wir ein Schreiben von Oberst Smith, das vom 1. Oktober 1945 datiert war. Der Oberst und Kreiskommandant schreibt u. a. folgendes:

„Es gehört zur Politik der Militärregierung, daß die örtlichen Verwaltungen in Deutschland soweit als möglich Angelegenheit eines jeden Bürgers werden. Wenn es die Umstände gestatten, soll dies durch eine freie Wahl von örtlichen Räten geschehen. Die Durchführung von Wahlen wird im gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch für nicht zweckmäßig angesehen. Es ist trotzdem wichtig, daß bereits jetzt schon Schritte unternommen werden, um das Bewußtsein des Bürgers und die persönliche Verantwortung für eine gute Verwaltung wieder zu wecken, Gefühle, die von dem Nationalsozialismus unterdrückt wurden. Es ist deshalb beschlossen worden, daß die ersten Schritte in dieser Richtung sofort unternommen werden und zwar durch Entsendung von zu ernennenden vertretenden Räten. Die diesen Räten zugestandenen Befugnisse werden vorerst durch verschiedene Faktoren eingeschränkt werden, vor allen Dingen durch die ernste wirtschaftliche Lage, die Einschränkungen an persönlicher und allgemeiner Freiheit nötig machen wird . . .“

Dann folgen Durchführungsbestimmungen und das Ersuchen, geeignete Vorschläge nach diesen Richtlinien zu machen und mit dem Kommandanten zu besprechen. So sah das Rezept der Militärregierung für die politische Gesundheit des deutschen Volkes aus.

Nach Beratung im Beirat wurden wir einig. Um eine gewisse Mitwirkung der Bürgerschaft bei der Ernennung zu erreichen, forderten wir die Wirtschaftsorganisationen auf, Vorschläge zu machen. In erster Linie mußten die Gewerkschaften gefragt werden, denn in ihren Reihen waren doch die zuverlässigsten Demokraten. Wir forderten das Gewerkschaftskartell, in denen alle Fachvereinigungen zusammengeschlossen waren, auf, 15 Vertreter zu benennen. Weiter sollte der Handwerkerverein 4 und die Geschäftswelt 5 Vertreter ihres Vertrauens benennen. Außerdem sollte der Bürgermeister auf Wunsch der Militärregierung 6 Stadtverordnete aussuchen, die einwandfrei demokratisch sein sollten.

So kam die erste Stadtverordnetenversammlung zustande, aber nicht ohne Kritik von gewissen Bürgerkreisen, die glaubten, auch ein Recht zur Mitbestimmung zu haben. Von der erst gegründeten Christlich-Demokratischen-Aufbaupartei erhielt ich ein Schreiben vom 7. November 1945 mit der Mitteilung, daß diese Partei gegründet worden sei und Wert darauf legte, maßgeblich nach demokratischen Grundsätzen zu den Verwaltungsaufgaben herangezogen zu werden. Nach Beratung im Beirat antwortete ich unter dem 16. November, daß das ernannte Par-

lament nach dem Wunsch der Militärregierung auf berufsständischer Grundlage ernannt werden sollte. Die Berufsgruppen seien aufgefordert, Personen zu benennen. Die CDU müsse versuchen zu erreichen, daß ihre Repräsentanten benannt würden. Diese Antwort brachte den Schreiber der CDU-Briefe, Drogist Franz Grell, in Harnisch. Ich bekam einen in scharfem Ton gehaltenen Brief mit einem Protest gegen eine solche "Diktatur". Gewiß, Franz Grell, den ich sehr gut kannte, hatte Recht, aber die Entwicklung von einer blutigen Diktatur zu einer toleranten Demokratie ging nicht so schnell. Die Zeit der politischen Parteien war noch nicht gekommen. Und wenn eine politische Partei eingreifen sollte, dann konnte es nur die Sozialdemokratische Partei sein, die im Kampf gegen die Nazis als einzige Partei ihren Bestand gehalten hatte, während die neue CDU, die als Nachfolgerin der früheren bürgerlichen demokratischen Partei angesehen werden mußte, keine Tradition hatte. Sie hatte nun wirklich keine Verdienste um den Kampf der Erhaltung der Weimarer Republik. Die Sozialdemokratische Partei war schon am 3. Mai, bevor die Engländer Schleswig erreichten, in Schleswig gegründet worden, und ich war der Vorsitzende der Ortsgruppe.

Inzwischen hatten wir die erste demokratische Ortssatzung fertiggestellt und mit einem Begleitschreiben des Bürgermeisters an die Militärregierung abgesandt. Das Schreiben ist datiert vom 28. November 1945 und lautet:

"In der Anlage wird ein Entwurf einer neuen Ortssatzung der Stadtgemeinde Schleswig mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt. Die Ortssatzung ist als erster Schritt anzusehen, die Bevölkerung zur Mitbestimmung und zur Mitarbeit in der städtischen Verwaltung heranzuziehen. Es ist ein Anfang zur Demokratisierung der Verwaltung gemäß Schreiben der Militärregierung vom 1. Oktober 1945. Die Ortssatzung wird nach dem vorgenannten Schreiben nur für eine Übergangszeit Gültigkeit haben, bis ein neues Stadtparlament durch eine freie Wahl von der Bevölkerung gewählt worden ist. Die Ortssatzung ist unter Anlehnung an die Schleswig-Holsteinische Städteordnung von 1869, die bis zum Jahre 1933 Gültigkeit hatte, aufgestellt worden. Die Bezeichnungen Bürgermeister, Stadtrat oder Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind für die Bevölkerung Begriffe, die seit Jahrhunderten Geltung hatten. Ich bitte, diese Bezeichnungen für die Körperschaften auch in Zukunft bestehen zu lassen."

Diese Ortssatzung wurde ohne Diskussion von der Militärregierung anerkannt. Damit hatten wir nach unserer Meinung einen guten Anschluß an das Werk des Reichsfreiherrn v. Stein gefunden. Regierungsdirektor Clasen war bei dem Aufbau einer neuen Regierung beschäftigt und erhielt am 7. Januar 1946 eine Abschrift der Ortssatzung und der Geschäftsordnung zur Kenntnisnahme zugesandt.

Die erste öffentliche Sitzung der ernannten Stadtverordnetenversammlung fand am 16. Januar 1946 im Ständesaal des Rathauses statt. Diese erste Sitzung hatte eine bescheidene festliche Prägung. Zugegen waren Oberst Smith und Kapitän Alexander von der Militärregierung, und Landrat Dr. Hinrichs. Ich eröffnete die Sitzung und bot den Gästen ein Willkommen. Dann richtete ich einige Worte an meine Mitarbeiter. Ich sagte, nach 13jähriger Unterbrechung durch die Nazi Herrschaft sei wieder eine Stadtverordnetenversammlung zusammengetreten, um die Arbeit in demokratischem Geiste wiederaufzunehmen. Wir wollten an die Arbeit gehen mit dem Motto: Was dient der Stadt Schleswig. Nachdem ich die Vertreter durch Handschlag verpflichtet hatte, gab ich Oberst Smith das Wort. Der Kreiskommandant gab seiner Freude Ausdruck, daß es wieder möglich sei, ein demokratisches Stadtparlament auferstehen zu lassen, obwohl es wegen der schwierigen Verhältnisse noch nicht möglich sei, durch eine freie Wahl ein Parlament wählen zu lassen. Die Militärregierung wolle alles tun, was in ihrer Macht stünde, um die Arbeit des Parlaments zu stützen. Nachdem ich einen ausführlichen Bericht über die seit dem Zusammenbruch getroffenen Maßnahmen für die Ordnung der Verhältnisse in der Stadt und einen Ausblick über die geplanten Arbeiten des Jahres 1946 gegeben hatte, beschloß man einstimmig, das an Adolf Hitler auf Grund des Beschlusses der Städtischen Kollegien Nr. 3 vom 7. April 1933 verliehene Ehrenbürgerrecht der Stadt Schleswig zu löschen. Die Besetzung des Magistrats und der Ausschüsse wurde bekanntgegeben, und das Parlament konnte an die Arbeit gehen.

Es war doch gelungen, neben den guten Demokraten aus den gewerkschaftlichen Fachvereinen auch angesehene Bürger, die sich von der Naziideologie freigehalten hatten, zu dieser ersten Mitarbeit zu gewinnen. Ich will einige Namen in meiner Erzählung nennen. Wir sahen Bankdirektor Banner, der unser letzter Stadtverordnetenvorsteher vor 1933 gewesen war. Da war Rechtsanwalt Weiland, Kreishandwerksmei-

ster Johannes Lassen, die Tischlermeister Eduard Hilbig und Beck, die Kaufleute Johannes Hagge, Wilhelm Schreiber und Hans Nissen, Elektromeister Bernhard Boysen und Pastor Meyer. Unter Leitung von Bankdirektor Bannier lmd Pastor Meyer wurde ein umfangreiches Hilfswerk gestartet, das viel Not lindern konnte. Bankdirektor Bannier übernahm den Vorsitz im Finanzausschuß und Rechtsanwalt Weiland im Wohnungsausschuß. So waren diese wichtigen Abteilungen in guten Händen.

Von diesen bürgerlichen Vertretern wurde Kaufmann Johannes Hagge einer der bedeutendsten Vertreter der Stadt und des Kreises Schleswig. Hagge wurde 1946 nach dem Abgang Dr. Hinrichs zum politischen Landrat und 1950, nachdem die neue Kreisordnung Gesetz wurde, zum beamteten Landrat des Kreises gewählt. Von 1949-1953 gehörte er als Abgeordneter der CDU und Vertreter des Wahlkreises Schleswig dem ersten Bundestag an. Da ich auch als Vertreter der dänischen Minderheit gewählt wurde, hatte Schleswig zwei Vertreter in Bonn. Wir fuhren dann oft denselben Weg von Schleswig nach Bonn und zurück und trafen uns in der Hauptstadt der Bundesrepublik am Rhein. In den ersten Jahren nach 1945 war Hannes Hagge Mitglied des Magistrats, und ich war Mitglied seines Kreis Ausschusses. Er war uns ein guter Ratgeber, besonders in wirtschaftlichen Dingen. Als Bundestagsabgeordneter sorgte er dafür, daß die Zuckerfabrik nach Schleswig kam. Es war wieder, wie so oft, ein "Tauziehen" zwischen der Stadt Kiel und Schleswig über den Standort dieser Fabrik. Aber Halmes Hagge siegte. Die Zuckerfabrik kam nach Schleswig. Auch der Bau des Zentral-Omnibus-Bahnhofs (ZOB) in Schleswig ist sein Werk. Dieser Bau wurde vom Kreis durchgeführt, ohne daß die Stadt etwas dazubezahlte. Durch diesen Bau wurde der öffentliche Omnibusverkehr zentralisiert und erheblich verbessert. Auch im Berufsschulwesen war er erfolgreich tätig. Es war schade, daß er in den letzten Jahren seiner Amtsführung als Landrat mit seiner Partei, der CDU, uneinig wurde. Dieser Zwist lähmte seine Arbeit und ruinierte seine Nerven. — Ja, in der damaligen Zeit mußte man Nerven haben, wenn man die Leitung hatte. Schleswig darf aber den Kaufmann Hannes Hagge nicht vergessen, er war ein guter Vertreter seiner Heimatstadt und des Kreises Schleswig in schwerster Zeit.

Nach der Ortssatzung sollte in jedem Ausschuß ein Stadtrat Vorsitzender sein. Da die Stadträte auch Mitglied des Plenums waren, hatten

die Ausschüsse einen guten Kontakt mit der Stadtverordnetenversammlung. Dieses System hat man bis heute beibehalten. Es wurden 10 Ausschüsse gebildet. Ich nahm außer dem Vorsitz des Magistrats den Vorsitz in dem Kämmerei- und Bauausschuß, dazu des Sparkassenvorstandes und des Ausschusses für die städtischen Betriebe. Ich sorgte dafür, daß die Ausschüsse zur Vorbereitung der Beschlüsse herangezogen wurden. Aber es waren damals so selbstverständlich dringende, sofortige Maßnahmen durchzuführen, daß die Durchführung, um Zeit zu sparen, nach Anhörung der Ausschüsse durch den Beschluß des Magistrats vollzogen wurde. Die wichtigsten Gebiete waren die Lebensmittelversorgung, Brennmaterial, Schulwesen, Versorgung der Kranken, soziale Fürsorge, Flüchtlingsbetreuung, Jugendfragen, Licht, Gas, Verkehrsfragen und das schwierige Wohnungswesen.

Vorsitzender des Wohnungswesens war Rechtsanwalt Weiland, der ein schweres Amt hatte. Der Wohnungsausschuß regelte die Besetzung der Wohnungen in eigener Zuständigkeit. Dezernent war Dr. Furbach. Später gab es eine Beschwerdeinstanz. Das war ein fürchterliches Gebiet der städtischen Verwaltung. Die Stadt wurde voller und voller von Flüchtlingen und entlassenen Soldaten. Ich habe die Mitglieder dieses Ausschusses stets bedauert und mich gewundert, daß es noch Mitarbeiter gab, die diese Last ohne Entschädigung auf sich nahmen. Diese Kollegen hatten nicht mal Ruhe zu Hause. Auch da wurden sie belagert und konnten nicht helfen.

Auf allen Gebieten mußte angefaßt werden, nichts war in Ordnung, alles war in Unordnung, und auf mehreren Gebieten herrschte ein Chaos. Und wo waren die Garanten der öffentlichen Ordnung? Deutsche Polizei gab es nicht mehr. Alles war gelähmt und zusammengebrochen durch das furchtbare Erleben der letzten Jahre. Die Nazis marschierten nicht mehr. Sie duckten sich in der Erwartung, daß die Engländer sie holten, um sie dahin zu bringen, wo man Tausende politischer Gegner mißhandelt und getötet hatte. Für unser Gebiet war das Neuengamme. Man kann leicht über die Besatzungsmächte schimpfen. Was wäre ohne sie aus Deutschland geworden? Was wäre aus Schleswig geworden, wenn die Engländer nicht gewesen wären?

Der Winter 1945 bis 1946 war ein fürchterlicher Winter. Viele Menschen froren und hatten wenig zu essen. Die Suppenküche bei der Firma Gebr. Rasch gab zwar über tausend Portionen aus, aber es langte nicht. In den

Wohnungen kochten mehrere Familien ihr karges Mahl. Das brachte Zank und Streit an vielen Stellen. Das Gas wurde ausgedreht, weil keine Kohlen da waren. Dann fuhren die Menschen mit Blockwagen in den Wald, holten Holz, hauten junge Bäume ab. Andere machten das bequemer, sie brachen nachts Zäune und alte Holzschuppen ab, um das bißchen Essen auf einem rostigen Herd oder auf einem Ofen zu kochen, und um gleichzeitig eine einigermaßen warme Stube zu haben. Die Torfproduktion reichte nicht. Der Sommer war regnerisch gewesen. Der Torf war nicht trocken geworden. Unserer Flüchtlingsbetreuungsstelle war es mit Hilfe der Engländer gelungen, einige hundert einfache öfen zu besorgen, die wir an Familien abgaben, die in den zugewiesenen Räumen weder Ofen noch Herd hatten. So sah man bald Ofenrohre in Häusern und Nebengebäuden aus den Fenstern oder anderen Stellen herausragen, die eine gefährliche Feuergefahr darstellten.

Wir konnten den kleinen, kommenden Erdenbürgern nicht zumuten, in diesen überfüllten Wohnungen das Licht der schlechten Welt zu erblicken. Wir nahmen das von den Nazis gebaute Jugendheim auf der Spielkoppel und machten daraus ein Entbindungsheim. Unter Leitung der Schwester Ursula gedieh dies Institut ausgezeichnet. Am 9. Februar 1946 fand im Heim anläßlich der 100. Geburt eine Tauffeier statt, zu der ich eingeladen war. Schwester Ursula hatte sogar einen Kuchen gebacken, etwas trocken, und dazu gab es "Kaffee", sogenannten "Mukkefuck". Nach der Taufhandlung mußte ich eine Rede an die Mütter und Familienangehörigen halten. Ja, was so ein Bürgermeister alles tun muß! In diesem städtischen Entbindungsheim, das von Schwester Ursula liebevoll verwaltet wurde, fühlten sich die Mütter mit ihren Kleinen wohl. Sie waren auf einige Tage fern von ihrer eigenen unzulänglichen Behausung und wurden gut gepflegt.

Unsere Flüchtlingsbetreuungsstelle, die von dem inzwischen verstorbenen Angestellten Max Kaul geführt wurde und unserem Wohlfahrtsamt unterstellt war, hatte zu Weihnachten 1945 große Pläne. Man war sich klar darüber, daß es für viele Familien fern von ihrer Heimat ein trauriges Weihnachtsfest sein würde. Familien waren auseinander, man wußte nicht, wo der Vater, der Bruder und die Angehörigen waren. In den Wohnungen und Lagern, wo oft Menschen auf Stroh auf der Diele schliefen, in großen Räumen, wo viele Menschen zusammengedrängt waren, konnte keine Weihnachtsfreude aufkommen. Mit Hilfe von

Flüchtlingsvertretern wurde alles zusammengerafft, um wenigstens ein gemeinsames Weihnachtsfest, ein wenig Weihnachtsfreude, zu schaffen. Es gelang, einen gemeinsamen Kaffeetisch für die Erwachsenen im "Großen Baumhof" zu organisieren. Der Kaffeetisch war bescheiden, um nicht zu sagen ärmlich, aber im Lichterglanz der Tannenbäume gingen die Gedanken zurück zur verlorenen Heimat, zu den Lieben, die man vermißte, und von denen man nicht wußte, ob sie noch lebten. Man hatte mich gebeten, zu ihnen zu sprechen. Nun stand ich in dem überfüllten Saal und sollte Worte finden zu den Herzen dieser Menschen, ihnen einen kleinen Hoffnungsschimmer geben, einen kleinen Lichtschein in die Zukunft. Ich weiß nicht mehr, was ich sagte. Ich erinnere aber, daß viele mir die Hand drückten und mit feuchten Augen dankten, als ich mich verabschiedete. Ich hatte doch wohl die richtigen Worte gefunden am Weihnachtsabend in einer schrecklichen Zeit.

Wie sah es nun im Haushalt eines Bürgermeisters zur damaligen Zeit aus? Boshafte Volksgenossen sagten: „Ja, der, der kann leicht, der hat alles.“ In meiner Zeit als Eisenbahner züchtete ich Kaninchen, die einen guten Braten und auch Fett gaben. Außerdem hielt ich Hühner in meinem Hausgarten Rathausmarkt 12, und als Vertreter des größten Verkehrsunternehmens hatte ich auch mit der Geschäftswelt Verbindung, so daß ich manchmal bei einem menschenfreundlichen Schlachtermeister einige Pfund Knochen bekam, um eine Suppe zu kochen. Fleisch war rationiert, Knochen nicht, und als Bestechung konnten diese Extra-Zuwendungen kaum angesehen werden. Die Verbindung *mit* unseren Verwandten in Dänemark, die uns gelegentlich halfen, war völlig unterbrochen. Meinen Tabak baute ich selbst. Als ich das Bürgermeisteramt antrat, hatte ich keine Zeit mehr, Kaninchen zu füttern, und beim Schlachter um einige Pfund Knochen zu betteln, ging auch nicht mehr. Das sah nicht gut aus. Das vertrug sich nicht mit der "Würde eines Stadtoberhauptes". Ins Haus gebracht wurde damals nichts. Zu Weihnachten hatte ich sechs junge Hühner gekauft, die im März Eier legen sollten. Diese Rechnung ging auch nicht auf. Im Februar lagen eines Morgens sechs abgeschnittene Hühnerköpfe in meinem Hühnerstall. - Eine Weihnachtsfreude hatten wir doch. Meine Nachbarn, die Holmer Fischer, brachten den traditionellen Bürgermeister-Karpfen, der zu allen Zeiten dem Stadtoberhaupt als Liebesgabe zum Weihnachtsfest dargebracht worden war.

Mit der Feuerung sah es besser aus. Torf hatten wir, weil ich **mit** meinen Eisenbahnkollegen Torf gebacken **hatte**. Als dann jedem ehemaligen KZ-Insassen noch drei Kubikmeter gesägtes Buchenholz auf Anordnung der Engländer und auf Antrag der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes ins Haus gebracht wurden, **hatte** ich zu Hause ein warmes Zimmer. Also, eine kleine Entschädigung **hatte** man doch für die schlechte Behandlung in der Nazizeit.

Schlechter sah es im Rathaus **mit** dem Brennmaterial aus. Viele Tage, ja, viele Wochen konnte das Rathaus nicht geheizt werden, weil keine Kohlen da waren. Die Stadt **hatte** ein eigenes Gaswerk und fabrizierte Koks. Koks aber gab es nur durch Kohlen, und die waren auch knapp beim Gaswerk. So arbeitete das Rathauspersonal in Mänteln **mit** einer Decke über den Knien. Im Bürgermeisterzimmer war zwar ein großer Kachelofen, der vom Vorzimmer geheizt werden konnte, aber ich wollte **mit** meinen Mitarbeitern frieren. Unser Hausmeister hatte jedoch eines Morgens ohne meine Genehmigung den Ofen **mit** Torf in Gang gebracht, so daß die Temperatur in meinem Zimmer auf 13-14° stieg. Einige Tage später wurde mir vom Vorzimmer Oberst Smith gemeldet. Es war selten, daß er das Rathaus aufsuchte. Er erschien mit seinem Begleiter: "Lassen Sie sich nicht stören, Bürgermeister, ich will mich nur ein wenig aufwärmen, ich habe gehört, daß Sie hier einen schönen Ofen haben." - "Hier sind nur 13° über Null, Oberst, Sie haben auf der Regierung doch ein gut geheiztes Zimmer." - "Gehabt, Bi.rgermeister, seit Tagen ist das ganze Regierungsgebäude eiskalt und Kohlen kommen vorläufig nicht." - Also, auch die Engländer mußten frieren!

Schon in den ersten Monaten bekam ich oft Besuch von Ausländern. von Schweden, Dänen, Engländern und Amerikanern. Es waren meistens Journalisten, die für ihre Zeitungen interessante Artikel bringen wollten. Die wichtigste Frage war immer: "Wird nun Deutschland eine Demokratie?" Das war ein langes Diskussions-Thema. Von Dänemark kamen viele politisch Interessierte. Sie suchten Verbindung mit Mitgliedern der dänischen Bewegung, um über die allgemeinen Verhältnisse, Wohnungsverhältnisse und die Zusammenarbeit mit den Engländern, etwas zu erfahren. Das Zeitungswesen und die Post waren vollständig zusammengebrochen. Es kamen keine Meldungen von und nach Dänemark über die Grenze. Viele von diesen Reisenden suchten den Bürgermeister zu sprechen, wenn man ihn erwischen konnte. Ich bekam viel

Besuch, und man konnte seinen Gästen nichts anbieten, keine Zigarette, keine Zigarre, geschweige denn ein Butterbrot oder ein Essen. Hotels und Restaurants waren von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, da war natürlich alles zu haben. Die kleinen Gasthäuser, die noch frei waren, hatten nichts, um Gäste zu bewirten. Für auswärtige Gäste hatten wir zwei Hotels, das war die "Torhalle" in der Langestraße mit zwei Betten und die "Schleimöwe" in der Fischbrückstraße mit drei Betten.

Eine der interessantesten und wohl bedeutendsten Persönlichkeiten, mit denen ich in den trüben Wintermonaten über die außergewöhnliche Zeit sprach, war Professor Dr. *atto* Scheel. Er war ausgebombt - ich glaube in Kiel- und bat um eine kleine Wohnung in Schleswig, um seine letzte Arbeit, seine Lebenserinnerungen, zu schreiben. Für mich war es eine Ehrensache, diesem Manne zu helfen. Wir hatten lange Gespräche über die Folgen einer schlechten Politik, lange Gespräche auch über deutsche Geschichte, über Jugenderziehung, Demokratie und autoritäre Staatsführung. Wir sprachen über die Erziehung in Schulen und Universitäten in Preußen-Deutschland im 19. Jahrhundert und die Bedeutung des Geschichtsunterrichts. Als früherer Dorfschüler hatte ich dem Geschichtswissenschaftler viel zu sagen. Er hörte mich bis zu Ende an, als ich ihm sagte: Das deutsche Volk sei Jahrzehnte erzogen worden in einem Autoritätsglauben, und die Autoritäten waren gekrönte Häupter oder Generäle mit glitzernden Uniformen. Eine einseitige Geschichtsschreibung und Geschichtsdarstellung sei in den Schulen und Universitäten gelehrt worden, die nur Gehorsam und Glauben forderten ohne Kritik. Der Geschichtsunterricht in den Schulen hatte nichts gebracht von den großen Revolutionären in der deutschen Geschichte, von Männern wie Thomas Münzer, Franz von Sickingen, Ulrich von Hutten, Götz von Berlichingen, Florian Geyer, Tilman Riemenschneider, nichts von der Tötung von hunderttausenden Bauern in der Bauernrevolution in der Zeit Martin Luthers, nichts von Hexenverbrennungen und von Folterungen in den Kellern der Despoten. Man hörte nichts von den 12 Artikeln der unterdrückten deutschen Bauern. Das Wirken und Wollen der Führer der 48er Revolution im vorigen Jahrhundert wurde bewußt verschwiegen. Die Massen der revolutionären Arbeiter und kleinen Bürger, die 1848 für die Freiheit auf die Barrikaden gingen, wurden als vaterlandslose Gesellen und Pöbel abgetan. Die Revolution wurde von preußischem Militär bis in die Festungsgräben von Rastatt zerstampft. Der spätere

"Eiserne Kanzler", der damals 28jährige Junker von Bismarck, hatte schon seine Hände im Spiel. Von all diesen Begebenheiten in der deutschen Geschichte hat man uns in unseren Dorfschulen nichts erzählt. Von diesem Teil der deutschen Geschichte, vom Heldenkampf unterdrückter Bauern, Arbeiter und kleiner Leute, von diesem anderen Deutschland schwieg man bewußt, damit die gekrönten Häupter und preußischen Junker ruhig schlafen konnten. Dieser wichtige Teil der deutschen Geschichte war bewußt aus dem Unterrichtsplan weggelassen. Erst 1918, nachdem das deutsche Volk die Fesseln sprengte, die die Herrenkaste ihm durch Polizei, Staatsanwalt, Gerichte, Zensur und Militär angelegt hatte, als das deutsche Volk durch Blut und Tränen auch seine Revolution bekam, die andere Völker schon vor fast einem Jahrhundert gehabt hatten, erfuhren wir in Büchern und Zeitschriften von diesem anderen Deutschland. Wir erfuhren, daß es auch in der deutschen Geschichte starke Menschen gab, die unter Einsatz ihres Lebens für die Freiheit eines unterdrückten arbeitsamen Volkes kämpften. Aber leider endete diese Aufklärungsperiode am 30. Januar 1933, als der fürchterlichste Tyrann und Gewaltmensch aller Zeiten mit seinen braunen und schwarzen Menschenkolonnen alle Freiheit, Toleranz und Menschlichkeit ausradierte.

Ich machte den Geschichtsschreibern, den Historikern und auch ihm den Vorwurf, man hätte dem deutschen Volke nicht die Wahrheit geschrieben. Hätten die preußischen Könige mit ihrer Junkerkaste rechtzeitig dem Verlangen des Volkes auf Mitbestimmungsrecht nachgegeben, dann säße die Hohenzollern-Dynastie noch auf ihrem Thron, so wie in Skandinavien und auch in England, wo die Völker noch ihren König haben. Die preußischen Junker in Mecklenburg und in Pommern säßen noch auf ihren Gütern und Herrensitzen. über das Schicksal dieser Menschen stehe das Wort "Zu spät"! - Es war ein langes Gespräch.

Ich erinnere, daß Dtto Scheel sehr bewegt war, als er mir folgendes sagte: „Ich bin ein alter Mann, wäre ich noch 30 Jahre jünger, dann würde ich dem deutschen Volke eine andere und bessere Geschichte schreiben.“

In einem Brief vom 2. August 1947, den ich noch in meinem persönlichen Archiv habe, schrieb er folgendes:

"Schon längst war es meine Absicht, Ihnen für Ihre freundliche Intervention in Sachen des Schreibens des Wohnungsamts meinen herzlichen Dank auszusprechen ...

Sie haben mir und meiner Arbeit einen sehr großen Dienst erwiesen. In den hinter mir liegenden Monaten habe ich Dank der Hilfe der hiesigen Büchereien, vor allem der Bücherei in Slesvighus und dem Interesse des Herrn Kürstein an meiner Arbeit viel zur Klärung des schleswigschen Problems und des alten, echten Schleswigertums vor gut hundert Jahren vorbringen können. Im Grunde bin ich überrascht, jedenfalls habe ich eine warme Freude an dem, was jene Tage mir jetzt ganz klar gezeigt haben. An der Gestalt meines dem deutschen und dänischen Leben aufgeschlossenen Urgroßvaters, der Abgeordneter in der schleswigschen Ständeversammlung war und vorn holsteinischen Geiste sich nicht anfechten ließ, vielmehr die echten Interessen des Herzogtums Schleswig und die Rücksicht auf die dänisch sprechende Bevölkerung des Landes in einer, wie ich meine, vorbildlichen Weise vertrat, ist der edle und politisch kluge Geist der alten bodenständigen Schleswiger mir sehr anschaulich entgegengetreten. Es wäre vieles besser gelaufen, wenn man auf die Stimme dieser Schleswiger geachtet hätte. Leider aber ist diesem gen Norden weisenden "Siebengestirn", wie "Dannevirke" diese Schleswiger, zu denen auch mein Urgroßvater gehörte, charakterisiert, der gewünschte Erfolg versagt geblieben. Die Mehrheit in der schleswigschen Ständeversammlung war der Aufgabe jener Jahre nicht gewachsen. Daß ich in einer durch Sie mir erhalten gebliebenen Wohnung diese Arbeiten habe durchführen können und in vergilbten Papieren eines untergegangenen Jahrhunderts doch gerade aktuell anmutende Farben habe beobachten dürfen, werden Sie gewiß als einen sachlichen Dank neben dem zunächst ganz persönlich geäußerten gern entgegennehmen wollen. Wenn ich das letzte Kapitel meiner Erinnerungen, zu denen auch das eben Gesagte gehört, niederschreibe, werde ich auch mit Freude feststellen und es geradezu als ein freundliches Symptom oder auch Omen schildern, daß vorn Bürgermeister der Hauptstadt meines Heimatlandes mir die Möglichkeit dafür gegeben wurde und erhalten blieb, daß ich diesen letzten Dienst an der **Geschichte** meiner Heimat noch habe leisten können."

Wir wissen, daß OUo Scleel nicht mit dem scharfen unsachlichen Kampf der deutschen Seite gegen die dänische Bewegung in den ersten Jahren nach 1945 einverstanden war. In unseren Gesprächen hat er niemals einen Zweifel wegen seiner deutschen Gesinnung hinterlassen. Seine Einstellung gegen die starke dänische Bewegung war von einem

tiefen Verständnis für die Freiheit der Gesinnung in unserem Heimatland geprägt.

In diesem Zusammenhang muß ich doch einige amüsante Episoden erzählen. Eines Tages besuchte mich der bekannte verstorbene dänische Professor Aage Friis. Wir unterhielten uns über die Verhältnisse. Der Professor nahm ein kleines Paket, öffnete es und sagte: "Gestatten Sie, daß ich hier mein mitgebrachtes Butterbrot esse?"

"Nein, Professor, darf ich Sie einladen, ich wohne hier neben dem Rathaus. Zu essen hat meine Frau kaum etwas, aber ich weiß, daß sie ein kleines Paket Tee "organisiert" hat. Sie kann uns eine warme Tasse Tee machen." Aage Friis nahm dankend an, und wir gingen rüber. Meine Frau machte Tee, der Professor öffnete sein mitgebrachtes Butterbrotpaket, breitete es auf dem Tisch aus und sagte: "Bitteschön, es reicht tatsächlich für drei Personen." Meine Frau und ich nahmen die Einladung an, und wir machten eine gemütliche Frühstückspause.

Eines Tages hörte ich, daß der dänische Staatsminister Knud Kristensen in Flensburg in einer Versammlung der dänischen Minderheit sprechen sollte. Da wir in Schleswig am selben Abend eine große Versammlung hatten, gelang es mir, den Staatsminister im Laufe des Abends nach Schleswig zu bekommen, um auch einige Worte in unserer Versammlung zu sprechen. Ich holte Knud Kristensen, der in seinem Wagen reiste, in Flensburg ab. Um ihn nach der Versammlung nicht ganz "trocken" abreisen zu lassen, wollte ich ihm gerne mit seinen Begleitern und einigen Freunden in meiner Wohnung eine Tasse Kaffee geben. Meine Frau konnte einen Kuchen backen, mit etwas Fett. Das war selten, für gewöhnlich gab es den braunen Sirupskuchen ohne Fett. Aber wir hatten nur "Muckefuck". Dieses Gesöff konnte man einem Staatsminister doch nicht vorsetzen. Was machen? Mir kam ein rettender Gedanke. Ich wußte, daß immer noch, pfleglich versteckt, kleine Reste richtiger Kaffeebohnen vorhanden waren, aber wo? Ich fuhr zu Landrat Hagge, der auch Mitglied meines Magistrats war. Ich glaube, er war zu dieser Zeit sogar stellvertretender Bürgermeister. Ich klagte ihm meine Not. Da sagte mein Freund Hannes: "Mein lieber Hermann, wenn der dänische Staatsminister Schleswigs Bürgermeister besucht, dann ist das eine besondere Begebenheit, dann werde ich, der Kaufmann Hannes Hagge, nicht der Landrat Hagge, Dir soviel Kaffee besorgen, daß Ihr den Abend je zwei Tassen bekommt. Der Kaffee ist roh, Du mußst ihn selbst brennen."

So stiftete der CDU-Landrat dem dänischen Bürgermeister den Kaffee, um den dänischen Staatsminister anständig bewirten zu können. Ein ganz kleiner Anfang für eine Volksgemeinschaft und vielleicht für eine Völkerversöhnung nach einem gehässigen Krieg.

In Deutschland standen die Fabriken still. Auch die Auto-Produktion stand still. Um das Leben in Gang zu bringen, konnten Wagen beschlagnahmt werden. Aber wo waren welche? Die guten waren versteckt, um dem Zugriff zu entgehen. Schlechte, klapprige waren vorhanden, man wußte aber nicht, ob sie liefen, und Reparaturwerkstätten standen auch still. Um meinen Dienst zu versehen, brauchte ich einen Wagen. Wir organisierten einen Opel-Kadett mit vier geflickten Reifen, aber mit einem guten Motor. Ein geflickter Reservereifen kam dazu, und dann konnte es losgehen. Mein Fahrer, Ernst Hansen, war unermüdlich, er war geradezu ein Muster von einem Chauffeur. Oft mußte ich im Chausseegraben sitzen, bis er den geplatzten Reifen ausgewechselt hatte. Wenn dann noch ein Reifen platzte, dann war es aus, dann mußten wir warten, bis einer uns barmherzig in Schlepp nahm. Der kleine Opel-Kadett hatte natürlich keine Heizung. Bei Frost mußte Ernst Hansen die Glasscheibe ständig mit seinem warmen Atem und seinen Fingern auftauen, um sehen zu können. Als wir nach Monaten vier neue Reifen bekamen, war die Freude groß.

Wenn der Opel-Kadett entzwei war, mußte Haesler, mein Adjutant, mit seinem rostigen DKW fahren. Eines Tages fuhren wir aus Flensburg in Richtung Schleswig. An den Landstraßen standen die "Anhalter", das waren Personen, die gerne mitfahren wollten, weil die öffentlichen Verkehrsverbindungen mangelhaft waren. An dem Tage stand nur ein englischer Soldat und winkte. Haesler bremste: "Sollen wir ihn mitnehmen, Bürgermeister, es könnte eine Zigarette lohnen?" - Haesler rauchte gerne und hatte tagelang nichts gehabt. - Wir hielten, der Soldat stieg vorne ein, dankte und reichte Haesler - Kaugummi! Da wurden wir angeschiert — menschlich, allzu menschlich!

Ein oft und gern gesehener Gast war der amerikanische Generalkonsul in Hamburg, Edward Groth. Er reiste oft mit seinem großen amerikanischen Wagen von Hamburg nach Kopenhagen und zurück. Auf der Hin- oder Rückreise hielt er oft vor unserem Rathaus, und wir unterhielten uns eingehend über Deutschlands Zukunft und auch über die Grenzprobleme.

Im Verlauf eines Gesprächs bat ich um Erlaubnis, meine Pfeife anzünden zu dürfen. Der Generalkonsul rauchte nicht. Ich weiß nicht mehr genau, ob es der schlechte Duft des Tabakrauches war - ich rauchte „**Eigenbau**“ - oder aus einem anderen Anlaß. Wir sprachen über die Versorgung der Bevölkerung mit Tabakwaren. Im Laufe der Unterhaltung stand ich auf, zeigte dem Generalkonsul einige vor einigen Tagen abgepflückte Tabakblätter, die im Fenster meines Dienstzimmers in der Sonne getrocknet wurden. „**Sehen Sie**, Generalkonsul, das ist Sandblatt, nicht Sumatra oder Havanna, sondern Marke Rathausmarkt, das sind die untersten Blätter der Pflanze, die im Sande liegen, deshalb heißen sie Sandblatt.“

Herr Groth ging auf meinen humorvollen Ton ein und meinte, die Engländer hätten doch Mengen an Tabak und Zigaretten.

„**Ja**, die Engländer haben **alles**, aber das ist eine knickerige Gesellschaft, die haben nicht mal eine Pfeife Tabak übrig für den Bürgermeister einer 40 000-Stadt.“

Wir verabschiedeten uns und einige Tage später bekam ich ein Päckchen. Absender war das Amerikanische Generalkonsulat in Hamburg. Edward Groth schrieb: "Beigeschlossen finden Sie zwei kleine Päckchen, deren Inhalt **Ihnen**, wie ich annehme, gefallen wird.“ Im Päckchen war amerikanischer Tabak. Daran hatte ich nun wirklich nicht gedacht, daß auch die Amerikaner in Hamburg guten Tabak hatten.

Solche kleinen Erlebnisse sind von einer so einfachen Menschlichkeit und Freundlichkeit geprägt, daß man sie nicht vergißt. Sie ragen heraus in einer Zeit des Hasses, der Bosheit und des menschlichen Elends, deshalb bringe ich sie in meiner Erzählung.

Eine der wichtigsten Aufgaben war, den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen. Die Durchführung wurde erheblich erschwert durch den Zugang der Flüchtlinge. Die Kinderzahl wuchs annähernd auf das Doppelte. Es gelang aber trotzdem noch Ende des Jahres **1945**, die Bugenhagenschule und die Domschule freizumachen. Kurz danach wurde die Lornsenschule auch frei und konnte teilweise der Volksschule zur Verfügung gestellt werden. Zur Eröffnung der staatlichen Domschule und der staatlichen Lornsenschule wurde eine kleine, bescheidene Feier am 6. Dezember 1945 in der Aula der Domschule abgehalten. Solche kleinen Feiern wurden abgehalten, um das Gemeinschaftsgefühl zu pflegen.

Das ernannte Parlament hat auch über einen Antrag von großer Bedeutung für die dänische Minderheit in der Stadt entschieden. Ende April 1946 legten 40 erziehungsberechtigte Eltern einen Antrag auf Errichtung einer dänischen Kommunalschule vor. Dieser Antrag konnte gestellt werden auf Grund eines noch bestehenden Schulgesetzes für nationale Minderheiten. Dieses Gesetz war in der Zeit der Weimarer Republik von der sozialdemokratischen preußischen Regierung erlassen worden und von den Nazis nicht aufgehoben worden. Nach dem Gesetz mußte die Gemeinde, in der eine solche Schule bestand, die Schulräume erstellen. Später wurde dieses Gesetz von der ersten sozialdemokratischen schleswig-holsteinischen Landesregierung aufgehoben.

Dieser Antrag wurde am 15. Mai in öffentlicher Sitzung behandelt. Wir waren sehr gespannt, wie die Stadtverordnetenversammlung sich zu diesem außergewöhnlichen Antrag stellen würde. Ich hatte keine Ahnung, wie viele von den Vertretern der dänischen Minderheit angehörten. Vor der Sitzung kam der Vertreter der Flüchtlinge, Herr Hanisch, zu mir und teilte mir mit, er verstehe nichts von Minderheitsfragen, er müßte sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, ich möge ihm diese Stellungnahme nicht nachtragen. Ich habe alle Jahre mit Hanisch gut zusammengearbeitet, er hat viel getan, um Reibungen und Zwistigkeiten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen in den engen Wohnungen zu verhindern und auszugleichen. Der Antrag auf Errichtung einer dänischen Kommunalschule wurde einstimmig mit einer Stimm-Enthaltung (Hanisch) angenommen. Der Beschluß ist im Protokoll über die Sitzung am 15. Mai 1946 protokolliert. Durch diesen Beschluß zeigten auch die deutschgesinnten Vertreter eine korrekte demokratische Haltung.

Die Stadtwerke machten uns Sorge. Der Stadtverkehr war wieder den Werken angegliedert. Die alte, gute, elektrische Straßenbahn hatten die Nazis als störend im Straßenverkehr beseitigt. Die veralteten Busse konnten jetzt nicht mehr fahren, weil das Benzin fehlte. Mit großen Schwierigkeiten gelang es doch der Werksleitung, einige Busse fahren zu lassen. Es gelang dem rührigen Direktor Peter, wichtige Apparate und Geräte durch die englischen Stellen zu bekommen. Es war notwendig, denn in den sieben Kriegsjahren war viel versäumt worden. Sorgen machte uns das Gaswerk. Der Betrieb war völlig veraltet, selbst nach Instandsetzung würde die Produktion nicht für die viel größer gewordene Stadt reichen. Dieselbe Lage hatten wir in der Wasserversorgung.

Das ernannte Stadtparlament "regierte" bis zum 24. September 1946. Am 16. September wurde eine neue Stadtverordnetenversammlung nach einem demokratischen Wahlgesetz von der Bürgerschaft gewählt. Das ernannte Parlament hielt acht öffentliche Sitzungen ab und faßte mehrere Beschlüsse von weittragender Bedeutung.

Ich hielt es für richtig, die Wahl des Bürgermeisters und des stellvertretenden Bürgermeisters auf die Tagesordnung zu setzen. Die Wahl fand am 7. März 1946 statt. Außerdem stand die Wahl eines Stadtdirektors auf der Tagesordnung. Die Militärregierung verlangte einen Bürgermeister und einen Stadtdirektor, die von diesem Parlament gewählt werden sollten. Ich mußte mich entscheiden, ob ich Bürgermeister bleiben oder Stadtdirektor werden wollte. Man war auch bereit, mich als Stadtdirektor einzusetzen, wenn ich einverstanden war. Oberst Smith empfahl mir, diese gutbezahlte Stellung zu übernehmen, denn ich hätte mein Leben lang ehrenamtlich ohne Bezahlung gearbeitet, ich hätte eine solche Stellung verdient. Das Angebot war für mich sehr verlockend. Auch in der Vertretung war nach meinem Gefühl keine gegenteilige Meinung, man stellte es mir frei, zu wählen. Nach längerer Überlegung wählte ich den ehrenamtlichen Bürgermeister. Ich stand damals schon im 61. Lebensjahr. Die Stadt mußte, wenn ich Stadtdirektor würde, meine erdienten Pensionsjahre bei der Reichsbahn übernehmen, und infolge meines vorgeschrittenen Alters große Beiträge an die Versorgungskasse der Kommunalbeamten bezahlen für mein erheblich höheres Ruhegehalt. Bis zu meiner Pensionierung waren es nur vier Jahre. Ich konnte diese Ausgaben der Stadt nicht zumuten. Im übrigen war es damals völlig unklar, wie die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, von der ich als Stadtdirektor abhängig war, in Zukunft sein würde. Ich wählte deshalb den einmal beschrittenen Weg des freien Politikers.

Die Bürgermeisterwahl wurde unter Leitung des ältesten Mitgliedes, Rechtsanwalt Weiland, vorgenommen. Der Beschluß lautet nach dem Protokoll: „Es wird einstimmig beschlossen, den bisherigen kommissarischen Bürgermeister Hermann Clallsen zum politischen Bürgermeister zu wählen. Herr Clallsen wird zum Bürgermeister einstimmig gewählt. Zum stellvertretenden Bürgermeister wird der Stadtverordnete Hagge einstimmig gewählt. Die Stelle des Stadtdirektors wird ausgeschrieben.“

In einer Sitzung am 13. Februar wurde einstimmig beschlossen, daß in der Stadt Schleswig eine Mittelschule errichtet werden sollte.

Schleswig hatte bis dahin keine Mittelschule. Weiter wurde das Bauamt beauftragt, die Instandsetzung des Hafenbollwerks vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage vorzulegen.

Am 26. März wurde der Haushalt 1946 verabschiedet.

Es war kein Kunststück, im Haushalt der Stadt die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen, denn Hitler hatte uns genügend Papiermark ohne Wert hinterlassen.

Am 12. Juli wurde Syndikus Dr. Furbach auf die Dauer eines Jahres zum Stadtdirektor gewählt. Die Besetzung der Stelle des Stadtdirektors hatte uns große Sorgen gemacht. Die Bewerbungen nach der Ausschreibung waren wenig vertrauenerweckend. Ein besonderer Ausschuß schlug zusammen mit dem Magistrat Syndikus Dr. Furbach vor. Was wir hatten, wußten *wirj* was wir durch die Bewerbungen bekommen würden, wußten wir nicht. In dieser Zeit drängten sich viele undurchsichtige Personen in die Posten hinein. Später wurde bekannt, daß unter diesen auch ein falscher Doktor war. In dieser Sitzung, die unter Leitung des stellvertretenden Bürgermeisters Hagge stattfand, faßte das Parlament eine Resolution gegen die Verlegung der Regierung. Die Absicht, die Regierung von Schleswig fortzunehmen und in Kiel aufzubauen, war uns seit längerer Zeit bekannt.

Bei all der Sorge und der Arbeit, die uns die Gegenwart brachte, mußten wir an die Zukunft der Stadt denken. In welcher Weise konnte man Arbeitsplätze für die Menschenmenge schaffen. Schleswig hatte keine Industrie. Schleswig war von jeher Landeshauptstadt gewesen. Unsere Stadtväter hatten dafür gesorgt, daß Schleswig Regierungsstadt der Provinz Schleswig-Holstein wurde. Davon hatte die Bevölkerung gelebt. Ohne Regierung war Schleswig ein "Fischerdorf" oder nicht mal das, denn in der Schlei waren nur wenig Fische, davon lebte nur ein kleiner Stadtteil. Schon in dem ersten Weltkrieg hatte die große Stadt Kiel das Oberpräsidium geholt und dazu auch die Schulabteilung. Es war der Stadt Schleswig trotz aller Anstrengungen nicht gelungen, diese wichtige Behörde in den zwanziger Jahren zurückzubekommen. Kiel war immer der große Rivale in kommunalen Dingen gewesen, und nun ging es wieder los mit dem Tauziehen. Diese Frage war für die Zukunft der Stadt Schleswig von großer Wichtigkeit.

Aber eine andere Frage war viel wichtiger für Schleswigs Zukunft. In Europa waren die Grenzen nicht fest gewesen. Hitler nahm, wo er konn-

te. "Heim ins Reich" war seine Parole. Viele deutschgesinnte Nordschleswiger konnten gar nicht begreifen, warum Hitle' sie nicht geholt hatte. Nun drehte sich das Blatt. Die geborenen Schleswiger wollten heim, heim zu dem Volk, mit dem die Vorfahren ein Jahrtausend zusammen gelebt hatten. Genug von Hitlerei, Preußerei, Militarismus, Junkertum und Krieg.

Wir wollen heim! Warum kommen die Dänen nicht, um uns zu holen? Aber die Besonnenen fragten: "Ist es möglich, daß Südschleswig eine Abstimmung bekommt, so wie Nordschleswig nach dem ersten Weltkrieg abstimmen durfte?" Diese Frage konnte durchaus gestellt werden, denn die Stadt Schleswig gehörte damals zu der sogenannten dritten Zone, in der zuerst eine Abstimmung vorgesehen war, die dann später gestrichen wurde. In Dänemark entsteht eine nationale Bewegung, die von der dänischen Regierung eine Initiative verlangt. In Dänemark ist Knud Kristensen Staatsminister. Er gehört der Venstre-Partei an. Die Partei will und die Konservativen vielleicht auch. Aber so einfach geht es nicht. Dänemark hat eine Volksregierung. Dänemark ist ein demokratischer Staat. Nirgends ist Klarheit. Die Grenze nach Dänemark wird von den Engländern bewacht. Wir dürfen nicht rüber, und von Dänemark kommen dann und wann Leute, die etwas wissen wollen. Ich kenne demokratische Staatsverfassungen. In Ländern, die eine solche Verfassung haben, geht es nicht so einfach mit der Änderung der Staatsgrenzen. Aber das deutsche Volk und auch viele von meinen Landsleuten sind nicht klar über die Lage. Das deutsche Volk kommt aus der Kaiserzeit, hat Bismarck noch nicht vergessen und hat gesehen, wie ein Diktator mit den Staatsgrenzen umspringt. Ich habe aber die Verantwortung für die Zukunft der Stadt Schleswig. Ich bin Mitglied der dänischen Organisationen, aber Schleswiger Bürger haben mich einstimmig als Stadt-oberhaupt gewählt, sie haben Vertrauen zu mir. Ich darf diese guten Leute nicht enttäuschen, ich brauche Klarheit. Ich weiß, das Südschleswig nur eine Abstimmung über deutsch oder dänisch bekommt, wenn Dänemark eine solche Forderung den Alliierten gegenüber stellt, und wenn diese eine solche Forderung akzeptieren. Andererseits kann die dänische Regierung eine solche Forderung vor aller Welt nur erheben, wenn sie im dänischen Reichstag eine Mehrheit hat und zwar eine große Mehrheit, denn ein solcher Akt muß in einer Demokratie von der erdrückenden Mehrheit des Volkes getragen werden. Ich kenne die Mehrheitsver-

hältnisse im dänischen Reichstag. Die bürgerlichen Parteien allein werden mit einer knappen Mehrheit eine solche bedeutende staatspolitische Forderung niemals erheben, und mehr als einige Stimmen Mehrheit haben sie nicht. Es wird uns völlig klar, daß die Forderung Dänemarks auf eine Abstimmung in Südschleswig nur erhoben werden kann mit Dänemarks Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, die die stärkste Partei überhaupt ist und bei der bevorstehenden Wahl die Regierung bilden wird, die sie unter Staatsminister Stauning schon lange Jahre hatte. Ich fasse den Entschluß, alles aufzubieten, um mit einem verantwortlichen Repräsentanten dieser Partei zu sprechen, um Klarheit über die Zukunft meiner Heimatstadt und vielleicht auch über Südschleswig zu erhalten. Denn wenn Südschleswig durch eine Abstimmung zu Dänemark kommt, dann braucht die Stadt Schleswig weder eine Provinz- noch eine Landesregierung. Dann wird Schleswig Grenzstadt.

Durch Vermittlung dänischer Freunde kam Reichstagsabgeordneter Frede Nielsen als Gesandter der dänischen Sozialdemokratischen Partei, deren Erster Vorsitzender der spätere Staatsminister Hans Hedtoft war, über die Grenze, um mit mir zu sprechen. Anfang März 1946 saßen wir allein in einem kalten Zimmer im Hause des früheren Stadtrats Lauritz Dahl in der Wohnung des dänischen Pastors Kirkegaard Jensen einander zum ersten Mal gegenüber. Ich habe den Wortlaut dieses Gesprächs in meiner Arbeit "Südschleswig-Politik von 1945-1955" wiedergegeben. Ich will sie in dieser Erzählung wiederholen. Ich fragte: "Wie stellt sich Dänemarks Sozialdemokratie zu der Frage einer Volksabstimmung in Südschleswig über die Vereinigung mit Dänemark in Gleichheit mit der Abstimmung in Nordschleswig nach dem ersten Weltkrieg?"

Frede Nielsen antwortete:

"Nein, Clausen, das wird niemals etwas, wir glauben nicht, daß die Bewegung in Südschleswig echt ist, sie ist konjunkturbestimmt. Wir glauben nicht, daß die Angler Bauern gute Dänen werden, und südlich des Dannewerks hat niemals ein Dänenturn existiert. Wir haben wahrhaftig viel Spektakel mit der kleinen deutschen Minderheit in Nordschleswig gehabt. Wir wollen keine größere deutsche Minderheit in Dänemark haben. Wir wollen einen Nationalstaat haben."

Ich hatte es geahnt, ja, ich hatte es gewußt, wenn ich die realen Tatsachen durchdachte. Aber durch die Härte dieser Antwort war es mir, als wenn innerlich etwas riß. Auf meine Frage, ob man die Freiheit der Gesinnung

anerkennen wolle, und ob die Arbeiterpartei die dänische Minderheit, die jetzt eine große Minderheit werden wird, stützen und anerkennen wird, antwortet Frede Nielsen mit warmen, bejahenden Worten.

Jetzt wußte ich, was ich als Bürgermeister meiner Heimatstadt zu tun hatte. Ich mußte eine kommunale Politik auf deutschem Boden machen für Schleswigs Zukunft. Ich wußte aber auch, daß ich dafür sorgen mußte, daß die dänische Bewegung die demokratischen Rechte bekam, daß sie gleichgestellt wurde mit den deutschgesinnten Bürgern. Dies Recht wird vielleicht erkämpft werden müssen gegen die Schatten der nationalistischen Vergangenheit. Dieser Kampf wird hart werden und muß deshalb entschlossen geführt werden.

Ich wußte, daß eine solche reale Betrachtung den Flensburger Landsleuten nicht behagte. Als ich später zu den Gesprächen mit der dänischen Regierung herangezogen wurde, wurde meine Erkenntnis voll bestätigt. Die englische Regierung bot in einem Memorandum der dänischen Regierung drei Möglichkeiten zur Lösung der Südschleswig-Frage an. Sie bot eine Grenzberichtigung ohne Abstimmung, eine Änderung nach einer Abstimmung oder einen Bevölkerungsausgleich an. Alle drei Vorschläge wurden von Dänemark nicht akzeptiert. Im Oktober 1946 antwortete die dänische Regierung mit einer Ablehnung der Vorschläge. Nach dieser sogenannten Oktobernote drehte es sich nur um die politische und kulturelle Freiheit der dänischen Bewegung in Südschleswig.

Selbst die Gespräche der dänischen und der englischen Regierung in der Londoner Konferenz im Jahre 1948 konnten das Schicksal Südschleswigs nicht ändern. Auch hier ging es nur um die Sicherung der politischen und kulturellen Freiheit der Dänischgesinnten in einem kommenden Deutschland. Ich kann erinnern, daß man besonders in der sogenannten zweiten Zone große Hoffnungen an diese Konferenz knüpfte. Man glaubte immer noch an eine Wendung der Dinge, vielleicht an ein Wunder. In der Politik geschehen wenig Wunder, hier gelten nur Tatsachen. Gewiß wurde damals in London über einen wichtigen Punkt für die wirtschaftliche Entwicklung Südschleswigs verhandelt. Wir forderten eine verwaltungsmäßige Abtrennung Südschleswigs von Holstein, und diese Forderung war auch in Dänemarks Oktobernote an England erwähnt. In der Note heißt es:

"Im Anschluß an die Empfehlungen, die früher der britischen Regierung über die verwaltungsmäßige Trennung Südschleswigs von Holstein ge-

macht worden sind, wünscht die dänische Regierung hervorzuheben, daß in einem verwaltungsmäßig vereinten Schleswig-Holstein Südschleswig als der kleinere Teil in eine schwache Stellung dem größeren Holstein gegenüber kommen wird. Nur in einem Südschleswig, das eine selbständige Einheit darstellt, ohne für Holstein und Schleswig gemeinsame deutsche Organe und ohne Unterordnung unter deutsche Behörden in Holstein, werden die Dänischgesinnten Aussicht haben, sich in der politischen Vertretung Geltung zu verschaffen und dadurch selbst ihr Dasein sichern zu können."

Das sind schöne Worte geblieben. Auch in dem Programm des Südschleswigischen Wählerverbandes, der politischen Organisation der dänischen Minderheit, ist diese Forderung Programmpunkt. Der Gedanke war nicht neu. Schon im Juni und im August 1945 hatten die Vorstände der CDU und der SPD, der dänischen und friesischen Bewegung, weiter die Vorstände für Handel und Industrie, Handwerker, Ärzte- und Apothekerkammer, also fast alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Stadt Flensburg, gegenüber der englischen Provinz- und Zonenregierung mündlich und schriftlich diese Forderung erhoben. In einer Eingabe, die ich auch in meinem Artikel über Südschleswig-Politik von 1945-1955 im Buch "Sydslesvig i Dag" wiedergegeben habe, wird als Mindestforderung verlangt, daß der Landesteil Südschleswig ein besonderer Regierungsbezirk mit einem einheimischen Regierungspräsidenten mit Amtssitz in der Stadt Schleswig werden soll. Diese Eingabe trägt auch meine Unterschrift. Inzwischen hatten die deutschen Zeitungen und Parteien starke Propaganda gegen diese Forderung gemacht. Man lehnte diese Regelung mit der Begründung ab, daß diese Einteilung die Danisierung des Grenzgebietes bedeute und der erste Schritt zur Einverleibung in Dänemark sein würde. So lehnten auch die Engländer diese Forderung ab, und so wurde Südschleswig und Holstein das Bundesland Schleswig-Holstein mit einer Landesregierung in der Stadt Kiel.

Die Folgen zeigten sich schon zehn Jahre später zu dem Zeitpunkt, als ich diese Zeilen schrieb. Bei der Landtagswahl 1958 mußte der SSW in seinem Wahlprogramm als wichtigsten Punkt die Erklärung Südschleswigs zum wirtschaftlichen Aufbaubereich innerhalb des Landes fordern, um der wirtschaftlichen Unterentwicklung des Landesteils entgegenzuwirken. Die Unterentwicklung war offenbar. In einem Bericht der Landesregierung konnte man feststellen, daß wohl in Holstein unter Förde-

rung der Landesregierung eine Anzahl Fabriken entstanden waren, im Landesteil Südschleswig aber war in den letzten vier Jahren nichts geschehen. Wir mußten zehn Jahre lang zusehen, daß nicht nur Flüchtlinge, sondern auch viele Einheimische nach dem Süden gehen mußten, um einen Arbeitsplatz zu finden.

Es wäre vieles anders gekommen, wenn Südschleswig verfassungsrechtlich eine gewisse Selbständigkeit bekommen hätte, und wenn besonders die Initiative in der Wirtschaftsförderung in Südschleswig von der Stadt Schleswig ausgegangen wäre und nicht von Kiel.

In Südschleswig und Holstein waren die politischen Parteien gebildet worden. Sie beschäftigten sich stark mit der Grenzfrage. Lasen sie die Oktobernote? Wenn sie sie lasen, verstanden sie sie? Diese Frage ist berechtigt, denn die deutschen politischen Parteien blieben dabei, den "Teufel an die Wand zu malen", redeten und schrieben in ihrer Presse über die ungeheure Gefahr für den Landesteil Schleswig. Sahen sie die Realitäten nicht oder wollten sie sie nicht sehen? Indem sie in nationalistischer Weise gegen die dänische Minderheit antraten, machten die deutschen Parteien - wie so oft zuvor - eine ungeschickte Politik. Hätten sie den Inhalt der Oktobernote in ihrer Agitation richtig verwendet, dann hätten sie der dänischen Bewegung viel mehr Schaden zufügen können. Druck erzeugt bekanntlich Gegendruck. Die dänische Bewegung hätte dann schwerlich bei der Landtagswahl im April 1947 die annähernd 100 000 Stimmen erreicht. Mit der Oktobernote schied die Südschleswigfrage aus der großen Politik aus. Was dann kam, waren "Rückzugsgefechte."

Erst der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Bruno Diekmann erkannte auf deutscher Seite die Situation und schloß mit der dänischen Minderheit das Kieler Abkommen im Jahre 1949.

Gleich nach meinem Dienstantritt wußte ich, daß der Verbleib der Regierung in Schleswig gefährdet war. Ich wandte mich an die englischen Stellen. Es gelang mir, ihnen die Bedeutung für die Stadt klar zu machen. Oberst Smith setzte auf Grund meiner schriftlichen Darstellung vom 12. November 1945 an die Militärregierung in Kiel und an den Oberpräsidenten Hoevermann eine Besprechung in seinem Dienstzimmer fest, bei der auch das britische Hauptquartier in Bad Oeynhausen vertreten sein würde. Ich war froh, daß es zu einer Aussprache kommen sollte. Ich konnte bis zu vier Schleswiger Kollegen einladen. Wir kamen - es

war ein Donnerstag im Monat November - zum Regierungsgebäude und bekamen die Mitteilung, daß die Besprechung nicht stattfinden konnte, weil der Oberpräsident Hoevermann abgesetzt worden war. Das war für uns eine Enttäuschung. Was nun? Wer wird Oberpräsident? Wir wissen es nicht. Das Einzige, was wir machen können, ist zu schreiben, uns bemerkbar zu machen. So stellen wir einen Antrag an die Militärregierung, Gebäude freizugeben. Wir brauchen Raum. In der Konkursmasse des Hitler-Reiches sind viele Gebäude vorhanden. Wir stellen einen Antrag an die Militärregierung, uns folgende Gebäude zu übergeben oder zur Nutzung zu übergeben:

den Fliegerhorst zur evtl. Unterbringung der Universität und zur Minderung der Wohnungsnot,

die Moltkekaserne für Schulen oder Krankenhaus,

das Gebäude des Proviantamts am Hesterberg zur Unterbringung der Geräte und Fahrzeuge des Bauamts,

das Schloß Gottorp zur Unterbringung des Landesmuseums und verschiedene kleinere Gebäude und Grundstücke.

Das war viel, aber wenn man etwas erreichen will, dann muß man etwas wollen. Alles war im Umbruch, wir mußten uns rühren. Wir wußten, diese Pläne würden Kiel aufrütteln. Es ging wieder los. Wir waren bereit, in Dr. Behrens Fußstapfen zu treten, der seinerzeit einen scharfen Kampf gegen Kiel führte. Schleswig ist die Hauptstadt des Landes und muß es bleiben. Verlieren wir aber, dann müssen wir Ersatz bekommen. Industrieanlagen zu schaffen ist schwer in unserem Lande, das als "Blinddarm des Deutschen Reiches" bezeichnet wird.

Die Zeit steht nicht still. Am 16. September gehen Schleswigs Bürger zum ersten Mal zur Wahlurne. Sie wählen das erste Stadtparlament nach dem Zusammenbruch in freier geheimer Wahl, nach einem demokratischen Kommunal-Wahlgesetz. Schon im Laufe des Sommers 1946 müssen die Vorbereitungen durchgeführt werden. Es ist eine politische Wahl. Die politischen Parteien treten zum ersten Mal öffentlich auf. Den Vorsitz der sozialdemokratischen Partei in Schleswig habe ich noch, als die Wahlvorbereitungen beginnen.

Am Mittwoch, dem 1. Mai 1946, hielten die Gewerkschaften zum ersten Mal nach der Kapitulation eine Maifeier ab. Eine große Menschenmenge fand sich bei "Neuwerk" im Freien zusammen. Der alte Gewerkschafts-Gesangverein trat auf. Man hatte mich gebeten, die Mairede zu halten.

Das tat ich gerne, ich hatte früher viele Maireden gehalten. Meine Rede war eine scharfe Anklage gegen die dunklen Mächte der Vergangenheit, gegen Fürstenwillkür, Junkerherrschaft und Industrieegoismus. Eine stolze Feststellung, daß die Freiheit, deren bester Verfechter die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften stets gewesen seien, nicht getötet werden kann. Wir hatten alle Despoten, Bismarck, Kaiserreich, Preußen und Hitler überlebt. **Ich** schloß mit einem Appell an alle, besonders an die Jugend, mit Hand anzulegen, um eine bessere Zukunft aufzubauen. Bei dieser Maifeier spürte man überall eine innere Bewegung. Der Druck des fürchterlichen Erlebens schwebte noch über den Arbeitermassen. Erst bei den Abendfeiern mit Tanz im Großen Baumhof und Hotel Friedrichsberg wich der Druck, und etwas Maifreude machte sich Platz.

Es bestanden in Schleswig drei Parteien, die Christlich-Demokratische Partei (CDU), die Sozialdemokratische Partei (SPD) und die Kommunistische Partei (KPD). Ein Teil der dänischgesinnten Schleswiger war neben der Mitgliedschaft in der dänischen Organisation, dem Südschleswigschen Verein, auch Mitglied der SPD. Zugelassen zur ersten Kommunalwahl waren nach den Bestimmungen der Militärregierung der Provinz nur die drei politischen Parteien. Der Südschleswigsche Verein war ein kultureller Verein, hatte keine politischen Rechte und durfte keine Kandidaten aufstellen. Mein Bestreben ging dahin, die Kandidatenaufstellung gemeinsam mit deutschen und dänischen Sozialdemokraten durchzuführen, um die Einheit der SPD zu erhalten. **In** diese Vorarbeiten griff aber die gebildete Provinzleitung der SPD ein und verhinderte meinen Plan, indem sie ihren Ortsgruppen in Südschleswig befahl, keine Kandidaten zu akzeptieren, die Mitglieder des Südschleswigschen Vereins waren. Man schloß damit die Dänen aus der Partei aus. Man schloß also auch mich aus, obwohl ich von 1920-1933 in leitender Stelle den Kampf gegen die Reaktionären geführt hatte. Das tat etwas weh. Ich dachte aber nicht daran, zu kapitulieren. **Ich** sah diese Maßnahme als eine politische Dummheit an. Es mag sein, daß mein Plan, mit den Deutschgesinnten zusammen zu arbeiten, eine Utopie war, aber in dieser Übergangszeit konnte man es durchaus so machen. Denn in der kommunalen Arbeit hat in einem Grenzland die nationale Einstellung wenig, vielleicht überhaupt keine Bedeutung. Für diese unverständliche Maßnahme der Parteileitung in Kiel mußte die SPD in Schleswig schwer büßen. Das

Wahlergebnis war für sie erschütternd, wie wir später sehen werden. Das Ziel der Kieler Parteileitung konnte nur sein, die Dänen bei der Wahl auszuschließen. Das glückte aber nicht.

Inzwischen war innerhalb der SPD ein erbitterter nationalpolitischer Kampf entstanden. Das ging so weit, daß in Schleswig auf einer Kreis-konferenz der Antrag gestellt und angenommen wurde, daß die Partei, also die SPD, dafür sorgen sollte, daß alle Arbeiter und Angestellten, die dem dänischen Verein angehörten, entlassen würden. Ja, solche politischen Dummköpfe gab es damals noch. Es war wirklich nicht leicht, eine Demokratie zu gründen. Der Vorsitzende der Provinzleitung, Kuklinski, war zugegen und erhob keinen Einspruch gegen einen solchen undemokratischen Antrag. Kuklinski wurde Kultusminister der ersten schleswig-holsteinischen sozialdemokratischen Landesregierung und trat im nationalen Kampf gegen die erstarkende dänische Bewegung stark hervor, so daß ich ihn als Landtagsabgeordneter in einer Landtags-sitzung scharf angreifen mußte. Unter seiner Leitung als Kultusminister wurden die dänischen Kommunalschulen aufgehoben.

Durch diese Haltung der Parteileitung in Kiel traten alle dänischgesinn-ten Sozialdemokraten aus der Partei aus und konnten deshalb als Kan-didaten nicht aufgestellt werden. Auch ich blieb der dänischen Organi-sation treu und trat aus der SPD aus, konnte aber nach den Bestimmun-gen nicht einmal als politischer Bürgermeister als Kandidat aufgestellt werden. Daß das nach demokratischen Grundsätzen nicht ging, wurde auch der Militärregierung bald klar. Deshalb verfügte sie, daß auch so-geannte Unabhängige Kandidaten aufgestellt werden konnten. Das Wahlgesetz war eine Mischung von direkter Wahl und Listenwahl. Schleswig sollte 30 Kandidaten wählen, 80 <sup>0</sup>/<sub>0</sub>, also 24, direkt in 24 Wahl-kreisen, und 6 Sitze sollten aus den Parteilisten nach den abgegebenen Stinunen verteilt werden. Die Unabhängigen bekamen keine Liste, sie konnten nur in direkter Wahl gewählt werden. Das war für die Dänen ein Nachteil. Sie gingen aber trotzdem zur Wahl in der Erwartung, daß sie doch einige Sitze in direkter Wahl bekommen würden.

In einer großen Versammlung des Südschleswigschen Vereins im Gym-nastiksaal der Ansgarschule wurden die Kandidaten und Ersatzmänner nomi-niert. Als die Aufstellung der Kandidaten fertig war, sagte der Leiter der Versammlung: "So, Bürgermeister, bist Du nun mit Deinem neuen Stadtparlament zufrieden?" Unter großer Heiterkeit konnte ich

antworten: "Ja, mit einern solchen Parlament möchte ich als Bürgermeister arbeiten."

In einem Brief an Dr. Behrens schrieb ich am 26. August vor der Wahl u. a.: "Nun mag die Bürgerschaft entscheiden, wer in Zukunft Bürgermeister sein soll. Wenn man mich nicht mehr haben will, dann lasse ich mich als Bahnmann pensionieren. Wenn ich nun am Ende meiner kurzen Amtsperiode die Bilanz ziehe, dann kann man wohl sagen: Ein kleiner Anfang ist gemacht, aber das Flüchtlingsproblem hat bisher alle Berechnungen für die Zukunft über den Haufen geworfen. Auf weite Sicht gesehen ist heute alle Kommunalpolitik eine große Wurschtelei. Aber wie konnte es auch nach einer solchen Katastrophe anders sein."

*Die dänische Minderheit wird eine Mehrheit  
und gründet die Icommunale Selbstverwaltung in der Stadt Schleswig*

Der Wahltag kam und verlief ruhig. Spät abends wurde das Ergebnis bekannt. In allen 24 Wahlbezirken hatten die dänischen Kandidaten die Mehrheit bekommen und waren gewählt. Die CDU bekam vier und die SPD zwei Mandate von ihren Wahllisten. Dieses Wahlergebnis war für Besiegte und für die Sieger eine Sensation. Ja, Sensation ist nicht der richtige Ausdruck, es war ein Donnerschlag, der zuerst alle Gemüter lähmte. Wir erholten uns zuerst, wir waren uns alle klar darüber, welche große Verantwortung wir nach diesem Wahlergebnis in Zukunft tragen mußten. Wir waren froh, daß das in Schleswig geschehen konnte, wo Peter Hiort Lorenzen vor 100 Jahren im Ständesaal des Rathauses für Demokratie und für die Freiheit des Dänenturns unserer Heimat seine Stimme erhob. Innerlich froh waren wir auch, daß Peter Lassen's Schleswigscher Verein solche Bedeutung erlangt hatte.

Als ich am nächsten Vormittag unseren Oberst Smith aufsuchte, stand er auf dem Korridor des Regierungsgebäudes vor der Tür seines Dienstzimmers. Er schlug die Hände über dem Kopf zusammen: "Bürgermeister, wie war das möglich?" - Ja, das konnte man nicht mit einigen Worten erklären. Ich bat ihn, mich etwas länger als gewöhnlich anzuhören.

Ich hielt einen Kurz-Vortrag über unser Grenzland-Problem - ich hatte nie über diese Dinge mit ihm gesprochen - ich sprach über Vergangenheit, Zukunft und über demokratische Rechte nationaler Minderheiten

und schloß meinen Bericht: "Meine 23 Fraktionskollegen sind als angesehen, tüchtige Bürger und Arbeiter bekannt, und auch ihre demokratische Gesinnung kann nicht angezweifelt werden, und dasselbe trifft für die Vertreter der beiden anderen Parteien zu. Von meiner Fraktion sind sieben durch die Hände der Gestapo gegangen. Mit diesem Parlament können wir arbeiten." Darauf erwiderte Smith: „Sie können mit Ihrem Parlament machen, was Sie wollen, Bürgermeister, ich habe Vertrauen zu diesen Männern. Wenn ich zu den Parlamentssitzungen erscheine, komme ich nicht als Aufsichtsperson, ich komme nur als Zuhörer und werde unter dem Publikum Platz nehmen. Ich weiß, daß die Demokratie in der Stadt Schleswig in guten Händen ist."

Das war das stärkste Vertrauensvotum, das eine gewählte Stadtvertretung von einer Militärregierung bekommen konnte, die nun mal in der Besatzungszeit die Aufsichts- und Befehlsgewalt hatte.

Wir wollen noch einen Blick in die Presse der damaligen Zeit werfen. Die einzige Zeitung, die 1945 überlebte, war "Flensburg Avis". Die Leserschaft stieg stark. Flensburg Avis begrüßte das Wahlergebnis und schrieb einen Artikel mit der Überschrift: "Slesvig By stemte dansk". Anders natürlich das "Flensburger Tageblatt", das als Nachfolger der beiden früheren, nazistisch sehr stark angehauchten Tageszeitungen "Flensburger Nachrichten" und "Schleswiger Nachrichten" gegründet worden war. Schleswig bekam zunächst eine Einlage. Diese neue Tageszeitung hatte nun die Aufgabe, vorerst unter Aufsicht der Engländer, die öffentliche Meinung demokratisch zu formen, sie war das deutsche Grenzorgan. Die Zeitung schrieb am 18. September eine längere Betrachtung mit der Überschrift: "Nach den Wahlen". In dem Artikel nahm sie Stellung zu der Problematik „des in der britischen Zone angewandten“ Wahlsystems und sagte weiter: „Die Welt betrachtet uns Einwohner der britischen Zone zur Zeit als Schüler der Demokratie - nun, diese Schüler sehen sich heute zu der Erklärung gezwungen, die bei ihren ersten freien Wahlen angewandte Mathematik nicht zu verstehen."

Gewiß, des erste Wahlgesetz war kompliziert, ich will nicht näher darauf eingehen.

Das Blatt macht dann eine Rechnung auf und stellt fest, daß das Stimmenverhältnis in der Stadt doch eine deutsche Mehrheit zeige - wir haben die Rechnung nicht nachgeprüft - und fährt wörtlich fort: „Die beabsichtigte Verlegung der Regierung nach Kiel, die Auswirkung dieser

Maßnahme auf andere Behörden und die Nichtberücksichtigung des gut fundierten Vorschlags einer übersiedlung der Landesuniversität in die Schleistadt haben ein Gefühl des Verlassen- und damit überflüssigseins aufkommen lassen, auf das die Bevölkerung dann — verwerflich genug! - in der nun offensichtlichen Weise reagierte."

Die neue Stadtverordnetenversammlung hielt ihre konstituierende Sitzung am 24. September ab. Auf der Tagesordnung stand: Wahl des Bürgermeisters und Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters.

Die Wahl fand statt unter Leitung des ältesten Mitglieds, Kreishandwerksmeister Johannes Lassen. Die Beschlüsse lauten nach dem Protokoll:

„Mit 25 zu 1 Stimme wird der Stadtverordnete Hermann Clausen zum Bürgerneister gewählt.

Mit 24 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen wird der Stadtverordnete Svend Johannsen zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt."

Anschließend gab ich einige Richtlinien über unsere Arbeit und Zusammenarbeit in der Zukunft.

Ich sagte folgendes:

„Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch meine Wiederwahl zum Bürgermeister entgegenbringen. Ich werde, wie bisher, meine ganze Kraft mit Ihnen zusammen einsetzen für das Wohl unserer Stadt.

Das neue Wahlsystem hat für größere Wählerkreise und politische Parteien überraschungen gebracht. Es ist eine Persönlichkeitswahl. Jeder Kandidat kann an den Stimmen abzählen, wieviel Vertrauen die Bevölkerung zu ihm hat. Nach diesem System siegt immer derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Dabei erhalten Parteien und Gruppen nicht inlmer eine nach ihrer Stimmzahl gemessene Stärke in den Körperschaften. Das Wahlverfahren hat aber gegenüber dem Verhältniswahlsystem einen Vorteil. Es schafft klare Mehrheiten, die ein ruhiges Arbeiten gewährleisten. Diese Mehrheiten tragen aber dann auch eine große Verantwortung. Nach den Grundsätzen der Demokratie entscheidet diese Mehrheit in allen Angelegenheiten. Es ist aber auch nach den Grundsätzen der Demokratie eine ihrer vornehmsten pflichten, die berechtigten Interessen der großen und kleinen Minderheiten wahrzunehmen.

Ich kann versichern, daß die Gruppe der unabhängigen Stadtverordneten dieses Parlaments das mit aller Sachlichkeit tun wird. Achtung vor

der Meinung des politisch Andersdenkenden und sachliche Zusammenarbeit mit allen Gruppen werden Grundsätze des neuen Parlaments sein. Wir sind hier zusammengetreten als die erste von der Bevölkerung in freier Wahl gewählte Stadtvertretung. Vor uns stehen schwere Aufgaben. Vor uns steht der Winter. Es wird der intensiven Mitarbeit jedes einzelnen bedürfen, um mit allen Schwierigkeiten fertig zu werden. Unsere tägliche und dringlichste Aufgabe wird es sein, Not zu lindern. Es ist unsere Aufgabe, für unsere Bevölkerung, insbesondere für unsere Flüchtlinge, zu sorgen. Ich kann hier erklären, daß wir in der Flüchtlingsfürsorge alles tun werden, was in unseren Kräften steht. Das ist einfache Menschenpflicht.

Wir haben Mangel an allem; es fehlt an Schuhzeug, Kleidung, Betten, Ofen, Töpfen, Brennmaterial und Hausgeräten. Wir haben die Aufgabe, das wenige, was uns vom Kreiswirtschaftsamt zugeteilt wird, an die wirklich Bedürftigen zu verteilen. Hierbei müssen uns die Flüchtlingsvertreter selbst helfen. Wenn die Flüchtlinge auch im Stadtparlament nicht stark vertreten sind, so werden wir dafür sorgen, daß ihre Vertreter in den Ausschüssen in ausreichender Weise zur Mitarbeit herangezogen werden. Ich habe bereits mit Flüchtlingsvertretern verhandelt und festgestellt, daß die Herren dazu bereit sind. Auch wird ein besonderer Flüchtlingsausschuß regelmäßig tagen, damit wir erfahren, wo die Not am größten ist und wo geholfen werden muß. In der nächsten Sitzung werden die Ausschüsse gewählt werden, dann wird eine rege parlamentarische Arbeit auf allen Gebieten beginnen. Ich bitte Sie alle, Ihre ganze Kraft und Ihr Können einzusetzen mit einem ehrlichen Wollen für das Wohl unserer Gemeinde."

Dieses Parlament arbeitete zwei Jahre bis zum Herbst 1948. Ich will hier eindeutig feststellen, daß es in all den Sitzungen und Verhandlungen im Plenum und in den Ausschüssen niemals zu Reibungen wegen der Grenzfrage kam. Es war eine rein sachliche Arbeit, und auch die Vertreter der deutschen Seite waren unsere ehrlichen Mitarbeiter. Besonders Hannes Hagge, der spätere Landrat des Kreises, und Jakob Böhme, mein Nachfolger im Bürgermeisteramt, waren in unserem Magistrat gute Ratgeber auf vielen Gebieten.

Eine der schwierigsten Gebiete war die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Kreise regelte die Besatzungsmacht. Wir versuchten ständig, Einfluß auf die Verteilung zu

gewinnen, weil wir sahen, daß Südschleswig und Holstein im Verhältnis zu anderen Ländern überbelegt wurden. Wir mußten erkennen, daß diese Zahl unter keinen Umständen in unserem industriearmen Lande Arbeit finden konnte, und daß es erforderlich war, einen Ausgleich durchzuführen. Zunächst war es aber unsere menschliche Pflicht zu helfen. Diesen Standpunkt teilten wir auch den Flüchtlingen *mit*, und wir protestierten öffentlich gegen diese Überbelegung, die auch für die einheimische Bevölkerung zu einer Qual wurde. Auf der anderen Seite benutzte die deutsche Seite unseren Standpunkt in ihrer wachsenden Propaganda gegen uns. Wir waren daher gezwungen, in die Öffentlichkeit zu gehen, um unsere Organisation in der Flüchtlingsbetreuung darzulegen. Wir hatten nicht, wie andere Städte, ein besonderes Amt geschaffen, sondern die Flüchtlingsbetreuung unserem Wohlfahrtsamt übergeben, das natürlich durch geeignete Mitarbeiter verstärkt wurde.

Ich bringe die wichtigsten Sätze eines Memorandums, das in der Presse veröffentlicht wurde:

"Ganz unmöglich schien es anfangs, die nach Zehntausenden zählenden Flüchtlinge innerhalb des Stadtgebietes unterzubringen. Dennoch hat das städtische Wohnungs- und Quartieramt etwa 6/7 aller Flüchtlinge auf den vorhandenen Wohnraum verteilen können. Lediglich ca. 2500 Personen befinden sich noch in Massenquartieren, sogenannten Wohnlagern. Auch ihre Herausnahme wäre zum Teil schon möglich gewesen, wenn die Besatzungsmacht nicht soviel Wohnraum beanspruchte.

Das Stadtwirtschaftsamt versorgt die Heimatvertriebenen im Rahmen der ihm zugänglichen Kontingente mit Bekleidung, Hausrat und Gebrauchsartikeln, das städtische Lebensmittelamt stellt die Ernährung in dem zulässigen Ausmaß sicher.

Die Hauptlast der weiteren laufenden Fürsorge ruht bei dem Stadtwohlfahrtsamt. Ihm sind auch die Flüchtlingswohnlager - z. Zt. 6 an der Zahl - unterstellt, dessen Insassen überwiegend aus der gleichfalls dem Wohlfahrtsamt angegliederten Gemeinschaftsküche voll verpflegt werden. Besondere Sorge bereitet im letzten Winter die Bereitstellung genügender Brennmaterialien für die einzelnen Lager. Aber auch diese Sorge wurde im Zusammenwirken mit der Kohlenstelle des Kreiswirtschaftsamtes beseitigt ...

Der demokratische Grundsatz, die Beteiligten, also die Flüchtlinge, selbst an der Regelung ihrer Belange mitwirken zu lassen, wurde dabei keines-

wegs vernachlässigt. Durch die Wahl zum Stadtparlament gelangte kein Vertreter der Flüchtlinge ins Parlament. Es mußte daher Aufgabe des Bürgermeisters sein, die Flüchtlinge in weitgehendstem Maße zur Mitarbeit in ihren eigenen Angelegenheiten heranzuziehen. Es wurde als grundlegend erkannt, daß nur die Flüchtlinge selber durch ihre gewählten Vertreter sagen könnten, wo die Not am größten sei und zunächst geholfen werden müßte.

Der Bürgermeister bat kurz nach der Wahl die Flüchtlingsvertreter der verschiedenen Landsmannschaften zu sich, um mit ihnen diese Angelegenheit zu besprechen. Es wurde vereinbart, daß ein besonderer Flüchtlingsausschuß gebildet werden sollte, in dem ein gewählter Stadtverordneter den Vorsitz übernehmen sollte. Es wurde weiter vereinbart, daß die Flüchtlinge im Wohlfahrtsausschuß, Wohnungsausschuß und im Wirtschaftsausschuß beim Stadtwirtschaftsamt ausreichend vertreten sein sollten. Insbesondere wurde als wichtig angesehen, daß bei der Verteilung der so überaus knappen Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens den Flüchtlingen weitgehendst ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden sollte. Die von den Flüchtlingen gebildeten Landsmannschaften sollten aufgefordert werden, dem Stadtparlament geeignete Vertreter vorzuschlagen. Bei der Wahl der Ausschüsse ging das Stadtparlament im weitgehendsten Maße auf die Wünsche der Flüchtlingsorganisationen ein. Bei der Auswahl der Flüchtlingsvertreter mußte entscheidend sein, daß die Vorgeschlagenen politisch einwandfrei waren und das Vertrauen ihrer Landsleute hatten.

Bei der Stadtverwaltung besteht seit Jahresfrist eine halbamtliche Flüchtlingsberatungsstelle. Diese wurde auf Anregung aus Flüchtlingskreisen geschaffen. Diese Stelle arbeitet in Verbindung mit dem städtischen Wohlfahrtsamt. Es arbeiten dort vier Flüchtlingsvertreter ehrenamtlich. Die Stadt hat für diese Stelle Räume, Beleuchtung und Heizung sowie Büromaterial und Fernsprecher kostenlos zur Verfügung gestellt. Aufgabe dieser Stelle ist, besonders schwierige Fälle zur beiderseitigen Befriedigung zu erledigen und die größte Not zu lindern. Diese Einrichtung hat sich außerordentlich gut bewährt. Zu irgendwelchen Schwierigkeiten und Reibereien mit den städtischen Verwaltungsstellen ist es nie gekommen.

In diesem Zusammenhang nun noch ein paar Worte über das Wirken der privaten Wohlfahrtsorganisation im Dienste der FlüchtlingsHirsorge.

Schon lange, bevor der Zusammenschluß der sogenannten freien Wohlfahrtsverbände auf Landesbasis vor sich ging, hatten sich die Schleswiger Ortsgruppen der verschiedenen privaten Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Innere Mission, Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Evangelische Frauenhilfe) auf Anregung des Bürgermeisters zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die die Bezeichnung "Schleswiger Hilfswerk" annahm und sich zur Aufgabe setzt, nur noch *eine* private Unterstützungsstelle, statt deren 5 oder 6, zu unterhalten, darin *alle* diesem Zweck dienenden privaten Mittel zusammenzufassen und damit zu verhindern, daß eine Person etwa bei jeder Organisation zugleich Unterstützung für sich begehrte, also die private Wohltätigkeit für sich ungebührlich ausnutzte. Diese Gründung nun betreut alle Hilfsbedürftigen zusätzlich, was durch einen großen Kreis freiwilliger Helferinnen, die von den einzelnen Organisationen gestellt werden, möglich ist. Der Kontakt mit dem Wohlfahrtsamt ist dadurch gesichert, daß dessen stellv. Leiter zugleich als Geschäftsführer des Hilfswerkes fungiert und die hauptsächlichste Verwaltungsarbeit durch Personal des Wohlfahrtsamtes erledigt wird. Auch die allwöchentlichen Sitzungen des vom Hilfswerk gebildeten Arbeitsausschusses finden im Rathaus oder in einem Raum des Wohlfahrtsamtes statt. Die zusätzliche Betreuung erstreckt sich zur Hauptsache auf die Bewilligung von Geldbeihilfen für Bekleidung, Feuerung, Winterkartoffeln, Krankheitsbeihilfen, Kinderverschickung usw., auch werden Gutscheine für *die* Bespeisung durch die Gemeinschaftsküche zur Verfügung gestellt. Die wöchentlichen Aufwendungen hierfür betragen durchschnittlich 2000 RMj sie kommen überwiegend (90 %) den Heimatvertriebenen zugute, nur wenige Einheimische befanden sich bisher unter den Bittstellern.

Das Schleswiger Hilfswerk ist der Schleswig-Holsteinischen Notgemeinschaft korporativ angeschlossen und bildet seine hiesige Ortsgruppe. Den Vorsitz führt Herr Bankdirektor Bannier."

Die Hamburger Freie Presse brachte einen Artikel mit der Überschrift: "Flüchtlingsbetreuung — Nachahmung empfohlen", in der unsere Maßnahmen beschrieben wurden. Die Zeitung schloß mit den Worten: "Wenn Schleswigs Bürgermeister kürzlich im Landtag erklären konnte, daß es in seiner Stadt keine "Flüchtlingsstreitigkeiten" gäbe, spricht das für sich selbst und für die Richtigkeit der Maßnahmen, die diese Stadt in der Beziehung getroffen hat."

Im Landtag habe ich bei der ersten Lesung der ersten Fassung eines Flüchtlingsnotgesetzes gesagt, das Gesetz käme für Schleswig reichlich spät, wir hätten die Sache schon vor einem Jahre organisiert und die Organisation hätte sich gut bewährt.

In der Frage des Sitzes der kommenden Landesregierung sah es für Schleswig nicht gut aus. Deutschland sollte als föderalistischer Staat aufgebaut werden, und die ehemalige preußische Provinz Schieswig-Holstein sollte ein Bundesland mit etlichen Landesministern werden, die dann die Landesregierung darstellten. Die frühere Provinz war unter der sparsamen preußischen Verwaltung von rund 300 Beamten von der Landeshauptstadt Schleswig aus gut verwaltet worden. Jetzt langte das nicht mehr. Mehr Verwaltung, mehr Bürokratismus, auch die Engländer waren groß darin. In der Marinestadt Kiel entstanden die Ministerien mit Tausenden von Beamten. Die Verwaltung wurde größer und größer, so daß kurz nach der Bildung der Landesregierung gleich ein Ausschuß für eine Verwaltungsreform gebildet werden mußte. Ich war von der SSW-Landtagsfraktion als Mitglied dieses Ausschusses gewählt, mußte aber nach 1949, nachdem ich in den ersten Bundestag gewählt worden war, das Amt wegen Zeitmangel aufgeben. Es ist dann nicht sehr viel aus dieser Verwaltungsreform geworden. Der "Papierkrieg" ging weiter und besteht heute noch. Jedenfalls wurden Schleswigs Schreiben, Resolutionen und Proteste in Kiel zu den Akten gelegt.

Auch meine öffentlichen Proteste als Landtagsabgeordneter in den Sitzungen des ernannten Landtages für Schleswig-Holstein halfen nichts. Die Regierung kam nach Kiel, und Schleswig verlor das Rennen. Wir bedauerten sehr, daß die von Oberst Smith veranlaßte Unterredung mit der britischen Zonenregierung im November 1945 nicht zustande gekommen war. Nun war die Zeit fortgeschritten, damals hätte Schleswig noch eine Chance gehabt. Inzwischen war Theodor Steltzer zum Oberpräsidenten ernannt, und die Zonenregierung in Bad Oeynhausien hatte entschieden, daß die Landesregierung in Kiel aufgebaut werden sollte. Theodor Steltzer wurde dann der erste ernannte Ministerpräsident, und ernannter Innenminister wurde Hermann Lüdemann.

Der erste Landesdirektor und Chef der werdenden Verwaltung war Dr. Müthling, der jetzige Oberbürgermeister von Kiel. Theodor Steltzer besuchte mich gleich nach seiner Ernennung in Schleswig. Er hatte keine Wohnung, seine Familie war durch das Kriegsgeschehen auseinander

gekommen. Er möchte gerne in Schleswig wohnen. Wir unterhielten uns längere Zeit über die Verhältnisse, über die Grenzfrage und über die Bildung der Regierung in Schleswig. Wir mußten eine Wohnung ausfindig machen für den kommenden Ministerpräsidenten, das war selbstverständlich. Wenn man die Regierung in Schleswig behalten wollte, dann mußte der Chef der kommenden Regierung in Schleswig wohnen. Mit Einverständnis des Landrats Dr. Hinrichs bekam er die Dienstwohnung des Landrats im Kreishaus. Dr. Hinrichs verzichtete auf die Wohnung. Im engeren Kreise kam ich mit Theodor Steltzer nicht mehr zusammen. Ich sah ihn nur noch im Landtag. Es wäre seine Pflicht gewesen, Landrat und Bürgermeister des Kreises und der Stadt Schleswig wegen des **Aufbaus** der Regierung in Kiel zu informieren. Kreis- und Stadtvertretung waren sich einig in dieser Frage. Er tat es nicht. Schreiben, Proteste und Resolutionen des Kreises und der Stadt wurden nicht beantwortet, der Empfang wurde nicht mal bestätigt. Als die Sache ganz brenzlich wurde, kam eines Morgens Dr. Müthling zu mir, bevor er nach Kiel fuhr - er wohnte auch in Schleswig - und teilte mir mit, was wegen des Regierungssitzes vor sich gehen sollte.

So verlor die Stadt Schleswig den Sitz der Regierung, den sie in 80 Jahren gehabt hatte. Als ehemalige Landeshauptstadt wurde Schleswig ärmer. Zu Neujahr 1946/47, am 31. Dezember 1946, erhielt ich folgenden Brief vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die aus staatspolitischen Gründen notwendige Konzentration der Landesregierung in der Landeshauptstadt Kiel ist ohne Zweifel für die Stadt Schleswig ein Vorgang von wesentlicher Tragweite.

Ich möchte Ihnen deshalb am Beginn des für das deutsche Schicksal sicherlich bedeutsamen Jahres 1947 die Versicherung abgeben, daß die Landesregierung alles tun wird, um der Stadt Schleswig den traditionellen Charakter einer wohlangesehenen Behördenstadt zu bewahren.

Es wird mein Bestreben sein, Wege zu finden, um als Ausgleich vornehmlich wieder Behörden von besonderer Bedeutung nach Schleswig zu verlegen."

Das war ein schwacher Trost.

Die "aus staatspolitischen Gründen notwendige Konzentration der Landesregierung" hätte sich genau so gut durch Umbau und Bau von Ver-

waltungsgebäuden in der Landeshauptstadt Schleswig durchführen lassen wie in der Stadt Kiel, wenn man das gewollt hätte. Außerdem hatte die Stadt Schleswig innerhalb ihrer Grenzen ein Reichsvermögen, den sogenannten "Fliegerhorst", moderne Kasernen- und Verwaltungsgebäude, die an sich schon ein idyllisches Regierungsviertel an den Ufern der Schlei sein konnten. Hier waren in der Hitlerzeit 20 große Kasernengebäude errichtet, von denen 16 je 250 Mann aufnehmen konnten, und vier waren noch größer. Außerdem befanden sich dort ein großes Stabsgebäude, ein Kasino, ein Ledigenheim, mehrere Wohngebäude, eine Sporthalle, eine Flughalle mit Werkstätten, vier große Autohallen und ein großes Baugelände. Zusammen mit den vorhandenen Verwaltungsgebäuden in der Stadt hätte man sehr wohl die britische Provinzregierung und die kommende Landesverwaltung plazieren können. Aber Kiel wollte Landeshauptstadt werden, das war schon seit dem ersten Weltkrieg das Ziel ihrer Kommunalpolitik gewesen, als man sich das Oberpräsidium geholt hatte.

Es gab nur einen würdigen Ausgleich für den Schaden, den man der alten Landeshauptstadt zugefügt hatte. Das war, die Stadt Schleswig zur Universitätsstadt des Landes zu machen. Hier hätte die Landesregierung, der Landtag mit dem Übergewicht der Kieler Vertreter zeigen können, ob sie einen gerechten Ausgleich überhaupt wollten. Eine andere Frage war, was die dänische Bewegung zu dieser Maßnahme sagen würde. Darüber wurde damals kaum diskutiert. Aber ich hatte doch meine Gedanken. Ich sagte mir: lieber 2 000 Studenten in die Kasernen-Anlagen als 2000 neue Flüchtlinge, für die in Schleswig und in der Umgebung keine Arbeitsplätze vorhanden sind und auch nicht geschaffen werden konnten. Lieber die Studenten, Wissenschaftler und Lehrer, als vielleicht in einer kommenden Zeit wieder 2 000 Soldaten.

Es sah nicht danach aus, daß in Südschleswig eine Volksabstimmung mit dem Ziel einer Grenzänderung stattfinden würde. Schleswig würde bei Deutschland bleiben, und Südschleswig konnte innerhalb dieses Deutschlands ein besonderes Verwaltungsgebiet, vielleicht ein Bundesland, werden. Diese Frage schwebte noch. Dann würde eine Universität in der Landeshauptstadt nicht schaden, sondern im Gegenteil ein großer Vorteil für Schleswigs Einwohner sein. Ich hatte die Verantwortung für die Zukunft meiner Heimatstadt übernommen und mußte so denken und handeln.

Parallel mit den Bestrebungen, Schleswig als Behördenstadt zu erhalten, waren wir bestrebt, neue Industrieunternehmungen zu fördern. Die größten Schwierigkeiten machten die Geldverhältnisse und die Materialknappheit. Wie sollten wirtschaftliche Unternehmungen mit der zerrütteten Währung und ohne Rohstoffe gestartet werden? Nicht einmal die vorhandenen Betriebe konnten in Gang gebracht werden. Weiter strandeten diese Bestrebungen an den Raumverhältnissen. Jeder Raum, der ein Dach hatte, war mit Menschen besetzt oder von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Die Bestrebungen, in Schleswig Industrie anzusetzen, wurden von den späteren Vertretungen auch eifrig betrieben, aber ohne Erfolg. Die deutschen Großunternehmer vom Süden gingen nicht über Holstein hinaus, so daß Südschleswig ökonomisch noch zehn Jahre weiter in dem Aufbau des Landes benachteiligt wurde. Erst die Bestrebungen, die die dänische Industrie entfaltetete, schufen in mehreren südschleswigschen Orten Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze.

Ein Antrag wegen der Universität, der schon am 9. März 1946 an den Oberpräsidenten abgesandt worden war, war gut begründet. In dieser wichtigen Angelegenheit bekamen wir einen starken Bundesgenossen, das war der Ehrenpräsident des Senats der Universität, Professor Dr. Dr. Scheel. Dr. Scheel verfaßte eine Denkschrift, die 23 mit der Maschine dicht geschriebene Seiten umfaßte und ein klares Urteil für Schleswig enthielt. So ganz ohne weiteres konnte man diese Begründung nicht von der Hand weisen. Wir hatten zu dieser Zeit drei Eisen im Feuer, die Landesregierung, die Universität, deren Kliniken größtenteils schon wegen der Bombenangriffe auf Kiel in Schleswig waren, und das Landesmuseum, dessen Gebäude ebenfalls durch die Bombenangriffe zerstört worden waren.

Der Antrag der Stadt, die Universität unterzubringen, rief natürlich die Kieler Kommunalpolitiker auf den Plan. Kiels Oberbürgermeister, der Sozialdemokrat Andreas Gayk, wendete sich an die Öffentlichkeit in einem Artikel mit der Überschrift: "Die Universität muß in Kiel bleiben." In einer Ratsversammlung in Kiel forderte ein Stadtrat Karge (KPD), man solle den Fliegerhorst in Schleswig mit Flüchtlingen belegen, um die Unterbringung der Universität dort zu verhindern. Auch in dem ernannten Provinziallandtag, dem Vorläufer des kommenden gewählten Landtages, wurde die Universitätsfrage angeschnitten. Von den 60 Vertretern waren 17 von Kiel, und Schleswig hatte nur drei. -

Ich war damals nicht Vertreter. - Für die übrigen Vertreter des Landes war diese Angelegenheit unbekannt und deshalb uninteressant. Kiel **hatte** daher Oberwasser. Es wurde zu einer Zeitungskampagne. Das "Flensburger Tageblatt" zusammen mit den Schleswiger Zeitungsleuten half uns. Die Kieler hatten ihre Zeitungen. Das "Flensburger Tageblatt" brachte unsere Artikel an bevorzugter Stelle. Wir bestellten und bekamen trotz der Papierknappheit soviel Exemplare, daß wir die Provinzvertreter informieren konnten. In diesem Papierkrieg war der so früh verstorbene tüchtige Stadtinspektor Richard Claußen mein unermüdlicher Helfer. Ihm verdankt die Stadt auch ein ausführliches Aktenstück, aus dem der Verlauf der Sache lückenlos hervorgeht. Richard Claußen war mit Dr. Scheel befreundet. Sein Tod war ein Verlust für die Stadtverwaltung, der nicht so leicht ersetzt werden konnte. Dr. Scheel schrieb mir nach dem Begräbnis: "Richard Claußen **hatte** eine ungewöhnliche, wertvolle Begabung für sein anvertrautes Amt und einen ausgesprochenen Sinn für Recht und Billigkeit." Ich kannte ihn und seine Befähigung, und deshalb bat ich ihn, das Kulturamt zu übernehmen. Er war ein deutscher Mann, aber wir beide hatten ein gemeinsames Ziel: Das Wohl unserer Heimatstadt.

Diese Auseinandersetzungen dauerten den ganzen Sommer 1946 an. Alle Diskussionen drehten sich um Regierungssitz oder Universität. In der Schleswiger Bevölkerung war man empört über das Verhalten der britischen Provinz-Regierung und über das Verhalten der kommenden deutschen Regierungsmänner, die gerne zu ihrer Entlastung die britische Provinz-Regierung vorschoben.

In diese Auseinandersetzungen spielte die Grenzfrage dann und wann hinein. Von deutscher Seite wurde gegenüber Schleswigs Standpunkt, wenn auch mit vorsichtigen Wendungen, auf die "Dänengefahr" hingewiesen. Wie stark die Gemüter erregt waren, geht aus einer Kampfschrift des Landrats und stellvertretenden Bürgermeisters der Stadt Schleswig, Johannes Hagge, hervor, die am 15. August 1946 veröffentlicht wurde.

Hagge sagte: "Die Verlegung der Landesverwaltung von Schleswig nach Kiel in der Art und Form ist auch ein Mord der Demokratie. Schuldig daran sind aUe Beamte und Ehrenbeamte, die die Entscheidung getroffen haben und die Durchführung vornehmen. Da hilft auch kein Versteck hinter den führenden Vertretern der Besatzungsmacht.

Für die Besatzungsmacht wie für die verantwortliche deutsche Vertretung ist es nicht möglich, sachliche Gründe anzuführen, die diese Verwaltungsverlegung jetzt vertretbar machen. Wenn behauptet wird, einige Abteilungen müßten zusammengebracht werden, dann kann dies kein Grund sein, den *Sitz* der Verwaltung von Schleswig nach Kiel zu verlegen.

Wirtschaftliche Gründe können auch nicht angeführt werden und bestehen vor allen Dingen nicht für eine Verlegung der Verwaltung. Ein großer Teil der in Schleswig vorhandenen Beamten ist seit langen Jahren im Besitz eigener Wohnungen, ja, z. T. eigener Häuser ...

Die historische Vergangenheit verpflichtet jede verantwortliche Vertretung und Verwaltung, die 1869 in Schleswig errichtete Landesregierung an der Stelle zu belassen, wo sie sich befindet.

Grenzpolitisch ist das Vorhaben Wahnsinn. Das Gebiet, das man als Schleswig bezeichnet und zu dem auch die Stadt Schleswig gehört, kämpft den schwersten Kampf zur Verteidigung der Heimat in Deutschland ..

Die Bevölkerung sagt: Was kämpft Ihr deutschen Vertreter noch um das Schleswig, das die Verwaltung schon aufgegeben hat. Die Verwaltung hat Schleswig schon für Dänemark abgeschrieben. Sie verläßt Schleswig, wie Ratten das sinkende Schiff."

Besonders die letzten Sätze waren für Kiel "starker Tobak". Gewiß ging Johannes Hagge zu weit, und man mußte überlegen, ob die Zuspitzung und die übermäßige Schärfe des Kampfes überhaupt eine Änderung zu Gunsten Schleswigs bringen konnte.

Oberpräsident Steltzer wohnte in Schleswig. Er kannte natürlich die aufgebrachte Stimmung der Bevölkerung, und er kannte auch meine Einstellung. Seit der ersten Aussprache in meinem Dienstzimmer bei seinem Dienstantritt hatte ich ihn kaum gesehen. Er wußte, welche Bedeutung der Regierungssitz für Schleswig hatte. Es wäre mindestens seine Pflicht gewesen, den Bürgermeister der Stadt, zu dem Zeitpunkt, wo keine Hoffnung mehr für Schleswig vorhanden war, zu informieren. Wenn er als Oberpräsident nicht mehr zu mir kommen wollte oder konnte, dann bedurfte es nur eines Ortsgesprächs. Ich wäre sofort gekommen, selbst um eine Hiobsbotschaft empfangen zu müssen, denn ich wußte längst, was gespielt wurde. Ich wußte, daß Schleswig die Partie verspielt hatte. Das Übergewicht hatte die so stark gebombte Stadt Kiel auf allen Gebieten.

Diese Lage wußten die neuen Stadtvertreter gut auszunutzen, und die neuen Herren der Landesregierung, die zum größten Teil auch Kieler Bürger waren, waren auf Kiels Seite. Die Bombennächte und Kiels Ruinen waren in den Auseinandersetzungen das psychologische Moment, das Kiel das Übergewicht gab. Wir erkannten Kiels große Schwierigkeiten an, aber wir wollten nicht untergehen in der Zeit der Umformung zu einer neuen staatlichen Ordnung.

Herr Steltzer kam nicht alleine, er kam mit seinen ernannten Ministerkollegen. Die Landesregierung teilte mir mit, daß sie den Wunsch hätte, mit den Stadträten der Stadt Schleswig zu sprechen. Diese Zusammenkunft fand am 7. September 1946 im Ständesaal des Rathauses statt.

Ich begrüßte die Herren, dankte für ihr Erscheinen und knüpfte daran die Hoffnung und den Wunsch, daß sie uns redt Angenehmes und Schönes mitzuteilen hätten. Steltzer ging sofort auf den Kern der Besprechung ein. Er schilderte, wie es gekonmlen war, daß Kiel als Regierungssitz bestinlmt worden war. Er sei von der Militärregierung aufgefordert worden, Vorschläge zu machen. Er sei zuerst für Schleswig gewesen, aber die Engländer seien der Auffassung gewesen, daß Kiel die Hauptstadt des Landes sei, deshalb sei die Frage des Regierungssitzes für sie nicht problematisch. Die Entscheidung fiel auf Kiel. Die Militärregierung hatte nun so entschieden, und wir mußten uns mit dieser Situation abfinden. Auch er war der Ansicht, daß die Unterbringung der Militärregierung und der Landesregierung und Verwaltung besser in Kiel durchgeführt werden könne. Diese Entscheidung stehe in keinem Zusammenhang mit der Grenzfrage. Schleswig müsse Ersatz bekommen.

Meine Magistratskollegen und ich trugen den Schleswiger Standpunkt vor.

Dann kam es zu einem scharfen Wortwechsel zwischen Oberpräsident Steltzer und Landrat Hagge. Steltzer griff Hagge wegen seiner vorerwähnten schriftlichen Verlautbarung an, die Hagge audl hier verlesen hatte. Solche Äußerungen seien vom grenzpolitischen Gesichtspunkt aus gefährlich. Er müsse sich diese Ausführungen verbitten und sie auf das Schärfste zurückweisen. Hagge antwortete, daß der Oberpräsident nicht verbieten könne, was er schreibe und rede. Der Bevölkerung Schleswigs sei nicht damit gedient, wenn er sage: Der Oberpräsident hat sich diese Äußerungen verboten. In einem solchen gespannten Klima könne nichts gedeihen.

Ich versuchte dann, der Aussprache eine andere Wendung zu geben. Ich stellte fest, daß die Verlegung der Regierung nicht mehr rückgängig gemacht werden könne und brachte die Unterbringung der Universität im Fliegerhorst zur Sprache. Wie an keiner Stelle in Deutschland hätten wir die Möglichkeit, diese unterzubringen.

"Sorgen Sie dafür, daß der Fliegerhorst frei wird, denn es gibt nur einen Ersatz für den Regierungssitz in Schleswig, das ist die Universität." Steltzer antwortete: "Ich möchte Ihnen zustimmen, daß in den Gebäuden des Fliegerhorstes eine Gelegenheit besteht, die Universität in einer geeigneten Weise unterzubringen. Ich habe mich deshalb mit der Militärregierung in Verbindung gesetzt. Die Militärregierung lehnt die Freimachung dieses Geländes ab. Wir können deshalb keine Beschlüsse fassen, Gegen die Universitätsverlegung wenden sich die Kieler, die angehenden Landesminister Bruno Diekmann und Prof. v. Mangoldt."

Dann erhebt sich unser Stadtrat, Kf.handwerksmeister Johannes Lassen. "Ich stelle fest, daß wir 1 1/2 Stunden diskutiert haben, ohne zu einem Resultat zu kommen, Für mich hat dieses hier keinen Zweck. Ich habe etwas anderes zu tun." - Lassen verließ demonstrativ die Sitzung, Die Sitzung flog aber nicht auf. Es ging noch eine Weile weiter ohne Ergebnis. Der Abschied war kühl. Die Kieler Ministeranwärter hatten uns nichts Angenehmes und Schönes gebracht. So wurde Schleswig als Landeshauptstadt entthront und gewann nicht die Christian-Albrecht-Universität.

In welcher Weise die neuen Stadtvertreter der Stadt Kiel die Interessen ihrer Stadt vertraten, zeigte eine Meldung ihres Presseamtes vom 19. Dezember 1946. Wir haben diese Meldung vervielfältigt. Der Anlaß für die Pressemeldung war ein Schriftwechsel zwischen dem ernannten Landesminister für Inneres Lüdemann und dem Kieler Kommunalverein. Minister Lüdemann hatte unter dem 10. Dezember 1946 an den Kieler Kommunalverein geschrieben, daß die Regierung bestrebt sei, die Landesverwaltung in Kiel zu konzentrieren, und daß dadurch Behörden von Schleswig nach Kiel verlegt werden sollten. Er fährt wörtlich fort: "Es ist klar, daß die Stadt Schleswig wegen ihrer besonderen Struktur als traditionelle Wirkungsstätte eines alten, sauberen Beamtentums nur wünschen kann, wieder eine führende Behörde in dem für solche Zwecke bestimmten Regierungsgebäude amtieren zu sehen . . . Es geht darum, das Regierungsgebäude in Schleswig seinem Zweck zu

erhalten und damit der Stadt Schleswig das repräsentative Gesicht zu bewahren". - Weiter fragt Lüdemann, welche Behörde der Kieler Kommunalverein für das freiwerdende Regierungsgebäude in Schleswig vorschlägt. Die Regierung hätte die Absicht, das Oberfinanzpräsidium nach Schleswig zu verlegen.

Der Kieler Kommunalverein antwortete, daß das Oberfinanzpräsidium in die Landeshauptstadt Kiel gehöre und schrieb folgendes:

„Es kann nicht Aufgabe des Allgemeinen Kieler Kommunalvereins sein, der Landesregierung Vorschläge zu machen, welche Einrichtungen nun von Kiel nach Schleswig verlegt werden sollen. Hier vermögen wir der Auffassung des Herrn Landesministers für Inneres nicht zu folgen. Der Allgemeine Kieler Kommunalverein wird auch in Zukunft seinen Standpunkt in aller Öffentlichkeit vertreten, nämlich den Standpunkt, daß Kiel keine repräsentative Behörde genommen werden darf.

Kiel ist wirtschaftlich ruiniert. Die Grundlage seiner Existenz, nämlich Werften und Marine, sind zerschlagen. über 80 % aller Kriegsschäden in der Provinz fallen auf Kiel. Kiel blutet weiter aus. Ob überhaupt auf Schleswig eine Bombe gefallen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Dieser in der Geschichte Schleswig-Holsteins so alten traditionsreichen Stadt mag man schon ein bescheidenes Opfer zumuten. Ein Opfer, das darin zu sehen ist, wenn zunächst das Regierungsgebäude anderen Zwecken zugeführt wird. Nach dem Grundsatz: Ein jeder trage des anderen Last muß auch Schleswig dazu beitragen, daß die der Landeshauptstadt gesdlagenen Wunden im Laufe der Zeit ausheilen.

Nach Meinung des Allgemeinen Kieler Kommunalvereins würde es für den Herrn Landesminister für Volkswohlfahrt ein leichtes sein, als Minister für das Wohl der Flüchtlinge und der sonst Bedrängten das Regierungsgebäude in Schleswig einem Zweck zuzuführen, der im allgemeinen Interesse liegt. Wir verweisen nur auf die alarmierenden Nachrichten in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung betr. Tuberkulosegefahr. In dieser Zeitung wird gesagt, daß vordringlich 12000 Tuberkulosekranke untergebracht werden müßten. Diese Aufgabe, so heißt es weiter in der Zeitung, ist durch Gemeinschaftsarbeit der Länder zu lösen.

Nun mag nach unserer Auffassung die Landesregierung Schleswig-Holstein mit gutem Beispiel vorangehen und das leer werdende Regierungsgebäude armen unglücklichen Kranken als Heil- und Pflegestätte zur

Verfügung stellen. Schleswig hat von jeher den Ruhm und das Ansehen genossen, eine Heimat der Kranken zu sein. Mag es erneut Beweise christlicher Nächstenliebe geben. Wäre diese Verwendung des Regierungsgebäudes nicht im edelsten Sinne repräsentativ zu nennen?

Der Allgemeine Kieler Kommunalverein sieht entgegen der Auffassung des Herrn Landesminister für Inneres nicht seine Aufgabe darin, in Angelegenheiten der Behördenverlegung seine Auffassung mit der der Schleswiger Bürgerschaft in übereinstimmung zu bringen."

Diese Schmähschrift war unterschrieben von einem Hartmann. Ja, mit solchen Unverschämtheiten hatten wir zu tun. Der Vorwurf der Kieler Herren gegen Schleswigs Stadträte wegen Unsachlichkeit in der Diskussion im Ständesaal am 7. September war angesichts solcher brutalen, unmotivierten Angriffe auf die Stadt Schleswig und ihre Bürger völlig unberechtigt. Man hatte in Kiel wahrhaftig Ursache genug, um in den eigenen Reihen Ordnung zu schaffen. Das tat man auch, indem Kiels Bürgermeister Gayk in der Sitzung der Kieler Stadtvertretung am 18. Dezember eine Erklärung abgab.

Gayk sagte, er habe sein tiefstes Bedauern auszuspredlen über die durch den Kieler Kommunalverein geschaffene Situation. Das sei dieselbe Politik brutalen Eigennutzes, die Deutschland mit der Phrase "Alles für Deutschland" in das nazistische Verderben geführt habe. Die Parole "Alles für Kiel" sei der Untergang Kiels. Das war deutlich, aber es war hohe Zeit, denn es war von der Seite schon viel "Porzellan zerschlagen". Kiels ernannte und die erste spätere parlamentarische Regierung suchte eine repräsentative Behörde für Schleswig. Wir waren nicht mehr sehr interessiert. Es wurde dann das Oberlandesgericht.

Auf einem anderen Sektor unserer Zukunftsbestrebungen hatten wir Erfolg, das war in der Unterbringung des Landesmuseums. In dieser Sache hatten wir die britische Provinzregierung auf unserer Seite und Kiel konnte nur protestieren. Hier hatten wir auch den Oberpräsidenten Steltzer auf unserer Seite. Ich will Steltzer in meiner Erzählung nicht Unrecht tun. Idl glaube ihm, daß er anfangs in der Frage des Regierungssitzes auch auf unserer Seite war, und selbst wenn er sich für Schleswig stark gemacht hätte — er war damals als ernannter Oberpräsident kein starker Mann und konnte es auch nicht sein, denn die Engländer bestimmten — hätte er nicht mehr das Schicksal der Landeshauptstadt Schleswig wenden können. Der Schwerpunkt lag in der schon erwähnten ge-

planten Zusammenkunft mit der britischen Zonenregierung, die durch unglückliche Umstände nicht stattfand. Damals war es noch an der Zeit, diese für Schleswig so wichtige Zukunftsfrage mit England zu besprechen. Wenn Hoevertmann noch einige Tage Oberpräsident gewesen wäre - dann? Ja, dann vielleicht. Kleine Geschehnisse können manchmal im Zeitgeschehen große Bedeutung haben.

Für Schleswig war nach dem ersten Weltkrieg der Fremdenverkehr ein Erwerbszweig geworden. In den zwanziger Jahren stieg der Reiseverkehr stark durch den Übergang des Verkehrs von der Schiene auf die Landstraßen. Die Autoproduktion kam in Gang und das Volk machte Ferien und Erholungsreisen. Diesen Fremden mußte man etwas bieten. Auf dem Gebiet des Museumswesens hatte Schleswig nichts Besonderes. Ein Altertumsmuseum war vor dem ersten Weltkrieg durch die Stadt und durch die Initiative eines Altertumsvereins geschaffen worden und in dem Gebäude Gallberg 3, im jetzigen Gebäude des Stadtbauamtes, untergebracht. Mit diesem Museum konnten wir nicht viel Staat machen. Unter Dr. Behrens' Leitung gelang es, ein Haithabu-Museum zu gründen, das zusammen mit dem Altertumsmuseum im Scheershof untergebracht wurde.

1930 begannen die Ausgrabungen innerhalb des alten Walls, die bedeutende Funde zu Tage förderten. Schleswig mußte nun zusehen, daß diese Funde, die Zeugen von Schleswigs Geschichte waren, nicht im städtischen Haithabu-Museum untergebracht wurden, sondern nach Kiel in das Landesmuseum gingen. Schleswig bekam einige Attrappen. Das war schmerzlich. Die Fremden kamen nach Schleswig, kannten zum Teil Schleswigs Geschichte und Schleswigs Bedeutung im Verlaufe eines Jahrtausend für den Norden Europas, sahen den alten Wall und die Ausgrabungen, das Dannewerk, den Runenstein bei Busdorf, die Thyra-burg, aber ein Museum war nicht da, das befand sich in Kiel.

Der Gedanke, die Landesmuseen nach Schleswig zu legen, kam sofort nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches im Mai 1945 auf. Es handelte sich um zwei Museen, das Landesmuseum für Vor- und Frühgeschichte und das Thaulow-Museum. Auch Fachleute - Wissenschaftler, die auf dem Gebiet arbeiteten, die Museen leiteten - waren der Meinung, daß die Museen in der Stadt sein müßten, die nach alten Überlieferungen immer Mittelpunkt des Geschehens gewesen war, und das war die Stadt Schleswig. In der nächsten Umgebung der Stadt grub man

weiter und fand wichtige Kunstschatze, die uns von der Geschichte des Landes erzählten.

Der Inhalt beider Museen mit dem bekannten Nydam-Boot war in den Kriegsjahren unter den allerschwierigsten Verhältnissen evakuiert worden. Als die britischen Bombengeschwader begannen, die Marinestadt Kiel mit den Werften zu bombardieren, waren die Kunstschatze des Landes in großer Gefahr, vernichtet zu werden. Das umfangreiche Material der Museen mußte sorgfältig verpackt werden. Dazu gehörten Hunderte von Kisten und Behältern. Zum Transport waren viele Lastwagen und viele Arbeitskräfte nötig. Es gelang doch noch rechtzeitig, das wertvolle Gut unter großen Schwierigkeiten zu retten. Die leerstehenden Gebäude wurden dann nach kurzer Zeit ein Opfer des Krieges. Der Inhalt der Gebäude wurde in Baumgarten in den Hüttener Bergen und in Steinhorst in Lauenburg untergebracht. Das Nydam-Boot wurde in eine Schute verladen und auf dem Wasserwege in den Möllner See gebracht. Damit wurden die Schätze der Museen vor der Vernichtung bewahrt, sonst wären sie heute nicht mehr gewesen, sie wären untergegangen zusammen mit vielen unersetzlichen Werten in Deutschland.

Für die Sicherstellung dieser Kulturgüter hat sich der letzte Landeshauptmann der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, Dr. Schow, wie ich erfuhr, stark eingesetzt. Dr. Schow wurde 1945 von der britischen Wehrmacht verhaftet und nahm sich in der Gefangenschaft das Leben. Er war Zivilkommissar für die Verteidigung und nur durch seine Initiative soll es gelungen sein, in der letzten Minute das Nydam-Boot vor der Zertrümmerung zu retten, indem er kurzerhand von einer Hamburger Firma eine Schute lieh und die Abbeförderung auf dem Wasserwege nach dem Möllner See anordnete. Unter den Wissenschaftlern, die die Evakuierung leiteten, war auch der jetzige Leiter des Landesmuseums für Vor- und Frühgeschichte, Professor Dr. Kersten. Dr. Kersten konnte aber die Arbeit nicht beenden, weil er zur Wehrmacht eingezogen wurde. Mit der Rest-Evakuierung, darunter auch dem Transport zahlreicher Runensteine, zu dem man ungefähr zehn Lastwagen mit Anhängern und rund einhundert Arbeitskräfte brauchte, wurde ein Mann beauftragt, der genannt werden muß, wenn man über die Verlegung der Museen nach Schleswig schreibt. Dieser Mann war Sören Telling.

Wer war und was ist Sören Telling? Diese Frage ist mir oft auf meinen Reisen in Dänemark gestellt worden. Heute wissen wir, was Sören Tel-

ling ist und was er bedeutet. Ich stand ihm zum ersten Mal in meinem Amtszimmer im Rathaus gegenüber im Winter 1945-46. Durch die Tür des Vorzimmers schritt ein Mann im Trenchcoat mit Schulterklappen, langen Stiefeln und Generalstabskarte, eine straffe, militärische Persönlichkeit. Ich kannte den Typ der Hitlerkommandanten und auch die Befehlshaber der britischen Wehrmacht. Ich war allerlei gewohnt. Aber von diesen Formationen war dieser Mann nicht, auch trug er keine Pistole im Gürtel, und doch wirkte er mit den energischen Gesichtszügen und der militärischen Haltung, als wenn er gewohnt war, zu befehlen. Unser Gespräch drehte sich um Südschleswig, um die Stadt Schleswig mit dem Dannewerk, Schleswigs Geschichte und um die Landesmuseen. "Die Museen gehören in die Landeshauptstadt Schleswig", das war seine Forderung, und wir waren uns gleich einig. In diesem Gespräch war es mir, als spürte man einen leisen Hauch einer längst vergangenen Zeit.

Sören Telling kam von Dänemark über die Grenze im Jahre 1939. Warum kam er? Man sagte, wegen seiner politischen Einstellung. Das ist nicht wichtig und auch nicht interessant. Sören Telling war nie Politiker und wollte es auch nicht sein. Er bekam Arbeit, blieb aber wohl nicht lange an einer Stelle. Man sagte, er sei ein etwas schwieriger Mann, der oft hart seine Meinung sagte ohne Rücksicht auf Rang und Stand seines Gegners. Als er arbeitslos wurde, war es der Landeshauptmann Dr. Schow, der ihn als Mitarbeiter bei dem Landesamt für Vor- und Frühgeschichte in Kiel empfahl. So wurde Sören Telling Hilfsarbeiter beim Landesamt für Vor- und Frühgeschichte in Kiel, und als Dr. Kersten Soldat wurde, bekam er den Auftrag, die vorerwähnte Restevakuierung durchzuführen. Er versuchte zuerst, die erforderlichen Fahrzeuge und Arbeiter von der Zivilverwaltung zu bekommen. Sei es nun, daß man zu diesem Zeitpunkt keine Möglichkeit hatte, seine Forderungen zu erfüllen, oder ob bei den zivilen Behörden kein Verständnis für die Notwendigkeit vorhanden war, jedenfalls scheiterten alle Versuche, diese Stellen zu interessieren. Kurz entschlossen stand Sören Telling eines Tages im Vorzimmer des General-Admirals, dem Oberkommandanten der Hitler-Marine in Kiel, und verlangte Zutritt zu dem Gewaltigen. Dem Chef des Vorzimmers, einem Kapitänleutnant, gefiel das forsche Auftreten dieses Zivilisten absolut nicht. Es kam zu einem lauten Wortwechsel, in dem Dienstgrade und Titel außer acht gelassen wurden und

dessen Lautstärke den General-Admiral persönlich auf den Plan rief. Die Tür ging auf, und Sören Telling stand ihm gegenüber. Nach kurzen Erklärungen kam es zu einem Gespräch im Dienstzinuner des Oberbefehlshabers der Marine, und Sören Telling ging befriedigt nach Hause. Am nächsten Morgen standen Fahrzeuge und Arbeiter bereit, und die Evakuierung konnte durchgeführt werden. So wurde durch Sören Tellings energisches Handeln der große restliche Teil der historischen Schätze des Landes in Sicherheit gebracht, denn das Bombardement auf die Stadt Kiel wurde stärker und stärker.

Damit war Sören Tellings Einsatz für die Museen nicht beendet. Als man in der letzten Phase des Krieges überall, auch in unserer Heimat, Panzergräben aushob, um die Alliierten aufzuhalten, war das Dannewerk in der Gegend bei Groß Rheide gefährdet. Sören Telling bekam von der Museumsleitung den Auftrag, dafür zu sorgen, dieses historische Werk vor der Verschandelung zu bewahren. Auch hier in der Nähe Schlesiws stand er unwissenden Befehlshabern der Hitler-Wehrmacht gegenüber, und als er mit seinen Forderungen zum Schutze des alten Walls nicht durchdrang, wandte er sich - er war entschlossen, auch mit dem Teufel zu gehen - an Heinrich Hinunler und hatte Erfolg. Noch heute ist Sören Telling ehrenamtlicher Helfer des Landesamts für Vor- und Frühgeschichte und von der Leitung geschätzt. Er wohnt mit seiner Familie am Dannewerk. Seine Stimme hören wir bei den kommunalen Stellen und auch in der Presse, wenn es um den Landschaftsschutz geht. In den Dörfern am Dannewerk ist er bekannt und respektiert, man nennt ihn gerne "Der Walldäne". Heute wissen wir, wer Sören Telling ist, und was er für die historischen Kulturschätze des Landes bedeutet.

Sehr bald hatte ich Gelegenheit, den ersten Vorstoß für die Verlegung der Museen nach Schleswig zu machen. Es war am 12. Juli 1945 während der historischen Zusammenkunft zwischen Südschleswigern und dem stellvertretenden Gouverneur für Schleswig-Holstein, dem britischen Oberstleutnant Thomas. Nachdem wir unsere Forderung über die verwaltungsmäßige Trennung Südschlesiws von Holstein besprochen hatten, informierte ich den stellvertretenden Gouverneur über unsere MusellTIswünsche in Schleswig. Der Oberstleutnant nahm Kenntnis davon und versprach, dem Gouverneur Henderson einen Bericht zu geben. Im übrigen sollten wir einen schriftlichen Antrag mit Begründung einreichen. Am selben Tage gab ich dem ernannten Bürgermeister Dr. Hinrichs einen

Bericht und bat ihn, sofort einen schriftlichen Antrag an die Militärregierung zu stellen. In den Akten der Stadt befindet sich die Abschrift eines Briefes an den britischen Kommandanten des Kreises Schleswig, Oberst Smith, mit folgendem Wortlaut:

"Es ist uns zu Ohren gekommen, daß die prähistorischen Funde aus unserem Heimatgebiet durch das Oberpräsidium in Kiel nach Hamburg-Altona gegeben werden sollen oder worden sind. Wir bitten das zu verhindern und die Funde dem in Schleswig vorhandenen Heimatmuseum zur Verfügung zu stellen. Die Angelegenheit ist von einer Kommission von 5 Herren am 12. Juli 1945 mit Herrn Oberstleutnant Thomas von der Militärregierung in Kiel besprochen."

Das war der erste Schritt und weitere Eingaben an die britischen Stellen und auch an die deutschen, sobald diese gebildet worden waren und ihre Arbeit begannen, folgten. In meiner Eingabe vom 14. Februar 1946 über die Überleitung von Reichsvermögen (Gebäuden) in das Eigentum der Stadt Schleswig ist über die Unterbringung der Museen folgendes gesagt:

„Für das am Schlusse der Nachweisung aufgeführte Schloß Gottorp kommt eine Übernahme in das Eigentum der Stadt wohl nicht in Frage, weil die Unterhaltungskosten zu groß sind und eine zweckmäßige Verwendung des eigentlichen Schloßgebäudes m. E. nur durch die Provinz sichergestellt werden kann. Das Schloß muß nach meinem Dafürhalten wieder, wie ehemals, ein Kulturmittelpunkt für den ganzen Norden werden. Das könnte am besten dann geschehen, wenn hier das Schleswig-Holsteinische Landesmuseum und möglichst auch das bisherige Staatsarchiv als Landesarchiv untergebracht würde.“ In diesem Schreiben wurde erstmalig öffentlich die Verwendung des Schlosses, das Jahrzehnte unter Preußen nur als Kaserne benutzt worden war, als Kulturmittelpunkt für den ganzen Norden gefordert.

Wenn man eine bedeutende Sache in Gang bringt und durchführen will, und man weiß, daß man starke Gegner hat, dann muß man dafür sorgen, daß man nicht allein steht. Man braucht Helfer, Bundesgenossen, die helfen und sich für die gute Sache einsetzen. Unsere Stadtvertretung war wohl für den Plan, man war aber der Meinung, das sei nicht vorzudringlich, und meine Kollegen hatten manchmal kein Verständnis für meine Aktivität. Man tolerierte den Plan. Aber ich hörte doch manchmal die Meinung, wenn man über die Unterbringung der Museen sprach:

„Was will er eigentlich mit dem alten Plunder? Wir haben doch keinen Raum für die Sachen, wir müssen erst Menschen unterbringen.“ - Der treueste und aktivste Helfer wurde Dr. Kersten. Er kam von der Wehrmacht zurück und übernahm wieder seine frühere leitende Stellung. Der Inhalt der Museen lag in den Hüttener Bergen und in Holstein, und die Gebäude in Kiel waren fast vollständig zerstört. Nach längerer Überlegung kam er zu der Überzeugung, daß der Schloß-Gottorp-Plan richtig sei. Eine würdigere Unterbringung gab es in Südschleswig und Holstein überhaupt nicht.

Wir wußten, daß dieser Plan den schärfsten Widerstand der Stadt Kiel hervorrufen würde. In welcher Weise der Kommunalverein in Kiel den Kampf um die Belange der Stadt führte, sahen wir in der Frage der Regierungsverlegung. Die werdende Landesregierung in Kiel sah Schlesiens Zukunftsbestrebungen mit gemischten Gefühlen an. Die Schärfe, mit der unsere Stadtvertretung und die Kreisvertretung den Kampf für Schlesiens Zukunft betrieb, war ihr unangenehm. Dazu kamen die grenzpolitischen Verhältnisse. Die Stadtvertretung hatte eine dänische Mehrheit und der Bürgermeister war dänisch gesinnt. Stadt und Kreis waren auch im Landtag vertreten, Landrat und Bürgermeister waren Landtagsabgeordnete und waren entschlossen, auch an der Stelle in aller Öffentlichkeit die Interessen ihrer Heimatstadt zu vertreten. Wir fühlten, daß die Schwierigkeiten, daß der Widerstand gegen unseren Schloß-Gottorp-Plan größer und größer wurden. Hier war es Dr. Kersten, der unermüdlich bestrebt war, die Wogen zu glätten. Er versuchte wiederholt mit der Stadt Kiel direkt ins Gespräch zu kommen, aber der Oberbürgermeister wies ihn ab und beauftragte irgendeinen Beamten. Dr. Kersten und ich führten viele Gespräche. Ich kann erinnern, daß wir oft mutlos waren. Aber eines Tages fuhr der Blitz herunter aus dem dunklen Gewölk, nicht aus heiterem Himmel. Auf meinem Schreibtisch lag ein Brief mit folgender Abschrift eines Briefes, der lautete:

„An den Herrn Oberpräsidenten  
der Provinz Schleswig-Holstein  
Landesverwaltung Kiel

Betr. Erziehungskontrolle  
Schloß Gottorf, Schleswig

1. Schloß Gottorf ist gegenwärtig von Zwangsverschleppten besetzt,

wird Ihnen aber vom 1. Dezember zur Unterbringung von Kulturschätzen freigegeben.

2. In der Zwischenzeit wollen Sie
  - a) einen ins Einzelne gehenden Plan über die Überführung von Kunstschätzen vom gegenwärtigen Lagerort nach Schloß Gottorf ausarbeiten und einreichen,
  - b) die nötigen Vorbereitungen zur Übernahme des Gebäudes am angegebenen Tage treffen.
3. Kein Transport eines Kunstwerkes darf ohne schriftliche Genehmigung vom hiesigen Hauptquartier ausgeführt werden; in jedem Falle muß nicht weniger als 21 Tage vorher Nachricht gegeben werden.

gez. A. P. Henderson/Brig.  
für Regional Commissioner  
Schleswig-Holstein-Region."

Der Brief war datiert vom 14. August 1946. Der Befehl Hendersons war ein guter Schritt vorwärts, aber damit war das Problem der Unterbringung der Museen nicht gelöst. Auch waren der Widerstand und die Quertreibereien von Kiel aus nicht beseitigt, und als der im Schreiben festgesetzte Termin zur Übergabe des Schlosses, der 1. Dezember, kam, war das Schloß nicht mit Zwangsverschleppten (Litauern, Estländern), sondern bis zum Rand mit polnischen Soldaten besetzt. Die britische Provinzregierung und auch die Museumsleitung forderte trotzdem, daß die Stadt für Raum sorgen sollte, denn die Museumsgegenstände könnten nicht länger verpackt liegen, ohne Schaden zu leiden. Dadurch wurde uns der "Schwarze Peter" zugespielt. In der Stadt Schleswig war nicht mal ein einzelnes Zimmer oder eine Dachkammer frei, geschweige denn Räume für zwei Museen, auch nicht für 600 Kisten, wenn sie aufgestapelt waren. Alle Kasernen einschließlich Freiheit waren mit britischen militärischen Einheiten besetzt und die anderen großen Gebäude für Krankenanstalten, Schulen und für Flüchtlinge verwendet. Monatlang ging das Suchen nach Raum. Da wurde eines Tages die Moltkekaserne frei. Wir waren froh, denn nun konnte Platz geschaffen werden. Oberst Smith war damit einverstanden, daß den Museen eine Kaserne zur Verfügung gestellt wurde. Diese Freude dauerte nur einen Tag. Die Militär-

regierung teilte uns mit, daß 1500 Flüchtlinge anrollten. So wurde die Moltkekaserne restlos mit Flüchtlingen belegt.

Das Suchen nach Raum zur Unterbringung der Museumsgegenstände ging weiter, bis von der Militärregierung die Mitteilung einging, die 600 Kisten seien in Lastzügen verladen, und wenn Schleswig keinen Raum hätte, würde man die Lastzüge nach Holstein bringen, denn da sei geeigneter Raum vorhanden. Als diese Mitteilung eintraf, war ich verreist. Ich war in Dänemark. Nun mußte gehandelt werden, darüber waren sich auch meine Kollegen und unsere Verwaltung klar. Rollten die Lastzüge nach Süden, dann war der Schloß-Gottorf-Plan gefährdet. Dann bekamen unsere Gegner Wasser auf ihre Mühlen. Man konnte Schleswigs Haltung als Interesselosigkeit bezeichnen. Wenn der Inhalt der Museen in Schleswig war, dann war unser Plan gesichert.

Nach kurzer Beratung teilte ein Mitglied unserem Bauausschuß mit, im Bischofshof am Dom ständen 1000 Quadratmeter Raum zur Verfügung und weitere Räume könnten beschafft werden.

Ich kam nachmittags in Schleswig an und stellte fest, daß man bei der Quadratmeterzahl eine Null hinten angesetzt hatte. Im Bischofshof war zufällig eine Drei-Stuben-VVohnung freigeworden, das waren aber nur 100 Quadratmeter. Ich hätte den Wagenzug mit dem kostbaren Gut stoppen können. Ich tat es nicht. Ich ging zu Pastor Meyer von der Domgemeinde, er kannte meinen Lieblingsplan. Wir gingen zusammen zum Kirchenvorstand, und so wurde der Dom zunächst der Aufbewahrungsort für die beiden Museen. Am nächsten Morgen stand Dr. Kersten in meinem Dienstzimmer. Er war sehr böse. Gewiß, wir hatten nicht ganz ehrlich gehandelt, und ich mußte schweigen, als er mir Vorwürfe machte. Ich habe nicht feststellen lassen, und ich weiß auch heute noch nicht, ob die Null wider besseres Wissen zugefügt worden war - aber Dr. Kersten hat mir längst verziehen. Dieser Start war nicht schön.

Bei der Beförderung des Nydam-Bootes auf dem Wasserwege vom Möllner See nach Schleswig traten gewisse Schwierigkeiten auf, so daß ich froh war, als mir gemeldet wurde, das Nydam-Boot hätte Schleimünde passiert und hätte Kurs auf Schleswig. Der Transport vom Hafen nach dem Schloß wurde von der Firma Heinrich Landsmann durchgeführt.

Als dann das Schloß endlich frei wurde, sah es entsetzlich aus. Das Schloß hatte keine Zentralheizung. In fast allen Räumen, wo Menschen gewohnt hatten, waren Hilfsöfen angebracht worden. Die Ofenrohre

wurden durch die Fenster nach außen geleitet ohne Rücksicht auf die unmittelbare Feuergefahr. Die Räume waren verwohnt, Kalk und Mörtel von den Wänden abgebröckelt. Greifbare Holzteile waren als Brennmaterial verbrannt worden. Die meisten Räume waren verwanzt. Schmutzig und verwahrlost stand der alte historische Bau da, als die Museumsleitung einzog.

Hier ging es wie überall, wo tüchtige Menschen von dem Willen beseelt sind, in der manchmal düsteren Welt Schönes zu schaffen. Wissenschaftler und ihre Hilfsarbeiter haben hier zusammen mit der Landesregierung ein bedeutendes Werk geschaffen. Das alte Schloß in der alten Landeshauptstadt ist ein Kulturmittelpunkt für den ganzen Norden geworden. Ich bin manchmal traurig, wenn ich daran denke, daß mein treuester Mitarbeiter in dieser Sache, Stadtoberinspektor Richard Claußen, dies nicht mehr erleben durfte.

Der Gesundheitszustand des deutschen Volkes war im Sommer 1945 kein guter. Die schlechte Ernährung und die Zusammenpferchung der Menschen in den Städten war eine Gefahr. Auch die Engländer hatten Bedenken. In dem ersten Gespräch mit den englischen Stellen fragte der Kreiskommandant Smith, wie meine Meinung über den Bau öffentlicher Bedürfnisanstalten wäre. Auf diesem Gebiet sei es in der Stadt schlecht bestellt. Ich antwortete, daß diese Frage uns schon vor 1933 beschäftigt hätte, wir hätten Pläne gehabt, bevor die Nazis uns aus dem Rathaus vertrieben. Diese Pläne seien aber von den Nazis nicht verwirklicht worden, weil ihrer Meinung nach die Kriegsvorbereitungen wichtiger waren. Wenn aber die Engländer von den beschlagnahmten Baumaterialien das Notwendige freigeben würden, dann sollte es nicht an uns liegen, dann könne der Bau von öffentlichen Bedürfnisanstalten vor sich gehen. Es blieb bei den Plänen, weil die erforderlichen Einrichtungen und Baumaterialien wohl kaum beschafft werden konnten. Es blieb bei einigen Not-Einrichtungen in der Stadt, die dann wegen der Unzulänglichkeit erst recht eine Gefahr für Seuchen darstellten.

Wichtiger war noch die Versorgung der Kranken. Der Krankenstand war hoch und fast alles zur Pflege fehlte. Auch auf diesem Gebiet mußte erst für die Verwundeten gesorgt werden. Für die Bevölkerung, besonders für die Flüchtlinge, sah es kümmerlich aus. Die neu ernannten Stadtvertreter mußten sofort eingreifen, um das Durcheinander auf dem Gebiet der Krankenversorgung einigermaßen zu regeln. Das städtische

Krankenhaus in der Lutherstraße war der Universität übergeben worden. Dort war die chirurgische Klinik untergebracht, die der Bevölkerung zur Verfügung stand. In den landeseigenen Gebäuden auf dem Stadtfeld war die innere Klinik der Universität untergebracht und versorgte Kranke aus der Bevölkerung. Würde man sich in der Standortfrage der Universität für Kiel entscheiden, dann würden diese Kliniken nach Kiel überführt werden, und Kreis und Stadt Schleswig hatten nichts. Wir standen dann vor der Frage, eine chirurgische und eine innere Abteilung mit Ärzten, Pflegepersonal, Instrumenten und Inventar von Grund auf zu schaffen. Eine Frauenabteilung gab es überhaupt nicht, sie war notwendig und mußte ebenfalls eingerichtet werden. In den landeseigenen Gebäuden am Hesterberg war ein völlig unübersehbares Durcheinander von militärischen Krankenabteilungen mit Militärärzten, Sanitätern, freiwilligen Krankenpflegerinnen, Autos, Werkstätten, Inventar aller Art, Resten der Wehrmacht. Hinsichtlich der Verpflegung der Kranken und der Versorgung mit Medikamenten, Arzneien, Verbandstoffen, ärztlichen Geräten waren dort inunerhin die Verhältnisse besser. In der Krankenversorgung der zivilen Bevölkerung sah es weit schlechter aus. Diese Notverhältnisse wurden ganz erheblich durch die Flüchtlingsmassen verschärft/ die in Massenquartieren in Schulen und Kasernen untergebracht werden mußten, weil die Wohnungen schon voll besetzt waren.

In dieser Zeit bekam unser Grenzland eine Hilfe vom Norden. Bevölkerungskreise in Kopenhagen sammelten eine erhebliche Geldsumme und zwei dänische Ärzte, die Gebrüder Vermehren, kamen über die Grenze und organisierten einen ärztlichen Hilfsdienst in Flensburg. Sie brachten besonders die lebenswichtigen Medikamente mit, die bei uns überhaupt nicht mehr vorhanden waren. Dieser Hilfsdienst war in erster Linie für die Angehörigen der dänischen Minderheit gedacht, aber darüber hinaus fragte man nicht nach der Nationalität, sondern half, wo Hilfe notwendig war. Dieser "Dänischer Gesundheitsdienst" (Dansk Sundhedstjeneste) wurde zu einem guten Helfer auf dem Gebiete der Krankenpflege. Man begann in einer Villa in der Stuhrs Allee in Flensburg, und im Laufe der Zeit wurde eine innere Klinik, eine Kinderabteilung und eine Tuberkulosenabteilung mit Hilfe der Stadtverwaltung und -vertretung in Flensburg eingerichtet. Auch in Schleswig war jahrelang eine dänische Ärztin, Fräulein Ried, tätig. Diese Abteilung bekam später in unserem Krankenhaus in der Lutherstraße die notwendigen Räume.

In ganz Südschleswig waren dänische Krankenpflegerinnen tätig, die jahrelang eine segensreiche Tätigkeit entfalteten. Später wurde diese Organisation vom Dänischen Roten Kreuz übernommen. Die Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen war gut.

Am Rande der Stadt am Walde stand das Gebäude des alten Gamisonslazaretts leer. Warum es leer war, wußten wir nicht. Das Haus war Eigentum der Militärverwaltung, und eine solche Institution gab es nicht mehr. Wer der Nachfolger werden würde, war auch nicht klar. Mit Einverständnis des Landrats Hagge und seiner Vertretung übernahmen wir das Haus, das in einem guten Zustand war. Als wir zur Besichtigung kamen, fanden wir auch noch ein verhältnismäßig gutes Krankenhausesinventar vor. Dafür hatte der Hausmeister Klingenberg, der noch da war, gesorgt. Er hatte darüber gewacht, daß das Haus nicht durch fliehende, herumziehende Militäreinheiten oder durch Zivilpersonen geleert wurde, wie es an vielen Stellen beim Zusammenbruch geschah. Wir verpflichteten Professor Dr. Jacobi, einen bedeutenden Gynäkologen, und errichteten eine Frauenabteilung mit 90 Betten und später auch eine Kinderabteilung.

In der ersten Hälfte des Jahres 1946 war die Universität bereit, das Stadtkrankenhaus zu übergeben. Nach der Übernahme errichteten wir eine chirurgische Abteilung mit 160 Betten unter Leitung von Dr. Timmermann, den wir verpflichteten. Dr. Timmermann war Kriegsteilnehmer gewesen und war gebürtiger Schleswiger. Wir beauftragten Dr. Jacobi mit der Leitung dieser neuen Schleswiger Krankenanstalten. Später, nach seinem Abgang, wurde Dr. Timmermann der leitende Chefarzt, nachdem die städtischen Abteilungen mit den Häusern des Kreises am Hesterberg im Jahre 1951 zu einem Stadtkrankenhaus vereinigt worden waren.

Welche Schwierigkeiten bei der Einrichtung solcher notwendigen Krankenanstalten damals bestanden, zeigt ein Brief des Prof. Dr. Jacobi vom 27. August 1946 an den Bürgermeister der Stadt und an den Kreisarzt Dr. Papke. Prof. Dr. Jacobi schreibt: „In der Versorgung der Schleswiger Krankenanstalten mit Verbandstoffen, Pflastern, Zellstoff, fieberthermometern, Gummischläuchen, Gummiunterlagen und weiterem Pflegegerät, Medikamenten und besonders Salben ist jetzt eine solche Notlage eingetreten, daß in allernächster Zeit die einfachsten Forderungen der Krankenpflege, Wundversorgung und Hygiene, Infektions- und Seuchenisolation nicht mehr erfüllt werden können. Seit Wochen sind die

geringen Vorräte verbraucht, alle Neuanforderungen sind unerfüllt geblieben... Der leitende Arzt der Chirurgischen Abteilung, Dr. Timmermann, teilt mir mit, daß bei 160 **Betten** 10 Fingerbinden und ein Päckchen Verbandmull vorhanden sind, benötigt werden täglich 60 Verbände. Bemühungen, mit Hilfe des Gesundheitsamtes, der Kassenärztlichen Vereinigung und des Landtages und durch die bisherigen Lieferfirmen, neues Verbandmaterial heranzuschaffen, waren ohne Erfolg . . . Für 160 **Betten** der Chirurgischen Abteilung stehen nur 4 Thermometer zur Verfügung, bereits ab 1/24 Uhr morgens **muß** mit dem Temperaturmessungen begonnen werden, um überhaupt alle Kranken in ihren Fieberreaktionen kontrollieren zu können. Gummiunterlagen, um die **Betten** sauber zu halten, sind nicht vorhanden. Narkosemittel entsprechen nicht dem Bedarf." Es fehlte an allem, was ein Krankenhaus gebraucht.

Nachdem die Universität die chirurgische Klinik nach Kiel verlegt hatte, begann sie ebenfalls die innere Klinik auf dem Stadtfeld nach Kiel zu ziehen. Wir standen dann vor der Frage, Ersatz zu schaffen. Das bedeutete, daß wir unserem Stadtkrankenhaus eine innere Abteilung angliedern mußten. Dazu fehlte uns das Gebäude. Alle großräumigen Gebäude waren besetzt. Die einzige Möglichkeit war die Gallbergschule, die in absehbarer Zeit frei werden sollte. Wir mußten entscheiden, ob der Schulbetrieb Vorrang hatte oder die innere Abteilung. Der Stadtrat entschied zu Gunsten der Kranken. Das war bitter für die Kinder, aber was konnten wir machen. Es fiel uns dann ein Stein vom Herzen, als die Landesgesundheitsverwaltung bereit war, in Verbindung mit ihrer Neurochirurgischen Abteilung diese innere Abteilung weiterzuführen. So konnte die Gallbergschule bei ihrem Freiwerden wieder der Volksschule übergeben werden.

Eine innere Abteilung brauchten wir nicht einzurichten. Als dann auch dort eine Infektionsabteilung eingerichtet wurde, war das für Stadt und Kreis eine gute Hilfe. Hier waren 300 Betten verfügbar.

Wie sah es nun am Hesterberg bei den Resten der Militärlazarette aus? Die Regelung und Abwicklung **hatte** man der Kreisverwaltung übertragen. Als Stadt **hatten** wir direkt nichts damit zu tun, aber wir waren natürlich interessiert, in welcher Weise die Dinge geordnet wurden. Als Mitglied des Kreisgesundheitsausschusses blieb ich auf dem laufenden und half auch dort, Ordnung zu schaffen. Wir gründeten ein Kreishilfskrankenhaus in der Erwartung und der Voraussicht, daß eines Tages

eine Reduzierung des Krankenhauswesens sich anbahnen würde. Anfang des Jahres 1947 waren dort noch 600 Betten vorhanden und in vier Häusern waren alle Abteilungen des Kreishilfskrankenhauses untergebracht. Daneben waren noch als Reste der Wehrmacht eine Schlosserei, eine Tischlerei, eine Schuhmacherwerkstatt, eine Schneiderwerkstatt und eine Wäscherei vorhanden. Die Führung eines solchen Krankenhauswesens war möglich, auch wenn kleinere Unterschüsse entstanden. In der Inflationszeit bis zum sogenannten Tag X, der erst am 20. Juni 1948 festgesetzt wurde, war das Geld nicht knapp, alles war eine Materialfrage. Die Werkstätten wurden natürlich aufgehoben.

Anfang des Jahres 1947 standen in Stadt und Kreis Schleswig rund 1400 Betten für die Bevölkerung, für Einheimische und Flüchtlinge, zur Verfügung. Es war eine schwierige Arbeit gewesen, aber Stadt und Kreis hatten Hand in Hand gearbeitet, und man muß doch sagen, daß auf diesem Gebiet gute Arbeit geleistet worden war. Alle krankenhausbedürftigen Kranken konnten aufgenommen werden, aber die Betreuung war keine gute. Es fehlte, wie gesagt, an allem und nach der Einführung der festen Währung kamen die Finanzschwierigkeiten. So haben Stadt und Kreis bis heute eine große Last tragen müssen. Es ist bis heute viel getan, um die Verhältnisse zu bessern. Die Räume sind verbessert, Geräte sind modernisiert, Inventar erneuert, es herrscht keine Knappheit mehr an Verbandstoffen und Medikamenten, aber das moderne, seit Jahren projektierte neue Krankenhaus, ist heute nach 12 Jahren immer noch nicht gebaut worden. Kreis und Stadt arbeiten ständig zusammen, und ich darf immer noch Vorsitzender des Krankenhausausschusses sein, in dem Stadt und Kreis vertreten sind.

Jetzt erst stehen wir vor der Verwirklichung unserer Pläne. Die einzige Möglichkeit, die Dinge zu meistern, ist die Zusammenarbeit des Landes, des Kreises und der Stadt. Der Wille zur Zusammenarbeit ist vorhanden und es ist Aussicht vorhanden, daß Stadt und Kreis Schleswig in den nächsten Jahren einen modernen Krankenhausbau auf dem Stadtgrundstück in der Lutherstraße errichten werden.

Auch bei der Instandsetzung des Schulbetriebes konnten wir vorwärts kommen. Die höhere Landbauschule, die erst im Prinzen-Palais untergebracht worden war, bekam ihr Gebäude zurück. Der Direktor der Schule hatte mir schon im Juli 1946 mitgeteilt, daß der Lehrgang über 50 Schüler umfaßte. Die Bugenhagenschule, die zur vorläufigen Unter-

bringung von Flüchtlingen diente, konnte freigemacht werden. Hier wurden deutsche und dänische Volksschulklassen und die neugegründete Mittelschule untergebracht. Unterricht mußte vormittags und nachmittags gegeben werden, denn sonst reichten die Räume nicht aus. Die Wilhelmenschule wurde frei von Flüchtlingen, die systematisch in Privatwohnungen eingewiesen wurden. Diese Schule bekam die dänische Kommunalschule. Die Zahl der dänischen Schüler stieg auf über tausend an. Wegen der Verwendung der Gallbergschule hatten wir eine scharfe Auseinandersetzung mit der britischen Provinzregierung, die den Antrag der Universität, die Gallbergschule für die Unterbringung der Hautklinik zur Verfügung zu stellen, stützte. Zu diesem Zeitpunkt stand es schon fest, daß die Universität in Kiel bleiben sollte, und weil uns Kiel auch die Regierung genommen hatte, hatten wir wahrhaftig kein Interesse daran, eine Universitätsklinik jahrelang zu beherbergen, zumal wir dringend den Schulraum gebrauchten. Es wurde eine Unterredung im Dienstzimmer des Obersten Smith festgesetzt. Vorher hatte ich die Frage der Verwendung der Gallbergschule, die polnisches Lazarett gewesen und freigeworden war, dem Stadtparlament vorgelegt. Am 10. Juni 1947 beschloß man einstimmig, daß die Gallbergschule als Volksschule verwendet werden sollte. Es kam zu dem festgelegten Gespräch. Zugegen waren Oberst Smith, ein Vertreter der Universität, der Beauftragte des Gesundheitswesens bei der britischen Provinzregierung, ein Oberst, unser Landrat Hagge und ich. Nachdem der Universitätsvertreter die Notwendigkeit der Unterbringung der Hautklinik begründet hatte, kam ich mit meinen Einwendungen und sprach über die Schwierigkeiten in unserem Schulwesen. Der britische Oberst unterbrach mich, und im Wortwechsel verlangte er in militärischem Ton, ich hätte nur auf seine Fragen zu antworten. Das paßte mir gar nicht. Ich hatte mehrere scharfe Auseinandersetzungen mit britischen Militärpersonen gehabt, und wenn der schnauzende Befehlston gebraucht wurde, offenbar um mich einzuschüchtern, dann reagierte ich auch scharf. Ich sah nicht ein, daß ich mich bei meinem vorgeschrittenen Alter und bei all der Sorge und Mühe des Tages auch noch anschnauzen lassen sollte. Das hatten wir ja zur Genüge bei den Preußen erlebt. Smith kannte mich, deshalb hatte er mich, als er mir mitteilte, daß diese Unterredung stattfinden sollte, gebeten, bei der Unterhaltung ruhig zu bleiben. Er kannte seine "Pappenheimer". Smith und ich sahen uns an, und ich blieb ruhig, ihm zuliebe, und teilte mit,

daß mein Stadtparlament beschlossen hätte, die Gallbergsschule dem Schulbetrieb zu übergeben. Es sei nur möglich, die Schule der Hautklinik zu übergeben, indem die britische Militärregierung diesen Beschluß aufhob. Ich mußte aber darauf hinweisen, daß es ein einstimmiger Beschluß einer frei von der Schleswiger Bürgerschaft gewählten Stadtverwaltungskörperschaft sei. Die Unterredung schloß sehr kühl. Der Beschluß wurde nicht aufgehoben. Das konnten die Engländer als Lehrer der Demokratie nicht machen, daß wußte ich schon, als ich der Vertretung diesen Beschluß empfahl. So wurde dann auch die Schulfrage, so gut es ging, geregelt. Schwierigkeiten traten auf, besonders wegen des ganztägigen Unterrichts, das lag an den Verhältnissen und mußte in Kauf genommen werden.

Es gab inuner eine niedergedrückte Stimmung in den Reihen unserer Wohnungsfachleute, im Wohnungsausschuß und unter dem Wohnungsamtspersonal, wenn eine dichtere Belegung der Wohnhäuser durch rigore Bestimmungen der britischen Zonenregierung oder durch weitere Beschlagnahme von Wohnraum und Häusern durch die militärischen Formationen in der Luft lag. Solche Maßnahmen erschütterten unsere Wohnungspolitik. Als das Wohnungsgesetz veröffentlicht wurde, nach dem Wohnungsinhaber, die eine Küche über 10 qm hatten, von ihrer Mehrzimmerwohnung nur noch ein einziges Zimmer als Wohn- und Schlafzimmer haben durften, saßen unsere Wohnungsexperten mit unserem Stadtdirektor in meinem Dienstzimmer und besprachen mit mir die Auswirkung dieser rigorosen Verfügung. Unsere Schleswiger Wohnungsinhaber hatten zum größten Teil noch zwei Zimmer und gemeinsame Küchenbenutzung mit den Flüchtlingen. Die strikte Durchführung des Gesetzes bedeutete eine unerträgliche Härte für Einheimische. Spät abends beendete ich das Gespräch ohne Resultat, wir wollten erstmal gut schlafen und uns am nächsten Morgen wieder zusammenfinden. Am nächsten Morgen teilte ich meinen Mitarbeitern mit, daß ich nicht gewillt sei, diese Gesetzesbestimmungen durchzuführen. Diese Einstellung des Bürgermeisters brauchte man nicht an die "große Glocke" hängen. Würde man von der Militärregierung oder von seiten der neu eingerichteten Landesbehörden versuchen, mich zu zwingen, dann würde ich die Folgerung ziehen und gehen. Dann könnte man wieder einen kommissarischen Bürgermeister einsetzen.

Und Kiel kam. Man hatte eine Landeswohnungsbehörde gebildet, die im Lande die Aufsicht ausüben sollte. Wir waren nicht mehr

allein. Regiert, ja pariert muß werden, hatte Kaiser Wilhelm II. schon gesagt.

Die Kampagne über den Sitz der Regierung und der Universität war negativ für Schleswig ausgegangen. Die Kieler Bürger konnten die Schleswiger nicht leiden, wie ich bereits geschildert habe, und das färbte auch auf die Regierungsstellen ab, die gebildet worden waren.

Inzwischen hatte sich auch der nationale Grenzkampf verschärft. Die Dänen hatten bei der ersten Landtagswahl sechs Sitze im Landtag bekommen. Schleswigs Bürgermeister war als Landtagsabgeordneter gewählt, er war ein Däne. überhaupt wurde die ganze Stadt Schleswig von Dänen regiert. Der gewählte Landrat des Kreises, der Kaufmann Halmes Hagge, war als CDU-Landtagsabgeordneter gewählt worden. Es war ein guter deutscher Mann. Aber man konnte nicht wissen? Dieser Landrat und dieser Bürgermeister waren "Hen Pott und en Pann", wenn es um Schleswig ging.

Wir glaubten, zwei Jahre lang die Wohnungsfrage gut geregelt zu haben. Wir hatten unseren Bürgern allerlei zugemutet, um heimatlosen Menschen ein Obdach zu geben, und nun sollten wir kontrolliert werden. Es wurde ernstlich erwogen, die Kieler Herren, die wohl als Vorläufer einer späteren übermäßigen Kommunalaufsicht zu betrachten waren, höflich zu empfangen und sofort nach Hause zu senden. Ja, es wurden Stimmen laut, diesen Empfang an den Stadtgrenzen durchzuführen. In diesen Überlegungen war unser Landrat Hagge voll und ganz auf unserer Seite. Aber das ging wohl nicht, denn die Regierungsstellen waren im Einvernehmen mit der englischen Provinzregierung gebildet worden und traten nun in Tätigkeit. Aber so war die Stimmung.

So rollte dann von Süden her eine Landeswohnungskontrollkommission an, um die Belegung der Stadt Schleswig mit Flüchtlingen zu überprüfen. Die Mitglieder der Kommission waren Kieler und Holsteiner. Es waren keine Südschleswiger dabei. Unser Stadtdirektor Olf Furbach und einige unserer Wohnungsexperten empfingen die Herren und teilten ihnen mit, daß der Bürgermeister wünschte, bei der Schlußbesprechung über die Ergebnisse zugegen zu sein. Die Kommission stellte dann fest, daß eine engere Belegung in Schleswig durchaus möglich sei. In der Schlußbesprechung holte ich wieder den so oft gebrauchten "Goldwagen" mit den Fäkalienemern hervor, so daß Oberst Smith sagte: "Halt ein, Bürgermeister, das Thema kennen wir schon!", worauf ich entgegnete: "Ei-

nen Augenblick, Oberst, die Kieler Herren kennen unsere überfüllten Eimer noch nicht." Aus dieser Sache wurde praktisch nichts.

Es wurde ein Papierkrieg zwischen unserer Verwaltung und Kiel, und unser unermüdlicher Stadtdirektor führte diesen Krieg erfolgreich in seiner konzilianter Weise.

Ein Unglück kommt selten allein! Noch düsterere Wolken am Horizont in der Wohnraumfrage zeigten sich bald. Wir kamen nie zur Ruhe. Gerüchte gingen, daß militärische Einheiten der Besatzungsmacht von der Stadt Plön nach Schleswig verlegt werden sollten, und daß dann in Schleswig weitere 60 bis 80 Häuser beschlagnahmt werden müßten. Als wir die Bestätigung dieses Gerüchts von unserem Oberst Smith bekamen, beschlossen wir, gegen diese Maßnahmen die schärfste Stellung einzunehmen, um dies neue Unglück für die Stadt und ihre Bürger abzuwenden. Diese energische Abwehr schlug nicht nur Wellen bei den britischen Stellen in Kiel und Oeynhausen, sondern bis in das Unterhaus in London.

Nach einer Debatte beschloß die Stadtverordnetenversammlung, am 26. Februar 1948 eine telegrafische Protest-Resolution an die britische Provinz- und Zonen-Regierung abzuschicken. **In** dem Protest wurde gesagt:

"Die Stadtvertretung ist nicht in der Lage, für diese drei Jahre nach Kriegsende erfolgende ungeheuerliche Belastung ihrer mit Menschen überfüllten Stadt auch nur das geringste Verständnis aufzubringen . . . Die Vertretung der Stadt lehnt für diese Maßnahmen, an denen mitzuwirken die Verwaltung gezwungen ist, jegliche Verantwortung ab, zumal sie auch angesichts der vielen bereits beschlagnahmten und zum Teil durchaus ungenügend genützten Wohnräume die Notwendigkeit einer neuen Beschlagnahme in dem vorliegenden Umfang nicht einzusehen vermag."

Das war eine ziemlich klare Sprache. Wir hatten festgestellt, daß beschlagnahmte Häuser und Wohnräume teils leer waren oder nur von einzelnen Militärpersonen benutzt wurden. Wir wollten, daß das britische Militär auch zusammenrücken sollte, eine Forderung, die durchaus berechtigt war.

Neben dieser Protestaktion lief eine andere, noch wirksamere Aktion. Wir hatten persönliche Verbindung bekommen mit einem englischen Unterhausmitglied der Labour-Partei, R. R. Stokes. Herr Stokes war

wegen seiner sozialen Einstellung in Deutschland bekannt geworden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Kreis Schleswig, übermittelte Stokes alle erforderlichen Unterlagen, und er brachte im englischen Unterhaus eine Interpellation ein. Das britische Parlament behandelte die Beschlagnahme in der Stadt Schleswig in öffentlicher Sitzung am 10. März. Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Mr. Bevin, mußte Stellung gegen die Darstellungen Mr. Stokes nehmen. Das war für die britischen militärischen Einheiten und den Schleswig-Holsteinischen Gouverneur Asbury offensichtlich unangenehm, denn diese Angelegenheit ging durch die Presse. Besonders die schleswig-holsteinischen Zeitungen schilderten den Kampf der Stadt Schleswig mit der Besatzungsmacht in ausführlichen Berichten und Kommentaren.

Als ich in den Landtag kam, fragten Kollegen von den anderen Fraktionen: „Wie habt Ihr das gemacht?“ Ich konnte nur antworten: „Zur Nachahmung empfohlen.“ Es war durchaus an der Zeit, den Forderungen des Militärs entgegenzutreten, denn Militär ist Militär und Krieg ist Krieg. Aber der Krieg war doch seit drei Jahren vorbei. Es kam zu einem Gespräch zwischen Stadtvertretern und der englischen Provinzregierung in Kiel. Man war bereit, entgegen zu kommen. Man wollte die Belegung der bereits beschlagnahmten Gebäude in Schleswig überprüfen, und bei neuen Beschlagnahmen sollten die Hauseigentümer ihre Möbel und den Hausrat behalten. In die freiwerdenden Häuser in Plön sollten Flüchtlinge von Schleswig umgesiedelt werden. Gegen diese Regelung wandte sich die Stadt Plön, so daß eigentlich aus dieser Aktion nicht viel wurde. Es kam in Schleswig zur Beschlagnahme einiger Wohnhäuser, so daß wir genötigt waren, die Bewohner dieser Häuser vorübergehend in der Lollfußer Mädchenschule in der Lutherstraße unterzubringen. Die Militärpersonen rückten auch zusammen, und dann ging es auch. Bei allen diesen Scherereien war uns unser Kreiskornmandant Oberst Smith ein treuer Helfer. Er sagte mir aber, daß er als aufsichtsführender Offizier der Zivilverwaltung keine Befehlsgewalt gegenüber den militärischen Einheiten hatte.

Da nun der Mensch bekanntlich nicht allein von Brot leben kann und Brot damals knapp und trocken war, mußten wir auch etwas für die Kunst tun. Im Zentrum dieser Bestrebungen stand das Theater. Schon im Herbst 1945 richteten Mitglieder des letzten Theater-Ensembles eine Aufforderung an die Stadt, das Theater wieder von der Stadt aus in

Gang zu bringen. Man verlangte, daß die Stadt einen Intendanten und Schauspieler engagieren und das Nordmark-Landestheater wieder gründen sollte. Wir lehnten diese Anträge ab, weil das Stadttheatergebäude von der Besatzungsmacht beschlagnahmt war, und weil die finanzielle Lage der Stadt nicht zu übersehen war. Später nahmen wir den Standpunkt ein, daß Schleswig erst ein stehendes Theater gründen konnte, wenn die Geldverhältnisse geregelt waren, das hieß, daß diese Frage erst nach der kommenden Währungsreform entschieden werden konnte. Bis dahin war die Stadt bereit, alle Bestrebungen der Bevölkerung, Theatervorstellungen zu geben, zu fördern und auch in einem gewissen Rahmen finanziell zu stützen.

Oberst Smith sagte mir eines Tages: "Es war ein Mann bei mir, der sagte, der Bürgermeister hätte keine Ahnung vom Theater." Ich antwortete, das sei bestimmt ein Schauspieler gewesen, der gerne den Intendantenposten haben möchte. Den Eindruck hatte allerdings auch der Oberst während der Unterhaltung gehabt.

Nun war es nicht so, daß ich von der Organisation eines Theaters keine Ahnung hatte. Ich wußte sehr viel von dem Wesen und den Schwierigkeiten in der Führung eines Stadttheaters, denn ich war schon im Jahre 1924 dabei gewesen, als die Gründung des Theaterzweckverbandes Schleswig-Husum erfolgte und war Mitglied des Zweckverbandes bis 1933. Also ganz unwissend war ich doch nicht.

Den Schauspielern wurde empfohlen, sich zusammenzuschließen, um Vorstellungen zu geben. Im "Großen Baumhof" spielte ein Ensemble unter Leitung des jungen Schauspielers Kai Nicolai und seiner Frau, die die Tanzgruppe leitete. Es wurden Schauspiele, Lustspiele und auch Operetten gegeben. Das Haus war immer voll. Später, als das Stadttheatergebäude an bestimmten Tagen von den Engländern freigegeben wurde, gründete Kai Nicolai das Renaissance-Theater, das dann in der Übergangszeit eine gewisse Bedeutung hatte.

Neben diesem Theater regte sich auch bald die Niederdeutsche Bühne Schlesiens unter Leitung des städtischen Angestellten Dühren-Schroeder. Inwieweit die Stadt diese Bühne stützte, zeigte sich darin, daß Dühren-Schroeder sein Theater-Büro in der städtischen Verwaltungsbaracke hinter dem Rathaus hatte. Diese Bühnen kamen kurz nach der Währungsreform, wie wir vorausgesehen hatten, in finanzielle Schwierigkeiten, die zu ihrer Liquidation führten.

Auch die Kunstmaler gingen an die Arbeit. Mehrere Ausstellungen wurden von unserem Kulturamt gefördert. Auch Bilder wurden von der Stadt angekauft, um diese Bestrebungen zu stützen.

In Schleswig war ein Freier Kulturbund gegründet worden, dessen Leiter der Stadtverordnete Eick war. Zusammen mit dieser Organisation und unserem Kulturamt wurden Konzerte und Kammermusikabende veranstaltet, die im Ständesaal des Rathauses stattfanden. Auf die Dauer konnten wir den Ständesaal nicht für Konzerte und sonstige kulturelle Veranstaltungen offen halten. Die demokratische Selbstverwaltung gebrauchte einen Parlamentssaal, wo öffentliche Sitzungen abgehalten werden konnten. Die Nazis brauchten einen solchen größeren Raum nicht. In ihrer Zeit gab es keine öffentliche Stadtratsversammlung. Nachdem wir die erste ernannte Stadtvertretung gebildet hatten, konnten wir den Ständesaal für Konzerte nicht mehr zur Verfügung stellen. Die Umstellung des Inventars brachte unüberwindliche Schwierigkeiten. Für diese Anordnung hatte das musikliebende Publikum kein Verständnis, es protestierte. Aber allen Menschen kann man es nicht recht machen.

Im Mai 1947 eröffnete ich in einer kleinen Feier eine Volkshochschule, und in dieser Zeit entstand auch die englische "Brücke" im Hause des Schuhhaus Köster, die dann später als "deutsche Brücke" weitergeführt wurde. In dieser Weise sorgten wir dafür, daß auch die kulturelle Arbeit in Gang kam.

Die Maifeier 1947 fand im Stadion auf der Spielkoppel statt. Die Mairede hielt ein Vertreter der Gewerkschaften von Kiel. Die Stadtverwaltung und die Kreisverwaltung sollten einen humoristischen Fußballkampf durchführen, und Bürgermeister und Landrat sollten Torwart sein. Als der Kampf beginnen sollte, war der Kampfplatz von vielen Tausenden Schleswigern unlsäumt. Als die Mannschaften, an der Spitze die Dühren-Schroedersche Niederdeutsche Bühne, kostümiert auf den Platz einmarschierten, brachen alle Sperren, wir wurden stürmisch von jung und alt begrüßt. Zuerst mußten die Zuschauer den Platz räumen. Diihren-Schroeder hatte einen Polizisten in alter wilhelminischer Uniform mit Pickelhaube mitgenommen, der nun für Ordnung sorgte. Das Spiel erforderte harte Anstrengungen von Landrat und Bürgermeister als Torwarte. Die Kreisverwaltung war ganz offenbar überlegen. Ein Lautsprecher schallte über den Platz und brachte humoristische Einlagen. Wenn ein Tor geschossen wurde, dann war der Beifallslärm ungeheuer.

Nach einer Beratung wurde das Ergebnis durch den Schiedsrichter Dühren-Schroeder *mit* 3 zu 3 bekanntgegeben. Da brüllte die Jugend: "Alles Schiebung!"

Aber es war doch ein schöner Nachmittag am 1. Mai 1947. Als Landrat und Bürgermeister sich verabschiedeten, konnten die beiden Schleswiger feststellen, daß sie sehr "populär" waren.

Bevor ich meine Erzählung beende, will ich noch etwas über die Entnazifizierung berichten — übrigens ein schlechtes Wort in einer schlechten Zeit. Für die Betroffenen war es eine Nervenprobe. Viele hatten die Engländer "geholt", aber das hatten die Nazis ja jahrelang gemacht. Unter keinen Umständen sollten die unentwegten Anhänger dieses Systems in Führung kommen. Die etwas verbrochen hatten, sollten bestraft werden. Es wurde örtlich ein Ausschuß gebildet, der die Engländer, die zuerst die Entnazifizierung selbst durchführten, beraten sollte. Verteilt wurden Fragebogen mit ca. 50 Fragen. Es ist menschlich verständlich, daß viele von denen, die in der Nazizeit von guten Freunden und Nachbarn gepiesackt worden waren - so war ja das System - nun versuchten, ihr Mütchen zu kühlen. Es sah aus, als wenn man alle früheren Mitglieder der Naziapartei belangen wollte. Aber, was blieb dann noch? Konnte man mit der kleinen Gruppe der Nichtmitglieder die Dinge meistern? Hier mußte es doch nur darum gehen, die leitenden Personen und die Übeltäter zu fassen und die Mitläufer laufen zu lassen. Man hatte angefangen, neben den Verwaltungen auch die Wirtschaft und die Geschäftswelt zu säubern und Geschäfte wurden geschlossen.

Eines Tages schloß man drei Zigarrengeschäfte. Das war im Augenblick kein großes Malheur, denn Tabak und Zigarren gab es kaum, aber für die Zukunft war es für die Geschäftsinhaber nicht einerlei. Alle drei glaubten, ungerecht behandelt worden zu sein. Zwei von ihnen waren PG's gewesen, der dritte hatte überhaupt keiner Naziorganisation angehört. Ich kannte sie, ich hatte jahrelang geschäftlich mit ihnen zu tun gehabt und wußte, daß sie nicht zu den lauten SA-Männern gehörten, die im Marschschritt Schleswigs Straßen unsicher gemacht hatten. Diese Geschäftsinhaber waren alte Schleswiger. Das Nächste, was sie taten, war, sie gingen zum Bürgermeister. Ich empfahl ihnen, einen schriftlichen Protest an den Kreiskornmandanten einzureichen. Als ich diesen Fall näher nachprüfte und ich mir die Mitglieder des Entnazifizierungsausschusses der Reihe nach unter die Lupe nahm, stellte ich fest, daß eine

Vertreterin der Tabakbranche Mitglied des Ausschusses war, die sicher ihre Konkurrenten gut kannte und nun zeigen wollte, wer Herr sei.

Die ziel- und planlosen Entlassungen gingen weiter.

Dann hörte ich, daß man im Entnazifizierungsausschuß auch meine Echtheit angezweifelt hatte. Man hatte festgestellt, daß ich meinem Sohn empfohlen hatte, freiwillig in die Hitler-Wehrmacht einzutreten. Darauf hatte der Landrat Hagge, der zugegen gewesen war, richtig gesagt: „Ja, er hat seinem Sohn empfohlen, freiwillig zur Marine zu gehen, um ihm das Leben in dem kommenden Krieg zu erhalten.“

Nun wurde mir die Sache doch zu bunt. In einer großen politischen Versammlung in Slesvighus erklärte ich in aller Öffentlichkeit, daß die Entnazifizierung so nicht weitergehen könne, denn in kurzer Zeit würden in Schleswig nur noch zwei Antifaschisten vorhanden sein - ich nannte zwei bekannte Mitglieder des Ausschusses -, die gesamten Bürger Schleswigs, einschließlich Landrat und Bürgermeister, würden naziverdächtig sein und rausgeschmissen werden. Diese Äußerung stenografierten die englischen Beobachter wortgerecht und legten sie dem Kreiskommandanten vor. Als ich am nächsten Tage zum Obersten Smith kam, teilte er mir mit, er hätte schon den Entnazifizierungsausschuß aufgelöst und nach Hause geschickt. Damit endete die erste Phase der Entnazifizierung in Schleswig.

Inzwischen waren andere Richtlinien von der Zonenregierung herausgegeben, so daß die Sache in Zukunft eine vernünftige Form bekam. Es wurde ein Entnazifizierungsgericht eingesetzt, und die Beschuldigten konnten einen Rechtsbeistand zu ihrer Verteidigung nehmen. Es war aber nicht leicht, die Nazis zu finden. Niemand war überzeugter Hitler-Anhänger gewesen. Es schien, daß mit Hitlel' auch seine Anhänger ausgestorben waren.

Nach 1933 drängte sich alles hinein in die Naziartei, so daß die Parteileitung die Aufnahme lange Zeit sperrte. Jetzt war es anders, wie folgende Zeilen zeigen:

Wir drängten uns in die Partei  
Wir waren oft und gern dabei  
Wir waren eifrige Profitler  
Wir schrieen oft und gern "Heil Hitlel'"  
Wir nannten ihn ein höheres Wesen -  
Doch Nazis sind wir nie gewesen!

Der Verfasser der Verse ist unbekannt geblieben, ich fand sie in meinen Akten.

Viele Schleswiger Bürger karnen zu mir und baten um ein politisches Leumundszeugnis, das sie dem Gericht vorlegen wollten. Obwohl ich gerne bereit war, Beschuldigten zu helfen, war es für mich nicht so ganz leicht, zu entscheiden, ob dieser oder jener ein großer Nazi gewesen war, d. h. für die Nazibewegung sich stark betätigt hatte oder ein sogenannter "Mitläufer" gewesen war. Ich mußte nach festen Richtlinien gehen. Ich konnte nur über Personen schreiben, die ich genau kannte oder mit denen ich in der Nazizeit politische Gespräche geführt hatte. So habe ich denn in meinen Akten eine ganze Mappe voll Abschriften der politischen Führungszeugnisse über Bekannte und Freunde. Warum sollte ich es nicht tun? Ja, es ging so weit, daß früher überzeugte Nazis zu mir karnen, zu denen ich sagen mußte: „Ich kann nur bezeugen, daß Du ein großer Nazi gewesen bist, aber ich kann Dir bescheinigen, daß Du ein anständiger Kerl gewesen bist.“ Auch diese Leute waren dann froh, wenn sie diese Bescheinigung ihres damaligen Bürgermeisters in der Tasche hatten. Es ging so weit, daß das Entnazifizierungsgericht sich diese Zeugnisse verbat, worauf ich entgegnete, daß es nur meine Sache sei, zu entscheiden, was und für wen ich schreiben wollte, es sei aber Sache des Gerichts, ob man dort solche Zeugnisse beachten wolle. Der Höhepunkt in dieser Angelegenheit war, daß ich als Zeuge in der Entnazifizierungs-Gerichtsverhandlung gegen den früheren Ortsgruppenleiter der Partei und den Vorsitzenden angefordert wurde, um auszusagen, daß diese beiden örtlich leitenden Personen mir als früherem sozialdemokratischen Stadtrat nichts angetan hätten. Ich konnte das bezeugen, denn den langjährigen Ortsgruppenleiter kannte ich gar nicht, und der Vorsitzende hatte mir nichts getan. Ins Konzentrationslager war ich gebracht worden infolge der Verhaftungswelle, angeordnet von den höchsten Gestapostellen nach dem Attentat auf Hitler.

In der Versorgung der Bevölkerung mit Licht, Gas und Wasser sah es im Sommer 1945 sehr schlecht aus. In den Kriegsjahren waren die Werke vernachlässigt worden, und auch jetzt konnten wir nirgends Material oder Maschinen und Geräte kaufen, weil nichts vorhanden war. Reste, die Industrieunternehmen noch auf Lager hatten, waren von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden. Und doch ging es unter Leitung des Direktors Peter in den Jahren von 1945 bis Herbst 1948 gut vorwärts.

Die eigenen Stromerzeugungsanlagen im Werk waren schon 1941 ausgebaut worden. Als Ersatz mußten Gleichrichter für eine neue Hochspannungsanlage beschafft werden. Diese Gleichrichteranlage wurde vor der Lieferung in Nürnberg durch einen Bombenangriff zerstört. Erst nach der Kapitulation 1945 gelang es durch die Engländer, aus einem Materiallager die nötigen Apparate zu beschaffen, und schon Mitte Dezember 1945 konnte die Anlage dank der umsichtigen Arbeit des Direktors in Betrieb genommen werden. Seit diesem Zeitpunkt konnte das Elektrizitätswerk den gesteigerten Strombedarf decken.

In der Wasserversorgung sah es wesentlich schlechter aus. Der Wasserverbrauch war infolge des Zuzugs der englischen Militärbehörden und durch die Flüchtlinge auf das Doppelte gestiegen. 1938 waren 578000 cbm gebraucht. Der Verbrauch stieg auf 1 274 000 im Jahre 1945. Nach Ansicht und Berechnungen der Werke war es unmöglich, auf die Dauer die Steigerung des Verbrauchs mit der vorhandenen Anlage zu schaffen. Diese Anlage war vollständig ausgebaut, und die Grundwasserverhältnisse ließen eine Erweiterung nicht zu. Man schlug vor, im Stadtteil Friedrichsberg eine neue Pumpstation zu errichten. Vorgesehen wurde ein Grundstück, das im Besitz des verstorbenen Grafen v. Rantzau gewesen war und zwischen Schloß Anettenhöh und dem Regierungsgebäude lag. Die Vertretung beauftragte die Werkleitung, den Plan und einen Kostenanschlag auszuarbeiten. Im November 1946 wurden die Pläne vorgelegt. *Die* veranschlagten Baukosten in Höhe von 180 000 Reichsmark konnten aus den reichlichen Rücklagen des Werkes bestritten werden. Das gewählte Stadtparlament stimmte am 8. Januar 1947 der Vorlage zu, und der Bau konnte beginnen. Ja, konnte er beginnen? Geld war vorhanden, das Werk hatte noch viel mehr Geld auf Sparkonten. Aber wo waren Steine, Kalk, Zement, Holz und all die anderen Geräte, die zu einem Wasserwerk gehörten? Hier war es wieder die unerschütterliche Energie und Tüchtigkeit des Direktors Peter, der trotz aller Schwierigkeiten das Werk durchführte. Es gab böse Zungen, die von Tauschgeschäften redeten, man nannte solche Geschäfte Kompensationsgeschäfte. Hatten wir denn etwas zu tauschen? Doch, wir fabrizierten im eigenen Werk Gas und Koks. Man redete damals viel. Auch der Bürgermeister sollte mit im Bunde sein. Sei es nun, wie es sei: wenn kein Kläger auftritt, dann ist auch kein Richter da! Peter und ich sind nicht angeklagt und nicht vernommen worden, nicht zur Rechenschaft

aufgefordert worden, und niemanden geht das was an. Außergewöhnliche Zeiten fordern außergewöhnliche Maßnahmen! Schleswig bekam ein neues Wasserwerk und die Wasserversorgung wurde gelöst in einer Zeit, wo das Bauen nicht eine Geld-, sondern eine Materialfrage war. Das "Flensburger Tageblatt" schrieb am 27. April 1948 einen Artikel über das zweite Wasserwerk, dessen Inbetriebnahme im Laufe der Sommermonate 1948 in Aussicht genommen war, und sagte am Schluß: "So erscheinen die mit dem kleinen bisherigen Wasserwerk in der Altstadt verbundenen Sorgen um die Wasserversorgung des Stadtgebiets nun erfreulicherweise behoben, ein beruhigendes Gefühl für die Stadtverwaltung und Stadtvertretung, die nun so schwerere Sorgen um die Aufrechterhaltung der vor dem Zusammenbruch stehenden Gasversorgung haben."

So war es. Die Versorgung der Bevölkerung mit Gas in der Zukunft war schwierig, ja, noch schwieriger als die Versorgung mit Wasser. Unser Gaswerk war in der Kriegszeit nicht nur vernachlässigt, es war vollständig technisch überaltert. Es war in den Jahren 1856-57 gebaut worden und fast 100 Jahre alt. Die Werkleitung hatte in den letzten Jahren des Krieges Projekte zur Modernisierung des Werkes vorgelegt, die aber von den Reichsstellen damals abgelehnt wurden, um, wie die Werkleitung behauptete, die Stadt zu zwingen, den Anschluß an das große moderne Werk in Kiel durchzuführen und das eigene Werk stillzulegen. Nach dieser Sachlage mußten wir erkennen, daß die Problemstellung war: entweder ein modernes neues Gaswerk zu bauen oder den Anschluß an Kiel und vielleicht an Flensburg zu vollziehen. Am selben Tage, als der Bau des neuen Wasserwerks beschlossen wurde, im November 1946, beschloß das Stadtparlament: Die Stadtwerke werden beauftragt, Projekte über Ferngasversorgung von Flensburg und Kiel aufzustellen. Die Projekte sollen für die Stadt unverbindlich sein.

Der Anschluß an Kiel war leicht und bequem. Die Gasleitung von Kiel nach Eckernförde lag in der Erde, und Eckernförde war angeschlossen. Wir brauchten nur die Leitung von Eckernförde nach Schleswig zu verlängern, und die Kapazität des Kieler Werkes reichte vollständig aus. Das bedeutete den Abbruch des bestehenden Werkes und die Aufgabe der Selbstproduktion. Ein Eigenbetrieb der Selbstverwaltung mit über 20 Arbeitsplätzen stand still. Über diese Frage sind eingehende Berechnungen, Konferenzen von Fachleuten und Vertretern und Besichtigun-

gen, auch nach auswärts, abgehalten worden. Kaum eine andere Frage ist so eingehend durchgesprochen worden, aber zu einer Einigung kam es nicht.

In Verbindung damit drehte es sich auch um den Bau eines zweiten Gasbehälters in der Altstadt und um eine Verstärkung der Gasrohrleitung.

Auch die Meinung unserer Fraktion war geteilt. Ich wußte, daß wir nie ein neues eigenes Werk bauen würden. Die technische Entwicklung ging zur Fernversorgung, so wie es sich schon vor Jahren auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung entwickelt hatte. Auch würde ein kleines, modernes, eigenes Werk die Produktion verteuern. In unserem Parlament war wohl eine knappe Mehrheit für die Fernversorgung von Kiel vorhanden, das Angebot von Flensburg war ungünstiger gewesen. Direktor Peter drängte auf eine Entscheidung. Die Zeit war aber vergangen, wir standen einige Monate vor einer Neuwahl der Stadtvertretung. Wir wußten, daß das neue Parlament eine deutsche Mehrheit haben würde. Sollte ich kurz vor dem Ende unserer Legislaturperiode einen knappen Mehrheitsbeschluß in einer für die Stadt so eminenten Frage fassen lassen? Dazu fehlte mir der Mut. Nun hatte es so lange gedauert, nun kam es auch nicht auf einige Monate an. Wären wir in unserem Parlament von rechts nach links, deutsch und dänisch, einig gewesen, ja, dann hätten wir einen solchen Beschluß fassen können.

Der Stadtverkehr war im April 1945 völlig zusammengebrochen. Von den elf Stadtomnibussen mußten in den letzten Kriegsjahren drei an die Hitler-Wehrmacht abgegeben werden und zwei waren durch Kriegseinwirkungen bei einem Fliegerangriff auf Fernfahrt zerstört worden. Die Wagenhalle mit Werkstatt auf dem Stadtfeld wurde von der britischen Wehrmacht beschlagnahmt. Im Gaswerksgelände mußte eine Not-Werkstatt im Freien eingerichtet werden. Welche Schwierigkeiten das mit sich brachte, kann man sich denken. Die Wagen standen draußen und mußten dort instandgesetzt werden. Erst im Oktober 1945 konnte der Stadtverkehr teilweise aufgenommen werden. Auch im Winter mußten die Reinigungen und Reparaturen im Freien durchgeführt werden. Die Militärregierung hatte die Wiederaufnahme des Verkehrs nur für die Beförderung von Berufstätigen gestattet. Andere Personen konnten nur mitfahren, wenn Platz vorhanden war. Sonst mußte die Bevölkerung in der langen Stadt Schleswig zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fah-

ren, wenn man noch ein solches Fahrzeug hatte. Jedenfalls durfte man das Fahrrad nicht verlassen oder nur einige Sekunden stehen lassen, dann war es weg.

Die äußerst beschränkte Treibstoffzuteilung gestattete täglich nur wenige Busfahrten. Erst im Laufe der Zeit gelang es, Verbesserungen zu erreichen, aber erst nach der Währungsreform, als die Materialfrage gelöst werden konnte. Als dann auch die Treibstoffverteilung besser wurde, konnte eine ausreichende Personenbeförderung innerhalb der Stadt durchgeführt werden. Auch auf diesem Gebiete waren wir abhängig von den damaligen Verhältnissen.

Die katastrophale Lage auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung mußte zur Folge haben, daß die Menschen, besonders die Flüchtlinge, sich mit diesem Problem besonders beschäftigten. In der Stadt waren mehrere Architekten-Büros gegründet worden. Die Gründer, gute Wohnungsbaufachleute, besuchten mich oft, legten ihre Pläne vor, sprachen von der Gestaltung des Stadtbildes, Schaffung von Wohn- und Industrievierteln. Alle diese Pläne standen nur auf dem Papier, die Durchführung strandete an der Wirklichkeit, an dem Fehlen von Kalk, Steinen, Zement und Holz, so daß ich den Architekten eindringlich sagen mußte: nicht die Zeichnungen sind so wichtig, nicht die Büros, in denen die Zeichnungen gemacht werden; zuerst müssen die Zementfabriken, die Ziegelbrennereien, die Sägereien in Gang gesetzt werden, eine Zeichnung oder einen Entwurf bekommen wir dann schon. - Die Produktion von Baustoffen stand still. Geld hatten wir. Die Stadtparkasse, die in der Zeit der Weimarer Republik so segensreich durch Hypothekenhergabe das Bauwesen gefördert hatte, war auch jetzt bereit, zu helfen. Der Bestand von Spareinlagen war von 4,5 Mil! im Jahre 1932 auf 38,6 Mil!. im Jahre 1945 gestiegen. Geld zur Hypothekenhergabe und zur Inangasetzung der Produktion war genügend da, aber niemand wollte diese HULer-Reichsmark haben. Im Sparkassenvorstand, dessen Vorsitzender der Bürgermeister war, lagen fast keine Kreditanträge vor.

Diesen Verhältnissen standen wir und alle Städte machtlos gegenüber. Der Bau von Wohnungen mußte von der im Aufbau begriffenen deutschen Bundesregierung kommen. Auch die gebildeten Landesregierungen waren nicht in der Lage, etwas daran zu ändern. Ihre Initiative wurde durch diese fehlende Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufstieg gelähmt. Es fehlte die Geldreform.

In dieser Notzeit gab es doch phantasiebegabte Menschen. Sie kamen zum Bürgermeister und entwickelten ihre Pläne. Sie hatten einen neuen Baustoff erfunden, das war Lehm. Mit Lehm und Stroh konnte man Bausteine produzieren und mit diesem Material konnte man Häuser bauen. Andere Völker hatten jahrhundertlang in primitiven Lehmhütten gewohnt, und wir waren in der Lage, es noch viel besser machen zu können. Einige Begeisterte waren der Meinung, daß Lehm und Stroh die Baustoffe der Zukunft seien, denn das deutsche Volk würde nach diesem entsetzlichen Krieg immer arm bleiben. Ich sagte auch diesen guten Leuten unseren Beistand zu, die Stadt würde ihre Bestrebungen unterstützen. Es kam in der Ziegelei Pulverholz zu einer Lehmsteinproduktion und zum Häuserbau, auch mit einem Richtfest in Gegenwart des Bürgermeisters. Diese Häuser stehen noch, aber Kalk und Steine kamen wieder und keiner baut mehr mit Lehm.

So konnten wir in unserer Legislaturperiode von 1946-1948 keine Schlösser bauen. Wir mußten im Bauwesen kurz treten. Aber wir konnten die Vorarbeiten machen, und das taten wir. Durch Straßenbau erschlossen wir ein erstes neues Wohngebiet, und in den letzten Sitzungen des Parlaments konnten wir eine große Anzahl Erbbaugrundstücke zum Bau von Wohnhäusern vergeben. Mit dem Bau konnte dann nach dem erwarteten Tag X begonnen werden. Wann der Tag dieser Währungsreform kommen würde, wußten wir nicht, das Datum wurde geheimgehalten.

Wir ließen durch Architekten, die bei der Bauverwaltung der Landesregierung beschäftigt waren, einen Wirtschaftsplan für die Stadt ausarbeiten. Der Plan, der neun Einzelpläne umfaßte, wurde von dem Bauausschuß und vor der Stadtverordnetenversammlung diskutiert. Später mögen diese Pläne abgeändert worden sein, aber es mußte angefangen werden. Eine Stadt muß planen. Die Entwicklung eines städtischen Gemeinwesens muß planmäßig vor sich gehen. Davon wußten die Nazibürgermeister nichts. Einen Haushaltsplan hatte man damals **wohl**, damit man wenigstens ein Jahr übersehen konnte. Als ich die Verwaltung fragte, wo denn die Stellenpläne für das Personal der Verwaltung und der Betriebe waren, bekam ich zur Antwort, daß man solche Pläne nicht gehabt hätte. Also machten wir auch Stellenpläne für die Verwaltungsstellen und Betriebe, und unsere jetzigen Stadtväter wachen sehr darüber, daß die Stellenpläne innegehalten werden. Diese Grundlage

für eine vernünftige Personalwirtschaft mußten wir aber erst schaffen.

Von den öffentlichen Instandsetzungen waren der Bau eines neuen Hafentollwerks und die Wiederherstellung des Strandwegs von der Schleihalle bis zur Strandhalle dringend notwendig. Die Sturmwellen der Schlei hatten diese Anlagen stark unterspült. Es gelang uns, den Strandweg in Ordnung zu bringen, während der Neubau des Hafentollwerks an der Materialfrage scheiterte. Trotz Bemühens unseres Stadtbauamts war es nicht möglich, die eisernen Bohlen für den Hafen zu bekommen. Das Bauamt legte einen Plan zum Bau des Tollwerks in Eisenbeton vor, der vom Parlament genehmigt wurde, aber erst später durchgeführt wurde, als es wieder Zement gab.

Ein Schmuckstück im Schleswiger Stadtbild konnte in unserer Legislaturperiode wiederhergestellt werden, das war die Lollfußmauer, die in der Nazizeit auch zusammengebrochen war. Das war eine gute schleswigsche Handwerksarbeit, die in Verbindung mit den hübschen alten Häusern zu einem der schönsten Straßenbilder der Stadt wurde, so daß unser Verkehrsbüro dieses Straßenbild heute noch in seinem Fremdenverkehrsprospekt verwendet.

Privatbauten konnten damals wegen Materialmangel nicht erstellt werden. Nur einige Instandsetzungsarbeiten konnten genehmigt werden. Aber weder die britische Beschlagnahmeverwaltung noch die spätere deutsche Verwaltung konnte das noch vorhandene Baumaterial erfassen, so daß noch kleinere private Bauvorhaben "schwarz" durchgeführt wurden. In der Öffentlichkeit schimpfte man auf Stadt und Bürgermeister, weil nicht durchgegriffen wurde. Aber was konnte man machen? Man drückte ein Auge zu, denn das Ende der Rationierung auf gewissen Gebieten war abzusehen.

Am 11. Januar 1947 beschloß der Magistrat, die Reste des Bismarckdenkmals auf dem Rathausmarkt zu entfernen. Das Material sollte zweckentsprechend verwendet werden. An Stelle des Denkmals sollte ein Kandelaber aufgestellt werden. Den bronzenen Bismarck hatten die Nazis 1944 entfernen lassen. Man sollte eigentlich geschichtliche Denkmäler nicht entfernen, denn sie zeigen uns, was einmal war. Aber die Entfernung der Statue dieses preußischen Junkers von dem bevorzugten Platz vor dem Rathaus hatte ich begrüßt. Ich war niemals Bismarck-Anhänger gewesen. In Nordschleswig hatte ich erfahren, in welcher Weise

er das kleine Dänemark überfallen hatte, um seine imperialistische Politik durchzuführen, und nach dem ersten Weltkrieg las ich in der Geschichtsschreibung des Historikers Marcks, daß er schon als junger Gutsbesitzer den König Friedrich Wilhelm IV. scharf gemacht hatte, um die demokratische Volksbewegung 1848 mit Waffengewalt niederzuschlagen. Als ich dann auch die Geschichte der sozialistischen deutschen Arbeiter las, wußte ich, was dieser reaktionäre Politiker verbrochen hatte. So dachten viele Anwohner damals, als diese Bildsäule verschwand.

Das Fundament des Denkmals war aus schwedischen Granitblöcken gebaut. Den Arbeitern hatte ich gesagt, man möchte vorsichtig vorgehen, denn es würden Dokumente niedergelegt worden sein. Wir fanden am nächsten Tage eine Kassette. Sie enthielt eine von Magistrat und Stadtverordnetenkollegium unterzeichnete Niederschrift vom 29. August 1901. An diesem Tage war das Denkmal der Öffentlichkeit übergeben worden. Weiter fanden wir einen Verwaltungsbericht der Stadt für die Zeit von 1891 bis 1896 mit einem Haushaltsplan des Jahres 1901. Zugefügt war auch je ein Exemplar der damals in der Stadt erschienenen Zeitungen "Schleswiger Nachrichten" und "Schleswiger Anzeiger". Die Kulturredaktion wurde beauftragt, für das Stadtarchiv eine Niederschrift zu fertigen, in der enthalten war der Zeitpunkt der Entfernung des Bismarckdenkmals durch die nationalsozialistische Stadtvertretung, ein Bericht des Bauamts über den Abbruch des Sockels und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Magistrats vom 28. August 1947 zu Punkt 1. An diesem Datum legte ich den Mitgliedern des Magistrats die Dokumente vor. - So war Bismarck aus Schleswig verschwunden.

Mit der Entfernung eines anderen Denkmals ging es nicht so glatt. Mit den geschichtlichen Denkmälern ist es so, ein Teil des Volkes mag so ein Denkmal leiden und verehrt es, ein anderer Teil ist nicht dafür und lehnt es innerlich ab. So ist es immer gewesen, auch mit dem *II*"Befreiungsdenkmal" gegenüber Slesvighus. Es ist in einer überschwenglich nationalen Zeit entstanden und ist Ausdruck eines starken deutsch-nationalen Gefühls. Ich will vorausschicken, daß über die Entfernung dieses Denkmals innerhalb der dänischen Fraktion in meiner Bürgermeisterzeit niemals diskutiert worden ist. Aber nach Entfernung des Bismarckdenkmals habe ich mehrere Zuschriften bekommen, die in meinen Akten liegen, mit der Aufforderung, auch dieses Denkmal beseitigen zu lassen. Ich habe diese Zuschriften, ohne sie zu behandeln, zu

meinen Akten gelegt. Nicht nur Zuschriften bekam ich. Eines Tages erschien eine Delegation von der "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes" und entwickelte mündlich einen Plan zur Errichtung eines Denkmals zu Ehren der getöteten KZ-Gefangenen und bat den Bürgermeister, einen geeigneten Platz zur Verfügung zu stellen. Die Mitglieder dieser Delegation waren keine Südschleswiger, es waren Zugereiste oder Flüchtlinge, denen unsere Heimatgeschichte unbekannt war. Sie sahen diesen Gedenkstein als Erinnerung an eine Gewaltmaßnahme eines früheren regierenden preußischen Junkers an. Preußen war nicht mehr, und so glaubte man, diesen Stein in anderer Weise verwenden zu können.

Im Verlaufe der Unterhaltung wurde mir von ihrer Seite ernstlich vorgeschlagen, die Inschrift des Befreiungsdenkmal entfernt zu lassen und durch eine neue Inschrift zu Ehren der durch das Naziregime getöteten Menschen zu ersetzen. Ja, so ändern sich die Zeiten! Ich bat den Verein, eine Vorlage über die Gestaltung eines solchen Denkmals auszuarbeiten und der Stadt vorzulegen. Wir haben einen solchen Plan nicht erhalten. Diesel' Verein hatte in der Übergangszeit als Vorläufer der Wiedergutmachung eine gewisse Bedeutung. Die Militärregierung verfügte eine Sonderbehandlung der Naziverfolgten in bezug auf Zuteilung der täglichen Bedarfsgüter, Lebensmittel, Brennstoffe und Kleidung. Es waren nur geringe Mengen, die verteilt wurden. Der Verein hatte im Landratsamt Räume zur Verfügung, wo die Verteilung durchgeführt wurde. Wir gaben unserem Wohlfahrtsamt Anweisungen, auch in einzelnen Fällen kleine Geldbeträge zu zahlen, wenn eine Notlage festgestellt wurde.

Die erste gewählte Stadtverordnetenversammlung hielt 15 öffentliche Sitzungen ab. Oberst Smith kam ein einziges Mal als Zuhörer. Er kam in Begleitung des Gouverneurs von Schleswig-Holstein, Brigadier Henderson. Die englischen Herren kamen während der Debatte und nahmen in den Sitzreihen des Publikums Platz, so wie Smith es mir damals gesagt hatte. Sie folgten ungefähr 30 Minuten den Verhandlungen und gingen wieder.

Nicht allein in den Protokollen des Plenums spiegelt sich die Arbeit der Jahre. Im Archiv der Stadt sind die Bände der Sitzungsberichte des Magistrats und der Ausschüsse. In den Ausschüssen wurden Tausende von Beschlüssen gefaßt. Auf gewissen Gebieten, die festgelegt waren, hatten

die Ausschüsse das Recht zu beschließen, sonst waren ihre Beschlüsse nur empfehend.

In der öffentlichen Sitzung des Parlaments am 30. März 1949 gab ich ein Schreiben der sozialdemokratischen Landesregierung bekannt, in dem mitgeteilt wurde, daß die in den Städten Flensburg und Schleswig bestehenden öffentlichen dänischen Schulen - also die Kommunalschule - nur noch bis zum 1. April 1948 weitergeführt werden konnten. Diese erste reinsozialistische Landesregierung hob das Gesetz, das die preußische sozialdemokratische Regierung unter dem Innenminister Severing in den zwanziger Jahren geschaffen hatte, wieder auf. Nach dem 1. April hatten die dänischen Schulen kein Recht mehr, städtische Schulgebäude zu benutzen. Dadurch wurde eine erhebliche Unruhe in das dänische Schulwesen hineingetragen. Die dänische Kommunalschule in Schleswig, in der Wilhelminenschule und in der Bugenhagenschule, behielt die Schulräume, mußte sich aber nach der Neuwahl der Stadtvertretung Schwierigkeiten in der Raumfrage gefallen lassen.

Die letzte Sitzung des Parlaments fand am 13. Oktober 1948 statt. In dieser Sitzung wurden mehrere Anleihen mit einem Gesamtbetrag von 400000 neuen Deutsch-Mark zur Finanzierung der vorbereiteten Bauvorhaben bewilligt. Weiter wurde die Zahl der Vertreter für die Neuwahl auf 27 festgesetzt. Dann schlug die Abschiedsstunde. Ich bringe im nachstehenden einen Auszug aus dem Sitzungsprotokoll:

"NachAbwicklung der Tagesordnung... gibt der Vorsitzende des Wohnungsausschusses, Stadtrat Flatterich, eine Erklärung zur unverändert schlechten Wohnungsfrage ...

Anschließend spricht Stadtrat Flatterich dem Bürgermeister den Dank des Hauses für seine vorzügliche Amtsführung als Vorsitzender der Vertretung aus . . . Stadtrat Hagge schließt sich den Schlußausführungen von Stadtrat Flatterich an. Daß das Parlament seine Arbeiten in guter demokratischer Weise erledigt habe, sei hauptsächlich dem Bürgermeistler' zu danken . . . In seiner Erwiderung dankte der Bürgermeister für die ihm von den Vorrednern gezollte Anerkennung. Es liege ihm fern, sich hinzustellen und alles aufzuzählen, was getan worden sei. Er wollte nur einen kurzen überblick und Ausblick geben . . .

Am Schluß der Periode könne man sagen, ein Anfang sei überall gemacht, jedoch sei noch viel zu tun übrig. Der Bürgermeister hob die ausgezeichnete Zusammenarbeit aller Parteien hervor. Die Beschlüsse seien

überwiegend einstimmig gefaßt, nur in wenigen Fällen hätte abgestimmt werden müssen. Dafür dankte der Bürgermeister jedem Mitglied der Vertretung und sprach den Wunsch aus, daß das neue Parlament diese Tradition wahren möge. Anschließend dankte der Bürgermeister sodann noch allen Angehörigen der Stadtverwaltung für die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit ihm.

Der Stadtdirektor [Dr. Furbach] erwiderte darauf mit folgenden Worten: Als der Bürgermeister vor nunmehr 3 Jahren sein Amt übernahm, hat er seine Begrüßungsrede an die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung mit Worten des großen Philosophen und römischen Kaisers Markus Aurelius geschlossen. Er sagte, daß er niemals auf einem von ihm eingenommenen Standpunkte beharren werde, wenn er erkenne, daß dieser Standpunkt unrichtig sei, und daß er auch jederzeit bereit sein werde, einen Irrtum, der ihm unterlaufen sei, zuzugeben. Diese Worte haben damals auf uns alle einen ganz großen Eindruck gemacht. Der Bürgermeister hat in den folgenden Jahren seiner Amtsführung aber auch stets nach diesen Worten gehandelt. Das hat die Zusammenarbeit mit ihm für uns alle angenehm und leicht gemacht. Dazu kommt die menschliche Gesinnung, das Verständnis für alles fremde Leid, das der Bürgermeister stets bewiesen hat. Aber fast noch bedeutungsvoller für die Amtsführung unseres Bürgermeisters ist die Tatsache, daß er stets die Auffassung vertreten und danach gehandelt hat, daß die Kommunalpolitik der Stadt Schleswig nicht von parteipolitischen Erwägungen, sondern einzig und allein von der Rücksicht auf das Wohl der Stadt Schleswig und ihrer Einwohner beherrscht sein dürfe. Diese Einstellung des Bürgermeisters, der alle anderen gewählten Vertreter sich rückhaltlos angeschlossen haben, hat die Arbeit jedes einzelnen Angehörigen der Stadtverwaltung zu einer erfreulichen Tätigkeit gestaltet. Deshalb hat sich niemand mehr gefreut als die Stadtverwaltung, als vor etwa 6 Monaten das Flensburger Tageblatt einen Leitartikel, in dem beklagt wurde, daß mitunter politische Meinungsverschiedenheiten zu einer unsachlichen Beurteilung von Verwaltungsfragen führen, mit einem Hinweis auf die vorbildliche Unparteilichkeit der Schleswiger Stadtvertretung und Stadtverwaltung schloß. Die Zeitung führte aus, daß die von einer SSV-Mehrheit - so hieß es damals noch - beherrschte Stadtvertretung zusammen mit der Stadtverwaltung es sich stets angelegen sein lasse, jede Angelegenheit unparteiisch zu entscheiden.

So ist es kein Wunder, daß alle Beamten, alle Angestellten und alle Arbeiter der Stadtverwaltung, so verschieden die einzelnen auch als Menschen denken und handeln mögen, darin übereinstimmen, daß die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister in den verflossenen 3 Jahren für uns alle angenehm und erfreulich gewesen ist und eine der schönsten Erinnerungen unseres Lebens bleiben wird. Dafür danken wir Ihnen, Herr Bürgermeister, auf's herzlichste."

Das waren gute Worte, gesprochen von einem aufrichtigen, guten und tüchtigen Menschen. Allzuviel Anerkennung. Ich habe überlegt, ob ich diesen Auszug aus dem Protokoll bringen soll. Ich tue es doch, weil es um die Arbeit der dänischen Mehrheit in der Stadtvertretung geht. Es waren tapfere Worte, von einem deutschen Mann gesprochen in einer Zeit, wo der nationalistische Haß, das Erbe der Nazizeit, unangenehme Vorfälle zeugte. Das Ende der ersten Legislaturperiode unserer demokratischen Selbstverwaltung endete in vollster Harmonie zwischen deutsch und dänisch.

Außerhalb des Rathauses im Wahlkampf sah das Klima anders aus. Hier war die härteste Auseinandersetzung im Gange. Hier war der Kampf entbrannt zwischen deutsch und dänisch. Dieser Nationalkampf untergrub alle Sachlichkeit, alle gemeinsamen kommunalpolitischen Probleme. Es ging von deutscher Seite darum, die dänische Mehrheit mit dem dänischen Bürgermeister zu stürzen. Der Wahlkampf wurde von deutscher Seite um die "Rettung des Landesteils Schleswig" für Deutschland geführt, und Südschleswig war gar nicht gefährdet. Schon seit zwei Jahren, nachdem Dänemark an England die sogenannte Oktobernote sandte, war das Schicksal Südschleswigs in der großen Politik entschieden.

Der dänischen Minderheit oder dänischen Mehrheit in der Stadt Schleswig ging es um die Sicherung ihrer demokratischen Rechte, kulturell und politisch.

Weil viele Kreise der deutschen Bevölkerung gern die Zeit von 1945 bis 1948 vergessen möchten, stelle ich vor der Geschichte fest:

Im Sommer des Jahres 1945 herrschte in der Stadt Schleswig auf allen Gebieten infolge des Krieges und der Naziwirtschaft ein Chaos. Die ersten beiden Stadtparlamente, das ernannte und das gewählte, zusammen mit der Stadtverwaltung, räumten in der schwierigen militärischen Besatzungszeit drei Jahre lang auf.

Vertretung und Verwaltung ordneten das völlig lahmgelegte Schulwesen und gründeten eine deutsche Mittelschule.

Sie versorgten Tausende von Flüchtlingen mit den notwendigen Bedarfsgütern und führten sie planmäßig in die vorhandenen Wohnungen ein.

Sie führten in ausgedehntem Maße Volks- und Kinderbespeisungen durch.

Sie sorgten für Brennmaterial, Gas, Wasser, elektrisches Licht und brachten unseren Busbetrieb wieder in Gang.

Sie übernahmen die Fäkalienabfuhr in eigener Regie, modernisierten sie, so daß sie den hygienischen Anforderungen der stark vergrößerten Einwohnerzahl genügte.

Sie führten trotz der Knappheit des Materials einige notwendige Bauten und Straßenverbesserungen durch und sorgten damit für Arbeitsbeschaffung.

Sie regelten das städtische Krankenhauswesen und erweiterten die Anstalten in gemeinsamer Arbeit mit dem Kreis.

Sie verloren die Regierung, nicht durch eigenes Verschulden, und gewannen die Landesmuseen, das Landesarchiv und das Oberlandesgericht. Sie führten in den letzten Wochen ihrer Legislaturperiode die Währungsreform durch und ordneten die neuen Geldverhältnisse in der Stadt. Wir hinterließen eine gutorganisierte Verwaltung und gründeten die demokratische Selbstverwaltung.

Sie schufen durch diese Arbeiten die Grundlage für die kommenden Vertretungen, daß sie mit der Verwaltung den Aufbau fortsetzen konnten.

In einem Zeitlmsartikel über die kommunale Arbeit schrieb ich am Schluß:

"Die SSV-Fraktion hat nach dem Grundsatz:

„Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle“ gearbeitet. Sie konnte es nicht allen recht machen. Sie hat auch Bürgern weh tun müssen. Das ließ sich in einer so außerordentlich schweren Zeit nicht vermeiden. Die Zusammenarbeit mit der Opposition war eine überaus gute und sachliche, so wie es von jeher in der alten Landeshauptstadt Brauch war.

Die SSV-Fraktion tritt mit gutem Gewissen an die Öffentlichkeit und wartet das Urteil der Bürger am 24. Oktober ab. Sie hat nur den einen Wunsch, daß die kommunalpolitische Arbeit für unsere Schleistadt ebenso sachlich und ruhig von staUen gehen möge wie bisher."

## *Ausklang*

Nun ist die Erzählung zu Ende.

Als ich im Jahre 1956 als Vorsitzender des Südschleswigschen Wählerverbandes zurücktrat, trug ich mich mit dem Gedanken, die Geschichte der dänischen Bewegung in der Stadt Schleswig zu schreiben. Vor allen Dingen war es mir darum zu tun, die Arbeit der dänischen Fraktion, die von September 1946 bis Oktober 1948 die absolute Mehrheit im Stadtparlament hatte, darzustellen, weil man eine objektive Darstellung von anderer Seite kaum erwarten kann. Die Zeit schreitet schnell fort, und all die Schwierigkeiten beim Zusammenbruch 1945 und die Scherereien mit der Besatzungsmacht sind schnell vergessen. Und wer sollte denn gerade die Arbeit der dänischen Fraktion würdigen? Das konnten und mußten wir selbst tun.

Als ich aber die Feder zur Hand nahm, gingen die Gedanken in die Breite, denn ich war schon im Jahre 1920 in die kommunale Arbeit eingetreten. So wurde die Erzählung zu einem Stück Zeitgeschichte und eine Abrechnung mit den reaktionären Mächten der damaligen Zeit.

In der Darstellung der Begebenheiten nach 1918 nimmt die Aufbauarbeit bis 1933 einen größeren Raum ein. Ich wollte zeigen, daß in diesem wichtigen Zeitabschnitt - Übergang von dem halbautoritären Kaiserreich zu einer Republik mit parlamentarischer Demokratie - gute Ansätze zu einer demokratischen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden vorhanden waren, die mit brutaler Hand zerstört wurden. Zweitens wollte ich darstellen, wie schwer es war, in Deutschland eine Demokratie zu gründen. Die Keimzellen einer zu gründenden Demokratie sind die Gemeinden und die Städte. Das haben die regierenden Herren oft völlig verkannt. Sie glaubten, die Gemeinden und Städte am Gängelband führen zu müssen.

Weiter wollte ich darstellen, mit welcher Last dieser Umformungsprozeß des politischen Lebens auf den Städten lag. Nach 1918 war eine, wenn auch schwache, Staatslenkung vorhanden, die konsequent die Umfor-

mung zu einer Volksherrschaft betrieb, aber 1945 war "oben" nichts vorhanden, was als deutsche Regierung angesehen werden konnte. **In** Deutschland war man gewohnt, alles von "oben" zu bekommen. "Oben" war aber nichts. Die neuen Bürgermeister standen allein mit einem kleinen Kreis von unentwegten Demokraten, die die Schreckenszeit überlebt hatten.

**In** Dänemark sagt man frei heraus, ich sei der erste dänische Bürgermeister nach 1864 in der Stadt Schleswig, während ich das Gefühl hatte, daß man sich von deutscher Seite etwas unbehaglich **fühlt** wegen dieser nicht wegzuleugnenden Tatsache.

So wie man nicht gerne an die Nazibegeisterung erinnert werden mag, so mag man auch nicht gerne daran erinnert werden, daß die Schleswiger Bürger und Wähler 1946 und 1948 über 7000 Stimmen für die dänische Bewegung abgegeben haben, von denen rund 3000 bei den späteren Wahlen die Treue hielten. **Im** Verlaufe der Geschichte muß man zu seinen Taten stehen, man darf nichts vertuschen oder gar wegleugnen. Man kann sagen: Ich habe mich geirrt, ich hätte das nicht tun sollen, ich war auf dem falschen Wege. Aber man darf sich nicht um Tatsachen herumdrücken.

Eine ebenso wenig wegzuleugnende Tatsache ist, daß diese dänische Mehrheit die Verantwortung trägt für die kommunale Arbeit in den schwersten und dunkelsten Jahren in Schleswigs Geschichte von 1945-1948. Sie gründeten in der Stadt die Demokratie, nachdem die in den Jahren 1918-1933 aufgebaute Demokratie 1933 zusammengebrochen war. Weiter hat dieses Stadtparlament alles Mögliche getan, um Tausenden notleidenden Menschen in den Mauern der Stadt zu helfen; zu helfen mit den kargen Mitteln, die die Nazis nach ihrer unseligen Regierungszeit uns übrigließen. Mögen spätere Stadtvertreter, die oft nicht zu den alten Schleswigern rechnen, in Verkennung der Tatsachen geringschätzend diese Arbeit bekritteln oder gar herabsetzen, in den Akten der Stadt ist diese Arbeit aufgezeichnet, und in meinem persönlichen Archiv sind Dankbriefe von unglücklichen Menschen, die alles und ihre Heimat verloren hatten und bei **ihm** Schutz und Hilfe suchten.

**In** der vorliegenden Erzählung mußte ich auch etwas von mir schreiben. Wenn ich ausführlicher einging auf das Leben auf einem Bauernhof in der Kaiserzeit auf der trockenen Geest, so tat ich das auf einen Wunsch von Freundeskreisen. Menschenschicksale in einem Grenzland schlagen

manchmal Wellen. Ich ging hinein in meine bescheidene politische Laufbahn als Mitglied der deutschen Sozialdemokratie und wurde 1945 Mitglied der dänischen Minderheitorganisationen, in denen ich - das darf ich wohl sagen - als Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der politischen Organisation des Südschleswigschen Wählerverbandes, zehn Jahre lang eine leitende Stellung ehrenamtlich bekleiden durfte. Auch heute noch habe ich das Amt eines ehrenamtlichen Stadtrats, also als Mitglied des Magistrats; sonst bin ich pensionierter Bahnmann.

Daß ich auf deutscher Seite, nicht allein in Schleswig, sondern weit nach Süden und auch über die Grenze nach Norden, eine etwas umstrittene Person bin, weiß ich. Warum ich so geworden bin, habe ich in meiner Erzählung darzulegen **versucht**.

In Dänemark kann man das verstehen, das ist Grenzland-Schicksal. Viele sind denselben Weg gegangen. Ob man das auch auf deutscher Seite verstehen kann oder will, ist eine andere Sache. Ich weiß aber, daß auch viele deutsche Menschen mich verstehen und meine Arbeit anerkennen. Das zeigen auch die 7200 Stimmen, die der SSW bei der Wahl am 1. Oktober 1948 bekam. Diese Schleswiger waren nicht alle dänisch gesinnt. Ein Teil war deutsch gesinnt und sie wollten trotz starker deutschnationaler Propaganda mich auch als Bürgermeister behalten. Das gelang nicht, aber ich war doch diesen Schleswigern dankbar, daß sie durch ihren Wahlzettel meine Arbeit anerkannten, trotz der von gewissen Kreisen stark aufgepeitschten nationalistischen Stimmung. Überpatrioten und übernationalisten, von denen es viele im deutschen Bürgertum gab, habe ich seit meiner Jugend nie leiden können, denn von dem Treiben dieser Leute kam doch das ganze Elend und die große Not. Diese Leute und ihre Presse haben auch mich nie leiden können. Die Abneigung war also auf beiden Seiten.

Da nun aber bisher überwiegend von dieser Seite des Bürgertums die Geschichtsschreiber kamen und vielleicht auch in Zukunft kommen werden, befürchte ich, daß mein Charakterbild in der Geschichte durch "Haß und Gunst der Parteien" schwanken wird. Deshalb schreibe ich als Ausklang meiner Erzählung einige klare Worte:

Jedel', der im politischen Leben tätig ist, hat Gegner und unter den erbitterten Kämpfen zwischen Demokratie und Diktatur kam es zu gehässiger Feindschaft zwischen den Gruppen. Auch nach 1945 wurde der

politische Kampf zwischen dänisch und deutsch in gehässiger Form geführt. Ich will hier nicht untersuchen, wo die Schuld lag, das habe ich an anderer Stelle in meinen politischen Erinnerungen getan. Ich stelle nur die Tatsache fest und möchte einige Folgen schildern.

Wir mußten in den Jahren hart gegen die Gespenster der Vergangenheit kämpfen.

Am 24. Oktober 1948 wählte die Schleswiger Bürgerschaft ein neues Stadtparlament. Ich wußte lange vorher, daß durch diese Wahl meine Partei die Mehrheit im Parlament verlieren würde. Um zu dieser Erkenntnis zu kommen gehörte nicht viel politische Klugheit, denn seit der letzten Wahl waren viele tausende Flüchtlinge wahlberechtigt geworden. Bei der Wahl im September 1946 wählten nur alte Schleswiger, ein Teil der alten Nazis waren noch von der Wahlurne ausgeschaltet. Bei der Kommunalwahl am 24. Oktober traten die neugegründeten politischen Parteien in den Wahlkampf. In Schleswig waren es drei, die sich nach der Stimmzahl die 27 Mandate teilten. Die beiden deutschen Parteien, die Christlich Demokratische Union und die Sozialdemokratische Partei hatten einen deutschen Wahlbund gegründet. Sie erhielten zusammen 12 286 Stimmen und damit durch das Bündnis alle direkt gewählten Mandate, wodurch sie einen guten Vorsprung in der Mandatverteilung nach den Bestimmungen des Kommunalgesetzes hatten. Die CDU bekam 12, die SPD 8 Sitze. Unsere Partei, der Südschleswigsche Wählerverband, bekam 7187 Stimmen und 7 Sitze. Dieses Wahlergebnis wurde als großer deutscher Sieg gefeiert. Nimmt man aber dies Wahlergebnis etwas genauer unter die Lupe, dann sieht die Sache von deutscher Seite gesehen doch etwas bedenklich aus. Die Dänen hatten in Schleswig seit der Landtagswahl am 20. April 1947 nicht verloren, sondern rund 200 Stimmen gewonnen, während in ganz Südschleswig die Stimmen um 10 % zurückgingen.

Daraus ging hervor, daß viele einheimische Wähler in Schleswig nicht durch die blau-weiß-rote Propaganda des deutschen Wahlbundes beeinflußt worden waren. Sie hielten uns die Treue und wählten nach rein kommunalen Gesichtspunkten und nicht nach nationalen, denn das Nationale hatte ja eigentlich in der Konununalpolitik nichts zu tun. Wenn man bedenkt, daß bei dieser Wahl ca. 5500 Flüchtlingswähler ihre Stimme abgaben, und wenn man diese Zahl von den Stimmen des deutschen Wahlbundes abzieht, dann sieht es mit der deutschen Mehrheit schlecht

aus. Fest steht es jedenfalls, daß bei dieser Wahl die einheimischen Schleswiger in der Mehrzahl noch dänisch wählten. Diese Tatsache war für die dänische Fraktion ein Vertrauensbeweis.

Der deutsche Wahlbund gab vor der Wahl folgenden "Mahnruf" bekannt: "Einwohner Schleswigs! Männer und Frauen! Die Wahl am 24. Oktober bringt die Entscheidung, ob ihr auch in der Zukunft in einer kern-deutschen Stadt von einem dänischen Mehrheitsparlament und einem dänischgesinnten Bürgermeister regiert werden wollt. Viel zu lange haben wir geduldet, daß unsere alte Landeshauptstadt mehr und mehr unter den Einfluß der Neudänen gebracht wurde. Damit muß endlich Schluß gemacht werden. Nach wie vor wird eine echte dänische Minderheit anerkannt. Es darf aber nicht zugegeben werden, daß die gegenwärtige Not des deutschen Vaterlandes dazu mißbraucht wird, um unsere Heimat abzutrennen. Wir wollen nationale Grenzen überbrücken, aber nie wieder Grenzen verrücken. Der SSW will die Abwendung vom Deutschtum und die Heimat einem fremden Volkstum ausliefern, will euch deutschen Heimatvertriebenen das Recht absprechen, hier zu leben und an der demokratischen Selbstverwaltung teilzunehmen.

Schleswiger! Denkt daran, daß am 6. Februar 1914 bei der Einweihung des Befreiungdenkmals ganz Schleswig ein einmütiges Treuebekenntnis zu einem ungeteilten Schleswig-Holstein ablegte. Einheimische und Heimatvertriebene, verteidigt gemeinsam jahrhundertealtes Deutschtum im Norden. Laßt die Ziele des SSW nie Wirklichkeit werden. Verhelft mit eurer Stimme dem deutschen Wahlbund zum Siege. Der deutsche Wahlbund ist die Wahlgemeinschaft der deutschen Parteien CDU und SPD, die in dieser großen Stunde ihre Parteiziele zurückgestellt haben. Hinter dem Wahlbund stehen alle Flüchtlingsorganisationen, alle deutschen Kulturkreise und die deutsche Jugend, sie bilden eine einzige große deutsche Front. Männer und Frauen! Einheimische und Heimatvertriebene! Geht zur Wahl und wählt deutsch.

Der Vorstand des deutschen Wahlbundes  
Franz Grell, Fritz Dehnhardt."

Also keine Kritik an unserer kommunalen Arbeit. Nur mit sattbekannten nationalen Tönen, mit Hilfe der Flüchtlinge und mit einer straffen Zusammenfassung der politischen Kräfte von rechts und links gelang es der deutschen Seite, uns die Leitung in der kommunalen Arbeit zu nehmen.

Die SPD ging des unnatürliche Wahlbündnis mit der CDU auf stark nationalistischer Basis ein aus Verärgerung über die Wahlpleite der Partei bei der Kommunalwahl im September 1946, wo die SPD, die damals alle dänischgesinnten Sozialdemokraten für die Kandidatur ausschloß, nur zwei Sitze bekam.

Diese gemeinsame Front der beiden deutschen Parteien platzte zwei Jahre später auseinander, als wir nach der neuen Gemeindeordnung wieder einen beamteten Bürgermeister und drei besoldete Stadträte wählten. Die dänische Fraktion im Rathaus bildete mit der sozialdemokratischen Fraktion eine Koalition und wählte, nachdem die Verhandlungen mit der CDU gescheitert waren, mit 15 gegen 12 Stimmen Bruno Lorenzen zum Bürgermeister und einen SSW-Mann und zwei SPD-Männer zu besoldeten Stadträten. Die CDU präsentierte uns zum beamteten Bürgermeister den jetzigen schleswig-holsteinischen Innenminister Dr. Lemke, der in der Nazizeit von 1940 bis 1945 Schleswigs Bürgermeister gewesen war. Da aber die antifaschistische Koalition des SSW und der SPD diesen Vorschlag unter keinen Umständen akzeptieren konnte, bot man der CDU den ersten Stadtrat, den stellvertretenden Bürgermeister an — wir wollten uns mit je einem Stadtrat begnügen — wenn die CDU bei der Wahl Bruno Lorenzens zum Bürgermeister weiße Zettel abgeben würde. Die CDU sagte nein und bekam nichts. So kann es auch kommen, wenn man zu hoch hinaus will.

So schwankt manchmal auch in einer Demokratie das Zepter. Aber die drei besoldeten Stadträte hat uns die CDU niemals vergessen können. Sie haben diesen Beschluß des Parlaments stets als eine Vergewaltigung angesehen. Ja, wenn man sich in einer Demokratie nicht einigen kann, dann muß abgestimmt werden. Und was hat sich die große CDU nachdem, nicht allein bei uns, auch in dem Bundesparlament und in anderen Parlamenten, geleistet, indem sie ihre Mehrheit rücksichtslos gebrauchte, ohne die Minderheit zu fragen.

Bruno Lorenzen war ein geborener Schleswiger, der Sohn des bekannten früheren Stadtrats Lorenzen, der viele Jahre als Stadtbeamter der Stadt gedient hat. Er war ein tüchtiger Mann und schied - viel zu früh — von uns. Die Bevölkerung betrauerte sehr seinen frühen Tod.

Bis zur Konstituierung der neuen Stadtverordnetenversammlung mußte ich die Bürgermeistergeschäfte weiterführen. Als ich am Montag, dem 25. Oktober 1948, vor meinem Schreibtisch saß, klingelte das Telefon.

Ich meldete mich. Eine gedämpfte Stimme sagte ohne Nennung des Namens: "Bist du noch da, du Lump?" Ich legte langsam den Hörer auf. Ja, solche Lumpen gab es noch.

Dieser Morgengruß war nicht schön, aber doch noch erträglich. Ich hatte schon mehrere Briefe mit Drohungen bekommen, ich sollte mit 25 Pfund Gepäck über die Grenze abgeschoben werden. Ein Brief mit der Unterschrift "Die Rächer Deutschlands" drohte mit Hängen. Ja, sogar Spottgedichte haben sie über mich gemacht. So geht es, wenn man sich mit Politik befaßt. Dank erntet man nicht. Was hatte ich denn getan? Ich übernahm den unangenehmen Posten und hatte es gar nicht nötig. Ich war lebenslänglich angestellter Bahnbeamter. Als Bürgermeister bekam ich mein Obersekretärgehalt nicht von der Reichsbahn, sondern von der Stadt. Dazu bekam ich eine Aufwandsentschädigung, die zur Hälfte als Steuer abzuführen war, weil diese Entschädigung damals noch nicht steuerfrei war. Also, ich war nicht ein "Parteibonze" gewesen. Diese unangenehme Bezeichnung wurde von rechtsradikaler Seite erfunden, um Sozialdemokraten, die ein Staats- oder Stadamt übernahmen, zu verunglimpfen und in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Ich hatte kein fürstliches Gehalt bekommen, und als man mich nicht mehr als Bürgermeister wollte, war ich wieder Bahnmann und ehrenamtlich wieder Stadtverordneter oder Stadtrat auch ohne Bürgermeisterpension. Deswegen brauchte man mich nicht zu beneiden und als "Lump" zu beschimpfen. So ist eben die Welt, gut und böse, und das Böse war zwölf Jahre lang unter dem Hitlersystem hochgezüchtet worden, und die Folgen mußten viele von denen fühlen, die sich zum Aufräumen freiwillig zur Verfügung stellten.

Die erste konstituierende Sitzung setzte ich für den 19. November 1948 fest. Als sich die neuen Stadtvertreter langsam einfanden, lag über dem Ganzen eine schwüle Atmosphäre. Man fühlte bis in die Ecken des alten historischen Ständesaals ein dumpfes unfreundliches Klima, im krassen Gegensatz zu der letzten Sitzung des alten Parlaments am 13. Oktober, wo herzliche Abschiedsworte von allen Seiten gesprochen wurden. Ich eröffnete die Sitzung ohne Ansprache und übergab dem ältesten Mitglied Johannes Lassen die Leitung der Sitzung, während ich meinen Stadtverordnetensitz einnahm. Die Vertreter der CDU hatten die rechte Seite besetzt, die SPD die linke und die Dänen saßen in der Mitte. Johannes Lassen ließ den Bürgermeister und seinen Stellvertreter wählen und

fürhte den Bürgermeister durch Handschlag in sein Amt ein. Schlossermeister Jakob Böhme wurde von der CDU vorgeschlagen und erhielt 20 Stimmen. Ich bekam 7 Stimmen. Jakob Böhme war gewählt, dankte für die Wahl und führte die Wahlen zu den Ausschüssen durch. Als Magistratsmitglieder von unserer Fraktion wurden Johannes Lassen und ich gewählt. Als ich aus dem Rathaus ging, wehte die blau-weiß-rote Flagge auf dem Rathaus. Ich fühlte, daß ich eine große Last losgeworden war.

Ein Jahr später saß ich im Bundeshaus-Restaurant in Bonn. Mir gegenüber saß ein Stadtverordneten-Kollege. Wir tranken unseren Nachmittagskaffee. Ich bat mein Gegenüber um einige Minuten Gehör, er möge mich nicht unterbrechen, ich hätte noch "ein Huhn mit ihm zu rupfen". Mein Kollege war gespannt und hörte zu. Ich sagte ihm, daß viele von meinen Freunden der Auffassung seien, die CDU-Fraktion des Rathauses hätte in der ersten Sitzung in der Freude über den „nationalen Sieg“ die einfachen Anstandsregeln verletzt. In jedem Verein, sei es in einem Gesangsverein, einem Kegelklub oder einem Kaninchenzuchtverein, werde es als Anstandspflicht angesehen, einem scheidenden Vorsitzenden einen Dank für seine Tätigkeit auszusprechen. Das hätte die CDU-Fraktion des Stadtparlaments, als sie ihren neuen deutschen Bürgermeister gewählt hatte, nicht getan. Meine Freunde verurteilten dies Verhalten sehr hart, man sei der Auffassung, daß man in dieser Stunde zu feige gewesen war, um dem scheidenden dänischen Bürgermeister einige Dankesworte auf den Weg zu geben. Ich hätte diese Behandlung, die dem bekannten Zitat über den "gehenden Mohr" gleiche, gut ertragen, ich hätte keinen Schlaf deswegen eingebüßt.

Als ich mit dieser Abrechnung fertig war, bestellte mein Kollege zwei große Dujardin, hob sein Glas, lächelte und sagte: "Prost, Hermann!"

Vor mir saß der im Kreis Schleswig direkt gewählte CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Hagge, der gleichzeitig Stadtverordneter der Stadt und Landrat des Kreises Schleswig war. Er nahm den Vorwurf ohne Erwiderung entgegen und wir blieben Freunde.

Ich war damals als Vertreter der dänischen Minderheit in den ersten Bundestag gewählt worden.

Die demokratische Selbstverwaltung ist in den deutschen Städten durchgeführt. Die Demokratie scheint in Städten, Ländern und im Bund gesichert, obwohl in den Vertretungen viele tätig sind, die in der Zeit des "tausendjährigen Reiches" gute Agitatoren für das Hitler-System waren.

Diese Herren müssen es mit sich selber abmachen, wie gute Demokraten sie im Laufe der Zeit geworden sind. Die Entnazifizierung ist längst abgeschlossen.

Es war ein langer 30jähriger Entwicklungsprozeß mit Irrungen und Verbrechen. Das deutsche Volk mußte in dieser Zeit das nachholen, was andere Völker in einer ruhigeren Zeit im Verlaufe von anderthalb Jahrhunderten mit mehr Vernunft durchführten. So wurde das Wort des Schmieds Philipp von Goltoft wahr, der in den zwanziger Jahren zu mir sagte, daß Deutschland keine Demokratie werden würde, das deutsche Volk müßte erst eine furchtbare Reaktion erleben. Die reaktionären Kräfte, gegen die wir den Kampf führen mußten, waren stark und brutal. Auf unserer Seite war das andere Deutschland, zu tolerant, zu demokratisch, so demokratisch, daß es zuließ und zusah, daß die Gegner die Grundlagen der Demokratie mißbrauchten, um sie zu beseitigen. Erst durch ungeheure Menschenopfer und Opfer an Hab und Gut gelang es dem anderen Deutschland, die Demokratie, die Freiheit und die Menschlichkeit zu sichern.

Wir dänischgesinnten Südschleswiger hoffen, weil wir deutsche Staatsbürger sind und in Deutschland leben müssen, daß die demokratische Staatsform nun hält.

In der nördlichen Ecke der Deutschen Bundesrepublik haben dänischgesinnte Demokraten Hand angelegt, um ein besseres Dasein zu schaffen. Sie hatten in ihrer Arbeit ein gutes **Beispiel**, ihr Mutterland Dänemark, wo eine hundertjährige demokratische Tradition das Zusammenleben der Menschen prägt. Südschleswig kam nicht "heim ins Reich"; ob es jemals kommen wird, das wissen wir nicht. Die Zukunft ist mit einem dichten undurchsichtigen Vorhang verhängt. Eins steht aber fest: Niemand kann uns den Wunsch und das Sehnen nach einer Wiedervereinigung verbieten! Wir sind freie Menschen, frei in unserer kulturellen und politischen Arbeit. Diese Freiheit zeigt sich erfreulicherweise täglich in einer vernünftigen Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene - zwischen deutsch und dänisch.

Die "Sturm- und Drangperiode" ist vorbei. Froh und stolz bin ich, daß ich zehn Jahre von den letzten meines politischen Lebens mitarbeiten durfte, um das zu erreichen. Diese Jahre und die sonnigen Jahre auf dem Bauernhof auf dem Mittelrücken, und anschließend die Jahre im Norden unserer schleswigschen Heimat, wo ich hineinwuchs in das dänische

Volkstum, das sind die schönsten Jahre meines Lebens gewesen. Als ich diese Erzählung niederschrieb, habe ich oft daran gedacht, ob kommende Generationen sie lesen werden. Ich habe mich audl gefragt, ob das Geschriebene überhaupt einen Wert hat, mehr wert ist als die Tinte und das Papier, mit dem und auf dem es geschrieben wurde? Ich habe viel Geschidüe gelesen und mußte immer wieder feststellen, daß die Menschen immer wieder tmd immer wieder politische Dummheiten begingen und aus der Geschidüe nichts lernten. Sehen wir uns dodl die Völker Europas an, die sich Jahrhunderte bekriegten, solange, bis ihre Weltherrschaft zugrunde ging. Wird es anders werden? *Die Welt* ist so unruhig geworden. Niemand hat mehr Zeit, keine Mußestunden und keine Zeit zu wohlthuender Entspannung. Entfernungen spielen keine Rolle. Neue Himmelskörper schießt man an dem Mond vorbei in den Weltenraum. Was will man denn dort? Ist denn schon alles auf unserer alten Erde in Ordnung? Das ist es **doch nicht**.

Heute zeichnet sich am Horizont eine andere Entwicklung ab. Es ist die ökonomische Entwicklung, die die nationalen Grenzen überschreitet. Motoren und Benzin überwinden Entfernungen und Staatsgrenzen. *Die* moderne Industrie braucht einen größeren Radius, größere Entfaltungsgelände, größere Räume. Daneben läuft die wachsende Erkenntnis der europäischen Staaten, zu einem engeren politischen Zusammenschluß kommen zu müssen, bevor es zu spät *ist*.

So ist denn die Verwirklichung dieses Problems, für das wir schon nach dem ersten Weltkrieg in Versammlungen eintraten - wir redeten damals vor tauben Ohren - doch einen Schritt weitergekommen. Mit dem gemeinsamen europäischen Markt dürfte doch auch die gemeinsame Produktion folgen. Anzeichen sind vorhanden. In Südschleswig haben schon einige dänische Industrie-Firmen Filialen errichtet. Im Norden der Deutschen Bundesrepublik, durch eine schmale Landbrücke verbunden, liegt das zweitgrößte europäische Wirtschaftsgebiet Skandinavien. Der Weg Skandinaviens nach Europa führt über Südschleswig, deshalb müssen Stadtvertretung und Stadtverwaltung Schleswigs offene Augen haben für das, was in Europa geschieht.

Daß die kommende europäische Entwicklung auch für meine Heimatstadt eine Aufwärtsentwicklung bringen möge, ist mein Wunsch.

Bei dieser Arbeit dürfen Schleswigs Bürger aber nie wieder die Demokratie verlassen!

## ANMERKUNGEN



- S. 14 Paul Löbe: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten, 1949, S.67.
- S. 15 Heinrich Philippsen: Die Entwicklungsgeschichte der Stadt Schleswig vom Jahre 1870 bis auf die Gegenwart, Schleswig (1928). Ph. schildert den Kapp-Putsch auf den S. 127-30. Ein Augenzeuge, Heinrich Hoffmann, hat den Verlauf in Sønderjyske årbøger, 1958, S. 256-69, beschrieben. Karl Meitmann erzählt von seinem Einsatz in Grenzfriedenshefte 1963, S. 153-66.
- S. 20 Der Bericht der Unteroffiziere besteht aus einigen undatierten Schreibmaschinenseiten (Durchschlag), die in Cl.'s handschriftlichem Manuskript eingeklebt sind. über die Herkunft dieses Berichtes liegt nichts Gewisses vor.
- S. 29 f. Philippsen: Entwicklungsgeschichte, S. 120 u. 122.
- S. 31 Cl. hat Bismarcks Erinnerungen in der Ausgabe der deutschen Buchgesellschaft (1928) gelesen. Das Zitat steht auf S. 342 f.
- S. 34 Der Artikel stand im „Tag“ am 28. Febr. 1922. Der Artikel der Altonaer Nachrichten wird am 9. März 1922 in der NSZ zitiert.
- S. 36 Schleswiger Nachrichten, 6. Sept. 1922.
- S. 38 Schleswiger Nachrichten, 27. Jan. 1923.
- S. 40 NSZ, 28. Juli 1923.
- S. 47 f. Die Konferenz fand am 25. Nov. 1923 statt. Die Erldärwlg ist in der Flensburger Volks-Zeitwlg 1. Dez. 1923 abgedruckt.
- S. 53 Stauning sprach am 9. Januar in Flensburg, seine Schleswiger und Flensburger Rede ist in der Flensburger Volks-Zeitung v. 10. Jan. 1924 wiedergegeben.
- S. 61 In Clausens Manuskript ist das Kapitel über Elternhaus und Jugend nach der 5. Zeile eingeschoben. Im Manuskript folgt der Abschnitt, der mit den Wörtern "Der Ausklang" beginnt, nach der Schilderung

- der Jugendzeit, die im Druck auf S. 81 endet.  
Die Schleswiger Nachrichten ist zitiert v. 3. Dez. 1925.
- S. 63 Lassen wurde bei der Kreis- tagswahl 1929 wiedergewählt; die Minderheitenschulverord- nung ist vom 9. Febr. 1926; die dänische Schule in Tönning wurde erst 1935 gegründet.
- 5, 66 Vgl. Wilhehn Clausen: Egge- beker Heimatbuch, 1939, 5.353 u.370.
- S. 77 Der Gendarm von Bollersle- ben hieß nicht Sademach, son- dern trug den eigenartigen Na- men Gladiator.
- S. 81 über CL's politische Erinne- rungen siehe Vorwort S. 7.
- S. 82 Das alte Protokoll im Stadt- archiv Schleswig trägt die Si- gnatur 8 I. Der Bericht v. 23. Nov., der nicht der erste ist, findet sich auf S. 9. Er setzt sich folgendermaßen fort: „Es handelt sich hauptsächlich um die Entsendung einer offizi- ellen Deputation nach Berlin, wovon nach reiflicher Erwä- gung mit Rücksicht auf hier- gegen bestehende Gesetze annoch abgesehen wurde. Womit geschlossen.“
- S. 89 Mag, Prot, 1917-19,7 h (Stadt- archiv Schleswig).
- S. 90 Ebda,
- S. 110 f, CL's Artikel ist datiert : 6. Jan. (1932).
- S. 113 Golo Mann: Deutsche Ge- schichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, 1958, S. 13.
- 5, 121 Heinrich Lersch: Mensch im Eisen. Gesänge von Volk und Werk,1925.
- S. 123 Ein Leitartikel in der Schles- wiger Nachrichten v. 2. Aug. 1932 schließt mit folgenden Worten: „Den Nationalsozia- listen kommt die Regierungs- verantwortung und stärkste Einflußnahme auf die Staats- führung zu, und je eher man diese Konsequenz zieht, desto besser wird es wahrscheinlich sein.“
- S. 126 Golo Mann: Deutsche Ge- schichte . . ., S. 696. 01'. Beh- rens' Erzählung: Brief v. B. an CL., 9. Dez. 1958, im Nachlaß Clausens.
- S. 129 CL's Brief ist datiert: 29. März 1933, Abschrift im Nachlaß CL's.
- S. 131 f, Verwaltungsbericht der Stadt Schleswig für das Haus- haltsjahr 1932 (1. 4. 1932 — 31. 3. 1933). Der Bericht ist auch von dem Stadtinspektor Claußen als Berichterstatter unterschrieben.
- 5 133 ff. ProtokoII 8 I, in dem die Berichte der Jahre 1928-33 ein- geklebt sind, Auf der Tages- ordnung der Sitzung am 26. Okt. standen noch zwei wei- tere Punkte (Wahlgültigkeits- feststellung u. Wahl eines un- besoldeten Magistratsmitglie- des). Der Bericht v. 01', Beh- rens entstammt dem oben an- geführten Brief, in dem auch Abeggs Brief zitiert wird.

- S. 165 Bernadottes Bericht erschien in der 2. deutschen Auflage in Basel 1946 unter dem Titel: Das Ende.
- S. 167 Chester Wilmots Buch wurde 1957 herausgegeben. Das **Zitat** findet sich S. 399.
- S. 178 Die Rechtsgrundlage der dänischen Minderheit wurde auf die angegebene Weise erst durch eine Verordnung vom 31. Dez. 1928 geordnet.
- S. 189 Der Befehl ist in das handschriftliche Manuskript eingeklebt.
- S. 191 f. Der Brief v. Dr. Behrens - im Nachlaß des Verf. - ist datiert 16. Nov. 1945.
- S. 210 Von „als ich ihm sagte“ bis S. 212 „Wir wissen“ maschinengeschriebenes Manuskript, eingeklebt in Cl.'s Urschrift. Der Brief Scheeis im Nachlaß des Verf.
- S. 212 Scheeis Urgroßvater mütterlicherseits: Andreas Petersen, Dalby. Vgl. O. Scheel: Das Siebengestirn in der schleswig-seeischen Ständeversammlung (in Festschrift f. Friedr. Lammert (1954) und Eine Fehldeutung und Legende aus dem beginnenden Nationalitätenkampf im Herzogtum Schleswig (in Festschrift zum 65. Geburtstag von Otto Becker, 1954).
- S. 221 Die sog. dänische Oktober-Note v. 19. Okt. 1946 ist im Auszug veröffentlicht in Eberhard Jäckel: Die Schleswig-Frage seit 1945, 1959, S. 28 ff.
- S. 231 ff. Das Memorandum ist etwa vom Ultimo Juni 1947. Der S. 233 erwähnte Artikel in der Hamburger Freien Presse ist vom 5. Juli 1947.
- S. 238 Ein Exemplar der hektographierten Kampfschrift Hagges befindet sich im Nachlaß des Verf.
- S. 268 Cl. zitiert das Flensburger Tageblatt nach der Ausgabe S.
- S. 275 Nach Abschriften der Protokolle der Stadtverordneten- bzw. Ratsversammlung (Juni 1946 - Nov. 1956), Sign. 9 y, Stadtarchiv Schleswig.
- S. 283 Mahnruf: Flensburger Tageblatt/Schleswiger Nachrichten 21. Sept. 1948.



## PERSONENREGISTER



Eine Anzahl Hinweise von geringer Bedeutung sind nicht in das Personenregister aufgenommen worden.

- Abegg, Wilh., Regierungspräsident  
134 f., 292
- Adler, Eduard, Redakteur, soz.-dem.  
Politiker, Landrat 16, 18, 21, 23 f.
- Albertsen, Lorenz P., Lehrer 75 ff.
- Alexander, brit. Offizier 204
- Altendorf, Gustav, Lederarbeiter,  
SPD-Vorsitzender in Schleswig-  
Stadt 16 f., 26, 60, 95 f., 100, 114,  
128, 135, 185, 192
- Asbury, W., brit. Militärgouverneur  
261
- Asmussen, Nie., Gastwirt, Stadtver-  
ordnetenvorsteher 128 f., 130, 133
- Bacher, Hans Bruno, Intendant 104
- Bannier, Th., Bankdirektor, Stadt-  
verordnetenvorsteher, Stadtrat  
124, 127, 192, 204 f., 233
- Barteis, Veterinär, Stadtrat 114
- Barthel, Max, Dichter 121
- Bartsch, H., Hauptschriftleiter 138
- Bauer, Gustav, Reichskanzler 21 f.
- Bebei, August, dt. Arbeiterführer 119
- Beck, Hans, Tischlermeister, Stadt-  
verordneter 205
- Behncke, Rittmeister 23
- Behrens, Erich, Stadtinspektor 197
- Behrens, Oscar, Jurist, Bürgermeister  
(Schleswig) 17, 28, 84 f., 89, 91 f.,  
97 f., 100-03, 107, 111-17, 124-27,  
132-37, 142, 144, 171, 185, 191 ff.,  
224, 227, 244, 292, 293
- Berlichingen, Götz v., Ritter 210
- Bernaclotte, Folke, schwed. Diplomat  
165, 293
- Bevin, Ernest, brit. Außenminister  
261
- Bismarck, OHo v. 30 ff., 43, 45 f., 51,  
60, 73, 78, 80, 90, 121, 177, 200, 211,  
219, 225, 272 ff.
- Bitter, K. H., preuß. Finanzminister  
194
- Blum, Heinrich, Lehrer, commiss.  
Bürgermeister 128, 130-34
- Boecker, Polizei-Hauptmann 143
- Bogensee, Julius, Redakteur 33, 44
- Böhme, J., Schlossermeister, Bürger-  
meister (Schleswig) 230, 286
- Bomholt, Julius, dän. Politiker und  
Minister 121
- Boeck, Lagerhalter 16
- Boysen, Bernhard, Elektromeister,  
Stadtverordneter 205
- Braun, Otto, Ministerpräsident von  
Preußen 50 f., 58, 130

- Brockdorff-Rantzau, U., Graf v., Außenminister 267
- Brockmann, Chr., Sparkassendirektor 100
- Brodkorb, Emil, Geschäftsführer, Stadtrat 17, 26, 60, 84, 89, 91-95, 114, 117, 124, 128 ff., 170, 192
- Bröger, Karl!, Dichter 121
- Bronnmann, J. F. O., Pastor 76
- Bruhn, Matthias, Gastwirt 79
- BLill, Johann, Stadtverordneter 17
- Christian X., König v. Dänemark 81
- Clasen, Regierungsdirektor 204
- Clausen, Asmus, Hofbesitzer, Großvater d. Verf. 64, 66, 67, 69, 70 f.
- CIausen, Asmus, Hofbesitzer, Vater d. Verf. 66-69, 71 ff.
- Clausen, Christina Maria, g. Thomsen, Großmutter d. Verf. 69 f.
- Clausen, Conrad, Grützmüller, Miihlenbesitzer 106
- CIausen, Karl Heinz, Oberlehrer, Sohn d. Verf. 8, 11, 158-61, 164 174, 179, 185 f., 265
- CIausen, Margrete, g. Nielsen, Gattin d. Verf. 11 f., 81, 143, 148, 157 f., 164, 174, 186, 213
- Clausen, Marie, g. Goos, Mutter d. Verf. 65, 67-70
- Clausen, Richard, Stadtverordneter 114
- Claußen, Richard, Stadtoberinspektor 238, 252, 292
- Dahl, Lauritz, Geschäftsführer, Stadtrat 114, 124, 127 f., 130 f., 220
- Dehn, Heinrich, Hofspediteur, Stadtrat 17, 82, 114
- Dehnhardt, Fritz, Stadtverordneter 283
- Dehning, Hans, Regierungsrat, Stadtverordnetenvorsteher 128 f.
- Diekmann, Bruno, Ministerpräsident v. Schl.-Holst. 223, 241
- Dönitz, Karl!, Großadmiral 167, 169, 171
- Diihren-Schroeder, Axel, Angestellter, Bühnenleiter 262, 264
- Ebert, Friedrich, Reichspräsident 14, 20-22, 42, 147
- Ehrhardt, Herrn., Kapitän, Freikorpsführer 14
- Eick, Stadtrat 263
- Engelke, Gerrit, Dichter 121
- Erichsen, Rektor 54
- Fabian, Lederarbeiter 28
- Fedderson, Max, Eisenbahner 165
- Flutterich, Hans, Redakteur, Stadtrat 34, 48, 62, 104, 120, 148, 156, 165, 275
- Flenker, Gasthofbesitzer 110
- Frankenberg u. Ludwigsdorf, G. v., Biologe 155
- Frederik VII., König v. Dänemark 31
- Friedrich Wilhelm, Kronprinz v. Preußen 31
- Friedrich Wilhelm IV., König v. Preußen 31, 273
- Friis, Aage, dän. Historiker 213
- Furbach, Curt, Justitiar, Stadtdirektor 189, 191, 197, 206, 218, 258 f., 260, 276 f.
- Gädecke, Hauptmann 28
- Gayk, Andreas, Oberbürgermeister (Kiel) 237, 243, 249
- Geers, Heinrich, Stadtverordneter 114
- Gessler, Otto, Reichswehrminister 43
- Geyer, Florian, Bauernführer 210
- Gieschen, Vizewachtmeister 24
- Gilsa, Major v. 14
- Gladiator, Gendarm 292
- Goebbels, Joseph, Reichspropagandaminister 56, 146, 165, 168, 170
- Göring, Hermann, Reichsmarschall 122, 139
- Grell, Franz, Drogist, Stadtverordneter 16, 104, 203, 283

- Grimm, Otto, Stadtverordneter 114
- Groth, Edward M., amerik. Generalkonsul 214 f.
- Haesler, Alfred, „Adjutant“ d. Verf. 188,214
- Hagge, Johannes, Kaufmann, Landrat, Bundestagsabgeordneter 17, 205, 213 f., 217 f., 230, 238 ff., 240, 249, 254, 257, 259, 263 ff., 275, 286
- HamalUl, Kriminalsekretär 147 f.
- Hammerstein-Eguord, K. Frhr. v., General 28
- Hanisch, Julius, Oberingenieur, Stadtverordneter 216
- Hansen, Ernst, Fahrer 214
- Harenberg, S., Zimmermeister, Stadtverordneter 114
- Hartmann, H., Verb.-Direktor, Stadtrat 243
- Hartung, Polizeikommissar 84
- Haydn, Franz Joseph, Komponist 119,146
- Heckt, O., Stadtgärtner 112
- Hedtoft, Hans, dän. Staatsminister 56,220
- Hein, J., Justizrat, Stadtverordneten-vorsteher 92 ff.
- Heinrich, Prinz v. Preußen 25
- Henderson, G. P., Brigadegeneral, fung. Gouverneur 247, 250, 274
- Herfurth, Gymnasiallehrer 16
- Hering, Heinr., Sattlermeister, Stadtrat 114, 124
- Herold, Schauspieler 103
- Herting, Adolph, Zahnarzt, kommiss. Bürgermeister 128 ff., 130, 133 f., 139
- Heß, Rudolf, Stellvertr. Hitlers 123
- Hilbig, Eduard, Tischlermeister, Stadtverordneter 205
- Himmler, Heinrich, Reichsführer SS 123,169,171, 190,192,247
- Hindenburg, Paul v., Reichspräsident 123 f.
- Hinrichs, Hans, Wirtschaftsberater, kommiss. Bürgermeister 175, 180, 184 f., 188, 191, 193 f., 198, 204 f., 235,247 f.
- Hinrichsen, ehr., Lederarbeiter 17
- Hinrichsen, Peter, Angestellter, Stadtverordneter 128, 133
- Hiort Lorenzen, Peter, Kaufmann, Ständedeputierter 176, 227
- Hirschelmann, August, Tischlermeister, Stadtrat 60, 94, 114, 124, 136, 192
- Hitler, Adolf 14, 42 f., 46 f., 54, 83, 90, 95, 115 ff., 119 f., 122 f., 125, 127 ff., 138 ff., 142 f., 145, 147 f., 154 f., 164 ff. 168-75, 177 f., 183, 190,192 ff., 198, 200, 204, 211, 218 f., 225, 265 f.
- Hoevermann, Otto, Oberpräsident v. Schl.-Holst. 200, 224, 244
- Hoffmann v. Fallersleben, A. H., Dichter 146
- Holm, Vizewachtmeister 20
- Horn, H. C., Konsul, Schiffsreeder 108
- Hugenberg, Alfred, Großindustrieller u. Politiker 198
- Hutten, Ulrich v., Ritter u. Humanist 210
- Ibbeken, Hermann, Buchdruckerei-besitzer 158
- Ibbeken, Johannes, Buchdruckerei-besitzer, Stadtverordnetenvorsteher 104, 114
- Ilper, Friedr., Zimmerer, Kreistags-abgeordneter 33, 37, 61 f., 113
- Iwan, russ. Kriegsgefangener 155
- Jacobi, Gynäkologe 254 f.
- Jacobsen, Johannes, Hotelknecht 79
- Jans, Stadtrat 130, 133
- Jappin, Gefreiter 24
- Jarres, Kar!, Oberbürgermeister (Duisburg), Reichsminister 120

- Jensen, Willy, Fischer, Stadtverordneter 128
- Jessen, Earl, Hotelbesitzer 165
- Jessen, Tage, Redakteur 81
- Johannsen, Svend, Rektor, Stadtverordneter 229
- Joost, Ernst, Werkmeister 169
- Jürgens, Johann, Restaurateur 110
- Jürgensen, Johs., Stadtverordneter 17, 114
- Kapp, W., Generallandschaftsdirektor 14 f., 19, 22, 27
- Karge, Stadtrat (Kiel) 237
- Kaul, Max, städt. Angestellter 207
- Keppler, Wilh., Industrieller, Reichskommissar 123
- Kersten, Kar!, Museumsdirektor 245 f., 249, 251
- Kirkegaard Jensen, K., Pastor 220
- Klemmer, Ingenieur, Politiker 18, 22
- Klingenberg, Hausmeister 254
- Klinker, Friedr., Rektor, Stadtrat 128
- Koch, Heinrich, Bauarbeiter 17
- Koch, Wilh., Pfleger, Stadtverordneter 128
- Koebe, Krankenkassenbeamter 16
- Köhn, Lorenz, Bauingenieur 177
- Kolar, Kar!, Klempner, Gewerkschaftsvorsitzender, Stadtverordneter 17, 26
- Kolbe, Landrat 158 f., 170, 181
- Koll, Willi, Schlosser, Stadtverordneter 128
- Körner, Theodor, östen. Bundespräsident 118
- Köster, Adolf, Staatskommissar, Außenminister 26
- Köster, Heinrich, Krankenkassenangestellter 165
- Krey, Peter, soz.-dem. Vertrauensmann, Stadtverordneter 148, 159 f.
- Kristensen, Knud, dän. Staatsminister 213 f., 219
- Kronika, Jacob, Publizist, Redakteur 33, 44,55
- Kuklinski, W., schl.-holst. Kultusminister' 226
- Kürstein, Poul, Bibliothekar 212
- Lange, Albert, Stadtverwaltungsrat, stellvertl. Bürgermeister (Schleswig) 130, 133,170, 173
- Lassen, Vizewachtmeister 22
- Lassen, Johalmes, Kreishandwerksmeister, Stadtverordneter 205, 229, 241,285 f.
- Lassen, Peter, Hofbesitzer, Kreistagsmitglied 33, 37, 61 ff., 227, 292
- Lattorff, Major v. 16 ff., 20-23, 27
- Lausen, Vizewachtmeister 20 ff., 24, 28
- Lausen, Heinrich, Arbeiter, Stadtverordneter 128
- Lemke, Helmut, Bürgermeister (Schleswig), Ministerpräsident v. Sehl.-Holst. 170, 194
- Lersch, Heinrich, Dichter 121
- Lettow-Vorbeck, P. v., General 21 f.
- Liliencron, Roelms Frhr. v., Germanist 194
- Löbe, Paul, Reichstagspräsident 14 f., 118
- Lorenzen, Bruno, Bürgermeister (Schleswig) 284
- Lorenzen, M., Redakteur 33, 37, 44
- Lüdemann, Hermann, Ministerpräsident v. Schl.-Holst. 234 f., 241 f.
- Ludendorff, Erich, General u. Politiker 42, 91
- Luther, Hans, Finanzminister, Reichsminister u. -kanzler 42
- Luther, Martin 210
- Lüttwitz, Walther Frhr. v., General 14,19,27
- Mangoldt, Herm. v., Jurist, schl.-holst. Innenminister 241

- Mann, Golo, Historiker 113, 126
- Mann, Heinrich, Schriftsteller 52
- Manteuffel, E. H. K. v., Generalfeldmarschall 194
- Marcks, Erich, Historiker 273
- Mark Aurel, röm. Kaiser 276
- Meitmann, Karl!, SPD-Funktionär, Reichsbanner-Sekr., Bundestagsabgeordneter 17, 24-28, 291
- Mensching, Bürgermeister (Husum) 104
- Meyer, W. W., Pastor 205, 251
- Meyer-Quade, J., Reichstagsabgeordneter 119, 126
- Michael, Blockältester (Neuengamme) 151 f., 155, 162 f., 167
- Michaelis, Wasduneister 16
- Michel, Fr., Redakteur 46, 120, 127
- Michelsen, Peter, Arbeitersek., NatiOilalversammlungsabgeordneter 58 f.
- Mielke, Heinrich, Stadtsyndikus 99
- Milberg, Th., Politiker 51
- Möller, Ernst, soz.-dem. Vertrauensmann 148, 161
- Möller (Leus), Jakob, Stadtverordneter 99, 114
- Müller, Rittmeister 20 f.
- Mumm, Hans, Bahnarbeiter 17
- Münzer, Thomas, Theologe, Bauemführer 210
- Müsch, Wilh., Restaurateur 92
- Müthling, Hans, Oberbürgermeister (Kiel) 234 f.
- Napoleon Ul., Kaiser d. Franzosen 73
- NaumalUl, Friedr., Politiker 97
- Neugebauer, Franz, Telegraphenoberinsp., Stadtverordneter '37, 54, 56, 114
- Neumann, E., Staatssekretär 168
- Nicolai, Kai, Schauspieler 262
- Nielsen, Frede, dän. Kirchenminister 220 f.
- Nielsen, J. P., Redakteur, Folketingsabgeordneter 39, 47 f., 55
- Nielsen, Une, g. Clausen, Schwägerin d. Verf. 193
- Nielsen, Simon, Stationsmeister, Schwiegervater d. Verf. 11, 193
- Nissen, Studienrat 104
- Nissen, Hans, Kaufmann, Stadtverordneter 205
- Noske, G., Reichswehrminister 14, 16
- Oberföhren, Ernst, Reichstagsabgeordneter 34, 51
- Oellerking, Chr., Stadtverordneter 114
- Oldershausen, General v. 15
- Oldsen, Johs., Landrat, Leiter der Friesen 33, 44
- Olias, Jürgen, Kaufmann, Stadtrat 16, 94
- des Osa, Rittmeister 24
- Ott, Wilh., soz.-dem. VertrauensmannUl 148
- Oven, General v. 15
- Papen, Franz v., Reichskanzler 123, 198
- Papke, Medizinalrat, Kreisarzt 254
- Pauli, Heinr., Regierungspräsident 16
- Pauly, Max, Lagerführer 161, 168
- Paysen, Andreas, Redakteur, Stadtrat 120, 142 f.
- Peter, Ernst, Ingenieur, Stadtwerkedirektor 105, 107, 216, 266 f., 269
- Peters, Heinrich, Friseur, Stadtverordneter 128
- Petersen, Restaurateur 40 f.
- Petersen, Vizewachtmeister 21
- Petersen (Dalby), Andreas, Ständedeputierter 212, 293
- Petersen, Eduard, Filialleiter 17
- Petersen, Emil, Arbeiter, Stadtverordneter 17, 95

- Petersen, Johannes, Bahnmeister, Stadtrat 94
- Petersen, Julius, Stadtbaurat, Professor 99 ff., 109 f.
- Philipp, Schmied 52, 287
- Philippsen, Heinrich, Verwaltungsdirektor, Heimatforscher 15, 29 f.
- Philippsen, Oskar 17
- Preczang, Ernst, Dichter 121
- Quaas, Karl, Schlachtermeister 165
- Rantzau-Rastorf, Chr. Graf zu, Generallandschaftsdirektor 51
- Rathje, Friedr., Offiziersstellvertr. 20 f., 23 f., 28
- Rauscher, Ministerialdirektor 15
- Rehder, Bauinspektor 145
- Reincke (Pati), J., Fischer 94 f.
- Reinhardt, W., Generalu. preuß. Kriegsminister 14
- Repkewitz, Otto, Sanitätsrat, Stadtrat 94
- Ried, Estrid, Ärztin 253
- RiemensclUeider, Tilman, Bildschnitzer 210
- Ritter, Oberstleutnant 23 f.
- Robespierre, M., fr. Revolutionär 141
- Röper, Hans, Kaufmarm, Stadtrat 111, 124, 127 f.
- Sademach, Gendarm 77 ff., 292
- Schaar, G., Ingenieur 108
- Schacht, Hjalmar, Reichsbankpräsident und Reichsminister 123, 173, 198
- Schäffer, Gestapoleiter 148, 172
- Scheel, Sergeant 24
- Scheel, Otto, Historiker 210 ff., 237 f., 293
- Scheidemann, Philipp, preuß. Ministerpräsident 11
- Schiffer, E., Vizekanzler 15
- Schiller, Leutnant v. 24
- Schleicher, K. v., Reichswehrminister, Reichskanzler 123
- Schmidt, Rechtsanwalt 126
- Schmidt, Taubstummenlehrer 54
- Schow, Wilh., Landeshauptmann 245 f.
- Schreiber, Wilh., Kaufmann, Stadtverordneter 205
- Schröder, K. Baron v., Bankier 123
- Schuhmacher, Vizewachtmeister 24
- Schumacher, Kurt, SPD-Bundesvorsitzender 155
- Seeckt, H. v., General 22, 43
- Segelcke, Karl, Stadtoberinspektor 189, 197
- Segner, Offiziersstellvertr. 21
- Severing, Carl, Reichsirmenminister 130, 275
- Sickingen, Franz v., Ritter 210
- Sieyes, E. J., fr. Staatsmarm 141
- Smith, A. Dudley, Oberst u. Kreiskommandant 180, 184, 188, 190 f., 199, 201, 204, 209, 217, 223, 227 f., 234, 248, 250, 252, 257, 259-62, 265, 274
- Sörensen, Franz, Regierungshauptkassenbuchhalter 92, 95
- Stadelmann, Bahnhofsvorsteher 144 f.
- Stadelmann, Willi, Maurermeister, Stadtverordneter 128, 130, 133
- Stampfer, Friedr., Redakteur, soz.-dem. Politiker 168
- Stauning, Th., dän. Staatsminister 47 f., 53 ff., 220
- Stegelman, Lokalredakteur 44
- Stehn, Christoph, Kaufmann und Stadtrat 94 ff.
- Stein, Karl Frhr. v., preuß. Staatsmann 133, 138, 198, 204
- Steltzer, Theodor, Ministerpräsident v. Schl.-Holst. 200, 234 f., 239 ff., 243
- Stokes, R. R., Direktor, Unterhausmitglied 260 f.

- Stolley, F., Kaufmann, Stadtverordneter, Stadtrat 96
- Stollenberg, Carl, Hotelbesitzer, Stadtverordneter 114
- Strasser, Gregor, Reichsorganisationsleiter 123
- Straub, Oberarzt, Stadtrat 124
- Stresemann, Gustav, Außenminister, Reichskanzler 36, 42, 57
- Teichmann, Leutnant 24
- Telling, Sören, Schriftsteller 245 ff.
- Terno, Emil, Gymnasiallehrer, Musikdirektor 55 f.
- Thomas, B. K., brit. Offizier 247 f.
- Thumann, Anton, Lagerleiter 152, 154, 163, 168
- Timmermann, Chefarzt 254 f.
- Timmermann, Chr., Ingenieur 107
- Todsen, Hermann, Oberbürgermeister (Flensburg) 50
- Tönnsen, Max, Bauernführer in SchI.-Holst. 54
- Tschischwitz, Generalleutnant v. 43
- Ursula, Krankenschwester 207
- Uslar, R. P. P. v., Landrat 77
- Verdieck, W., SPD-Vorsitzender in SchI.-Holst. 48, 54, 162, 165
- Vermehren, Emil. Martin, Oberärzte 253
- Vollertsen, Johannes, Arbeiter, Stadtverordneter 17
- Vollrath, Sergeant 21, 23 f., 28
- Vollstedt, Stadtspektor 197
- Vollstedt, Stationsvorsteher 19
- Vosgerau, Rich., Gewerkschaftssekretär 154, 159, 160, 165, 185
- Wallroth, A., Regierungspräsident 134
- Waszkewitz, Fritz, Amtmann 158
- Weiland, Johannes, Rechtsanwalt, Stadtrat 94, 204 f.
- Weiss, Johannes, Gewerkschaftsvorsitzender, Stadtverordneter 17, 128, 130, 143, 148
- Wels, Otto, Vorsitzender der SPD 47 f.
- Werther, Landrat 57
- Wessel, Horst, Student 146
- Wickel, Oberleutnant 22, 24
- Wilhelm I., dt. Kaiser 31
- Wilhelm II., dt. Kaiser 13, 36, 44, 46, 64, 73, 77 f., 90 f., 93, 98, 168, 200, 259
- Wilmot, Chester, engl. Historiker 167
- Witte, Kaufmann 128



## HERMANN CLAUSEN

geboren 1885 in Eggebek, Kreis Flensburg, erlebte als Müllergeselle in Bollersleben die preußische Unterdrückung der nord-schleswigschen Bevölkerung, und dort lernte er auch seine Frau kennen. 1912 trat er in den Eisenbahndienst ein, 1913 wurde er nach Schleswig versetzt, wo er bis an sein Lebensende im Jahre 1962 wohnte und die Geschichte dieser Stadt maßgebend geformt hat. Den ersten Weltkrieg erlebte er in Frankreich und Serbien, und die Kriegsjahre verstärkten seine Abneigung gegen Kaiserreich, Preußentum und Dreiklassenwahlrecht. Heimgekehrt, trat er der Sozialdemokratischen Partei bei, nahm Teil an der Niederkämpfung des Kapp-Putsches in Schleswig, war von 1920 Stadtverordneter, von 1929 bis 1933 Mitglied des Magistrats und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Stadt. Seine demokratischen Ideen sah

er in Dänemark verwirklicht, und nach den Nazi-Jahren, die ihn eine kurze Zeit die Scheußlichkeiten des KZ-Lagers Neuengamme erleben ließen, wurde er Vorstandsmitglied des Südschleswigschen Vereins und des Südschleswigschen Wählerverbandes, den er 1946—49 im schleswig-holsteinischen Landtag und 1949—53 im ersten Bundestag vertrat. 1945 ernannte die Britische Militärregierung ihn zum Bürgermeister von Schleswig, 1946 wählte ihn die ernannte Stadtverordnetenversammlung einstimmig zum politischen Bürgermeister, und nach der ersten freien Kommunalwahl 1946 wurde er von der Stadtverordnetenversammlung mit 25 gegen 1 Stimme zum Bürgermeister gewählt.

Seine Erinnerungen sind die erste Darstellung der Geschichte der Stadt Schleswig von 1914 bis in die neueste Zeit.